

Wiener Klimafahrplan

Unser Weg zur klimagerechten Stadt
Fortschreibung 2027-2031

Oktober 2026
Entwurf für die öffentliche Auflage



Inhalt

1	Vorwort	4
2	Einleitung	5
2.1	Das gute Leben in Wien 2040	5
2.2	Arbeitsauftrag für ein gutes Leben	6
2.3	Menschengemachte Krisen	6
2.4	Auswirkungen auf alle Lebensbereiche	7
2.5	Global denken, lokal handeln	8
3	Wien geht's ganzheitlich an	10
3.1	Die vielseitige Rolle der Stadt Wien für ein klimafreundliches Leben	11
3.2	Klarer Fahrplan mit Zukunftsperspektive	12
3.3	Ökologisch und sozial wirksame Klimapolitik	13
4	Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine gerechte Klimapolitik	16
4.1	Wien-Prinzipien für eine klimagerechte Stadt	16
5	Klimaschutz	20
5.1	Warum Klimaschutz?	20
5.2	Klimaneutralität in Wien	20
5.3	Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene	22
5.4	Die Wiener Treibhausgasemissionen	24
5.5	Wien wird klimaneutral	28
5.6	Dekarbonisierung der Energieversorgung	30
6	Kreislaufwirtschaft	33
6.1	Warum Kreislaufwirtschaft?	33
6.2	Den Blick erweitern	33
6.3	Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene	34
6.4	Der Wiener Materialfußabdruck	35
6.5	Wiener Zielsetzungen in der Kreislaufwirtschaft	36
6.6	Wien wird zirkulär	36
7	Klimaanpassung	38
7.1	Warum Klimaanpassung?	38
7.2	Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene	39
7.3	Wiener Zielsetzungen in der Klimaanpassung	40
7.4	Klima in Wien	40
7.5	Klimaanpassung ist aktive Risikominimierung	41
8	Handlungsfelder der Stadt	46

8.1	Mobilität.....	46
8.2	Gebäude.....	58
8.3	Strom- und Fernwärmeerzeugung.....	71
8.4	Industrie und Gewerbe.....	81
8.5	Konsum und Abfall.....	91
8.6	Lebensmittel und Landwirtschaft.....	101
8.7	Stadtstrukturen und öffentlicher Raum.....	110
8.8	Gesundheit und Wohlbefinden.....	120
8.9	Biodiversität, Natur- und Erholungsräume.....	129
8.10	Wasser.....	136
8.11	Bewusstseinsbildung.....	142
9	Klimaneutrale Verwaltung.....	153
9.1	Die Wiener Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran.....	153
9.2	Treibhausgasbilanz der Klimaneutralen Verwaltung.....	153
9.3	Fahrplan zur Zielerreichung.....	154
9.4	Einflussbereiche der Klimaneutralen Verwaltung.....	155
9.5	Themen der Klimaneutralen Verwaltung.....	157
10	Wiener Klimagovernance.....	162
10.1	Instrumente der Klimagovernance.....	162
10.2	Steuerungsstrukturen der Klimagovernance.....	164
11	Abkürzungsverzeichnis.....	166
12	Glossar.....	169
13	Quellenverzeichnis.....	176

1 Vorwort

(Folgt)

ENTWURF

2 Einleitung

2.1 Das gute Leben in Wien 2040

Jede große Veränderung beginnt mit einer gemeinsamen Vorstellung davon, wohin es gehen soll. Der Wiener Klimafahrplan weist den Weg in eine lebenswerte Zukunft voller Chancen. So fühlt sich diese Zukunft an:

2040 ist Wien eine Stadt, in der Menschen in und mit einem spürbar veränderten Klima gut, sicher, gesund und gerne leben. Schattige Alleen, begrünte Innenhöfe und kühle Plätze machen die über lange Perioden sehr heißen Sommer erträglicher. Der öffentliche Raum, Grünflächen, der Wald in und um Wien und die Landwirtschaft sind widerstandsfähig gestaltet und trotzen langen Trockenphasen in allen Jahreszeiten sowie häufigem Starkregen. Der sorgsame Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Energie, Rohstoffen, Wasser und Boden sowie personellen Ressourcen ist wichtiger denn je. Wiener Unternehmen entwickeln und exportieren innovative Lösungen für klimaneutrales Wirtschaften, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. **Vorausschauende Planungen, gezielte Investitionen und mutige Entscheidungen haben ermöglicht, dass trotz sich zuspitzender Klimakrise auch 2040 alle Menschen in Wien ein gutes Leben haben können.**

Das gute Leben zeigt sich im Alltag: Durch Beschattung und effiziente Kühlung in Hitzeperioden bleiben Wohnungen gut nutzbar und durch gute Dämmung wärmen sie im Winter energie- und kostensparend. In Straßen und auf Plätzen, wo Bäume und Begrünung die Luftqualität verbessern, Hitze mindern und Regenwasser aufnehmen. In Grünräumen, Gewässern und gesunden Böden, die kühlen, entlasten und Ökologie und Artenvielfalt stärken. In Lebensmitteln, die regional, saisonal und ressourcenschonend erzeugt werden und gesund sind. In einer Energieversorgung, die ohne fossile Abhängigkeiten auskommt. In einem Mobilitätssystem, das Wege einfach, sicher und ohne eigenes Auto ermöglicht. Und in einer Stadt, die die regionale Wertschöpfung erhöht und sorgsam mit Ressourcen umgeht, indem sie Produkte länger nutzt, repariert und wiederverwendet.

Das gute Leben entsteht nicht allein durch technische Lösungen und bauliche Maßnahmen. Es ist in Wien auch von Gemeinschaft geprägt; davon, dass Menschen einander unterstützen, Wissen teilen, Innovation leben, Ressourcen gemeinsam nutzen und Verantwortung übernehmen – im eigenen Grätzl, in Betrieben, in Vereinen, in der Wissenschaft, in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft. Das zeigt sich etwa in Nachbarschaftsnetzwerken, Gemeinschaftsgärten, Reparaturinitiativen und Leihangeboten, bei Energiegemeinschaften, Beteiligungsprozessen oder gemeinsamen Projekten von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Klimapolitik wird durch gemeinsames Handeln geprägt. **Vielfältige Formen der Zusammenarbeit stärken Wien als Stadt, als Gesellschaft und als Standort.**

Wien steht auch 2040 vor Herausforderungen. Aber es ist eine Stadt, die Krisen bewältigt. Eine Stadt, die resilient ist und auf eigene, unabhängige Infrastruktur bauen kann, wenn globale Energiepreise schwanken oder Lieferketten unter Druck geraten. Die lange Tradition der öffentlichen Daseinsvorsorge bildet dafür die verlässliche Basis. Ein modernes Verständnis davon ist fest etabliert und Maßnahmen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung sind als wesentliche Bestandteile verankert. Private Investitionen, starke internationale Partnerschaften und wettbewerbsfähige Unternehmen ergänzen die öffentliche Daseinsvorsorge und stärken Wiens Resilienz. Wasser, Energie, Grünraum, Mobilität, Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Bildung, Arbeit,

soziale Absicherung, Erholung und soziale Teilhabe – diese Grundlagen, die Menschen tagtäglich brauchen, bleiben gewahrt, auch dann, wenn sich äußere Bedingungen verändern.

Damit lebt Wien das grundlegende Konzept der Nachhaltigkeit. Die Stadt schafft heute und morgen Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben bieten und Bedürfnisse befriedigen, ohne die Möglichkeiten kommender Generationen einzuschränken. Das gelingt, weil Wien die Belastungsgrenzen der Natur achtet und zugleich das soziale Fundament stärkt. **Klimapolitik ist Zukunftspolitik. Sie verbindet wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung mit sozialem Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit – und eröffnet durch Innovation neue Chancen für Wien.**

2.2 Arbeitsauftrag für ein gutes Leben

Die Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise ist auch im Jahr 2027 keine ferne Zukunftsfrage. Die Auswirkungen betreffen unsere Gesundheit, unsere Sicherheit, unsere Unabhängigkeit, unsere beruflichen und wirtschaftlichen Perspektiven, unsere Umwelt und damit unsere Menschenrechte und unsere Lebensqualität schon heute erheblich.

Erfreulicherweise wissen wir jedoch mehr denn je darüber, was zu tun ist – und dass wir jetzt und umfassend handeln müssen. Ein gutes Leben für alle ist dabei kein abgeschlossener Zustand, sondern ein fortlaufender Gestaltungsprozess. Dafür braucht es klare Werte, eindeutige Zielsetzungen, engagierte Positionierungen und mutige Entscheidungen.

Der *Wiener Klimafahrplan* setzt genau hier an. Er beschreibt den Wiener Weg zur klimaneutralen, ressourcenschonenden und klimaresilienten Stadt bis 2040: mutig und entschlossen, chancengerecht und gemeinsam mit allen, die in dieser Stadt leben und arbeiten. **Der Wiener Klimafahrplan ist damit ein Arbeitsauftrag und ein Versprechen an kommende Generationen und an uns selbst.**

2.3 Menschengemachte Krisen

Die Daten der vergangenen Jahre zeigen deutlich: Wir befinden uns mitten in einer **vom Menschen verursachten Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise** mit all ihren, teils unwiderruflichen, Folgen. Die Hauptursachen dieser weltweiten Veränderungen liegen auf der Hand.

Seit Beginn der industriellen Revolution und vor allem ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nehmen menschliche Aktivitäten in vielen Bereichen in einem noch nie dagewesenen Tempo zu. Die damit einhergehenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen nennt man auch die „große Beschleunigung“.¹

Die Art, wie wir leben, konsumieren, uns fortbewegen und wie unser Wirtschaftssystem funktioniert, verändert unser direktes Lebensumfeld und das von Generationen nach uns.

Besonders viele Ressourcen und Energie verbrauchen, vor allem seit den 1950er-Jahren, wirtschaftlich, politisch und technologisch hoch entwickelte Länder, zu denen auch Österreich gehört. Neben Europa zählen beispielsweise die USA, Kanada, Japan, Südkorea oder Australien dazu.

2.4 Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Unser überwiegend hoher Lebensstandard führt zu einem hohen Treibhausgas-Ausstoß – weit über dem globalen Durchschnitt – und weit über dem, was unsere Erde verträgt.^a **Diese großen Mengen an Treibhausgasen verändern die Zusammensetzung unserer Atmosphäre. Das verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt.** Die globalen Durchschnittstemperaturen sind heute deshalb bereits rund 1,5 Grad Celsius höher als noch vor der Industrialisierung.²

Wien trifft der Klimawandel besonders stark. Alle 11 wärmsten Jahre aus fast 250 Jahren Wiener Messgeschichte traten nach dem Jahr 2000 ein (bis 2025) (siehe Abbildung 1).^{3, b, c} Auch 2026, das besonders warme und trockene Verfassungsjahr des aktuellen Klimafahrplans, verdeutlicht diesen Trend.

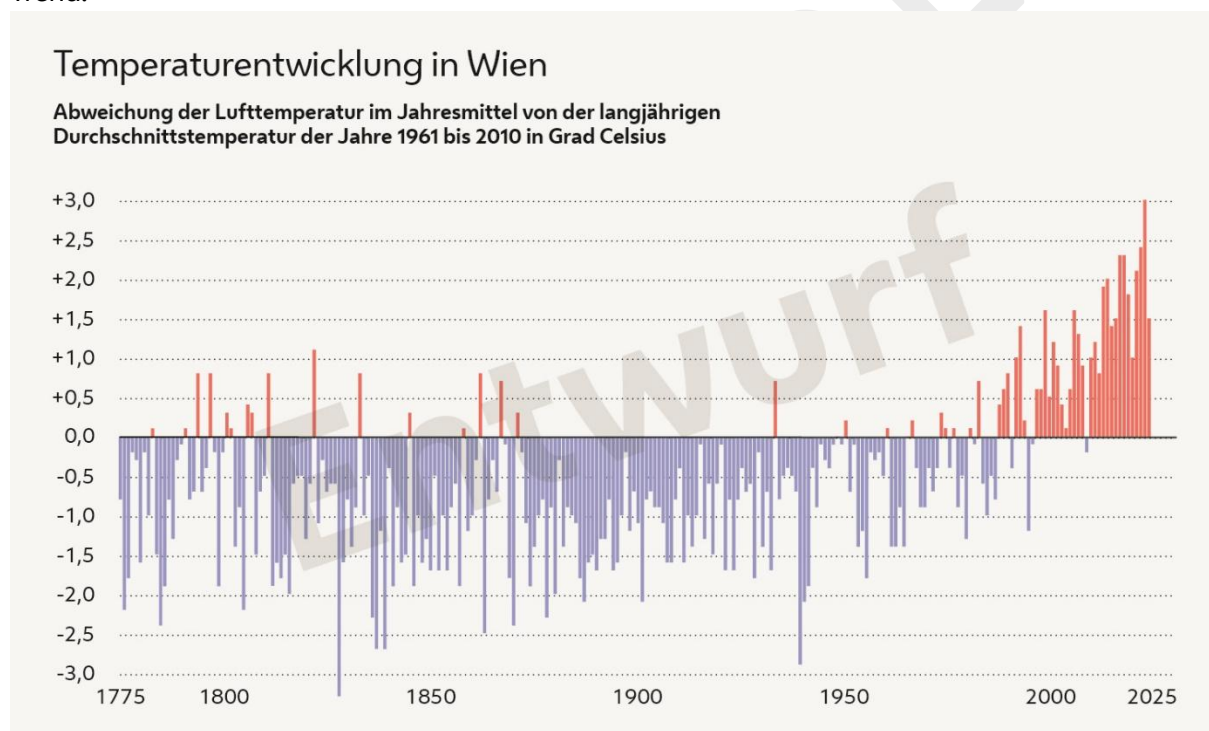


Abbildung 1: Wiener Temperaturentwicklung von 1775 bis 2025 (Quelle: University of Reading)

Aber: **Die Folgen der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise gehen weit über steigende Temperaturen hinaus.** Sie stellen Infrastruktur, Energiesysteme, das Gesundheitssystem, die Artenvielfalt, die Land- und Forstwirtschaft sowie unsere Sicherheit, Daseinsvorsorge und Lebensmittelversorgung vor große Herausforderungen, unter anderem folgende:

- Hitze, Trockenheit und Dürre nehmen in Häufigkeit und Intensität zu.^d
- Extremwetterereignisse wie Starkregen, Gewitter, Windböen und Hagel nehmen zu und wirken sich direkt auf unsere Versorgungssicherheit, den Wirtschaftsstandort, die Umwelt und unser alltägliches Leben aus.^e
- Ein gesundes Ökosystem leistet bedeutende direkte und indirekte Beiträge zum menschlichen Wohlergehen, sogenannte Ökosystemleistungen. Dazu zählt zum Beispiel die lebenswichtige Pollenbestäubung. Diese Ökosystemleistungen stehen auf dem Spiel. Von

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^c Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

^d Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

^e Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

ihnen hängen die Bereitstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, das Vorhandensein gesunder Atemluft und sauberen Trinkwassers und vieles mehr direkt ab.

- Weltweit sterben unter anderem Pflanzen- und Tierarten in dramatisch hoher Geschwindigkeit aus. Seit 1970 sind die von Wildtierexpert*innen regelmäßig beobachteten Wildtierbestände um fast drei Viertel geschrumpft.⁴
- Kritische Rohstoffe und wichtige natürliche Ressourcen wie Wasser oder fruchtbare Böden werden knapp, weil sie übernutzt oder ungleich verteilt werden. Das führt zu Lieferengpässen, Umweltzerstörung und politischen Konflikten.
- Der Meeresspiegel steigt und zerstört den Lebensraum von Millionen Menschen. Regionen werden aufgrund von Hitze, Trockenheit oder anderen extremen Bedingungen unbewohnbar. An vielen Orten der Welt werden Menschen und Tiere diese unbewohnbar gewordenen Lebensräume verlassen müssen. Die sogenannte Klimamigration wird auch für Österreich große Herausforderungen mit sich bringen.⁵

Wenn wir nicht konsequent Maßnahmen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung setzen, bedroht das unsere Lebensqualität, und Sicherheit. Mittel- bis langfristig wird das auch teuer. Und zwar wesentlich teurer als die Investitionen, die eine Umgestaltung zu einer klimaneutralen, ressourcenschonenden und klimaresilienten Stadt erfordert.⁶ Zudem können Investitionen in klimaschonende Maßnahmen wie erneuerbare Energie, öffentliche Verkehrsmittel und Begrünung auch Investitionen in die heimische Wirtschaft stärken und vielfältige wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, zum Beispiel steigende Beschäftigung, sinkende Energiepreise und niedrigere Gesundheitskosten.⁷

Fest steht: Menschliches Handeln, insbesondere die ressourcenintensive Lebensweise in wirtschaftlich, politisch und technologisch hoch entwickelten Ländern, war und ist der Hauptverursacher der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise.⁸

Die gute Nachricht ist, dass wir es genau deshalb selbst in der Hand haben. Wir können und müssen gemeinsam eine **lebenswerte Zukunft** gestalten. Die Stadt Wien trägt innerhalb ihrer Wirkmöglichkeiten dazu bei, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein klimafreundliches Leben ermöglichen. Die Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise kennt keine Grenzen. Deshalb braucht es Maßnahmen auf allen Ebenen – weltweit, in Europa, in Österreich und ganz konkret auch in Städten wie Wien.

2.5 Global denken, lokal handeln

2015 beschlossen die Vereinten Nationen 17 universell gültige Ziele für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung (englisch: *Sustainable Development Goals*, kurz SDGs). Zu deren Umsetzung bis zum Jahr 2030 bekannten sich alle Mitgliedstaaten. Die SDGs sind in allen Zielbereichen der *Smart Klima City Strategie Wien*⁹ verankert.

Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich die Weltgemeinschaft 2015 darauf verständigt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Ziel dieser maximalen Temperaturgrenze ist, die negativen Auswirkungen der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise so gering wie möglich zu halten. 2022 und 2026 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen thematisch ähnlich gelagerte Resolutionen verabschiedet, in denen das

Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt^a und die Staaten im Hinblick auf den Klimawandel verpflichtet^b wurden. Die internationalen Klimakonferenzen der vergangenen Jahre haben allerdings nur kleine Fortschritte gebracht und deutlich gemacht, wie stark Klimapolitik von geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen geprägt ist.

Die Europäische Union schafft für Österreich und Wien wichtige rechtliche Grundlagen für die Umsetzung einer effektiven Klimapolitik und legt ein hohes Umweltschutzniveau und die nachhaltige Entwicklung in den Grundrechten^c fest. Im Juli 2021 wurde das Ziel der Klimaneutralität der EU bis 2050 rechtlich verankert.^d Bis 2030 besteht die Verpflichtung, die Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern. Im April 2026 ist das verbindliche Zwischenziel einer Reduktion um 90 Prozent bis 2040 in Kraft getreten.^e

Im Regierungsprogramm 2025 bis 2029 formuliert Österreich, wie einige andere EU-Mitgliedstaaten, das Ziel, auf Bundesebene bereits 2040 klimaneutral zu sein.

Im Spannungsfeld zwischen ambitionierten Klimazielen und geopolitischen Abhängigkeiten wird klar: **Städte – und damit Wien – spielen eine Schlüsselrolle.**¹⁰ Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt in Städten. Dafür braucht es viel Energie und Ressourcen – diese können aber aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte in Städten besonders effizient eingesetzt werden.^f Nationale und internationale Städtenetzwerke unterstützen dabei das gegenseitige Lernen und den Erfahrungsaustausch.

United Cities and Local Governments (UCLG) unterstreicht beispielsweise in seiner *New Global Charter-Agenda for Human Rights in The City*¹¹ von 2026 den Aspekt einer nachhaltigen Umwelt. Mit der Deklaration *Wien – Stadt der Menschenrechte* hat der Wiener Gemeinderat 2014 sein Bekenntnis zur Stärkung der Menschenrechte bekräftigt. Der Grundstein für die Wiener Klimaziele wurde im Wiener Regierungsabkommen 2020 gelegt, im Wiener Regierungsabkommen 2025 erneut bestätigt und im Februar 2022 in der aktualisierten *Smart Klima City Strategie Wien* und im *Wiener Klimafahrplan* vom Gemeinderat beschlossen. Dabei kann Wien auf umfangreiche Vorarbeiten wie die Beschlüsse der *Klimaschutzprogramme (KliP im Jahr 1999 und KliP II 2009)*¹² im Gemeinderat aufbauen.

Mit dem *Wiener Klimagesetz*¹³ hat die Stadt Wien das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 rechtlich festgeschrieben. Das bedeutet, dass angestrebt wird, innerhalb der Stadtgrenzen bis 2040 Netto-Null-Treibhausgasemissionen freizusetzen. Das *Wiener Klimagesetz* umfasst weitere wesentliche Aspekte: Die Stadt Wien verankert damit die 3 Säulen der Wiener Klimapolitik – Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. Damit haben der *Wiener Klimafahrplan*, dessen Fortschreibung und seine Veröffentlichung mindestens alle 5 Jahre eine klare gesetzliche Grundlage. Zentrale Klima-Instrumente der Stadt wie das Klimabudget werden institutionalisiert. Wien war das erste Bundesland Österreichs mit Klimazielen im Gesetzesrang und stellt damit sicher, dass die städtischen Klimaziele über Legislaturperioden hinaus gültig bleiben.

Wie Wien auf Kurs bleibt, zeigt das Umsetzungsmonitoring des Wiener Klimafahrplans. Auf Basis der Ergebnisse des im Jahr 2025 veröffentlichten Umsetzungsmonitorings¹⁴ wurde der vorliegende *Wiener Klimafahrplan* fortgeschrieben.

^a Resolution A/RES/76/300

^b Resolution A/RES/80/263

^c Artikel 37 der EU-Grundrechtecharta

^d Verordnung (EU) 2021/1119 (Europäisches Klimagesetz)

^e Verordnung (EU) 2026/667

^f Siehe auch Kapitel Klimaschutz

3 Wien geht's ganzheitlich an

Bis 2040 soll die Stadt Wien klimaneutral, ressourcenschonend und klimaresilient sein. Wiens Klimapolitik basiert auf den **3 gleichwertigen Säulen** – Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung (die „3 K“ der Wiener Klimapolitik) (siehe Abbildung 2):

Klimaschutz zielt darauf ab, Treibhausgasemissionen rasch und dauerhaft zu senken und so die menschengemachte Klimakrise einzudämmen. Wien trägt zu den nationalen, europäischen und internationalen Zielsetzungen bei, indem die Stadt das Erreichen der Klimaneutralität im Jahr 2040 konsequent verfolgt und eigene Treibhausgas-Zielpfade sowie Zwischenziele für jeden Sektor vorgibt.^a

Kreislaufwirtschaft bedeutet, den Einsatz von (Primär-)Rohstoffen zu minimieren, Materialien wiederzuverwenden und zu recyceln, bewusst zu konsumieren, Wertschöpfung nachhaltig und regional zu gestalten und dadurch Ressourcen so lange wie möglich im Umlauf zu halten und Abfälle zu vermeiden. So schont Wien Ressourcen, reduziert Emissionen und verringert die Abhängigkeit von knappen Rohstoffen.^b

Klimaanpassung bereitet Wien auf die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise vor, um Schäden an Infrastrukturen, Menschen, Natur und Umwelt zu begrenzen. Sie stärkt die Resilienz, also die Fähigkeit der Stadt und ihrer Bewohner*innen, mit Hitze, Extremwetter und anderen klimabedingten Risiken umzugehen – heute und in Zukunft.^c

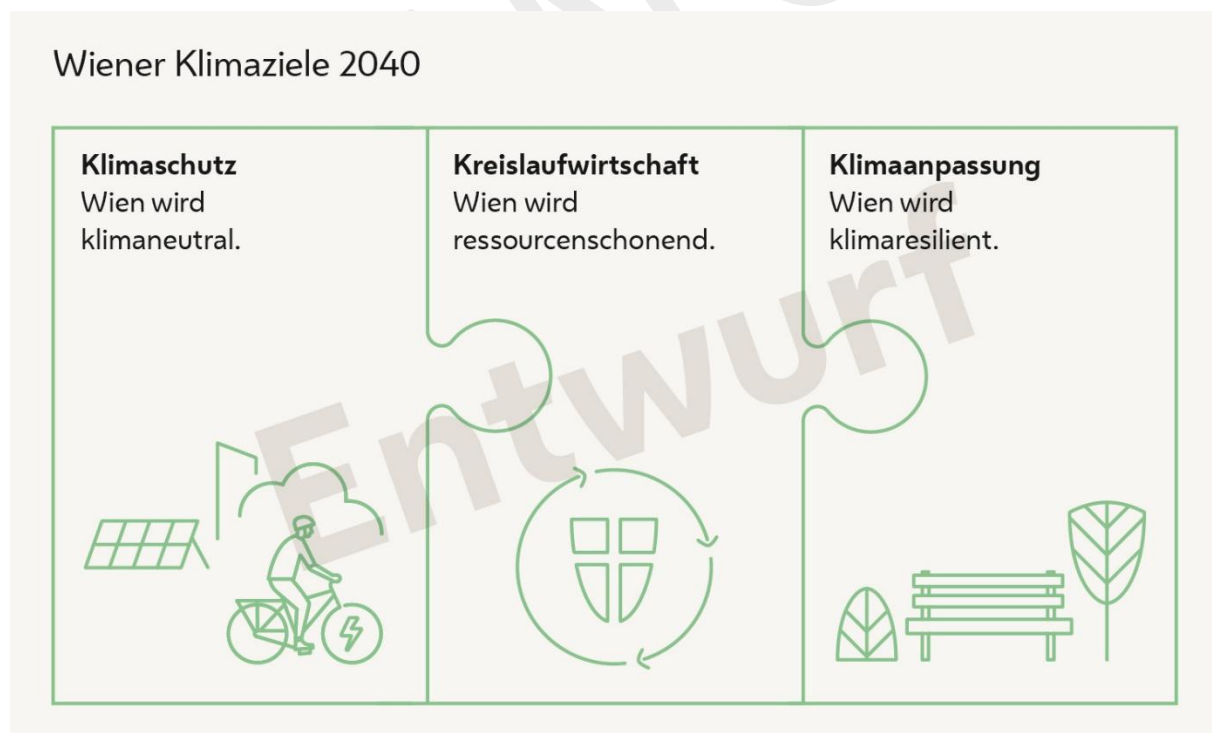


Abbildung 2: Die Wiener Klimaziele bis 2040; eigene Darstellung der „3 K“ der Wiener Klimapolitik

Die 3 Säulen der Wiener Klimapolitik – Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung – ziehen sich dabei gleichwertig durch alle Handlungsfelder des *Wiener Klimafahrplans*. Die 11

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^c Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

Handlungsfelder zeigen, wo die Stadt direkte und indirekte Einflussmöglichkeiten^a und Handlungsspielräume (Hebel) zur Zielerreichung hat: Dazu zählen Mobilität, Gebäude, Strom- und Fernwärmeerzeugung, Industrie und Gewerbe, Konsum und Abfall, Lebensmittel und Landwirtschaft, Gesundheit und Wohlbefinden, Stadtstrukturen und öffentlicher Raum, Biodiversität, Natur- und Erholungsräume, Wasser und Bewusstseinsbildung.

Maßnahmen und Instrumente für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung können ineinandergreifen, einander bedingen, verstärken oder gelegentlich im Widerspruch stehen. **Etwaige Zielkonflikte muss die Stadt bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen in den kommenden Jahren immer wieder diskutieren und neu bewerten.** Genau in diesem Zusammenspiel liegt aber auch große Wirkung: Viele Maßnahmen vereinen ökologische, soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse und Interessen und erzeugen so **Co-Benefits** – also Beiträge für ein gutes Leben für alle. Diese sind am Ende jedes Handlungsfelds näher beschrieben.^b

3.1 Die vielseitige Rolle der Stadt Wien für ein klimafreundliches Leben

Wiens Rolle bei der Erreichung der Wiener Klimaziele ist vielseitig. Die Stadt schafft durch landesrechtliche Gesetze oder Verordnungen und mit raum- und stadtplanerischen Instrumenten einen gesetzlichen Rahmen sowie technische, soziale und grüne Infrastruktur, um den Menschen in Wien ein klimafreundliches Leben zu ermöglichen. So garantiert Wien unter anderem kurze Wege, effiziente Netze für Strom, Wasser oder Fernwärme und Raum für soziale Treffpunkte oder Grün- und Erholungsflächen. Bereiche, die vorrangig unterstützt werden sollen, profitieren von ökonomischen Instrumenten wie Investitionen und Fördergeldern der Stadt. Damit gestaltet Wien als Beschafferin, Fördergeberin und Eigentümerin wichtige soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Stadt ist außerdem wichtige Partnerin für Organisationen, Unternehmen, Vereine, Dienstleister*innen, Veranstalter*innen und Eigentümer*innen. Außerdem nimmt sie in ihrer täglichen Arbeit ihre Rolle als Kommunikatorin und Multiplikatorin für diverse Bevölkerungs- und Interessensgruppen, Unternehmen, Vereine, andere Städte, den Bund und die Europäische Union wahr und ermöglicht im Rahmen verschiedener Beteiligungsformate den Menschen in Wien, die Stadt mitzugestalten. Nicht zuletzt beeinflusst die Stadt als Arbeitgeberin das berufliche Leben vieler Menschen (siehe Abbildung 3).

^a Siehe auch Kapitel Klimaneutrale Verwaltung

^b Siehe auch Kapitel Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine soziale und gerechte Klimapolitik

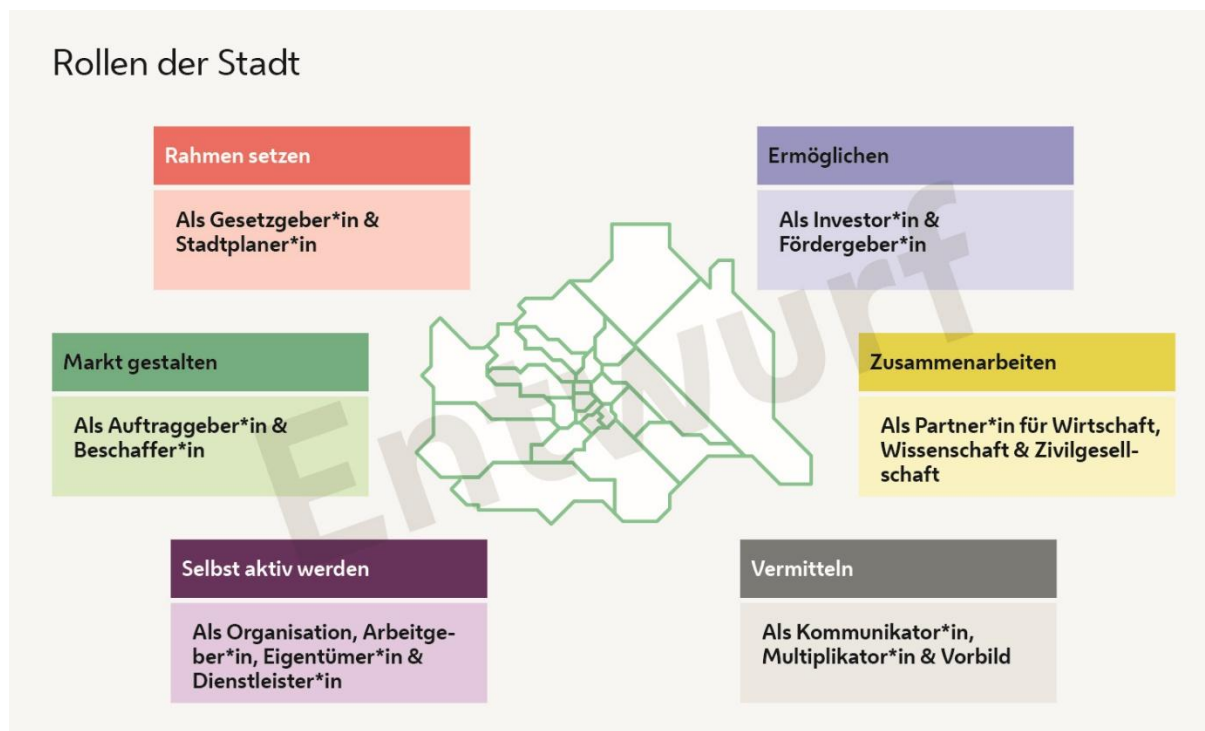


Abbildung 3: Rolle der Stadt und Einfluss auf die „3 K“ der Wiener Klimapolitik

In all ihren Rollen muss die Stadt eine klare Richtung für den Wandel vorgeben, Weichen rechtzeitig stellen, die Menschen in Wien bestmöglich an der Lösungsfindung beteiligen, klimafreundliches Handeln ermöglichen und bei ihnen Verständnis für erforderliche Maßnahmen schaffen. Durch vorausschauendes Handeln sichert Wien die Lebensqualität auch für die Zukunft und schafft stabile Rahmenbedingungen für Gesellschaft und Wirtschaft.

3.2 Klarer Fahrplan mit Zukunftsperspektive

Mit dem *Wiener Klimafahrplan* verfügt die Stadt Wien über eine klare und mutige strategische Handlungsanleitung zur Erreichung der Wiener Klimaziele und zum zukunftsorientierten Management klimabedingter Risiken. Er baut auf bestehenden Strategien auf und bündelt die zentralen Hebel, die die Stadt in der Hand hat und die nötig sind, um Wien auf dem Weg zur Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und Klimaresilienz entscheidend voranzubringen.

Der *Wiener Klimafahrplan* bildet den aktuellen Status der Treibhausgasemissionen in Wien und deren sektorale Verteilung ab. Darauf aufbauend werden Zielpfade zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 definiert. Dazu orientiert sich Wien an den Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer, nationaler und städtischer Ebene und führt darauf aufbauend fachliche und politische Diskussionen, deren gegenwärtiger Stand im *Wiener Klimafahrplan* abgebildet ist. So wird Wien Schritt für Schritt zur klimagerechten Stadt.^a

Aufgabe des *Wiener Klimafahrplans* ist es, das gemeinsame Verständnis für die zentralen Hebel und Maßnahmen zu schärfen und das fachübergreifende Arbeiten zu unterstützen. Diverse Programme und Projekte der Stadt greifen die im *Wiener Klimafahrplan* beschriebenen Maßnahmen und Instrumente detailliert auf und setzen sie um. Entsprechende weiterführende Verweise finden sich in

^a Siehe auch Kapitel Wiener Klimagovernance

den 11 Handlungsfeldern. Der *Wiener Klimafahrplan* setzt in der vorliegenden Fassung den Fokus auf prioritäre **Hebel und Maßnahmen der Umsetzungsperiode 2027 bis 2031**.

Neuerungen in der Fortschreibung des *Wiener Klimafahrplans*

Neue Inhalte des vorliegenden *Wiener Klimafahrplans* mit Umsetzungsfokus auf die Zeit bis 2031 sind unter anderem:

- eine verstärkte Integration der Kreislaufwirtschaft als ebenbürtige dritte Säule der Wiener Klimapolitik neben Klimaschutz und Klimaanpassung.^a
- klare Definitionen der Klimagerechtigkeit in Bezug auf eine klimagerechte Stadt^b, der Klimaneutralität^c und der Klimaneutralen Verwaltung^d.
- Fokus auf die zentralen Klimafolgen und möglichen Risiken für die Stadt.^e
- Treibhausgas-Zwischenziele pro Sektor für 2030 und 2035.
- methodische Weiterentwicklungen, vor allem in der Treibhausgas-Bilanzierung.
- neue Handlungsfelder und Maßnahmen im Wirkungsbereich der Stadt, unter anderem in den Bereichen Lebensmittel, Biodiversität, Wasser und Bewusstseinsbildung.

3.3 Ökologisch und sozial wirksame Klimapolitik

Die Auswirkungen der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise treffen uns alle, insbesondere jene Menschen, die bereits benachteiligt sind. Gute Klimapolitik muss daher auch sozial ausgewogen und generationengerecht sein.

Damit eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb eines sicheren und gerechten Handlungsrahmens in der Stadt Wien möglich ist, müssen Chancen und Lebensqualität gewährleistet werden (soziale Risikobereiche). Gleichzeitig dürfen planetare Belastungsgrenzen (ökologische Risikobereiche) nicht überschritten werden. Ein gutes Leben für alle ist möglich, wenn sich die Stadt Wien im mittleren Bereich dieses Handlungsrahmens, im sogenannten „Donut“, befindet, und die Grenzen der Natur berücksichtigt (siehe Abbildung 4).

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^b Siehe auch Kapitel Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine soziale und gerechte Klimapolitik

^c Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^d Siehe auch Kapitel Klimaneutrale Verwaltung

^e Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

Konzept der Donut-Ökonomie im Wiener Klimafahrplan

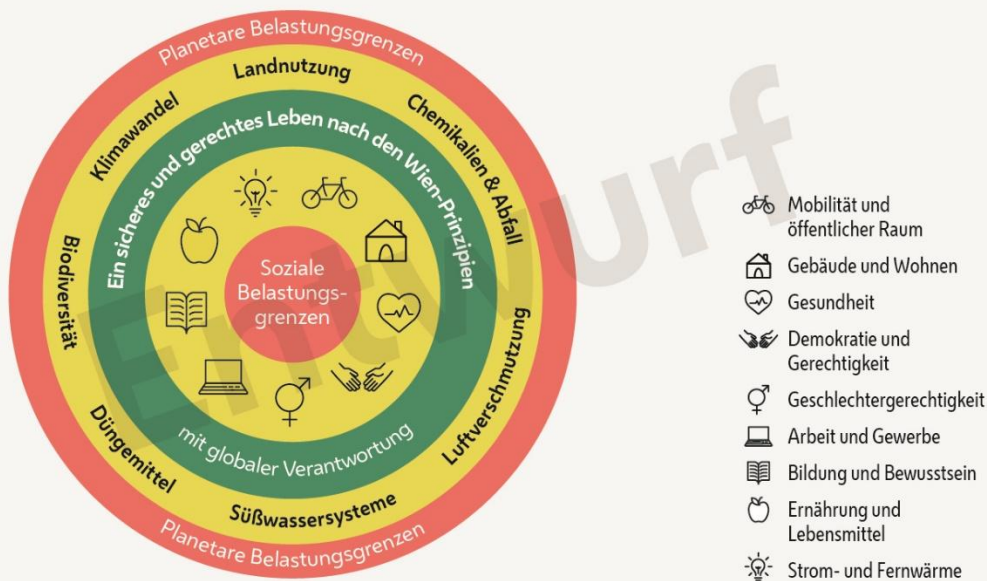


Abbildung 4: Konzept der Donut-Ökonomie für Wien, angelehnt an die planetaren Belastungsgrenzen (äußere Grenzen) und die Sustainable Development Goals (innere Grenzen), in Kooperation mit Donut Wien und Doughnut Economics Action Lab

Einige der planetaren Belastungsgrenzen sind allerdings bereits überschritten.¹⁵ Der *Wiener Klimafahrplan* beschäftigt sich mit den für die Stadt relevanten planetaren Grenzen und stellt zudem sicher, dass Chancen für Innovation geschaffen und die hohe Wiener Lebensqualität erhalten werden.

Wien beachtet die planetaren Belastungsgrenzen:

- Die Konzentration von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Atmosphäre ist global gesehen zu hoch. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel des *Wiener Klimafahrplans*, den Treibhausgas-Ausstoß und damit den Klimawandel zu bremsen.^a
- Fossil betriebene Fahrzeuge **führen zu Luftverschmutzung**. Klimaschutz wirkt sich daher auch direkt auf die lokale Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen in Wien aus.^b
- Die Überproduktion von **Chemikalien** und synthetischen Stoffen wie Plastik gefährdet Ökosysteme und die menschliche Gesundheit. Wien reagiert unter anderem mit einer funktionierenden Abfallwirtschaft und einem strengen Umweltschutz.^c Ein nachhaltiger Konsum der Menschen in Wien unterstützt außerdem ökologische und faire Produktionsbedingungen in und außerhalb Wiens.
- Klimatische Veränderungen, wie häufigere Dürreperioden gefolgt von Starkregen, setzen **Süßwassersysteme** zunehmend unter Druck. Wien geht deshalb sorgsam mit der wertvollen Ressource Wasser um, schützt Gewässer und sichert eine verlässliche Versorgung langfristig.^d
- Die industrielle Landwirtschaft hat biochemische Kreisläufe stark verändert: Der Einsatz von **Düngemittel** überschreitet die planetaren Belastungsgrenzen und gefährdet die

^a Siehe auch Kapitel Wiener Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität und Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

Biodiversität. Wien setzt daher auf biologische Landwirtschaft und hält Nährstoffe im Kreislauf.^a

- **Landnutzung** bedeutet, dass Flächen von Menschen in ihrem natürlichen Zustand verändert, besiedelt oder bewirtschaftet worden sind. Natürliche Ökosysteme können dann nicht mehr stabilisierend wirken, wie das zum Beispiel Wälder bei der CO₂-Speicherung tun. Das setzt auch die **Biodiversität** stark unter Druck. Wien geht nachhaltig mit den Themen Stadterweiterung und Flächeninanspruchnahme^b um, minimiert Versiegelung und stärkt die Biodiversität in Natur- und Erholungsräumen^c.

Wien schafft Chancen und sichert Lebensqualität:

- Der breite Zugang zu **gemeinnützigem Wohnbau**, Gemeindewohnungen, leistungsfähiger Energieinfrastruktur, Grünräumen und öffentlichen Verkehrsmitteln trägt wesentlich zur Leistbarkeit und Lebensqualität in Wien bei.^d
- **Industrie und Gewerbe** schaffen Arbeitsplätze, Einkommen, Dienstleistungen und Produkte für die Menschen in Wien. Wien stärkt die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und erhöht seine Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen, geopolitischen und klimatischen Veränderungen.^e
- **Regionale Landwirtschaft** birgt Chancen für eine gesunde Ernährung und leistbare, unabhängige Lebensmittelversorgung.
- Wiens leistungsfähiges **Bildungssystem** schafft die Grundlage für Selbstbestimmung, berufliche Chancen und gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich vermittelt Bildung wichtige Zukunftskompetenzen und stärkt **Bewusstsein** und Fähigkeiten für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen.^f
- Leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuung verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und stärkt die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern.
- Eine sichere, barrierearme **Gestaltung des öffentlichen Raums** berücksichtigt unterschiedliche Lebensrealitäten und Bedürfnisse und unterstützt selbstbestimmte Mobilität und Teilhabe im Alltag.
- Wien bietet vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung und stärkt so eine lebendige **Demokratie**.
- Das Wiener **Gesundheits- und Pflegesystem** sichert eine verlässliche Versorgung und stellt sich auf neue Herausforderungen wie zunehmende Hitzebelastung ein.^g
- Das Wiener **Sozialsystem** unterstützt Menschen, die von Klimafolgen und steigenden Belastungen besonders betroffen sind, mit finanziellen Hilfen und Beratungsangeboten und stärkt damit die soziale Resilienz der Stadt.

Wirksame Klimapolitik erhält langfristig eine hohe Lebensqualität. Weil der Erhalt guter Lebensbedingungen für uns und die künftigen Generationen nicht verhandelbar ist, orientiert sich Wiens sozial ausgewogene Klimapolitik an 7 gleichwertigen Prinzipien, den sogenannten Wien-Prinzipien.^h

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Lebensmittel und Landwirtschaft

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^e Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

^f Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

^g Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^h Siehe auch Kapitel Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine soziale und gerechte Klimapolitik

4 Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine gerechte Klimapolitik

Seit jeher schafft die Stadt den Rahmen, um ihrer Bevölkerung ein gutes Leben zu bieten. Eine klimaneutrale, kreislauffähige und klimaresiliente Welt ist nach Wiener Verständnis auch eine sichere, gerechte und lebenswerte Welt voller Chancen für alle.

Klimagerechtes	Wien	–	Was	heißt	das?
Verantwortungsvolle Klima- und Umweltpolitik geht Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit. Klima- und Umweltpolitik in Wien verfolgt daher das Ziel der Klimagerechtigkeit.					
Eine klimagerechte Stadt nimmt bewusst ihre Vorbildfunktion und Verantwortung wahr. Sie verfolgt ihre Klimaziele und soziale Gerechtigkeit mit ambitionierten Maßnahmen und stärkt damit Sicherheit, Unabhängigkeit und Lebensqualität. Grundlegende Bedürfnisse wie die Versorgung mit Wasser und Energie, Wohnen, Mobilität und das Erleben von Natur werden abgedeckt; Güter und Dienstleistungen werden leistbar und nachhaltig bereitgestellt. Durch eine soziale Ausgestaltung von Klimamaßnahmen wird allen Menschen in der Stadt unter besonderer Berücksichtigung von vulnerablen Bevölkerungsgruppen die bestmögliche Lebensqualität garantiert und diese auch für zukünftige Generationen erhalten.					

Die Stadt Wien formuliert 7 gleichwertige Prinzipien, um den multiplen Krisen erfolgreich zu begegnen und soziale Gleichheit und Chancen zu fördern. Diese Wien-Prinzipien gelten für den gesamten *Wiener Klimafahrplan*.

4.1 Wien-Prinzipien für eine klimagerechte Stadt

Ein gutes Klima umfasst Klimaneutralität, Ressourcenschonung und Klimaanpassung.

Die Stadt Wien leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz, zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zur Erhöhung der Klimaresilienz. Dadurch werden begrenzte Ressourcen gerechter verteilt und bislang an andere – oftmals in den globalen Süden – ausgelagerte Auswirkungen entweder vermieden oder möglichst ausgeglichen.

Klima- und Umweltpolitik bringt neben der angestrebten Zielsetzung in vielen Fällen positive Zusatzeffekte für den Alltag der Menschen mit sich (Co-Benefits). So führen zum Beispiel die Forcierung einer neuen Reparaturkultur sowie der Bedarf an Fachkräften für ökologische Bauweisen und den Ausbau von Sonnenstrom zu innovativen Geschäftsmodellen und neuen Arbeitsplätzen. Die Attraktivierung von aktiver Mobilität und der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln unterstützen den Umstieg vom Pkw auf diese Alternativen. Das schafft neue Möglichkeiten, den öffentlichen Raum anders zu nutzen und attraktiver zu gestalten: Wo weniger Platz für den motorisierten Individualverkehr ist, kann Raum für Abkühlung und Aufenthalt, Begrünungen, Fahrradfahren oder Spaziergehen entstehen. Das verbessert die Luftqualität, verringert Hitzeinseln, erweitert den Lebensraum und bringt damit gesundheitliche Vorteile für alle Menschen in Wien.

Gelegentlich können Zielsetzungen auch im Widerspruch zueinander stehen, wie zum Beispiel die vielfältigen Nutzungsansprüche des öffentlichen Raums bei begrenzter Fläche, die Wahrung der Versorgungsqualität im Gesundheitswesen bei gleichzeitiger Ressourcenschonung oder Sicherheitsaspekte angesichts der Vermeidung von Lichtverschmutzung. Unvermeidliche Zielkonflikte müssen deswegen im Rahmen der konkreten Maßnahmensetzung immer wieder diskutiert und bewertet werden.

Ein gutes Klima ist sozial und sichert Leistungen für das tägliche Leben.

Wirksame und sozial gerechte Klima- und Umweltpolitik bedeutet eine langfristige Verbesserung der Lebenssituation der Menschen. Grundlegende Bedürfnisse werden gesichert abgedeckt. Dazu gehören etwa Wohnen, die Wasserver- und -entsorgung, Gesundheit, Ernährung, die Energieversorgung sowie die Mobilitäts- und digitale Netzinfrastruktur. Auch Grünraumversorgung, Bildung, Care-Arbeit, Abfallwirtschaft, soziale Absicherung und der Schutz vor Katastrophen wie Hochwasser zählen dazu. Ziel soll sein, dass all diese Infrastrukturen und Dienstleistungen des täglichen Lebens als qualitativ hochwertige Leistungen garantiert werden und für die gesamte Bevölkerung leistbar sind.

Ein gutes Klima bedeutet nachhaltige Standortpolitik.

Wien schafft die Voraussetzungen dafür, dass neue Technologien, innovative Unternehmen und Investitionen in klimaneutrale Lösungen in der Stadt entstehen und wachsen können. Öffentliche Investitionen, leistungsfähige Infrastruktur, Forschung, qualifizierte Fachkräfte und verlässliche Rahmenbedingungen stärken den Wirtschaftsstandort und unterstützen Unternehmen dabei, Energie und Ressourcen effizienter einzusetzen.

Als Teil einer international vernetzten Metropolregion profitiert Wien vom Austausch von Wissen, Technologien, Produkten und Dienstleistungen. Gleichzeitig werden regionale Wertschöpfung, lokale Strukturen und eine leistungsfähige Infrastruktur gestärkt. Damit macht sich die Stadt unabhängiger von globalen Lieferketten und erhöht die Resilienz und Versorgungssicherheit des Standorts.

Wien denkt technologische und soziale Innovationen zusammen und strebt eine „Just Transition“ an. Das bedeutet einen gerechten Übergang zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft in einer sozial verträglichen Weise. Wien will ein Magnet für klimaneutrale Technologien und Innovationen sein. Dafür verbindet die Stadt Forschung, Wirtschaft und Bildung, fördert neue Geschäftsmodelle und stärkt die Kompetenzen für sinnstiftende Arbeitsplätze der Zukunft mit fairen Arbeitsbedingungen. So entstehen neue Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und den Wirtschaftsstandort Wien.

Ein gutes Klima ist inklusiv.

Die Stadt achtet auf die vielfältigen Bedürfnisse der Menschen in Wien. Sie behandelt alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Alter, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Gesundheit, sozioökonomischem Status und Bildungsstand, respektvoll und wertschätzend.

Die Auswirkungen der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise treffen insbesondere jene Personengruppen, die weniger dazu beitragen und die bereits benachteiligt sind, sowie Kinder und zukünftige Generationen. Eine klimagerechte Politik ist sich dieser Ungleichverteilung bewusst und gestaltet Maßnahmen des Klimaschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Klimaanpassung gerecht: Klimamaßnahmen sollen allen Menschen unter besonderer Berücksichtigung von vulnerablen Bevölkerungsgruppen zugutekommen, den sozialen Ausgleich fördern und soziale Ungleichheit verringern.

Ein gutes Klima ist demokratisch.

Eine sozial gerechte Klima- und Umweltpolitik unterstützt die Wahrung von Frieden und Sicherheit. Klimamaßnahmen, die auf eine lebenswerte Stadt abzielen und im Rahmen von demokratischen Prozessen entwickelt werden, stärken den sozialen Zusammenhalt und sorgen für friedliche Gesellschaften.

Wien pflegt demokratische Werte, gibt ihrer Bevölkerung konkrete Möglichkeiten zur Mitbestimmung sowie Räume für Austausch mit einer respektvollen Diskussionskultur und motiviert sie dazu, sich als aktive Bürger*innen zu engagieren. Partizipationsformate sollen einen Rahmen schaffen, wo die Wünsche, Ideen, Kenntnisse und Kompetenzen der Bevölkerung eingebunden, ihre Bedenken wahrgenommen und gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. Durch lokales Wissen, zum Beispiel bei der Umgestaltung im eigenen Viertel, werden verschiedene Lebenssituationen berücksichtigt und wirksame Maßnahmen entwickelt.

Ein gutes Klima bildet und stärkt Bewusstsein.

Ein besseres Verständnis für die Herausforderungen und Chancen der Klimakrise, den Zusammenhang mit der Biodiversität und die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit Energie und Ressourcen erhöht die gesellschaftliche Bereitschaft, nötige Veränderungen mitzutragen und auch selbst zu initiieren. Deshalb verfolgt Wien Klimabewusstseinsbildung und informiert verständlich, wissenschaftsbasiert und ermächtigend.

Neben Bildung spielen auch Kunst und Kultur eine wichtige Rolle. Veränderungen erfordern kreatives Vorstellungsvermögen. Wien ist eine Stadt mit einer sehr vielfältigen Kulturszene und einer langen Kunsttradition. Sie prägen die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Stadt. Kunst kann bewegen und erklären, Neugier wecken, Dinge sichtbar machen und Lösungsspielräume erweitern.

Ein gutes Klima heißt, Verantwortung zu übernehmen – auf lokaler, europäischer und globaler Ebene.

Mit dem *Wiener Klimagesetz* verpflichtet sich Wien zur Klimaneutralität und zu einer Klimaneutralen Verwaltung bis 2040. Damit geht die Stadt mit gutem Beispiel voran und schafft in ihrem eigenen Wirkungsbereich Voraussetzungen für eine klimaneutrale, kreislauffähige und klimaresistente Zukunft.

Als Gemeinde und Bundesland hat Wien einen großen Handlungsspielraum, um gute Rahmenbedingungen für die Erreichung der Klimaziele zu schaffen. Ergänzend dazu braucht es gesamtstaatliche, europäische und internationale Grundlagen in den Bereichen Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. Wien bekennt sich zu den 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung und zum Pariser Klimaabkommen und bringt sich weiter auf den Ebenen von Bund, Europäischer Union und den Vereinten Nationen für ambitionierte Klimamaßnahmen ein. Wien begrüßt diese Vorgaben, setzt sie lokal um und positioniert sich klar pro-europäisch.

Die Stadt Wien handelt innerhalb ihrer budgetären Rahmenbedingungen maximal ambitioniert, denn sie ist sich bewusst: Ohne konsequente Maßnahmen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung werden mittel- bis langfristig Mehrkosten entstehen. Das betrifft unter anderem Zahlungen aufgrund von Zielverfehlungen, klimabedingte Schäden, höhere Gesundheitsausgaben wie auch Preissteigerungen im Zusammenhang mit Ernteverlusten oder fragilen Lieferketten. Vorhaben, die einen Beitrag zu einer klimaresilienten, klimaneutralen und zirkulären Stadt leisten, werden priorisiert, um diese möglichen Mehrkosten in der Zukunft so gering wie möglich zu halten. Deswegen braucht es jetzt mutige Investitionen in die Zukunft.

5 Klimaschutz

5.1 Warum Klimaschutz?

Städte spielen eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz. Denn obwohl städtische Gebiete weltweit nur rund 2 Prozent der Landfläche bedecken, lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Zentren.¹⁶ Um die Bedürfnisse der Menschen, etwa in den Bereichen Wohnen, Mobilität oder Energieversorgung, sicherzustellen, benötigt es in Städten viele Ressourcen und Energie, wodurch erhebliche Emissionen auf kleinem Raum entstehen. Gleichzeitig werden durch die hohe Dichte an Infrastruktur, wie Schulen, Gastronomie, Straßen oder Kanälen, viele Menschen erreicht, sodass Ressourcen möglichst effizient eingesetzt werden können.

Während Städte durch diese effiziente Ressourcennutzung viele Menschen auf kleinem Raum versorgen, bietet der ländliche Raum andere Vorteile: Wertvolle Flächenreserven wie Wälder, Wiesen, Felder und Gewässer bilden die Basis für unsere Grundversorgung und sind wichtige Lebensräume für Pflanzen, Pilze und Tiere.

Die Rollen von Stadt und Land sind untrennbar miteinander verbunden, wenn es um Klimaschutz geht. Ziel der Stadt Wien ist es, im Bereich Klimaschutz durch die effiziente Nutzung von Ressourcen Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig die bestmögliche Infrastruktur für die Menschen in Wien bereitzustellen.

5.2 Klimaneutralität in Wien

Mit der Fortschreibung des *Wiener Klimafahrplans* wird die **Definition der Klimaneutralität** weiterentwickelt und an dem international anerkannten *Global Protocol for Community-Scale Greenhouse Gas Emission Inventories (GPC)* ausgerichtet. Damit kommt der *Wiener Klimafahrplan* dem Auftrag des *Wiener Klimagesetzes* nach, Klimaneutralität in Wien auf Basis international anerkannter Treibhausgas-Bilanzierungsstandards zu definieren.

Klimaneutralität in Wien bezieht sich auf die Treibhausgasemissionen innerhalb des Stadtgebiets aus den Sektoren Gebäude, Mobilität, Abfall, Industrie, fluoridierte Gase (auch F-Gase genannt), Strom- und Fernwärmeerzeugung sowie Landwirtschaft (siehe Abbildung 5). Damit folgt Wien dem Territorialprinzip. Innerhalb der Handlungsfelder werden jeweils die **territorialen** (beziehungsweise produktionsbasierten) **Emissionen** betrachtet, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger innerhalb der Stadtgrenzen entstehen (sogenannte Scope-1-Emissionen), zum Beispiel durch Gasheizungen im Gebäudesektor oder fossile Treibstoffe im Verkehrssektor. Diesen **territorialen Emissionen** wird im Treibhausgas-Reduktionspfad auf dem Weg zur Klimaneutralität entgegengewirkt.

Zusätzlich zeigt jedes Handlungsfeld die Emissionen des **Strom- und Fernwärmeverbrauchs** (sogenannte Scope-2-Emissionen) in den Handlungsfeldern auf. Die Emissionen aus Strom und Fernwärme sollen vollständig dekarbonisiert werden. Dazu plant Wien, die Emissionen aus der Strom- und Fernwärmeerzeugung zu reduzieren und klimaneutrale Strom- und Fernwärmeimporte sicherzustellen. Das Handlungsfeld Strom- und Fernwärmeerzeugung beschreibt dafür übergreifend den Fahrplan zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Deshalb sind die Emissionen aus dem

Strom- und Fernwärmeverbrauch nicht Teil der einzelnen Treibhausgas-Reduktionspfade in den anderen Handlungsfeldern.^a

Ergänzend zu den territorialen Emissionen, die innerhalb der Wiener Stadtgrenzen entstehen, gibt es auch die sogenannten **globalen Emissionen** (beziehungsweise konsumbasierte Emissionen). Diese beinhalten alle Emissionen, die durch die Nachfrage Wiens entstehen, ungeachtet dessen, wo sie freigesetzt werden. Das heißt, dass die globalen Emissionen auch weitere Emissionen beinhalten, die zum Beispiel bei der Herstellung von Waren außerhalb des Wiener Stadtgebiets entstehen (sogenannte Scope-3-Emissionen). Diese Emissionen sind nicht Teil der Wiener Zielsetzung der Klimaneutralität, sollen aber ebenfalls maßgeblich reduziert werden.^b Ihnen wird in jenen Handlungsfeldern begegnet, bei denen die Nachfrage durch private Wiener Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand in Wien entsteht, wie zum Beispiel beim Bau von Gebäuden oder Infrastruktur oder beim Konsum von Produkten und Lebensmitteln. Auch das Ziel zur **Reduktion des Materialfußabdrucks** und der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft in Wien beeinflussen die globalen Emissionen. Global betrachtet ist Klimaneutralität ohne Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft nicht möglich (siehe Abbildung 5).^c

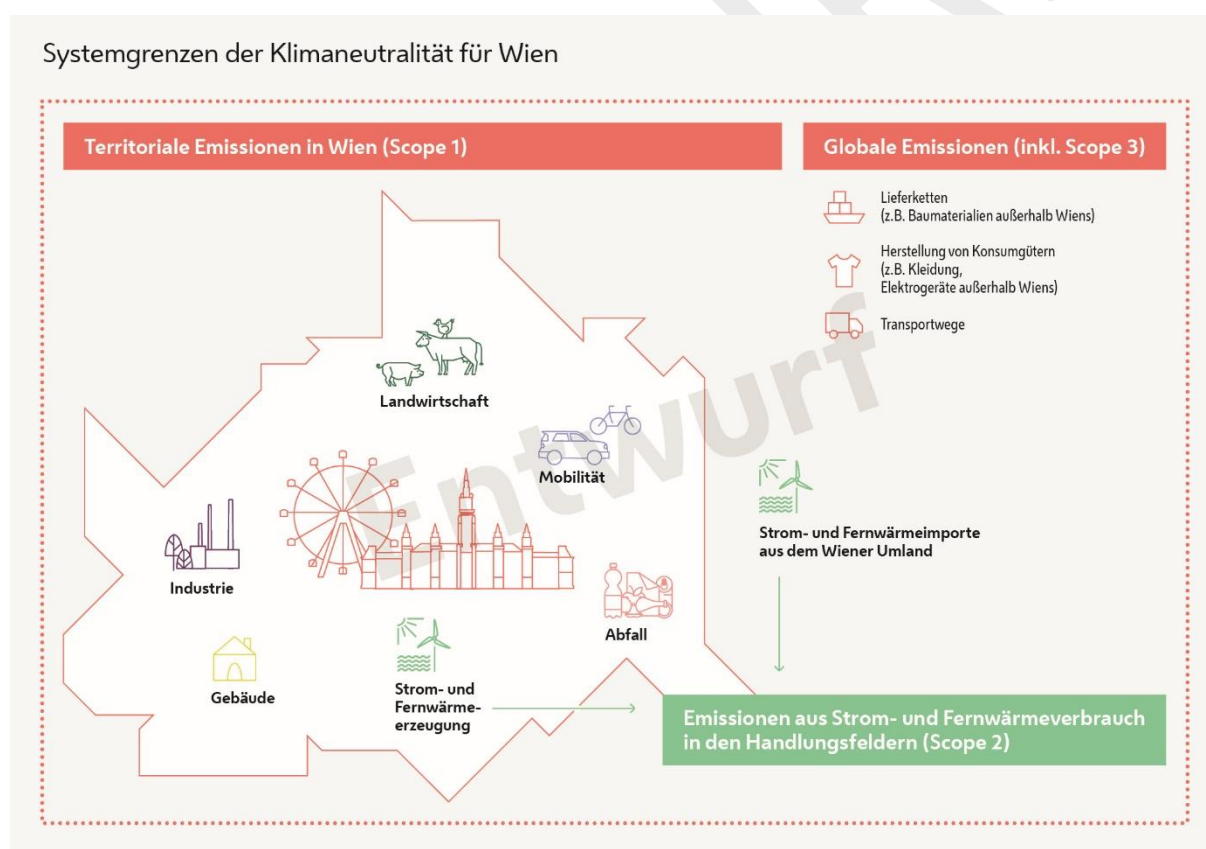


Abbildung 5: Systemgrenzen der Klimaneutralität für Wien

Grundsätzlich gilt: Alle Emissionen müssen so weit wie möglich vermieden oder reduziert werden. Allerdings treten vor allem in besonders energieintensiven Handlungsfeldern Emissionen auf, die bis 2040 mit aktuellen Technologien kaum gemindert werden können (zum Beispiel im Abfallsektor, in der Chemieindustrie oder in der Landwirtschaft). Diese Emissionen werden als schwer beziehungsweise nicht vermeidbar („hard-to-abate“) bezeichnet. Sie können durch entsprechende

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^b Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^c Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Diese müssen allerdings gewisse Kriterien erfüllen und dafür sorgen, dass Kohlenstoffdioxid der Atmosphäre entzogen und langfristig gespeichert wird. Beispiele dafür reichen von der klassischen Aufforstung über die Renaturierung von Ökosystemen bis zur technischen Entnahme von Kohlendioxid (CO₂) direkt aus der Umgebungsluft. Diese Kompensationsmaßnahmen heißen auch **CO₂-Senken**, wobei zwischen unterschiedlichen Arten von Senken unterschieden wird:

- **Natürliche Senken** wie Wälder, Böden, Feuchtgebiete, Gewässer und urbanes Grün speichern Kohlenstoff durch ausschließlich natürliche Vorgänge und tragen gleichzeitig zur Biodiversität, zur Luftreinhaltung, Kühlung und Erholung bei. Auch der Holzbau zählt zu den natürlichen Senken. Der Schutz und der Ausbau natürlicher Senken kann damit einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich der Restemissionen leisten.
- **Natürliche technische Senken** kombinieren natürliche mit technischen Prozessen, um die natürliche Speicherung von Kohlenstoff zu beschleunigen, zum Beispiel bei der beschleunigten Verwitterung von Gestein.
- **Technische Senken** speichern CO₂ durch rein technische Prozesse, zum Beispiel bei der CO₂-Einspeicherung in geologischen Formationen unter hohem Druck, sind derzeit aber noch sehr energie- und kostenintensiv sowie mit hohen Unsicherheiten und Risiken verbunden.¹⁷

Im Unterschied zu technischen CO₂-Senken wird die **Abscheidung von fossilem CO₂** aus Rauchgasströmen (Carbon Capture) nicht als Kompensation, sondern als Reduktionsmaßnahme betrachtet.^a CO₂-Emissionen werden dabei zum Beispiel in Müllverbrennungsanlagen aus dem Abgas abgeschieden, noch bevor sie in die Atmosphäre gelangen. Das abgeschiedene CO₂ muss dann entweder in unterirdische Speicher verpresst werden (Carbon Capture and Storage, CCS) oder als Rohstoff zum Beispiel in der Chemieindustrie für die Herstellung neuer organischer Verbindungen eingesetzt werden (Carbon Capture and Utilization, CCU). Für die Anwendung von Carbon Capture und dem nachfolgenden Lagern (Storage) beziehungsweise der Verwendung (Utilization) fehlen derzeit noch wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Durch die Setzung wirksamer Hebel und Maßnahmen in allen Handlungsfeldern inklusive Maßnahmen im Bereich Carbon Capture verfolgt die Stadt Wien das ambitionierte Ziel, die **territorialen Emissionen bis 2040 auf Netto-Null** zu senken.

5.3 Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene

Der Orientierungsrahmen für die Wiener Klimaschutzziele und ihre Umsetzung wird auf EU- und Bundesebene festgelegt. In der EU bildet der *Europäische Grüne Deal COM(2019) 640* die Grundlage für die Klimaziele. Die *Verordnung (EU) 2021/1119 (Europäisches Klimagesetz)* definiert darauf aufbauend die rechtlich verbindlichen Ziele einer Reduktion um mindestens 55 Prozent bis 2030, 90 Prozent bis 2040 sowie das Klimaneutralitätsziel bis 2050.

Für die Erreichung dieser Ziele stehen auf europäischer Ebene unterschiedliche Werkzeuge zur Verfügung, unter anderem:

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

- Der Europäische Emissionshandel (kurz EU-ETS) (basierend auf *Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG*) definiert eine EU-weite Obergrenze für Emissionen insbesondere in der Energiewirtschaft, der energieintensiven Industrie sowie im innereuropäischen Luftverkehr. Seit 2024 wird zudem der Seeverkehr schrittweise in das System einbezogen. Der EU-ETS 2 (basierend auf der *Emissionshandelsrichtlinie (EU) 2023/959*) führt ein eigenes, ergänzendes Emissionshandelssystem für die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr ein. Für beide Systeme gilt eine jährlich sinkende Emissionsobergrenze, wodurch die Gesamtemissionen in den betroffenen Sektoren schrittweise reduziert werden sollen, während die daraus resultierenden steigenden Zertifikatspreise Anreize für klimafreundliche Investitionen schaffen.
- Die *Verordnung zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems (EU) 2023/956* zielt darauf ab, die Verlagerung emissionsintensiver Produktion in Drittstaaten zu minimieren, indem der Import CO₂-intensiver Waren, zum Beispiel von Stahl, Zement oder Strom, mit einem CO₂-Preis belegt wird.
- Die *Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852* definiert Kriterien für nachhaltige Investitionen, um private Kapitalflüsse in ökologische Wirtschaftsaktivitäten zu lenken. Diese Aktivitäten müssen mindestens eines der 6 in der Taxonomie-Verordnung definierten Umweltziele – (1) Klimaschutz, (2) Anpassung an den Klimawandel, (3) nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen, (4) Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft, (5) Vermeidung von Verschmutzung und (6) Schutz von Ökosystemen und Biodiversität – fördern, ohne anderen erheblich zu schädigen.
- Die *Lastenteilungsverordnung (EU) 2023/857* (ESR) legt nationale Reduktionsziele für die EU-Mitgliedstaaten in den Sektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall fest, um die EU-Zielsetzungen auf die Mitgliedstaaten herunterzubrechen. Für Österreich gilt bis 2030 dementsprechend in diesen Sektoren ein Reduktionsziel von minus 48 Prozent gegenüber 2005. Bei Abweichungen von diesen Reduktionszielen müssen zusätzliche Emissionszertifikate von anderen EU-Mitgliedstaaten gekauft werden, die ihre Emissionskontingente nicht ausgeschöpft haben.

Auf Bundesebene verankert das österreichische *Klimaschutzgesetz* seit 2011 Klimaschutz. Es wurde mehrfach novelliert (2013, 2015 und 2017). Eine ausstehende Novelle wurde bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des vorliegenden *Wiener Klimafahrplans* nicht vorgelegt.

Die Verbindung zwischen der EU-Ebene und der Stadt Wien bildet unter anderem auch der *Integrierte Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP)*. Dieser verpflichtet Österreich darzulegen, mit welchen konkreten Pfaden und Maßnahmen die unionsrechtlich vorgegebenen Reduktionsziele erreicht werden sollen. Für Wien ist dies von Bedeutung, da der NEKP maßgebliche Grundlagen für bundesweite Förderprogramme, zum Beispiel zur thermischen Sanierung, sowie für ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen im Energie- und Gebäudereich bildet. Damit definiert er die nationalen Leitplanken, innerhalb derer Wien seine eigenen Klimastrategien operativ weiterentwickelt und umsetzt.

5.4 Die Wiener Treibhausgasemissionen

5.4.1 Die territorialen Emissionen Wiens

Die Treibhausgasemissionen der Stadt Wien haben sich seit 2005 deutlich verändert. Abbildung 6 illustriert diese Entwicklung für alle Wiener Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2005 bis 2024.

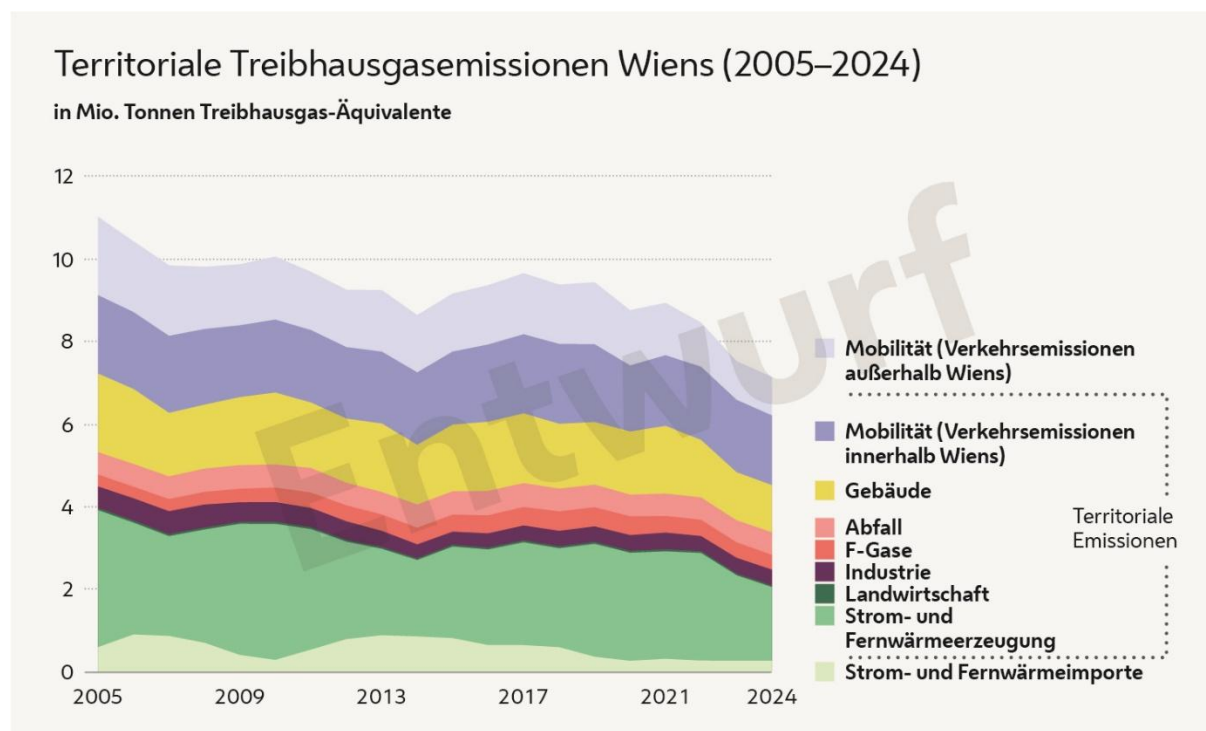


Abbildung 6: Entwicklung der territorialen Treibhausgasemissionen in Wien in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent 2005 bis 2024 (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Die **Zielsetzung der Klimaneutralität bis 2040** umfasst die territorialen Emissionen Wiens aus den Sektoren Mobilität (Verkehrsemissionen innerhalb Wiens), Gebäude, Abfall, Landwirtschaft, F-Gase, Industrie sowie Strom- und Fernwärmeerzeugung. Diese territorialen Emissionen konnten zwischen 2005 und 2024 bereits um 30 Prozent reduziert werden und sind Teil des Ziels der Klimaneutralität bis 2040.

Die Emissionen aus F-Gasen in Wien entstehen hauptsächlich durch ihren Einsatz zur Kühlung von Gebäuden. Die Maßnahmen zur klimafreundlichen Kühlung werden daher im Handlungsfeld Gebäude näher ausgeführt.^a Zudem ist die weitere Reduktion von F-Gasen in der EU durch die *Verordnung über fluorierte Treibhausgase (EU) 2024/573 (F-Gase-Verordnung)* geregelt. Diese Verordnung definiert auf EU-Ebene Höchstwerte für die Emissionen aus der Nutzung von F-Gasen und schreibt eine Reduktion um 95 Prozent bis 2030 und eine vollständige Reduktion bis 2050 vor (im Vergleich zum Basisjahr 2015).

Zusätzlich beinhaltet Abbildung 6 die Emissionen aus dem Kraftstoffexport im Fahrzeugtank, die Wien in der österreichischen Treibhausgas-Bilanzierung zugewiesen werden (Verkehrsemissionen außerhalb Wiens). Diese Kraftstoffe werden in Österreich getankt, im Ausland verfahren und die

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

daraus resultierenden Emissionen auf alle Bundesländer aufgeteilt.¹⁸ Da diese Emissionen außerhalb des Wiener Stadtgebiets freigesetzt werden, sind sie von der Zielsetzung nicht umfasst.^a

Die Emissionen aus dem Import von Strom und Fernwärme sind ebenfalls nicht von der Klimaneutralitätsdefinition umfasst. Diese Emissionen entstehen bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme außerhalb Wiens (zum Beispiel in Niederösterreich), die nach Wien importiert werden, um den lokalen Bedarf für Strom und Fernwärme zu decken. Obwohl diese Emissionen nicht von der Klimaneutralitätsdefinition umfasst sind, werden sie als Teil der Emissionen des Strom- und Fernwärmeverbrauchs (Scope 2) in jedem Handlungsfeld ausgewiesen, wo sie in Form von netzgespeister Elektrizität, Wärme, Dampf und/oder Kühlung innerhalb des Stadtgebiets verbraucht werden.

Obwohl die Emissionen seit 2005 einen abnehmenden Trend aufweisen, verbleiben im Jahr 2024 noch 5,9 Millionen Tonnen territoriale (Scope 1) Treibhausgasemissionen, die auf dem Weg zur Klimaneutralität reduziert werden müssen. Abbildung 7 zeigt die Verteilung dieser territorialen Treibhausgasemissionen sowie die Aufteilung der Emissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme (Scope 2) auf die jeweiligen Sektoren im Jahr 2024.

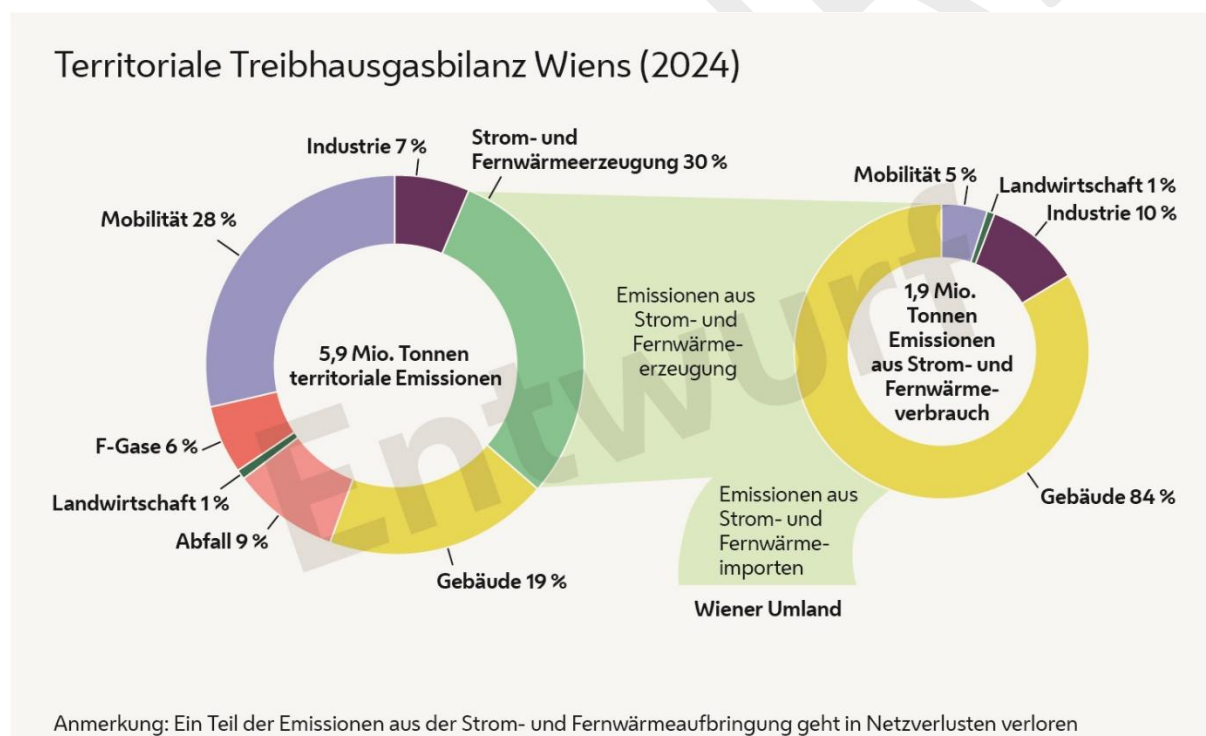


Abbildung 7: Territoriale Treibhausgasemissionen in Wien je Handlungsfeld (2024) in Prozent (Scope 1 und 2) (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025 und eigens erhobene Aktivitätsdaten)

Der **größte Anteil an den territorialen Emissionen (Scope 1)** entfällt mit 30 Prozent auf die **Strom- und Fernwärmeerzeugung**. Die Wiener Energieerzeugung deckt aber nicht den gesamten Bedarf für Strom und Fernwärme. Der Rest wird durch Importe aus dem Wiener Umland gedeckt, wodurch weitere Emissionen außerhalb des Wiener Stadtgebiets entstehen. Danach folgt der Sektor **Mobilität** mit 28 Prozent, gefolgt von den Sektoren Gebäude mit 19 Prozent, Abfall mit 9 Prozent, Industrie mit 7 Prozent, F-Gase mit 6 Prozent und Landwirtschaft mit 1 Prozent. Die sektorspezifischen Emissionen werden in den jeweiligen Kapiteln detailliert dargestellt.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

Insgesamt entfallen 1,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen auf den Strom- und Fernwärmeverbrauch (Scope 2) in den jeweiligen Handlungsfeldern. Diese Emissionen verteilen sich auf die einzelnen Handlungsfelder, wobei mit 84 Prozent der weitaus größte Anteil auf Gebäude entfällt, gefolgt von Industrie, Mobilität und Landwirtschaft. Die Dekarbonisierung dieser Emissionen wird im Rahmen der Dekarbonisierung des Energieverbrauchs^a sowie im Handlungsfeld Strom- und Fernwärmeerzeugung^b behandelt.

5.4.2 Die globalen Emissionen Wiens

Zusätzlich zu den territorialen Emissionen ergeben sich durch das Leben und Wirtschaften in der Stadt Wien weitere Emissionen außerhalb der Stadtgrenzen. Sie entstehen entlang der globalen Lieferketten, etwa bei der Herstellung und dem Transport von Gütern wie Baumaterialien, Lebensmitteln, Kleidung oder Elektrogeräten, die in Wien konsumiert werden. Dahinter stehen mehrere Faktoren: Wien ist kein ausgeprägter Industriestandort, weshalb ein Großteil der Konsum- und Investitionsgüter importiert werden muss; und die Menschen in Wien legen viele Pkw- und Flugkilometer außerhalb der Stadtgrenzen zurück. Der damit verbundene hohe Ressourcenverbrauch verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen in und vor allem außerhalb Wiens.

Im Jahr 2024 belaufen sich die globalen Emissionen auf rund 18,8 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen, im Vergleich zu 5,9 Millionen Tonnen territorialen Emissionen. Wien verursacht damit global etwa dreimal so viele Treibhausgasemissionen wie innerhalb der Stadtgrenzen anfallen (siehe Abbildung 8). Rund 20 Prozent der globalen Emissionen entstehen im EU-Ausland und weitere 20 Prozent außerhalb der Europäischen Union. Die übrigen rund 60 Prozent entstehen in Österreich.⁵⁴

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung



Abbildung 8: Territoriale (beziehungsweise produktionsbasierte) und globale (beziehungsweise konsumbasierte) Treibhausgasemissionen der Stadt Wien in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent im Jahr 2024 (Quellen: Konsumerhebung 2024/25 der Statistik Austria, Rechnungsabschluss Wien 2024, Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereich 2025)

Abbildung 9 zeigt die Verteilung dieser globalen Treibhausgasemissionen. Rund 58 Prozent der globalen Emissionen entfallen auf den Konsum privater Haushalte, größtenteils auf den Betrieb von Gebäuden, den Konsum von Lebensmitteln und die Mobilität. Das sind die Emissionen, die Menschen in Wien durch ihren alltäglichen Konsum verursachen – ungeachtet dessen, wo diese Emissionen entstehen. Rund 27 Prozent der globalen Emissionen entfallen auf langfristige Investitionen, wie zum Beispiel Maschinen und die Errichtung von Gebäuden oder andere Infrastruktur.

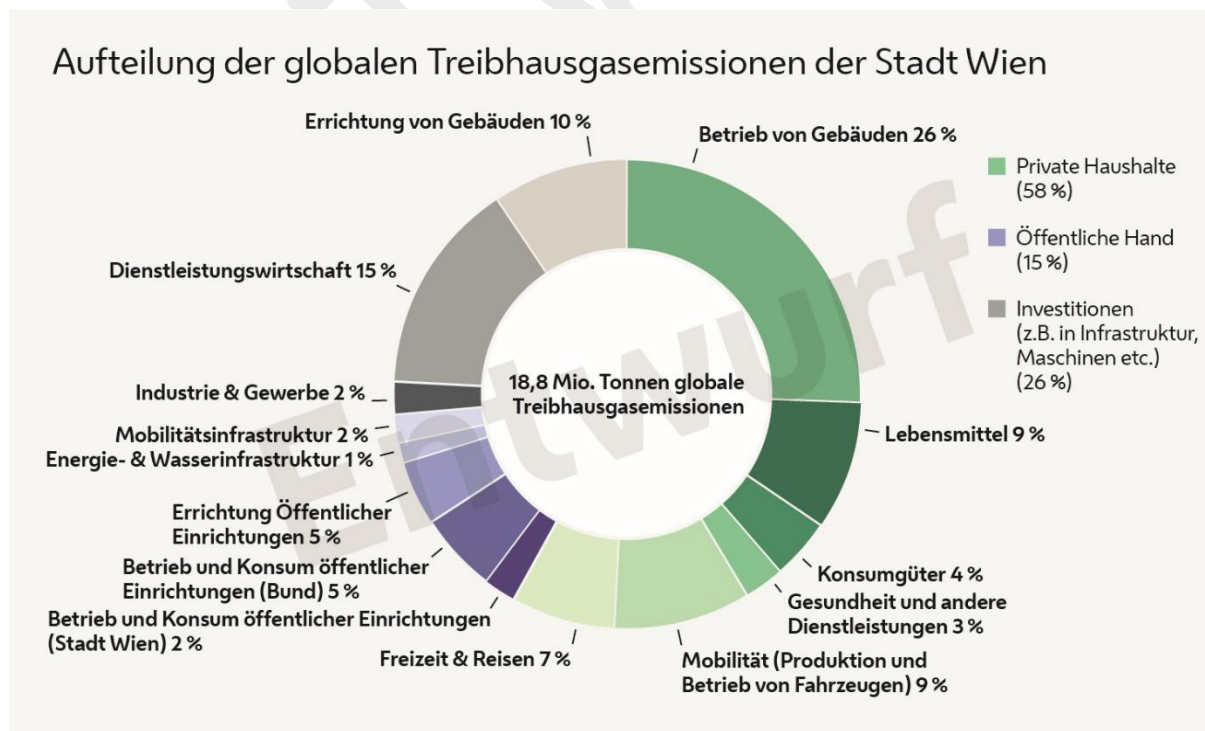


Abbildung 9: Globale Treibhausgasemissionen Wiens (2024) (Quellen: Konsumerhebung 2024/25 der Statistik Austria, Rechnungsabschluss Wien 2024, Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereich 2025)

Abschließend entfallen 15 Prozent der globalen Emissionen Wiens auf die öffentliche Hand. Dies beinhaltet den öffentlichen Konsum der Stadt Wien und der Bundeseinrichtungen, mit Sitz in Wien^a. Darunter fallen die öffentliche Beschaffung und öffentliche langfristige Investitionen, etwa in Verkehrs-, Energie- und Wasserinfrastruktur sowie in Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser.

Die globale Treibhausgasbilanz stellt eine wichtige Ergänzung zur territorialen Bilanz dar. Während die territoriale Treibhausgasbilanz entscheidend für die Klimaneutralitätsziele der Stadt Wien ist, ist die globale Treibhausgasbilanz eine wichtige Ergänzung für Wiens Beitrag zum globalen Klimaschutz, zur Ressourcenschonung und somit zur Versorgungssicherheit Wiens.

5.5 Wien wird klimaneutral

Die Stadt Wien hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, im Rahmen der ihr zukommenden Kompetenzen **bis 2040 klimaneutral** zu sein. Mit dem *Wiener Klimagesetz* hat die Politik dieses Ziel rechtlich verankert.

Zusätzlich hat die *Smart Klima City Strategie Wien* folgende Ziele für die Reduktion der Emissionen in Wien und für die Nutzung erneuerbarer Energien definiert, die für alle im *Wiener Klimafahrplan* genannten Hebel und Maßnahmen wegweisend sind:

- Wien senkt die lokalen Treibhausgasemissionen pro Kopf bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2005 und ist ab 2040 klimaneutral.
- Der Wiener Endenergieverbrauch wird 2030 gegenüber dem Basisjahr 2005 zur Hälfte und 2040 vollständig^b aus erneuerbaren beziehungsweise dekarbonisierten Quellen gedeckt.

Abbildung 10 zeigt, wie sich die Emissionen entwickeln müssen, um diese übergeordneten Zielsetzungen zu erreichen. In den jeweiligen Handlungsfeldern werden die konkreten Hebel und Maßnahmen aufgezeigt, die zur Erreichung der Zielsetzung beitragen. Im Vergleich zum Basisjahr 2005 müssen die territorialen Treibhausgasemissionen Wiens **bis 2030 pro Kopf um 55 Prozent und bis 2035 um 85 Prozent reduziert werden sowie bis zum Zieljahr 2040 auf Netto-Null** gesenkt werden. Dann verbleiben noch insgesamt 0,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent, die schwer beziehungsweise nicht vermeidbar sind und kompensiert werden müssen.

^a Die Emissionen aus dem Konsum der Bundesverwaltung werden anteilig für Wien berücksichtigt, gemessen an der Bevölkerungszahl.

^b Inklusiv der („importierten“) erneuerbaren Anteile von Strom, Fernwärme und Gas, und verbleibender Mengen aus der energetischen Verwertung von Abfall und Wärme

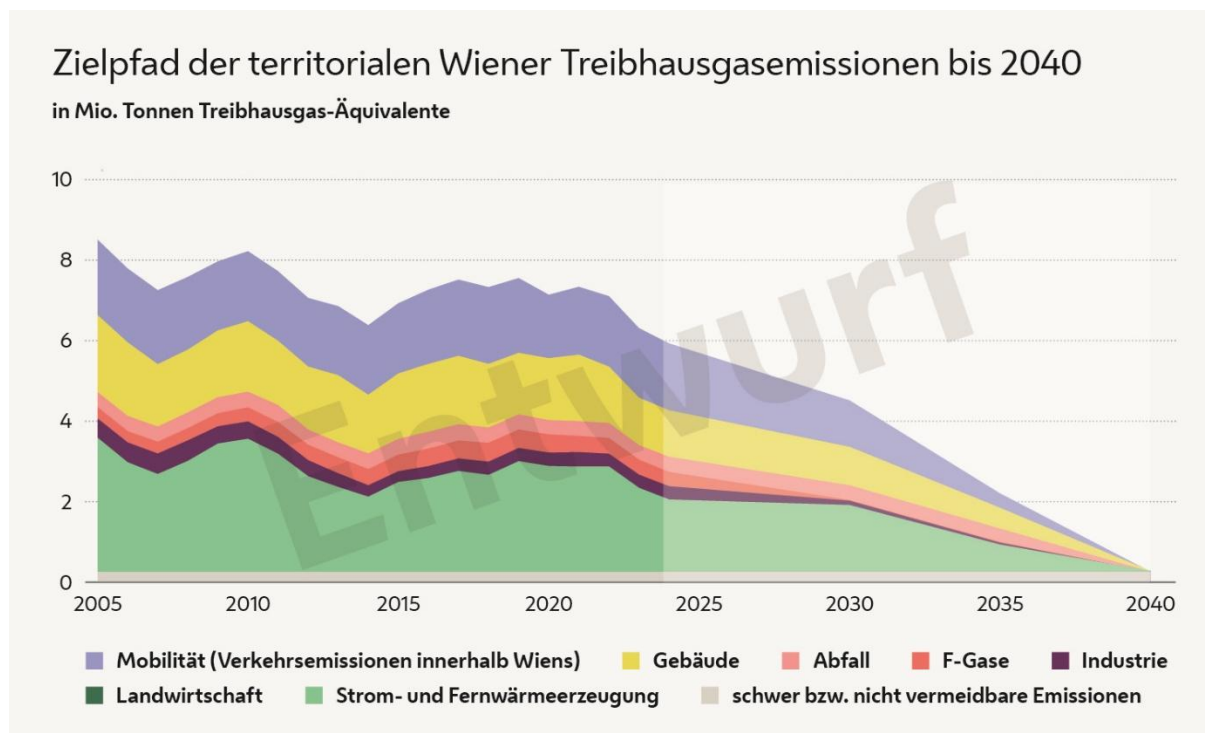


Abbildung 10: Zielpfad der territorialen Wiener Treibhausgasemissionen bis 2040 in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025 ergänzt durch eigene Aktivitätsdaten)

Für die Wiener Klimapolitik lassen sich aus den oben genannten Zielen klare Prioritäten ableiten. Die Stadt Wien setzt dort an, wo die meisten Emissionen in der Stadt entstehen. Im Fokus stehen daher insbesondere die folgenden Bereiche:

- **Raus aus fossiler Energie in der Strom- und Fernwärmeerzeugung** durch die Dekarbonisierung stadtnaher und stadt eigener Energieinfrastrukturen sowie den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien inklusive Abwärmenutzung in Wien und Österreich.
- **Raus aus fossilen Antrieben im Verkehrsbereich** durch die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, Umstellung auf Elektroantriebe, den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel sowie der Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr und die Umstellung auf Elektroantriebe.
- **Raus aus Gas im Gebäudesektor** durch die Senkung des Wärmebedarfs sowie die Umstellung auf Fernwärme, Umgebungswärme oder Abwärme mittels Wärmepumpen und Geothermie.

Die Stadt Wien folgt dabei dem **Prinzip „Energieeffizienz an erster Stelle“** und setzt auf **Technologieklarheit**: Der Energiebedarf soll durch Gebäudesanierungen oder durch den Einsatz effizientester Technologien reduziert werden. Erneuerbare Gase sollen gezielt für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder andere energetisch hochwertige Verwendungszwecke eingesetzt werden, um Synergien zwischen Strom- und Wärmeerzeugung verstärkt zu nutzen. Für die dezentrale Raumwärme- und Warmwasserversorgung in Gebäuden sind erneuerbare Gase hingegen nicht vorgesehen, da es hier effizientere Alternativen wie Fernwärme oder Wärmepumpen gibt. Auch in der Mobilität setzt Wien auf Energieeffizienz und Technologieklarheit. Im motorisierten Straßenverkehr sollen künftig überwiegend batterie-elektrische Fahrzeuge zum Einsatz kommen, ergänzt durch Wasserstoff-Brennstoffzellen-Fahrzeuge für spezielle Anwendungen, wo dies technisch sinnvoll ist. Synthetische Kraftstoffe sollen aus Kosten- und Effizienzgründen nicht zur

Dekarbonisierung des Straßenverkehrs beitragen, sondern überwiegend in der Luft- und Schifffahrt zum Einsatz kommen. Atomenergie ist für Wien weiterhin nicht Teil einer energieeffizienten und nachhaltigen Energieversorgung.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es in allen Handlungsfeldern verstärkte Anstrengungen von allen Beteiligten. Grundvoraussetzung sind zudem klare gesetzliche Rahmenbedingungen und stabile wirtschaftliche Aussichten.

5.6 Dekarbonisierung der Energieversorgung

Die Erreichung der Wiener Klimaziele geht Hand in Hand mit der **Dekarbonisierung der Energieversorgung**. Dies ist mit großen Herausforderungen verbunden, zumal der Bedarf für dekarbonisierte Energie in Form von Strom und Fernwärme in den nächsten Jahren stark steigen wird, allen voran durch das Bevölkerungswachstum und die Elektrifizierung von Prozessen, die heute überwiegend mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Dies führt zu einem steigenden Strombedarf und erfordert daher den Ausbau der Stromnetz-Infrastruktur sowie der erneuerbaren Stromerzeugung, zum Beispiel durch Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft und Kraftwerke auf Basis erneuerbarer Gase.

Neben der Elektrifizierung gibt es vorrangig 2 weitere große Hebel, um auf Zielkurs der Wiener Klimaziele zu bleiben:

1. die **Energieeffizienz** verbessern und
2. den nicht elektrischen Energiebedarf mit erneuerbaren Quellen, zum Beispiel Umgebungswärme, Geothermie beziehungsweise mit Abwärme auch unter Einsatz von Großwärmepumpen, abzudecken und für Prozesse, die auf Brennstoffe angewiesen sind, **erneuerbare Gase und Biomasse** einzusetzen.

Es gibt bereits viele Programme und Projekte in der Stadt, die dazu einen Beitrag leisten, wie das Programm *Raus aus Gas*¹⁹, die *Sonnenstrom-Offensive*²⁰ oder das *Städtische Energieeffizienz-Programm 2030 (SEP 2030)*²¹.

Die nachstehenden Abbildungen zeigen, wie sich die heute überwiegend fossile Strom- und Fernwärmeaufbringung bis 2040 zu einer **klimaneutralen Energieaufbringung** wandeln soll. Die konkreten Ziele, Hebel und Maßnahmen sowie die Ausbauziele für erneuerbare Energien werden im Kapitel Strom- und Fernwärmeerzeugung ausführlich beschrieben.

Über die nächsten Jahre wird der Strombedarf von circa 8 auf 15 Terrawattstunden steigen. Die wesentlichen Treiber für diesen Anstieg sind der Mobilitätssektor (E-Mobilität), die Raumwärme (Wärmepumpen) und der steigende Kühlungsbedarf. Hinzu kommen Strombedarfe aus dem Energiesektor im Zuge der Fernwärmeproduktion und der Produktion von erneuerbaren Gasen. Abbildung 11 zeigt die voraussichtliche Entwicklung der Stromaufbringung bis 2040.

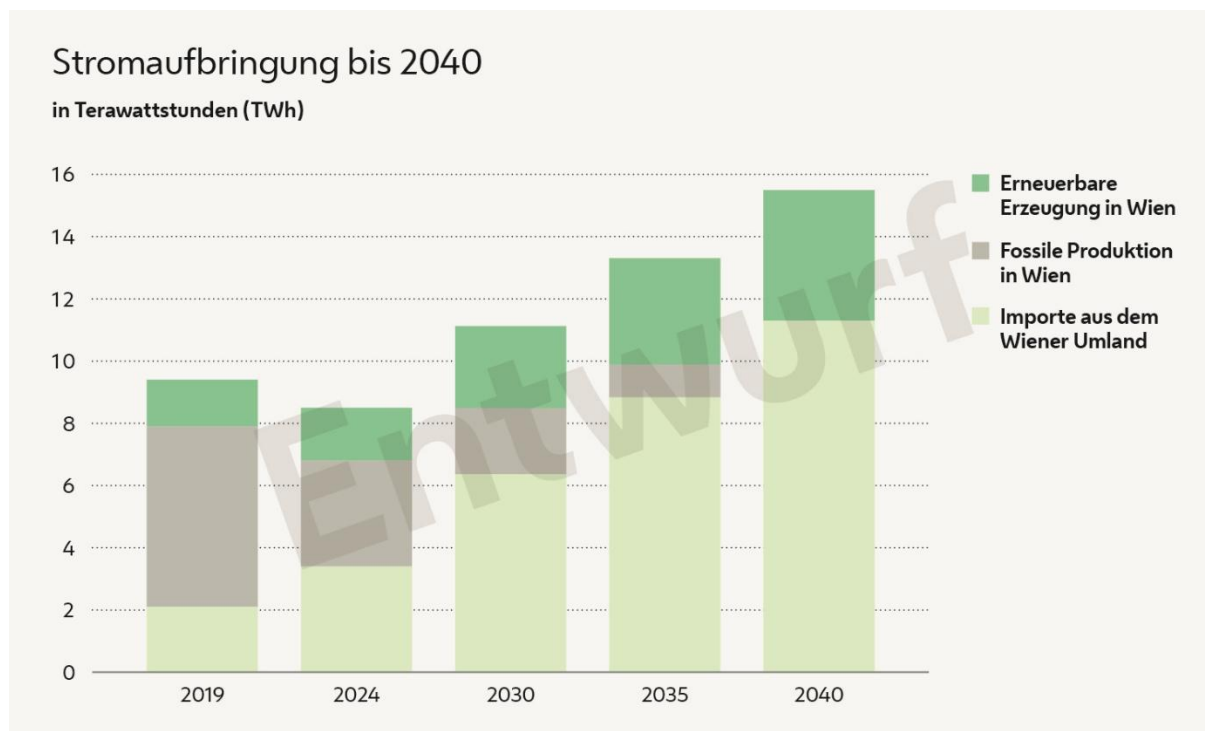


Abbildung 11: Geplante Stromaufbringung bis 2040 in TWh (Quelle: Energiebilanz 2025)

Im Jahr 2024 waren noch etwa 40 Prozent der Stromaufbringung fossil, weitere 40 Prozent wurden über Importe aus dem Wiener Umland abgedeckt und 20 Prozent kamen aus erneuerbarer Erzeugung in Wien²². Ab 2030 sollen alle Stromimporte nach Wien aus dem Umland erneuerbar sein. 2040 wird der Import von Strom mit über 70 Prozent eine große Rolle spielen, um den gesteigerten Bedarf decken zu können. Zudem wird bis 2040 die erneuerbare Stromproduktion in Wien erhöht, allen voran durch die *Sonnenstrom-Offensive* der Stadt Wien. Durch den Einsatz von erneuerbaren Gasen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen soll der fossile Anteil in der Stromerzeugung gänzlich reduziert werden.

Durch den Umstieg von fossilen Heizformen auf Fernwärme wird auch der Energiebedarf für die Bereitstellung von Fernwärme in den nächsten Jahren steigen, von circa 6 auf über 8 Terrawattstunden. Abbildung 12 zeigt die geplante Entwicklung der Fernwärmeerzeugung bis 2040.

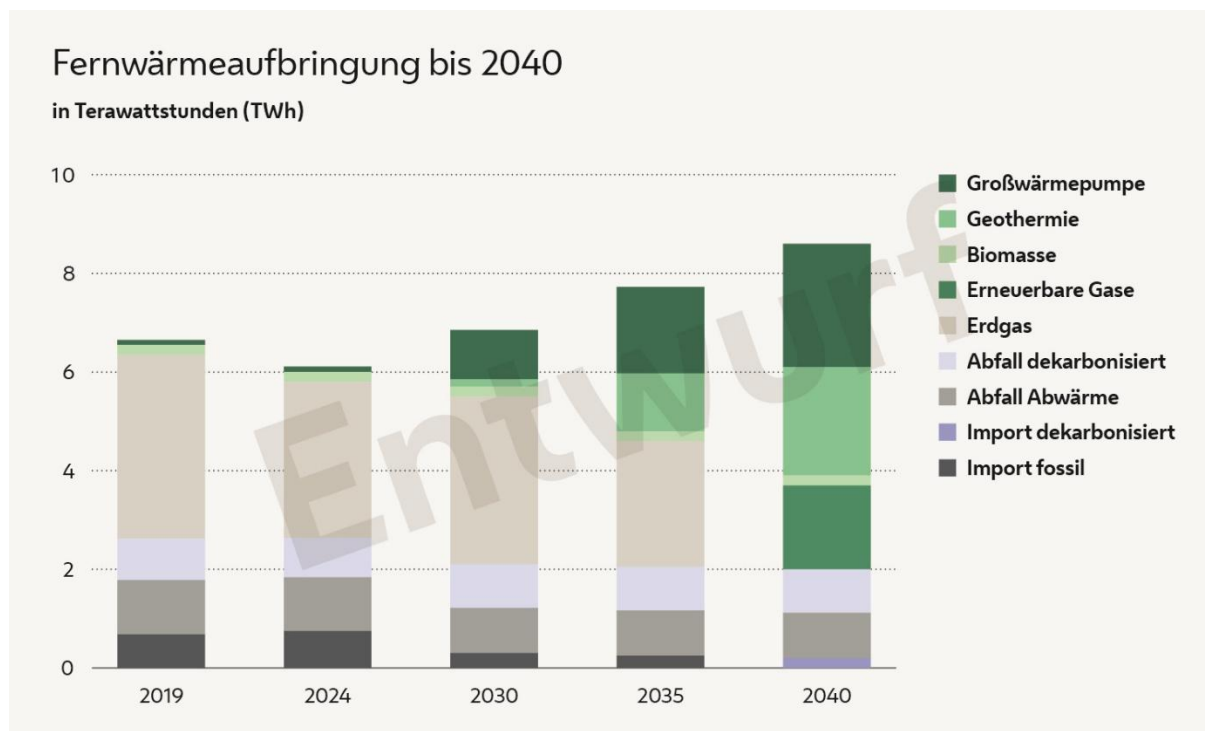


Abbildung 12: Geplante Fernwärmeaufbringung bis 2040 in TWh (Quelle: Energiebilanz 2025)

Wie Abbildung 12 zeigt, stammte der überwiegende Teil der Fernwärmeaufbringung bislang aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Basis fossiler Energieträger (hauptsächlich Erdgas). Dieser Anteil wird zukünftig reduziert und bis 2040 auf erneuerbare Gase umgestellt. Dies wird vor allem für die Spitzenlastabdeckung bei Lastschwankungen an sehr kalten Wintertagen relevant bleiben. Eine wesentliche Rolle im Fernwärmemix werden die Abwärme und Umgebungswärme (mittels Großwärmepumpen) und Geothermie einnehmen. Zudem ist geplant, zu prüfen, ob und wie die Emissionen, die aus den Müllverbrennungsanlagen entstehen, mittels Kohlenstoffabscheidung (Carbon Capture) reduziert werden können.^a

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

6 Kreislaufwirtschaft

6.1 Warum Kreislaufwirtschaft?

Für ein gutes Leben auf der Erde ist eine Ressourcenwende unumgänglich. Sie schont unsere natürlichen Lebensgrundlagen und erhöht Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit. Kreislaufwirtschaft ist ein essenzielles Werkzeug, um die systemischen Ursachen und Kosten der lokalen und globalen Ressourcenausbeutung und Umweltzerstörung zu verringern und dadurch auch die globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren.^a

Ziel der Kreislaufwirtschaft ist es, Produkte und Güter so zu gestalten und zu nutzen, dass Abfall möglichst gar nicht erst entsteht: An erster Stelle steht dabei das bewusste Reflektieren von Ressourcenbedarf und der Notwendigkeit einer neuen Einkaufskultur. Die Bioökonomie ermöglicht den Einsatz natürlicher und erneuerbarer Materialien. Bei der Herstellung von Produkten und Gütern wird auf geringen Materialeinsatz, Langlebigkeit, Reparierbarkeit, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit geachtet. Am Ende ihrer Lebensdauer sollen die enthaltenen Rohstoffe und Materialien möglichst vollständig in technische oder biologische Kreisläufe zurückgeführt werden. So entwickelt sich die Wirtschaft von einem linearen System hin zu einer zirkulären Wirtschaftsweise, um Rohstoffverbrauch und die damit verbundenen negativen Umweltauswirkungen zu reduzieren.

Im *Wiener Klimagesetz* ist die Kreislaufwirtschaft neben Klimaschutz und Klimaanpassung als dritte wichtige Säule verankert. Das gute Leben für alle bei größtmöglicher Ressourcenschonung ist zudem ein Leitziel der *Smart Klima City Strategie Wien*. Auf Grundlage der sektorenübergreifenden Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache*²³ werden Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft in allen Handlungsfeldern des *Wiener Klimafahrplans* gesetzt und mit Bestrebungen zu Klimaschutz und Klimaanpassung verschränkt.

Wien verfügt über gute Voraussetzungen für die Ermöglichung eines ressourcenschonenden Lebens für alle. Dazu zählen die hohe städtische Dichte, lebendige Grätzl, eine funktionierende Abfallwirtschaft, verlässliche Versorgung mit Trinkwasser, öffentlicher Personennahverkehr und leistbarer Wohnraum.

Kreislaufwirtschaft steht auch in enger Wechselwirkung mit der Resilienz und Versorgungssicherheit Wiens. Zirkuläres Wirtschaften macht Wien unabhängiger von globalen Lieferketten und stärkt die Resilienz gegenüber geopolitischen Unsicherheiten – das gilt besonders für kritische Rohstoffe.²⁴ Außerdem stärkt die Nutzung von regional anfallenden Sekundärressourcen in Verbindung mit einer starken Reparaturkultur den regionalen Markt und damit heimische Unternehmen in der Metropolregion.

6.2 Den Blick erweitern

Die *Smart Klima City Strategie Wien* erweitert das territoriale Zielsystem der Treibhausgasemissionen um die Reduktion des Materialfußabdrucks. Der Materialfußabdruck ist ein Indikator für die in Wien verbrauchten beziehungsweise konsumierten Produkte, Güter und Materialien (basierend auf deren Gewicht in Tonnen) und die in diesem Zusammenhang verursachten globalen Umwelteffekte.^b Dies

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Ökologisch und sozial wirksame Klimapolitik

betrifft unter anderem Überdüngung, Übernutzung von Land und Wasser sowie Treibhausgasemissionen, von denen ein wesentlicher Teil außerhalb des Wiener Stadtgebiets freigesetzt wird (Scope-3-Emissionen)^a. Viele der im *Wiener Klimafahrplan* verankerten Hebel und Maßnahmen leisten zusätzlich zum territorialen Klimaneutralitätsziel auch einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Ziels zur Reduktion des Materialfußabdrucks und müssen daher in Zukunft besser messbar gemacht werden.

Materialfußabdruck und Treibhausgasemissionen – beide Kennzahlen sind wichtig: Wenn sich das Verarbeitungs-, Nutzungs- und Entsorgungsverhalten der Menschen in Wien verändert, schont dies Ressourcen und führt zu geringeren territorialen und globalen Treibhausgasemissionen, reduziert aber auch viele weitere mit Rohstoffverbrauch verbundene negative Umwelteffekte. Global gesehen kann Klimaneutralität nur durch Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft gelingen.

6.3 Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene

Für den Übergang zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft muss eine Vielzahl rechtlicher Rahmenbedingungen formuliert und novelliert werden. Übergeordnete Vorgaben setzen den Rahmen, während weitere Rechtsgrundlagen in allen Handlungsfeldern des *Wiener Klimafahrplans* hinsichtlich allfälliger Potenziale und Barrieren für Kreislaufwirtschaft in Wien überarbeitet werden.

- *Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft COM(2020) 98*: Das zentrale EU-Strategiedokument hat den Einsatz nachhaltiger und zirkulärer Produkte als Norm im europäischen Binnenmarkt zum Ziel. Die EU-Kommission hat sich im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft außerdem dazu verpflichtet, einen einfachen und wirksamen Überwachungsrahmen vorzuschlagen, der zuletzt 2023 mit dem *Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft COM(2023) 306* überarbeitet wurde. Die Ergebnisse dieses Monitorings bilden die Grundlage zur Festlegung neuer Prioritäten für das langfristige Ziel einer europäischen Kreislaufwirtschaft.
- EU-Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft: Der geplante *Circular Economy Act (CEA)* zielt darauf ab, die Ressourceneffizienz durch einen rechtlichen Rahmen für einen einheitlichen Markt für Sekundärrohstoffe zu fördern. Verbindliche Ziele zum Materialfußabdruck, einheitliche Definitionen und Standards würden aus Sicht der Stadt Wien vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für zirkuläre Produkte und Dienstleistungen verbessern.
- *Österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie*: Die 2022 beschlossene *Österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie* ist keine rechtlich bindende Vorgabe, setzt aber einen wichtigen Rahmen für konkrete Aktivitäten. Sie definiert handlungsleitende Grundsätze, Ziele, zentrale Interventionsbereiche und Transformationsschwerpunkte und leitet dafür konkrete Maßnahmen und Aktivitäten ab. Dazu verfolgt sie einen interdisziplinären, sektor- und ressortübergreifenden Ansatz, der sich an Bund, Länder, Gemeinden, Wirtschaftstreibende und Bürger*innen richtet.

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

6.4 Der Wiener Materialfußabdruck

Der weltweite Materialfußabdruck, also die Gesamtmenge an Rohstoffen, die zur Herstellung von Produkten und Dienstleistungen benötigt wird, hat sich von 30 Milliarden Tonnen im Jahr 1970 auf 107 Milliarden Tonnen im Jahr 2024 mehr als verdreifacht.²⁵

Der Bau von Infrastruktur sowie der Konsum von Gütern, Produkten, Lebensmitteln und Dienstleistungen erfordern Materialressourcen, die oft aus globalen Lieferketten entnommen werden. All diese zur Deckung der Wiener Nachfrage verbrauchten Materialien werden unter dem Wiener Materialfußabdruck zusammengefasst.

Platzhalter für Infografik

Platzhalter für Infografik

Abbildung 13: Wiener Materialfußabdruck für das Jahr XXXX, gegliedert nach XXXX (Quelle: MOCAM BOKU Wien, TU Wien, VIRWA, WU Wien) (Grafik in Arbeit)

(Neue Zahlen noch in Arbeit)

Ein großer Teil des Wiener Materialfußabdrucks ist auf das Bauwesen zurückzuführen und betrifft teilweise sehr emissionsintensive Materialien wie Zement und Stahl. Der Bau und die Sanierung von Gebäuden mit XX Prozent und der Bau und die Sanierung von Verkehrsinfrastruktur (XX Prozent), von Strom- und Fernwärme-Infrastruktur (XX Prozent) sowie des Wasser- und Kanalnetzes (XX Prozent) stellen somit ein großes Potenzial zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs dar (siehe Abbildung 13). Die Energie für den Betrieb von Gebäuden (hauptsächlich für Wärme und Kühlung) trägt XX Prozent zum Materialfußabdruck bei. Der Material- und Energieeinsatz für den Bau von Fahrzeugen (unter anderem mit kritischen Rohstoffen für Akkus) erfordert XX Prozent des Materialfußabdrucks der Menschen in Wien.

Auch Lebensmittel haben mit insgesamt XX Prozent einen hohen Einfluss auf den Wiener Materialfußabdruck, wobei ein Großteil auf den Konsum im privaten Bereich (in Haushalten oder in der Gastronomie) und ein ebenso maßgeblicher Teil auf die Verpflegung zum Beispiel in Krankenhäusern, Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen fällt. Was und wie wir uns ernähren hat wiederum einen großen Einfluss auf die damit verbundenen Umweltauswirkungen. Der

von Menschen in Wien getätigte Konsum langlebiger Güter wie Möbel, Kleidung oder Elektrogeräte macht rund XX Prozent aus. Über die Wiener Abfälle lässt sich zudem feststellen, dass XX Prozent des Wiener Materialfußabdrucks auf den Konsum kurzlebiger Güter wie beispielsweise Kunststoffe, Hygieneartikel und Papier zurückzuführen ist. Dienstleistungen zur Erfüllung von Freizeitaktivitäten – etwa in den Bereichen Sport, Kultur, Flugreisen oder Hotellerie – erfordern rund XX Prozent des Wiener Materialfußabdrucks und werden in verschiedenen Handlungsfeldern des *Wiener Klimafahrplans* behandelt.

Insgesamt beläuft sich der Wiener Materialfußabdruck im Jahr XXXX auf XX Tonnen pro Kopf und muss gemäß Reduktionsziel bis 2050 auf 7 Tonnen reduziert werden.

6.5 Wiener Zielsetzungen in der Kreislaufwirtschaft

Die Stadt Wien hat sich mit § 1 Abs. 1 Z 3 im *Wiener Klimagesetz* dazu verpflichtet, die „Kreislaufwirtschaft zu stärken“. Die Ziele, die Wien im Hinblick auf Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft verfolgt, sind in den übergeordneten Strategien Wiens, insbesondere in der *Smart Klima City Strategie Wien*, verankert:

- Senkung des Wiener Materialfußabdrucks: Eine Reduktion um 30 Prozent bis 2030, um 40 Prozent bis 2040 und um 50 Prozent bis 2050 (jeweils bezogen auf 2019) wird angestrebt. Das absolute Bundesziel von 7 Tonnen pro Kopf und Jahr bis 2050 geht mit dem relativen Wiener Ziel für 2050 einher.
- Verwertung von Abfällen: Bis 2050 werden 100 Prozent der nicht vermeidbaren Abfälle verwertet.
- Steigerung der Materialeffizienz: Die Materialeffizienz der Wiener Wirtschaft steigt bis 2030 um 30 Prozent und bis 2040 um 40 Prozent (bezogen auf 2019).

6.6 Wien wird zirkulär

Die Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* stellt die erste umfassende Gesamtstrategie der Stadt Wien dar, um das Leben und Wirtschaften in Wien langfristig ressourcenschonender zu gestalten. Das erklärte Ziel ist es, ein gemeinsames Vorgehen gegen den verschwenderischen Umgang mit Ressourcen zu etablieren und Wiens Wandel zu einer zirkulären Stadt voranzutreiben.

Die Strategie bildet auch die Grundlage für die umsetzungsorientierte Integration der Kreislaufwirtschaft im *Wiener Klimafahrplan*. Die prioritären Aktivitäten aus *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* finden sich in den jeweiligen Handlungsfeldern des *Wiener Klimafahrplans* wieder.

Wien hat viele Möglichkeiten, die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft zu stimulieren und deren Chancen und Potenziale auszuschöpfen. Das öffentliche Beschaffungsvolumen der Stadt Wien und ihrer Unternehmen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr ist ein zentraler Hebel, um zirkuläre Investitionen, Produkte und Dienstleistungen am Markt zu unterstützen und zu forcieren.^a

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

Wien ist als nationales Innovationszentrum mit Unternehmen und Ideengeber*innen verschiedener Organisationsformen, Branchen und Größen bestens geeignet, um die Konzeption und Erprobung der Kreislaufwirtschaft in der Gesellschaft voranzubringen und wirtschaftlich zu nutzen.^a

Eine zukünftige, verstärkte Kreislaufführung unserer Ressourcen hat einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur der Stadt. Materialien müssen transportiert, zwischengelagert und verarbeitet werden, neue Geschäftsmodelle für Unternehmen werden nötig. Untersuchungen zu den stadt- und regionalwirtschaftlichen sowie branchenspezifischen Gegebenheiten von Material- und Stoffflüssen sowie deren Potenziale zur Kreislaufführung und dem entsprechenden Bedarf an Logistikflächen in der Metropolregion bilden die Grundlage für eine zukunftsorientierte Stadtplanung und -entwicklung.^b

Die Energie- und Mobilitätswende muss mit einer Ressourcenwende zusammengedacht werden. Insbesondere Batteriespeicher, aber auch technologische Entwicklungen in der Wind- und Solartechnik sowie in der digitalen Netzinfrastruktur verursachen in Zukunft einen hohen Bedarf an kritischen Rohstoffen.²⁶ Potenziale zur Stärkung der Resilienz gegenüber globalen Entwicklungen, zum Beispiel die Verfügbarkeit von seltenen Erden und anderen kritischen Rohstoffen, werden dementsprechend unterstützt. Die Stadt bringt Bedarfe aktiv in Forschungsprojekte ein und stößt Untersuchungen an, die vor allem ihre eigenen Aufgaben der Daseinsvorsorge betreffen.

Eine belastbare Datengrundlage spielt dabei eine entscheidende Rolle. Ökobilanzen, die auf Basis digitaler Bilanzierungsmodelle den Material- und Energiebedarf für Transport, Ein- und Ausbau von Sekundärressourcen sowie den Entsorgungsaufwand berücksichtigen, sind wesentlich und werden vermehrt in bestehende Abläufe der Stadtverwaltung integriert.

Die gemeinsame Betrachtung von Wirtschaftswachstum und Materialverbrauch ist grundlegend für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik.²⁷ Zur zielgerichteten Weiterentwicklung der Aktivitäten, Überprüfung der Zielerreichung und Vorbereitung auf potenzielle Berichtspflichten werden Wirkungsanalysen und Kennzahlen weiterentwickelt. Das betrifft vordergründig den Materialfußabdruck sowie Kosteneffekte durch Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft, insbesondere im Bauwesen und in der Beschaffung der Stadt Wien. Diese wichtigen Grundlagen dienen perspektivisch der Messbarmachung einzelner Maßnahmen für die Zielerreichung.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

7 Klimaanpassung

7.1 Warum Klimaanpassung?

Wir Menschen spüren die Folgen der Klimakrise in Wien bereits heute durch **Hitze und Starkregen**. Gleichzeitig stehen **Ökosysteme und Artenvielfalt** zunehmend unter Stress. Deshalb ist es der Stadt Wien wichtig, sich bestmöglich an die Folgen der Klimakrise anzupassen. Klimaanpassung bedeutet, die durch den Klimawandel verursachten Folgen abzumildern und Wiens hohe Lebensqualität auch in einer Zukunft mit geänderten klimatischen Bedingungen zu erhalten. Hebel, um die Betroffenheit für die Menschen in Wien zu vermindern, liegen in unserer Hand: Von flächendeckender grüner und blauer Infrastruktur über angepasste Bau- und Planungsstandards bis hin zu sozial ausgewogenen Schutzmaßnahmen muss Klimaanpassung auf lokaler Ebene passieren. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen für mehr Klimaschutz konsequent weitergeführt werden, um Auswirkungen zu begrenzen und Anpassungskapazitäten aufrecht zu halten.

Klimaanpassung ist eine **Querschnittsmaterie**, die unterschiedliche Handlungsbereiche berührt: Von der Stadtentwicklung und Stadtplanung bis zur Sozial-, Gleichstellungs-, Gesundheits- und Wohnungspolitik. Eine frühzeitige Anpassung an die Folgen der Klimakrise ermöglicht bereichsübergreifende Vorteile für eine klimaresiliente Zukunft, die sich gegenseitig verstärken können – gesellschaftlich, gesundheitlich und wirtschaftlich. So wirken sich Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung des Stadtgrüns neben der Reduktion von Hitze in der Stadt auch positiv auf die **Luftqualität**, die **Biodiversität** und den **Wasserkreislauf** aus.²⁸

Klimaangepasste Strukturen verringern Risiken für Menschen und Infrastruktur und führen deshalb **langfristig zu gesamtgesellschaftlichen Einsparungen**. Die Cost-of-Inaction (COIN)-Studien für Österreich (2015²⁹, aktualisiert 2020³⁰) und für Wien (2017)³¹ zeigen, dass die Kosten des Nicht-Handelns deutlich höher sind als frühzeitige Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen. Die zentrale Aussage ist: Wetter- und klimabedingte Schäden werden ohne Gegenmaßnahmen bis 2050 erheblich steigen. Entschlossenes Handeln kann Ernte- und Produktionsverluste durch Hitze, Dürre oder Starkregen reduzieren sowie öffentliche Ausgaben, etwa im Gesundheitssektor, senken. Vorausschauende Anpassung von Infrastruktur verringert Kosten und Ressourcenaufwand für Reparaturen von Schäden infolge von Extremwetterereignissen, woraus auch niedrigere Versicherungs- und Gesundheitskosten sowie längere Nutzungsdauern von Infrastruktur und Gebäuden entstehen. Gesellschaftliche Mehrwerte wie Kostenersparnisse ergeben sich langfristig auch, wenn bei Investitionen auf positive Nebeneffekte für andere Bereiche geachtet wird (**Co-Benefits**). Dieses Potenzial gilt es zu nutzen! Vorausschauendes Handeln vermeidet Fehlanpassungen, die wiederum Risiken erhöhen oder neue Probleme schaffen können. Es ist ökonomisch immer sinnvoller, sofort zu handeln, als auf möglicherweise bessere Maßnahmen in der Zukunft zu warten.

Die Stadt setzt auf Maßnahmen, die besonders **jene Bevölkerungsgruppen unterstützen**, die aufgrund verschiedener Faktoren, wie Alter, Einkommen, Wohnverhältnisse, Gesundheit, Ethnizität und Gender mehrfach belastet sind.³² Alle Menschen in Wien sollen gleichberechtigt von den Vorteilen klimafreundlicher Initiativen profitieren. Eine nachhaltige Stadtentwicklung schützt das Klima und stärkt das soziale Miteinander. Die Stadt Wien ist sich bewusst, dass Klimagerechtigkeit in

Zeiten der Klimakrise nur durch eine sozial ausgewogene Klimapolitik gewährleistet werden kann. Dieser Weg ist auch in den Wien-Prinzipien verankert.^a

7.2 Klimapolitische Rahmenbedingungen auf europäischer und Bundesebene

Die Stadt Wien orientiert sich in der Klimapolitik allgemein und somit auch in der Klimaanpassung an internationalen und nationalen Zielsetzungen:

- Das *Pariser Übereinkommen (2015)* hat das zentrale Ziel, die Klimaanpassung an unvermeidbare Folgen des Klimawandels umfassend zu behandeln – etwa durch systematische Risikoanalysen, langfristige Investitionsprogramme und den Aufbau institutioneller Kapazitäten.³³
- Auf der Weltklimakonferenz in Belém (2025) einigten sich die teilnehmenden Staaten auf 59 Indikatoren, die Anpassungsfortschritte nachvollziehbarer machen sollen.³⁴ Die Staaten einigten sich auch auf einen *Belém Gender Action Plan*,³⁵ der für mehr soziale und Gender-Gerechtigkeit in der Klimapolitik sorgen soll.
- Die *Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (EU) 2024/1991* ist ein rechtsverbindlicher, langfristig angelegter Rahmen für die ökologische Wiederherstellung von Lebensräumen und ein zentraler Baustein der *EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 COM(2020) 380*. Für Wien bedeutet die Wiederherstellungsverordnung, dass schon bisher forcierte Klima- und Naturschutzmaßnahmen fortgesetzt und erweitert werden. Die Stadt Wien setzt seit Jahrzehnten wertvolle Maßnahmen für den Schutz der Biodiversität. Zahlreiche Projekte und Programme leisten außerdem einen Beitrag zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des Grünraums.
- Die *EU-Biodiversitätsstrategie für 2030* ermöglicht für die Stadt Wien einen übergeordneten Rahmen für notwendige Zielsetzungen zur Erreichung einer intakten und resilienten Biodiversität.³⁶
- Die *EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel COM(2021) 82* konzentriert sich auf bessere Daten und Werkzeuge, die Unterstützung lokaler Maßnahmen und naturbasierte Lösungen sowie auf internationale Zusammenarbeit und Finanzierung. Die Strategie wird im europäischen Regelwerk zu *Klimaresilienz und -risikomanagement (European Climate Resilience and Risk Management – Integrated Framework)*³⁷ eingebettet.
- Die 6 Umweltziele der *Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852*, darunter Klimaanpassung, sind eine wichtige Grundlage für Projektentwicklung, Qualitätssicherung und Transparenz. Wien kann diese Ziele insbesondere bei Unternehmungen und Unternehmen der Stadt Wien anwenden.
- Die *Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel*³⁸ fokussiert sich auf die Reduktion der Verwundbarkeit, die Erhöhung der Resilienz gegenüber klimawandelbedingten Risiken (wie Hitze, Hochwasser, Trockenheit, Stürme, Biodiversitätsverlust) und die systematische Verankerung der Klimaanpassung in Politik und Verwaltung.

^a Siehe auch Kapitel Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine soziale und gerechte Klimapolitik

7.3 Wiener Zielsetzungen in der Klimaanpassung

Die Stadt Wien hat sich mit § 1 Abs. 1 Z 2 im *Wiener Klimagesetz* dazu verpflichtet, die Stadt „an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, die Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen zu vermindern und die Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu stärken“.

Die Ziele der Wiener Klimapolitik für die Klimaanpassung basieren auf der *Smart Klima City Strategie Wien* und dem *Wiener Klimafahrplan*:

- Wien setzt sich das übergeordnete Ziel, negative Auswirkungen des Klimawandels so weit wie möglich zu mindern und etwaige positive Effekte bestmöglich zu nutzen.
- Wien verfolgt das explizite Ziel, alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere vulnerable, vor den gesundheitlichen und weiteren Auswirkungen der Klimakrise zu schützen.
- Wien will die hohe Lebensqualität in allen Stadtteilen erhalten: Durch resiliente Infrastrukturen und eine umsichtige Gestaltung von Stadträumen, Gebäuden, Straßen, Plätzen und Grünflächen.
- Wien begegnet dem fortschreitenden Klimawandel mit einer vorausschauenden Planung, die auf fundierten Prognosen und Simulationen aufbaut.

7.4 Klima in Wien

Großstädte sind durch ein hohes Maß an Flächenversiegelung, Verkehrsaufkommen, dichtere Bebauung und eine hohe Bevölkerungsdichte von den Folgen und Gefahren des Klimawandels stark betroffen – so auch Wien. Doch Wien ist im Vergleich zu anderen Großstädten in Kessellagen in stadtklimatischer Sicht begünstigt. Der Wienerwald im Westen sorgt für eine gute Versorgung mit Frisch- und Kaltluft, während die Donau den Abtransport der belasteten Luft unterstützt.

Die **Klimaanalysekarte** der *Wiener Stadtklimaanalyse*³⁹ zeigt Bereiche ähnlicher mikroklimatischer Eigenschaften (Klimatope), Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete sowie Luftströmungen und verdeutlicht die unterschiedliche Situation in den einzelnen Teilräumen der Stadt bei Hitze. Wien wird von dynamischen Komponenten des Stadtklimas geprägt, wie Luftleitbahnen und Kaltluft-Abflussbahnen. Sie stellen eine wesentliche Grundlage für eine klimaresiliente Stadtentwicklung und hohe Lebensqualität dar und sind daher bei baulichen Entwicklungen und stadtplanerischen Überlegungen entsprechend zu berücksichtigen. Abbildung 14 zeigt, dass einige Gebiete aufgrund der dichten Bebauung, einem hohen Grad an Bodenversiegelung und fehlenden Grün- und Freiflächen mikroklimatisch besonders von starker Überwärmung betroffen sind. In Wien betrifft das vor allem Gebiete innerhalb des Gürtels und stark versiegelte Flächen in Industrie- und Gewerbegebieten im Süden, Südosten und Norden. Bebaute und versiegelte Flächen wie Straßen, Plätze und Gebäude speichern Wärme besonders stark. Flächenversiegelung, Gebäude- und Oberflächenmaterialien, fehlende Verdunstung und eingeschränkte Durchlüftung innerhalb der verbauten Stadt verstärken die Hitzebelastung. Zugleich sind parkende oder fahrende Kraftfahrzeuge weitere wärmespeichernde und wärmeabgebende Objekte im Straßenraum – unabhängig von ihrer Antriebsart.

Klimaanalysekarte

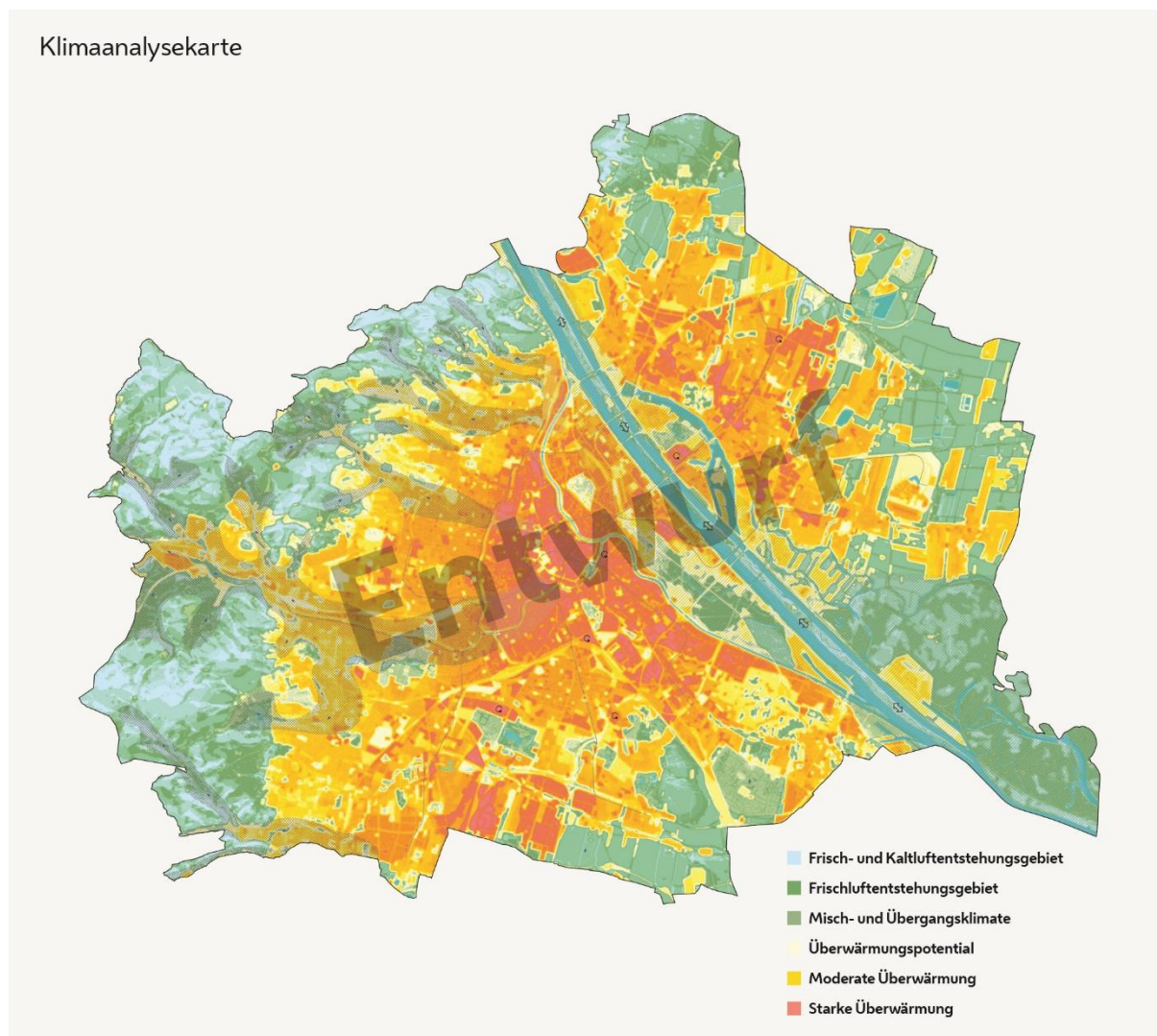


Abbildung 14: Stadtklimaanalyse Wien 2020 – Klimaanalysekarte, Gebiete gleicher Farbe weisen ähnliche mikroklimatische Bedingungen auf – von Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten (blau und grün) über „Vorstadtklima“ mit Gefahr der Überwärmung (hellgelb) bis zu Gebieten mit moderater oder starker Überwärmung (orange und rot) (Quelle: Stadt Wien 2020)

7.5 Klimaanpassung ist aktive Risikominimierung

Hitzestress, Trockenheit, Starkregen und Stürme betreffen uns alle: Sie treten bereits jetzt häufiger und intensiver auf⁴⁰ und wirken sich negativ auf die Lebensqualität in Wien aus. Der *Wiener Klimafahrplan* setzt deshalb im Einklang mit zahlreichen anderen Wiener Strategien und einem risikoorientierten Zugang genau hier an: Bei den **Klimarisiken**.

Das **Klimarisiko** setzt sich aus der Wechselwirkung dreier Faktoren zusammen:⁴¹

1. **Gefahr** beschreibt das Auftreten von akuten oder langfristigen Ereignissen (wie Hitze, Stürme oder Hochwasser), das Schäden verursachen kann.
2. **Exposition** beschreibt, wie stark etwas oder jemand an einem bestimmten Ort dieser Gefahr ausgesetzt ist.

3. **Vulnerabilität** (Verletzlichkeit) beschreibt, wie anfällig Menschen, Tier- und Pflanzenarten oder Ökosystemleistungen durch verursachte Schäden sind. Das Ausmaß der **Vulnerabilität** hängt von der Fähigkeit ab, mit den negativen Auswirkungen umzugehen und sich anpassen zu können.

Eine **Klimarisikanalyse** berücksichtigt alle 3 Aspekte und kann eine Entscheidungsgrundlage für treffsichere Anpassungsinvestitionen sein.

Das **risikoorientierte Handeln** der Stadt Wien zeigt sich unter anderem in dem erstmals im Jahr 2025 erarbeiteten *Risikobild des Magistrats der Stadt Wien*.⁴² Es benennt die zentralen Risikotreiber, welche die Vulnerabilität der Stadt erhöhen können. Dazu zählen unter anderem die Auswirkungen der fortschreitenden Klimakrise, wie die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, sowie nicht ausreichende finanzielle Mittel, um Gegenmaßnahmen zu setzen. Klimarisiken beziehen sich dabei nicht nur auf die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, wie etwa Wasser- und Energieversorgung, Wohnen, Mobilität und soziale Infrastrukturen wie Schulen oder Pflegeeinrichtungen, sondern auch auf die Gesundheit der Menschen. Bei diesen vielen Themenbereichen kann es zu wichtigen Abwägungsfragen zwischen Klimaanpassung, Klimaschutz wie auch Kreislaufwirtschaft und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit kommen. Die Klimakrise wird damit zur sozialen Frage – und zur Frage der urbanen Lebensqualität.

Für Wien sind folgende **Klimafolgen** erwartbar, die sich je nach Exposition und Vulnerabilität zu **Risiken** herausbilden können. Diese sind daher in strategischen und operativen Aktivitäten prioritär zu behandeln (siehe Abbildung 15):

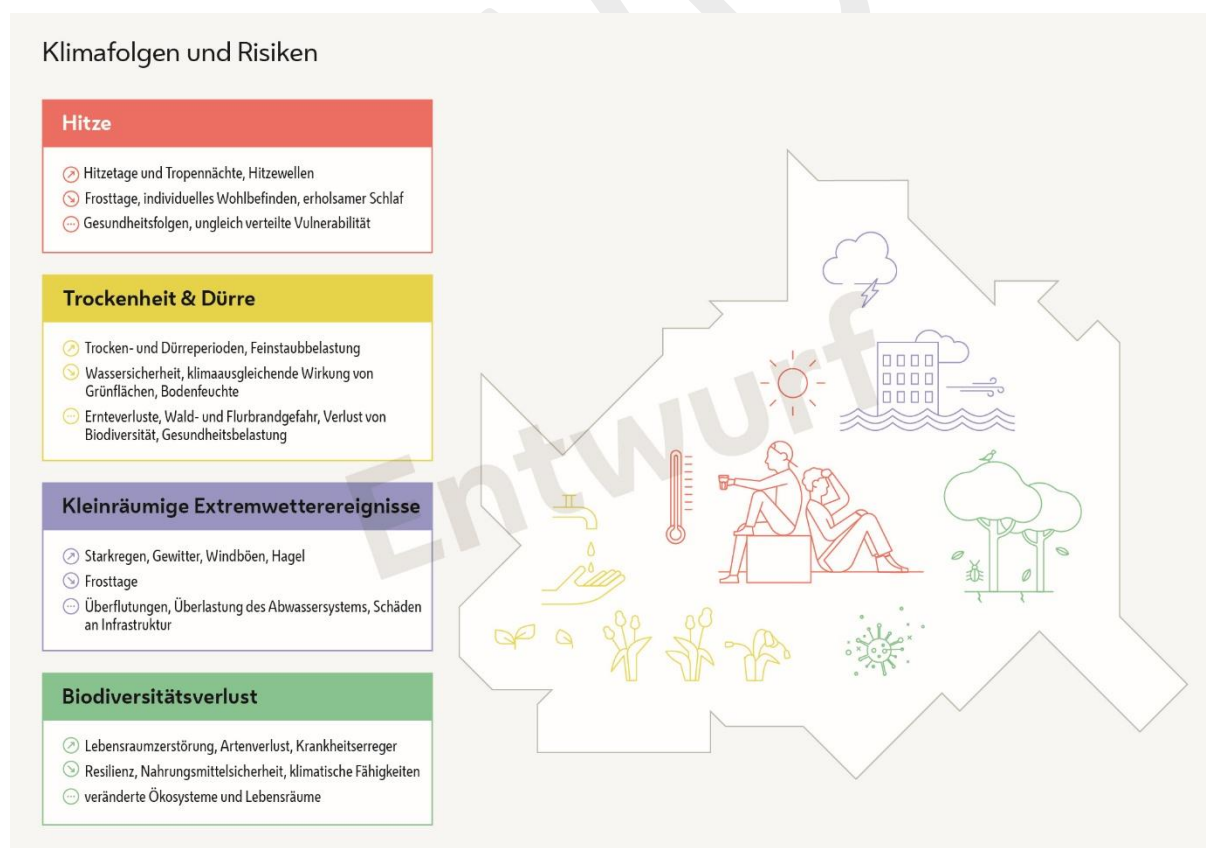


Abbildung 15: Erwartbare Klimafolgen für Wien, die sich je nach Exposition und Vulnerabilität zu Risiken herausbilden können

Hitze

Die Klimakrise ist nicht nur spürbar, sondern auch messbar. Der starke Erwärmungstrend der letzten Jahre zeigt nochmals eine Steigerung im Vergleich zu den langjährigen Mittel in den Vergleichszeiträumen 1961 bis 1990 und 1991 bis 2020.^{40, 43, 44, 45}

- Die durchschnittliche jährliche Anzahl von Sommertagen (über 25 Grad Celsius) lag im Zeitraum 1961 bis 1990 noch bei 52 Tagen, während sie im Zeitraum 1991 bis 2020 schon bei 72 Tagen pro Jahr war. Diese Anzahl steigt seit 2021 immer weiter an und war in besonders heißen Jahren fast doppelt so hoch.
- Die durchschnittliche jährliche Anzahl von Hitzetagen (über 30 Grad Celsius) entwickelte sich von 10 Tagen im Zeitraum 1961 bis 1990 auf 21 Tage pro Jahr im Zeitraum 1991 bis 2020. In den 2020er-Jahren setzt sich dieser Trend fort. Im Vergleich zum Zeitraum 1961 bis 1990 werden mittlerweile mindestens doppelt, in manchen Jahren mehr als viermal so viele Hitzetage verzeichnet.
- Hitzewellen treten häufiger und länger auf. Während im Zeitraum 1961 bis 1990 eine Hitzeperiode durchschnittlich 6 Tage andauerte und im Zeitraum 1991 bis 2020 rund 8 Tage, sind seit 2021 Hitzeperioden um mindestens das Dreifache länger.
- Auch die warmen Nächte werden mehr. Im Zeitraum 1961 bis 1990 gab es pro Jahr rund 2 Tropennächte (Nächte mit über 20 Grad Celsius). Im Zeitraum 1991 bis 2020 stieg die jährliche Anzahl bereits auf 21 Nächte. Seit 2021 wurden in besonders heißen Sommern bis zu 26 Tropennächte pro Jahr gemessen.
- Frosttage (Tagesminimumtemperatur unter 0 Grad Celsius) werden deutlich geringer. Die durchschnittliche jährliche Anzahl im Zeitraum 1961 bis 1990 lag bei 72 Tagen, im Zeitraum 1991 bis 2020 bei 62 Tagen pro Jahr. Der sinkende Trend setzt sich seit 2021 fort, so wurden beispielsweise im Jahr 2024 nur noch 34 Frosttage gemessen.
- Der Kühlbedarf in Wiener Gebäuden steigt stark. Die Kühlgradtagzahl hat sich mehr als verdoppelt im Vergleich zum Zeitraum 1961 bis 1990, wo es noch 100 Grad Celsius waren.
- Der Heizbedarf geht in Wien dafür kontinuierlich zurück. Die Heizgradtagzahl lag seit 2020 nie über 3.000 Grad Celsius, während sie im Zeitraum 1961 bis 1990 noch bei 3.143 Grad Celsius lag.

Diese Trends werden sich zukünftig weiter verstärken. Mit zunehmenden Hitzewellen, Hitzetagen und Tropennächten steigen die gesundheitlichen Risiken deutlich. Erholsamer Schlaf bei Hitze ist kaum möglich, was die Lebensqualität kurzfristig, aber auch langfristig mindert. Noch gravierender: Durch extreme Hitze erhöht sich auch die Sterblichkeit.⁴⁶ Eine Erhebung der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) im Sommer 2024 zeigt deutliche Hitzeauswirkungen: 60 Prozent der Befragten litten unter Schlafproblemen, etwa die Hälfte unter reduzierter Leistungsfähigkeit und Aktivität. Ein Viertel hatte körperliche Beschwerden, mehr als die Hälfte ein geringeres Energie- und Interessensniveau.⁴⁷

Die Vulnerabilität gegenüber Hitze ist nicht gleich verteilt: Individuelle, soziale, Gender- und wirtschaftliche Aspekte beeinflussen, in welchem Ausmaß Wiener*innen dem Hitzerisiko ausgesetzt sind. Vulnerable Gruppen haben weniger Möglichkeiten, sich selbst vor Hitze zu schützen, oft fehlen Grünflächen oder kühle Orte im direkten Wohnumfeld, um sich abzukühlen und zu erholen.^{48, a, b}

Darüber hinaus kann extreme Hitze zu Überlastungen und Einschränkungen kritischer Infrastrukturen führen, wie etwa Verformungen bei Schieneninfrastruktur oder betriebliche

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Einschränkungen, was die Mobilität und Erreichbarkeit innerhalb der Stadt beeinträchtigen kann. Gleichzeitig erhöht Hitze den Druck auf Einrichtungen des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereichs. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Schulen und soziale Dienste sind mit steigenden Belastungen konfrontiert, während Gebäudeinfrastrukturen häufig nicht ausreichend auf hohe Temperaturen ausgelegt sind. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Bedarf an kurz- und mittelfristigen Hitzeschutzmaßnahmen.

Für Entlastung bei Hitze sind Kaltluft, Frischluft und gute Durchlüftung besonders wichtig. Kaltluft-Abflussbahnen unterstützen die nächtliche Abkühlung und den Luftaustausch, unter anderem für den Abtransport von Luftschadstoffen. Werden sie durch Bebauung oder fehlende Grün- und Freiräume eingeschränkt, stauen sich Hitze und Luftschadstoffe stärker.

Trockenheit und Dürre

Trocken- und Dürreperioden dauern länger. Die vergangenen Jahre verzeichneten sowohl in Wien als auch österreichweit die längsten Trockenepisoden seit Beginn der meteorologischen Messungen.⁴⁰ Das Risiko für Dürre wird weiter zunehmen, da sich Menge und zeitliche Verteilung der Niederschläge zunehmend verändern (Niederschlagsvariabilität) und Niederschlagsdefizite (Mangel an Niederschlag im Vergleich zu den normalen Niederschlagsmengen) zunehmen werden.⁴⁹ Trockenheit hat dabei viele negative Folgen: Grünflächen und Stadtbäume verlieren aufgrund fehlender Verdunstung einen großen Teil ihrer Kühlfunktion, natürliche Ökosysteme und ihre Biodiversität werden geschwächt, die Wasserversorgung und der Gewässerhaushalt geraten unter Druck, die Feinstaubbelastung steigt, Hitzeeffekte und Gesundheitsrisiken verschärfen sich, und das Waldbrandrisiko sowie andere Risiken in der Land- und Forstwirtschaft wie Ernteverluste nehmen zu.^{a, b} Die Vitalität des Wienerwalds und der Wiener Alpen stellt eine zentrale Grundlage für die klimatische Resilienz, die regionale Wasserverfügbarkeit und die Erholungsqualität der Stadt Wien und der Wiener Bevölkerung dar. Trockenheitsbedingte Stressfaktoren erhöhen das Risiko einer Beeinträchtigung dieser Funktionen.

Kleinräumige Extremwetterereignisse wie Starkregen, Gewitter, Windböen und Hagel

Starkregenereignisse werden intensiver und häufiger.⁵⁰ Großteils versiegelte Gebiete lassen bei Starkregen kaum Wasser in den Boden versickern, vor allem nach längeren Trockenperioden. Während und nach Starkregen- und Hochwasserereignissen sind die Abwassersysteme überlastet und die städtische Kanalisation wird durch die hohen Regenwassermengen gefordert. Die großen Mengen an Niederschlagswässern können im Bestandssystem zu Rückstauungen und Überflutungen führen. Schäden an Infrastrukturen, Gebäuden und angrenzenden Flächen können dadurch häufiger und größer werden.^{40, c}

Neben Starkregen werden auch Gewitter mit Sturmböen und Hagel häufiger und intensiver,⁵¹ was wiederum Infrastruktur und Landwirtschaft zunehmend gefährdet. Für Österreich wird eine schwache Zunahme starker Winde bis 2100 erwartet, weil sich die Zugbahnen der Tiefdruckgebiete in Europa weiter nach Norden und Nordosten verlagern.⁵² Ebenso nehmen lokale Windböen bei

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Lebensmittel und Landwirtschaft

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

Gewittern zu.⁵³ Häufigere und stärkere Stürme schwächen natürliche Ökosysteme wie Wälder, beschädigen oder zerstören Gebäude und technische Infrastruktur und stellen Gefahren für Leben dar.

Biodiversitätsverlust

Die Wechselwirkungen zwischen Klima und Biodiversität sind komplex und verstärken sich gegenseitig. Temperaturanstieg, veränderte Niederschlagsmuster und häufigere Extremwetterereignisse beeinflussen die Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. Anhaltende Lebensraumveränderungen und -zerstörungen führen zu tiefgreifenden Veränderungen in Ökosystemen weltweit – auch in Wien. Wir Menschen sind jedoch auf intakte Ökosysteme angewiesen. Eine verminderte Artenvielfalt macht Ökosysteme instabiler und schwächt ihre Fähigkeit, das Klima durch Kühlung, Kohlenstoffspeicherung oder Sauerstoffproduktion zu regulieren. Artenverlust in Gewässern beeinflusst die (Trink-)Wasserqualität und -verfügbarkeit. Geschwächte Süßwasserökosysteme stehen in engem Zusammenhang mit der Verbreitung von Krankheitserregern und damit der Gesundheit der Menschen. Biodiversitätsverlust gefährdet zudem die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung.^{a, b} Ein vielfältiges Zusammenspiel von Bestäubern, Bodenorganismen und Pflanzen sichert intakte Nährstoffkreisläufe, Bodenfruchtbarkeit, Ertragssicherheit und erhöht die Resilienz der Pflanzen gegenüber Krankheiten und Extremwetter.

Viele Pflanzen und Tiere sind gezwungen, sich an die neuen Umweltbedingungen anzupassen. Die Verbreitungsgebiete vieler Arten verschieben sich beziehungsweise gehen verloren. Nicht alle Arten können sich schnell genug anpassen, weshalb viele vom Aussterben bedroht sind. Zusätzlich begünstigt die Klimakrise die Ausbreitung invasiver Arten, da diese oft besser an veränderte Bedingungen angepasst sind. Es kommt dabei zur Störung gewachsener ökologischer Wechselbeziehungen, wodurch Nahrungsnetze, Stoffkreisläufe und ökologische Gleichgewichte destabilisiert werden. Das schwächt die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen und hat weitreichende Folgen für Natur- und Erholungsräume, Wasserqualität und -verfügbarkeit, Gesundheit und Wohlbefinden sowie unsere Nahrungsmittelversorgung.⁴⁰

Wir leben in einer Zeit **multipler Krisen**. Klimarisiken können sich gegenseitig verstärken: Wenn etwa Starkregenereignisse direkt nach Trockenperioden auftreten, kommt es zu Bodenerosion, Überflutung und Überbelastung der städtischen Abwasserinfrastrukturen. Dazu kommt, dass die Risiken und die Befähigung, sich selbst vor den Risiken zu schützen, in der Bevölkerung ungleich ausgeprägt sind. All das kann zu sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen führen. Trotz aller Risiken und Herausforderungen: Wir haben es in der Hand, tiefgreifende und effektive Veränderungen für eine klimafitte, klimaresiliente und klimaangepasste Stadt zu erreichen. Die Stadt Wien begegnet multiplen Krisen mit resilienten Infrastrukturen und einer zukunftsicheren öffentlichen Versorgung.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Lebensmittel und Landwirtschaft

8 Handlungsfelder der Stadt

8.1 Mobilität

Wien ist eine Stadt, in der Zu-Fuß-Gehen, Radfahren und der öffentliche Verkehr für alle sicher, zugänglich und angenehm ist. Gleichzeitig werden Emissionen und Materialverbrauch sowie Luftschadstoffe und Hitzeeintrag aus dem Verkehrssektor reduziert. Derzeit ist der Verkehrssektor noch für einen der größten Anteile der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit einer der größten Hebel für wirksamen Klimaschutz. Die Stadt Wien arbeitet daher weiter am Ausbau eines gut funktionierenden und nachhaltigen Mobilitätssystems, das den Wienerinnen und Wienern eine Änderung ihres Mobilitätsverhaltens leicht macht und die individuelle Abhängigkeit vom MIV sowie seinen Anteil nachhaltig reduziert.

8.1.1 Einleitung

Die **Dekarbonisierung des Mobilitätssektors** leistet einen wesentlichen Beitrag für die Klimaneutralität bis 2040. Der Weg dahin ist noch weit, denn mit 28 Prozent entfällt einer der größten Anteile der territorialen (Scope 1) Emissionen auf das Handlungsfeld Mobilität. Das entspricht 1,7 Millionen Tonnen territorialer Treibhausgasemissionen. Dazu kommen weitere 0,1 Millionen Tonnen Emissionen aus dem Verbrauch von Strom in der E-Mobilität (Scope 2).^a

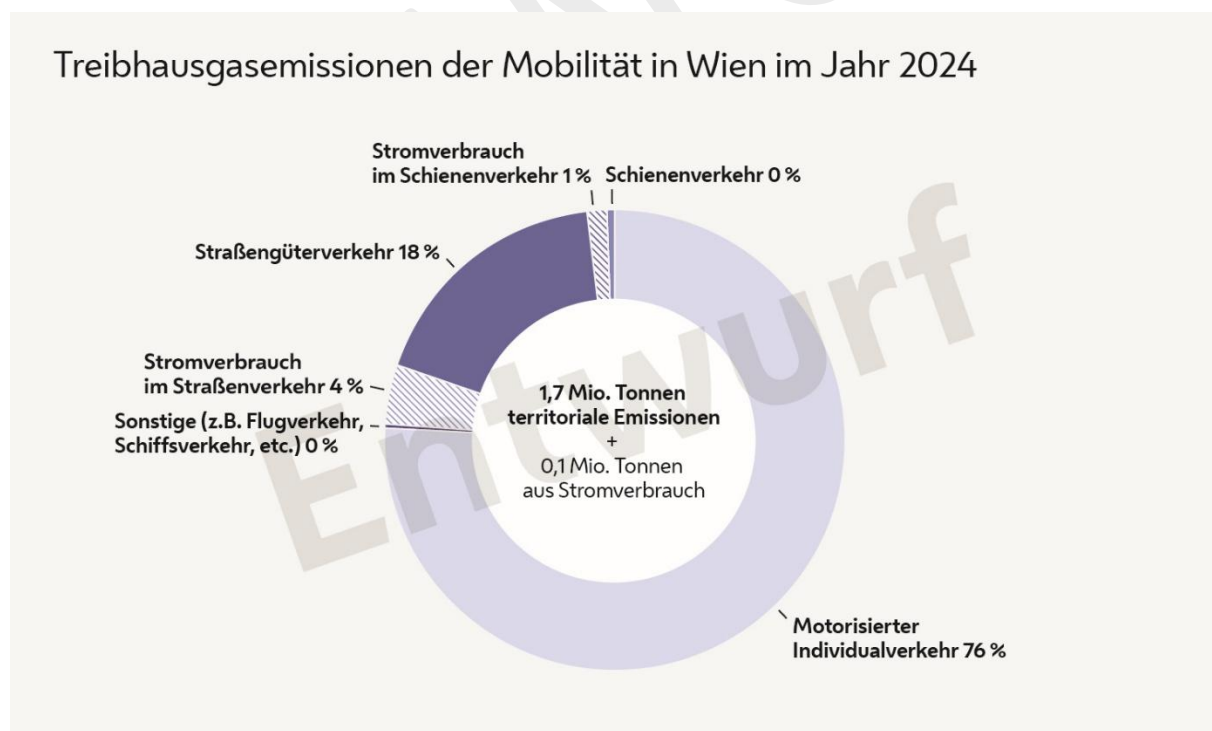


Abbildung 16: Aufteilung der Treibhausgasemissionen im Mobilitätssektor in Wien im Jahr 2024, inklusive Emissionen aus Stromverbrauch (Scope 1 und 2) (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Abbildung 16 zeigt, wie sich die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen in Wien zusammensetzen. **Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist mit 76 Prozent für den größten Teil**

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

der Verkehrsemissionen in Wien verantwortlich. Ein kleinerer Teil entfällt mit 18 Prozent auf den Güterverkehr auf der Straße. Weitere 4 Prozent entfallen auf den Stromverbrauch im Straßenverkehr für elektrisch betriebene Fahrzeuge. Auf den öffentlichen Verkehr entfallen insgesamt lediglich 2 Prozent, die sich auf dieselbetriebene Busse und den elektrisch betriebenen Schienenverkehr, zum Beispiel Straßenbahnen, U-Bahnen und S-Bahnen, aufteilen. Obwohl der öffentliche Verkehr nur einen kleinen Teil der Emissionen verursacht, legen die Wiener*innen rund ein Drittel aller Wege damit zurück. Der motorisierte Individualverkehr hingegen ist für 76 Prozent der verkehrsbedingten Emissionen verantwortlich. Zuletzt entstehen etwas unter 1 Prozent der Emissionen durch weitere Verkehrsmittel wie den Schiffsverkehr und den Flugverkehr innerhalb der Stadt, zum Beispiel durch Einsatzhubschrauber. Der Flugverkehr des Flughafens in Schwechat ist hier nicht inbegriffen, weil sich dieser außerhalb des Stadtgebiets befindet.

Auch bei der Produktion von Fahrzeugen entstehen Emissionen. Diese Emissionen entsprechen in etwa der Hälfte der territorialen Verkehrsemissionen,⁵⁴ entstehen jedoch außerhalb der Wiener Stadtgrenzen (sogenannte Scope-3-Emissionen) und scheinen deshalb in Abbildung 16 nicht auf. Die für die Mobilität erforderlichen Tiefbauvorhaben, zum Beispiel der Straßenbau oder der U-Bahn-Ausbau, tragen ebenso erheblich zu den globalen Emissionen und dem Materialfußabdruck bei.^a

In Österreich wird mehr Kraftstoff verkauft, als tatsächlich im Inland verfahren wird. Der Grund dafür ist der sogenannte „Kraftstoffexport im Fahrzeugtank“ (auch als „Tanktourismus“ bekannt): Fahrzeuge werden in Österreich betankt (zum Beispiel in Wien), fahren aber anschließend im Ausland weiter. Dieses Phänomen wird durch mehrere strukturelle Faktoren begünstigt. Die Emissionen durch den „Kraftstoffexport im Fahrzeugtank“ werden in Österreich über einen Schlüssel auf alle Bundesländer aufgeteilt. Der Stadt Wien wurden im Jahr 2024 0,93 Millionen Tonnen CO₂ zugeteilt. Diese Emissionen werden nicht der territorialen Wiener Treibhausgasbilanz zugerechnet, da die Emissionen außerhalb des Wiener Stadtgebiets entstehen.

Wien verfügt bereits heute über ein enorm **leistungsfähiges Mobilitätssystem**, das die hohe Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt wesentlich mitträgt. Der gut ausgebaute öffentliche Verkehr wird von immer mehr Menschen genutzt. Frauen nutzen besonders häufig den öffentlichen Verkehr. Immer mehr Menschen in Wien greifen zudem auf Sharing-Angebote wie jene von WienMobil oder privaten Anbietern zu und wünschen sich sichere, breite Wege zum Zu-Fuß-Gehen und Radfahren. 9 von 10 Menschen stimmen zu, dass man in Wien gut ohne eigenes Auto auskommt. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach mehr Platz im öffentlichen Raum für Aufenthalt, Begegnung und Begrünung, um den Folgen des wärmeren Klimas wirksam zu begegnen. Daher gilt es, die Rahmenbedingungen für die Mobilitätswende gezielt weiterzuentwickeln, damit sie den Mobilitätsbedürfnissen und Erwartungen der Menschen in Wien entspricht.

8.1.2 Herausforderungen

Die Treibhausgasemissionen aus dem Mobilitätssektor müssen rasch und dauerhaft sinken. Gleichzeitig passt die Stadt Wien den öffentlichen Raum an die Folgen der Klimakrise an.

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

- Besonders in dicht bebauten Gebieten ist der Platz begrenzt. Daher müssen Flächen so gestaltet werden, dass Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung gemeinsam wirken und keine Flächenkonkurrenzen entstehen.
- Ein reiner Umstieg auf E-Mobilität (auch Antriebswende genannt) würde Ressourcen und Flächen nicht effizient nutzen. Vielmehr würde sich dadurch der Fahrzeugbestand erhöhen und viele Fahrzeuge würden vor dem Ende ihrer Lebensdauer ersetzt werden. Maßnahmen zum Umstieg auf klimafreundliche Mobilitätsangebote und zur Änderung des Mobilitätsverhaltens (auch Mobilitätswende genannt) hingegen reduzieren die Zahl und den damit verbundenen Ressourcen- und Flächenverbrauch von motorisierten Fahrzeugen. Dadurch entsteht zusätzlicher Platz für eine klimafitte Gestaltung des öffentlichen Raums.
- Eine Mobilitätswende entlastet zudem das Budget: Bis 2030 braucht es im Vergleich zur reinen Antriebswende rund 30.000 Ladepunkte weniger und rund 200 Millionen Euro weniger Investitionen.⁵⁷
- Die zentrale Aufgabe besteht darin, Emissionsminderung, Flächengerechtigkeit und Ressourcenschonung gemeinsam voranzubringen.

Diesen Herausforderungen stellt sich die Stadt Wien im Sinne einer ganzheitlichen Verkehrswende und setzt Maßnahmen, die den Fokus gezielt auf die Vermeidung und Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs richten.

8.1.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Bei vielen Aspekten kann die Stadt Wien im Mobilitätsbereich selbstständig agieren. In gewissen Punkten ist die Stadt allerdings auf notwendige Rahmenbedingungen seitens Bund oder EU angewiesen, damit die Verkehrswende gelingen kann. Zudem gibt es ein enges Zusammenspiel mit der Ostregion, das zu berücksichtigen ist.

Die EU gibt mit ihren Flottenzielen und den Regularien bezüglich der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor den übergeordneten politischen Rahmen vor. Diese Emissionsnormen spielen als Werkzeug zur Realisierung der Klimaziele für die Stadt eine entscheidende Rolle. Die europäischen Flottenziele (*Verordnung zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (EU) 2019/631*) sind, trotz ihrer Herabsenkung von einer 100-prozentigen auf eine 90-prozentige Reduktion der Flottenemissionen bis 2035 (Referenzjahr 2021), hoch relevant. Wien setzt sich dafür ein, dass ambitionierte Vorgaben bestehen bleiben, die eine Klimaneutralität bis 2040 weiterhin ermöglichen.

Die *Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (EU) 2023/1804* regelt den europaweiten Ausbau von Lade- und Betankungsinfrastruktur für alternative Kraftstoffe, insbesondere für Elektrofahrzeuge. Sie schafft einheitliche Regeln für Benutzer*innenfreundlichkeit, Preistransparenz und Bezahlung, mit dem Ziel, die E-Mobilität zu fördern. Wien leistet seinen Beitrag zur Erfüllung der österreichischen Zielvorgaben.

Die *Gebäuderichtlinie (EU) 2024/1275 (EPBD)* gibt Vorgaben für die Nachrüstung und Ausstattung von Gebäuden mit E-Ladeinfrastruktur, die in weiterer Folge in Wien durch das *Wiener Garagengesetz 2008* geregelt werden.

Um den Grundsatz der erweiterten Herstellerverantwortung bei Fahrzeugen zu stärken, klarere Regeln für die Unterscheidung zwischen Gebrauchtfahrzeugen und Altfahrzeugen zu entwickeln und verbindliche Zielvorgaben für den Rezyklatanteil^a in Neufahrzeugen einzuführen, wurde ein Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislaforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen eingebracht. Dies soll unter anderem über die Änderungen der *Verordnung (EU) 2018/858 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kfz und Kfz-Anhängern* sowie der *Marktüberwachungsverordnung (EU) 2019/1020* erreicht werden.

Die Stadt Wien setzt sich zudem auf Bundesebene für folgende Punkte ein:

- Abschaffung klima-kontraproduktiver Maßnahmen (unter anderem Abschaffung des Dieselpriivs sowie der Ökologisierung des Pendlerpauschale) und Internalisierung der externen Kosten des Pkw-Verkehrs (wie Lärm und Luftschadstoffe).
- Reduktion des Kraftstoffexports im Fahrzeugtank durch die Nutzung der auf Bundesebene zur Verfügung stehenden Instrumente.
- Sicherstellung der Siedlungsentwicklung in der Region entlang der Achsen des hochrangigen öffentlichen Verkehrs.
- Planung und Finanzierung von Schieneninfrastrukturpaketen mit der ÖBB (aktuell 2. *Schieneninfrastrukturpaket*, SIP 2), sowie Forcierung und Realisierung des Zielnetzes 2040, um über die Stadtgrenzen hinweg Regionalverbindungen innerhalb der Metropolregion sowie Verbindungen im nationalen und internationalen Fernverkehr voranzutreiben. Auch die U-Bahn-Finanzierung, zum Beispiel die Verlängerung der U1 bis Rothneusiedl, soll weiterhin gewährleistet werden.
- Reform der *Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO 1960)*: Die Voraussetzungen für die Herabsetzung der Geschwindigkeit des Autoverkehrs soll durch Ziele und Leitprinzipien wie Kriterien des Klima- und Umweltschutzes sowie mehr Platz und Verteilungsgerechtigkeit für nachhaltige Mobilitätsformen ergänzt beziehungsweise abgelöst werden.
- Prüfung des rechtlichen Rahmens für die Einführung von sogenannten „Zero-Emission-Zonen“.
- Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Regelbetrieb von autonomen Fahrzeugen als Ergänzung im öffentlichen Verkehrssystem und die Erprobung von Mobilitätsinnovationen (wie die Planung der Einführung von Teststrecken für autonomes Fahren).
- Weitere Förderung von aktiver Mobilität, beispielsweise über Initiativen wie *klimaaktiv*.
- Erhalt und Ausbau von Förderungen zur E-Mobilität, zum Beispiel im Rahmen von *eMove Austria*. Weiterführung der Förderungen zur Elektrifizierung im Schwerverkehr.
- Langfristige Förderkulisse auf Bundes- und EU-Ebene für die Umstellung der Busflotte, die Anreize schafft und einen stabilen, vielfältigen Fahrzeugmarkt unterstützt. Parallel zur Fahrzeugbeschaffung auch für den Ausbau von Ladeinfrastruktur, Werkstätten sowie Abstell- und Wartungskapazitäten.
- Frühzeitige und systematische Integration von Begleitprojekten zur aktiven Mobilität bei künftigen Planungen der Bahn- (ÖBB) und Straßeninfrastruktur (ASFINAG). Dazu gehören

^a Der Rezyklatanteil beschreibt den Anteil der im Fahrzeug verwendeten Materialien, die aus recycelten Quellen stammen und wieder in den Produktionskreislauf eingebracht wurden.

insbesondere Radverkehrsanlagen entlang oder im Nahbereich von Bahnstrecken sowie sichere Querungsmöglichkeiten.

- Das „Right to Plug“ – also das Recht auf die Installation von E-Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern – auch für Mietverhältnisse. Dafür braucht es Anpassungen im *Mietrechtsgesetz* und im *Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz* analog zur bereits erfolgten Änderung im *Wohnungseigentumsgesetz 2002*.

8.1.4 Unsere Ziele

Folgende zentrale Zielsetzung ist in der *Smart Klima City Strategie Wien* für die Mobilität verankert:

- Die Treibhausgasemissionen des Mobilitätssektors sinken pro Kopf um 50 Prozent bis 2030 und um 100 Prozent bis 2040 (im Vergleich zum Basisjahr 2005).

Zusätzlich sind in der *Smart Klima City Strategie Wien* folgende weitere Ziele formuliert, die zum einen die Erfüllung der Emissionsreduktionsziele im Jahr 2030 absichern sollen und zum anderen weitere Ziele einer lebenswerten und innovationsfreundlichen Stadt verfolgen:

- Wirtschaftsverkehre innerhalb des Stadtgebiets sind 2030 weitgehend CO₂-frei.
- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege, steigt bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man, auch ohne einen Pkw zu besitzen, mobil sein.
- Die Pkw-Verkehrsstärke an der Stadtgrenze sinkt bis 2030 um 50 Prozent (im Vergleich zum Basisjahr 2021).
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen; Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Wien realisiert und fördert die Stadt der kurzen Wege^a – mit kurzen Wegstrecken, lebendigen, gemischt genutzten Stadtteilen und einer Neuverteilung des öffentlichen Straßenraums zugunsten von aktiver Mobilität, Öffis und attraktiven Verweilmöglichkeiten.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zum Basisjahr 2005).
- Die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors sinken pro Kopf um 50 Prozent bis 2030 und um 100 Prozent bis 2040 (im Vergleich zum Basisjahr 2005).
- Der Anteil der Fahrzeuge mit nicht-fossilen Antrieben an den Neuzulassungen steigt bis 2030 auf 100 Prozent.

8.1.5 Fahrplan zur Zielerreichung

Abbildung 17 zeigt die Entwicklung der territorialen (Scope 1) Verkehrsemissionen seit 2005 und stellt den Treibhausgas-Zielpfad bis 2040 für die territorialen Treibhausgasemissionen des Verkehrs in Wien dar. Zwischen 2005 und 2024 sind diese Emissionen im Mobilitätssektor um 11 Prozent zurückgegangen. Der Treibhausgas-Zielpfad sieht im Vergleich zu 2005 eine Pro-Kopf-Reduktion

^a Die Stadt der kurzen Wege steht für eine lebenswerte und nachhaltige Stadtgestaltung, in der alle wichtigen Einrichtungen des täglichen Bedarfs innerhalb einer Viertelstunde zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind.

von 50 Prozent bis 2030 und 85 Prozent bis 2035 sowie eine vollständige Reduktion auf Netto-Null bis 2040 vor.

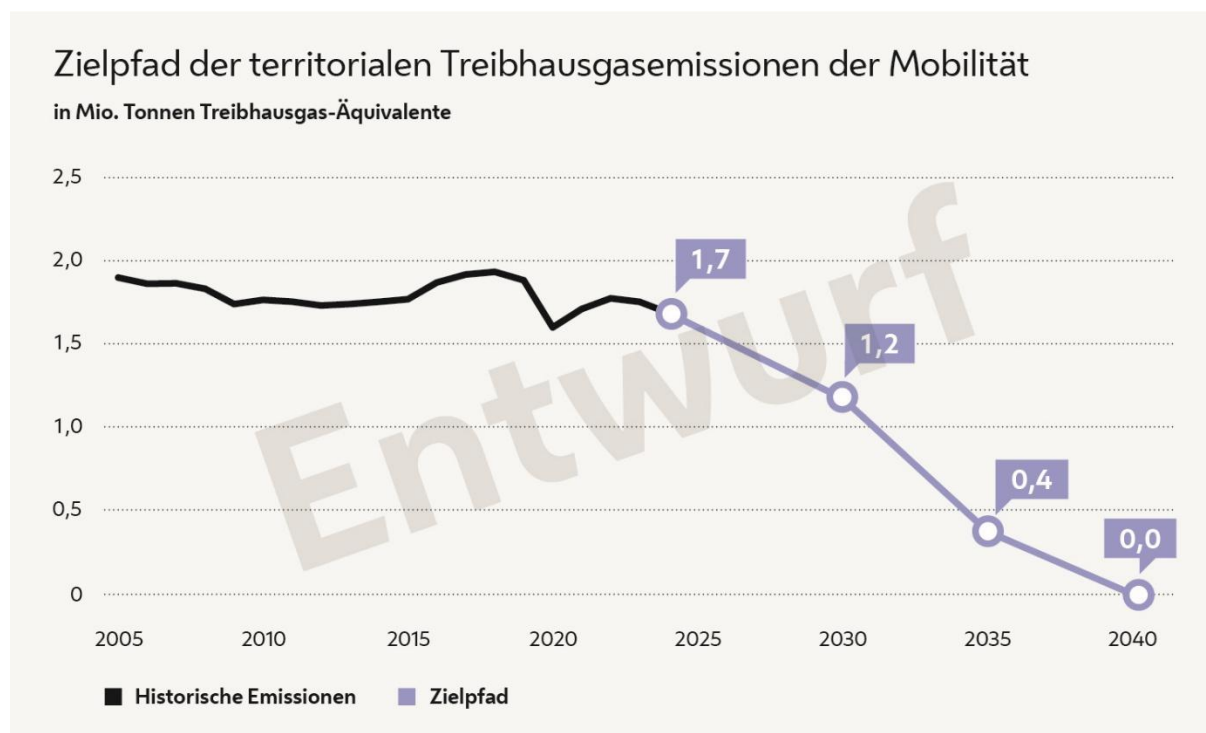


Abbildung 17: Territorialer Treibhausgas-Zielpfad für den Mobilitätssektor in Wien (verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen innerhalb Wiens in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent) bis 2040, exklusive Stromemissionen (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Der größte Anteil der verkehrsbedingten Emissionen wird durch die Marktdurchdringung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen reduziert. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass durch die Bereitstellung von Strom auch Emissionen entstehen (Scope 2). Für die Reduktion dieser Emissionen formuliert das Handlungsfeld Strom- und Fernwärmeerzeugung entsprechende Hebel und Maßnahmen.^a

Weiters ist zu berücksichtigen, dass ein alleiniger Umstieg auf E-Mobilität (Antriebswende) keine vollständige Zielerreichung bewirken kann. Dieser verfehlt **andere Zielsetzungen** wie die **Reduktion des Materialfußabdrucks** oder die **des Motorisierungsgrads** und **des Anteils der im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege**. Daher setzt Wien gemäß der Kaskade **Vermeiden – Verlagern – Verbessern** den Fokus auf Maßnahmen zur Änderung des Mobilitätsverhaltens (Mobilitätswende), und erst in Folge auf die Antriebswende. Dazu zählen die stärkere Nutzung des öffentlichen Verkehrsangebots und aktive Mobilitätsformen wie Radfahren oder Zu-Fuß-Gehen. Nur so können das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 und mögliche Co-Benefits, also damit verbundene positive Wirkungen auf andere Lebensbereiche wie die Gesundheit, erreicht werden (Verkehrswende). Des Weiteren spart eine Verkehrswende auch Geld und begrenzt den Bedarf nach erneuerbarer Energie, Platz, Material und Ressourcen.

Die Stadt Wien verstärkt deswegen ihre langjährigen Bemühungen unter anderem in folgenden Bereichen:

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

- Durch den Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität (Zu-Fuß-Gehen und Radfahren) sowie die Ausweitung von Sharing-Angeboten werden Wege vermehrt auf klimafreundliche und ressourcenschonende Verkehrsmittel verlagert.
- Durch den Planungsansatz der Stadt der kurzen Wege und einer kompakten Siedlungsentwicklung werden Wegstrecken insgesamt reduziert.
- Dort, wo der Umstieg auf andere Verkehrsmittel nicht möglich ist, wird der motorisierte Individual- und Güterverkehr auf der Straße mittelfristig auf elektrische Mobilität umgestellt.
- Damit Mobilität für alle auch künftig möglich und angenehm bleibt, wird die Verkehrsinfrastruktur schrittweise an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst.
- Um auch den städtischen Straßengüterverkehr künftig klimaneutral und ressourcenschonend abzuwickeln, werden heute die Rahmenbedingungen dafür geschaffen.
- Damit Flächen effizient für Wohnen, Grünräume und vielfältige Nutzungen zur Verfügung stehen, werden, wie im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035*⁵⁵ definiert, Lenkungsmaßnahmen zur Verringerung des Anteils an motorisiertem Individualverkehr weiter forciert.

8.1.6 Hebel und Maßnahmen

8.1.6.1 Hebel 1: Motorisierten Individualverkehr vermeiden und auf den Umweltverbund umsteigen

1. **Infrastruktur fürs Radfahren ausbauen und Qualität verbessern:** Die Radinfrastruktur wird, wie im strategischem Radwegeausbauprogramm vorgesehen, von Radhighways über Lückenschlüsse und Qualitätssteigerungen im Bestand, weiter ausgebaut. Das im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* definierte Prinzip „Radfahren für alle“ wird in der Planung verankert. Das Angebot an sicheren, hochwertigen Radabstellplätzen im öffentlichen Raum wird deutlich erhöht, der Ausbau von Bike-&-Ride-Angeboten wird geprüft.
2. **Zu-Fuß-Gehen attraktiver und barrierefrei machen:** Mit den seit 2022 entwickelten *Masterplänen Gehen*⁵⁶ wurden die strategischen Grundlagen geschaffen, um auf Bezirksebene die Bedingungen fürs Zu-Fuß-Gehen weiter zu verbessern. Diese werden schrittweise umgesetzt, wobei besonderes Augenmerk auf die Punkte Sicherheit und Barrierefreiheit gelegt wird, unter anderem bei Gehsteigbreiten, Beleuchtung und Querungsmöglichkeiten.
3. **Die Stadt der kurzen Wege planen:** Durch eine kompakte, polyzentrale Stadtentwicklung, Nutzungsmischung in der Erdgeschoßzone und die laufende Verbesserung der Infrastruktur für die aktive Mobilität in den Grätzln schafft die Stadt Wien die Rahmenbedingungen dafür, dass ein Großteil der Menschen in Wien viele Alltagsorte rund um lokale Zentren auf kurzen Wegen zusätzlich auch gut mit dem Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen kann. Das spart Zeit, Energie, Material und Ressourcen und fördert die lokale Wirtschaft und Grätzl-Identität.^a

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

4. **Ausbau, Verdichtung, Instandhaltung und Beschleunigung des stadtreionalen öffentlichen Verkehrs sicherstellen:** Wie im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* vorgesehen, wird einerseits die Weiterentwicklung der ÖV-Netze innerhalb Wiens vorangetrieben, andererseits setzt sich Wien dafür ein, die Weichen für eine klimaneutrale Mobilität über administrative Grenzen hinweg zu stellen, etwa mit Stadt-Regio-Trams. Insbesondere tragen eine leistungsfähige Schienennetz-Infrastruktur und attraktive Taktung der Züge dazu bei, die Pkw-Verkehrsstärke an der Stadtgrenze im Sinne der Ziele der *Smart Klima City Strategie Wien* zu reduzieren. Ergänzend sichern Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen die Leistungsfähigkeit und Nutzer*innenfreundlichkeit des öffentlichen Verkehrs.
5. **Mit Temporeduktion den Verkehr weiter beruhigen:** Tempo-30-Zonen werden möglichst flächendeckend und insbesondere abseits des Hauptstraßennetzes weiter dort ausgebaut, wo dies nicht zu Lasten der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs geht. Dies erhöht die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.
6. **Parkraummanagement weiterentwickeln:** Aufbauend auf der wienweiten Ausweitung der Kurzparkzone wird ein Stufenplan für die Weiterentwicklung des Parkraummanagements konzipiert, verstärkt als Lenkungsinstrument genutzt und in den folgenden Jahren umgesetzt. Maßnahmen wie die Verkleinerung der Berechtigungszonen für das Parkpickerl werden untersucht. Auch die Tarifgestaltung des Parkraummanagements wird beispielsweise mit Blick auf die Fahrzeuggröße und deren Treibhausgasausstoß und Materialfußabdruck geprüft. Rechtskonforme technische Möglichkeiten zur automatisierten Parkraumüberwachung werden geprüft.
7. **Rechtliche Grundlagen für Mobilitäts- und Infrastrukturangebote weiterentwickeln:** Mit der Novellierung des *Wiener Garagengesetzes 2008* im Jahr 2023 sowie durch das Wiener EU-Gebäuderichtlinie-Umsetzungsgesetz 2026 im Jahr 2026 wurden wichtige Schritte zur besseren Verankerung von alternativen Mobilitätsangeboten gesetzt. In der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen wird die stärkere Verankerung von Mobilitäts- (Sharing, Fahrrad, öffentlicher Verkehr) und Infrastruktur-Angeboten (E-Laden) geprüft. Auch das mit der Novellierung eingeführte Zonenmodell für die Stellplatzverpflichtung, Möglichkeiten der Kompensation von Pflichtstellplätzen und die Ausgestaltung der Stellplatzverpflichtung werden evaluiert.
8. **Zufahrtsregelung zur Verkehrsberuhigung einführen:** Kfz-Einfahrten werden reduziert, zum Beispiel in der Innenstadt. Dazu können unter anderem die Zufahrten ergänzend zum Parkraummanagement in Form eines elektronischen, kamerabasierten Systems unter Beachtung von Datenschutz, Datenminimierung, Transparenz und IT-Sicherheitsanforderungen geregelt werden. Die Zufahrt für kritische Dienstleistungen wird weiterhin sichergestellt. Aus den Erfahrungen der Verkehrsberuhigung, wie jenen der Innenstadt, wird eine Erweiterung von Zufahrtsregeln auf weitere Bezirke geprüft.
9. **Sharing-Angebote und On-demand-Services ausbauen:** Bis 2035 sollen 90 Prozent der Wiener Bevölkerung in unter 500 Metern fußläufiger Entfernung vom Wohnort eine *WienMobil*-Station unter anderem mit Car- und Bike-Sharing-Angeboten vorfinden. Das Angebot soll evaluiert, angepasst und unter der Dachmarke *WienMobil* ausgebaut werden. Richtwerte sind:
 - 10.000 *WienMobil*-Fahrräder (inklusive Lastenräder)
 - 1.000 *WienMobil*-Fahrzeuge (Elektro-Pkw und Kleintransporter)

In Stadtrandlagen werden bedarfsorientierte On-Demand-Angebote zum Beispiel im Rahmen des *WienMobil*-Hüpfers ausgebaut. Neben den Angeboten im Rahmen von *WienMobil* werden Voraussetzungen geschaffen, damit sich private Angebote entwickeln können.

- 10. Bestmögliche Rahmenbedingungen für nachhaltige Mobilitätsformen im betrieblichen Mobilitätsmanagement schaffen:** Rahmenbedingungen für nachhaltige Mobilitätsformen für Unternehmen und deren Mitarbeiter*innen werden geschaffen und gezielt gefördert. Dafür schafft die Stadt Wien gemeinsam mit Partner*innen Ressourcen und Strukturen, die Unternehmen bei der Konzeption und Umsetzung von betrieblichem Mobilitätsmanagement beraten und unterstützen. Zusätzlich werden Instrumente zur Schaffung von Verbindlichkeit geprüft.
- 11. Ziel- und entscheidungsrelevante Datengrundlagen erhalten und weiter verbessern:** Umfassende Mobilitätsdaten werden besser und zeitnaher erhoben, gesammelt, ausgewertet und dargestellt. Durch genderspezifische Erhebungen können zusätzliche Mehrwerte, unter anderem für gendersensible Planungen, geschaffen werden.

8.1.6.2 Hebel 2: Aus fossilen Antrieben aussteigen

Um die Umstellung des motorisierten Individualverkehrs in Richtung E-Mobilität bestmöglich zu begleiten, ist die sukzessive Umsetzung der Maßnahmen aus *Stadt am Strom(e) – Der Wiener Weg zur Elektromobilität*⁵⁷ notwendig. Zudem sind zentrale Maßnahmen hier angeführt:

- 1. Einfahrts- oder Parkverbote für Fahrzeuge mit (hohen spezifischen) CO₂-Emissionen prüfen:** Die Stadt Wien prüft die notwendigen Schritte für ein Verbot von Verbrennungsmotoren im Stadtgebiet („Umweltzonen“ oder „Zero-Emission-Zonen“) und setzt sich für eine Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein.
- 2. Ladeinfrastruktur in Garagen und im halböffentlichen Raum ausbauen:** Um den knappen Platz im Straßenraum bestmöglich zu nutzen, wird die Errichtung von Ladeinfrastruktur im privaten und halböffentlichen Raum forciert. Dafür wurde zuletzt durch die Novelle des Wiener Garagengesetzes 2026 ein weiterer wichtiger Schritt gesetzt. Darauf aufbauend werden Änderungen von Vorschriften geprüft, um die Anzahl der E-Ladepunkte zu erhöhen und die notwendigen baulichen Maßnahmen für den Einbau von Ladestationen in Garagen und halböffentlichen Parkplätzen zu präzisieren. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur schafft zudem geeignete Rahmenbedingungen für die Elektrifizierung von Logistikflotten im Wirtschaftsverkehr. Zusätzlich werden die regulatorischen Rahmenbedingungen zur Unterstützung intelligenter Ladesysteme für Elektroautos im Wohnbau vorangetrieben.
- 3. Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum ausbauen:** (Schnell-)Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum wird im Sinne einer Grundversorgung und unter Berücksichtigung von Ausschlusskriterien errichtet. Die Nutzung dieser Ladepunkte zielt auf eine möglichst effiziente und hohe Auslastung ab.
- 4. Städtische Kfz-Flotten werden klimaneutral (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Eine Vorgabe für die Beschaffung neuer Fahrzeuge sowie zur Entsorgung von Altfahrzeugen wird ausgearbeitet. Es werden weiterhin keine neuen Benzin- oder Dieselfahrzeuge angeschafft. Ausnahmen sind eventuell für Sonderfahrzeuge notwendig, sofern es keine CO₂-freien Alternativen geben sollte.

8.1.6.3 Hebel 3: Verkehrsinfrastruktur zukunftsfit gestalten

1. **Raum für Klimaanpassung schaffen:** In einer wachsenden Stadt gilt es, Möglichkeiten für die notwendigen Klimaanpassungen im öffentlichen Raum sowie für mehr Platz für aktive Mobilität und qualitätsvollen Aufenthalt zu schaffen. Für diese höherwertigen Nutzungen werden vorrangig Flächen herangezogen, die derzeit noch vom motorisierten Individualverkehr beansprucht werden, etwa durch die sukzessive Reduktion von Stellplätzen im öffentlichen Raum sowie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.^a
2. **Beschattung und Hitzereduktion bei Wartebereichen für öffentliche Verkehrsmittel verbessern:** Neben Kreuzungsbereichen werden auch Stationen und Wartebereiche des öffentlichen Verkehrsnetzes auf Möglichkeiten zur Anpassung bei Hitze geprüft, unter anderem durch Beschattung, hellere Bodenbeläge, Sitzmöglichkeiten, Begrünung und Verdunstungskühlung.^b
3. **Beschattung für aktive Mobilität erhöhen:** Um in einer sich erheizenden Stadt aktive Mobilität weiterhin attraktiv zu gestalten, setzt die Stadt gezielt Beschattungsmaßnahmen an Fuß- und Radverkehrsachsen um, damit aktive Mobilitätsformen auch bei einer zunehmenden Hitzebelastung genutzt werden können. Innovative Beschattungskonzepte für Kreuzungsbereiche werden unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit (Einsehbarkeit) und der Verkehrsregelungen untersucht.
4. **Prinzipien der Kreislaufwirtschaft bei Infrastruktur und Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs umsetzen:** Bereits bestehende Maßnahmen zur Dekarbonisierung und Erhöhung der Ressourceneffizienz im Lebenszyklus von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs (zum Beispiel in der Beschaffung, in der Wartung, bei Batterien) werden ausgebaut. Künftig wird sowohl auf die Mehrfachnutzung von technischer Infrastruktur als auch im Tiefbau der Fokus stärker auf zirkuläre Verkehrsinfrastruktur (zum Beispiel Aushubverwendung, Wiederverwendung von Pflastersteinen, Erhöhung von Recyclingquoten, Bereitstellung von Flächen zur Ver- und Entsorgung und so weiter) gelegt. Auch Synergiepotenziale und Ressourceneffizienz durch Energiegewinnung beispielsweise beim U-Bahnbau werden geprüft und gegebenenfalls etabliert. Die Anwendung von Building Information Modelling (BIM) und Nachhaltigkeitskriterien für den zirkulären Tiefbau, unter anderem im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, Straßen- und Brückenbau, werden entwickelt.

8.1.6.4 Hebel 4: Rahmen für Wirtschaftsverkehre setzen

Um die Klimaziele der Stadt zu erreichen, schafft Wien klare, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen für einen klimaneutralen, ressourceneffizienten und stadtverträglichen Wirtschaftsverkehr. Grundlage dafür bildet der *Masterplan Urbane Logistik*⁵⁸, der erstmals eine integrierte Gesamtstrategie für die Transformation der städtischen Logistik vorgibt.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

1. **Zero-Emission-Zonen für den Wirtschaftsverkehr prüfen:** Zur Erreichung eines klimaneutralen Wirtschaftsverkehrs prüft die Stadt die Einführung von Zero-Emission-Zonen als ordnungspolitisches Instrument.
2. **Die „letzte Meile“ effizient und stadtverträglich organisieren:** Zur Reduktion des Verkehrsaufkommens im öffentlichen Raum setzt Wien auf eine effizientere Organisation der „letzten Meile“. Diese spielt auch hinsichtlich der Realisierung regionaler Kreislaufwirtschaft eine zunehmende Rolle. Im Fokus stehen eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Ladezonenangebots und -managements, die Förderung von City-Logistik-Lösungen wie Mikro-Hubs oder der Ausbau von Paketboxen. Durch Bündelung von Lieferverkehren und die Vermeidung von Leerfahrten werden Emissionen gesenkt und Konflikte im Straßenraum reduziert. Auch der Einsatz von alternativen, flächeneffizienten Zustellfahrzeugen (zum Beispiel (E)-Lastenräder) wird priorisiert.
3. **Wirtschaftsverkehre auf nachhaltige Güterverkehrsträger und multimodale Logistik verlagern:** Die Stadt stärkt den Güterverkehr auf Schiene und Wasser als zentrale Bausteine einer klimafreundlichen Logistik. Der Erhalt, Ausbau und die bessere Nutzung von Terminals, Hafen- und Schieneninfrastruktur tragen dazu bei, Güterverkehre von der Straße auf umweltfreundlichere Verkehrsträger zu verlagern. Wien nutzt beim Aufbau einer leistungsfähigen Kreislaufwirtschaft (zum Beispiel für Umschlag und Zwischenlagerung von Sekundärressourcen) multimodale Logistikketten und Großlogistikflächen wie den Hafen Wien, um das innerstädtische Straßennetz zu entlasten.
4. **Baustellenlogistik klimafit gestalten:** Wien setzt sich zukünftig verstärkt für eine emissionsarme und ressourcenschonende Organisation der Baustellenlogistik sowie der erforderlichen Flächen ein. Wie die Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* festlegt, sind zentrale Hebel die Reduktion von Transportwegen durch kreislaufwirtschaftliche Ansätze (unter anderem koordinierte Nutzung von Bodenaushub, gemeinsame Ressourcenumschlagplätze), der Einsatz lokal emissionsfreier Fahrzeuge und Maschinen sowie die frühzeitige Berücksichtigung bauleistungslogistischer Anforderungen in Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren.
5. **„Wegweisende Quartierslogistik“ verankern:** Die Stadt berücksichtigt das Thema Logistik frühzeitig in der Stadt- und Mobilitätsplanung, um Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum von vornherein zu reduzieren und eine klimaverträgliche Versorgung neuer und bestehender Stadtquartiere sicherzustellen. Der *Wegweiser Quartierslogistik*⁵⁹ sowie die im Masterplan Urbane Logistik etablierten Bezirkslogistikkonzepte dienen dabei als zentrale Planungsgrundlage.
6. **Strategische Logistikkoordination etablieren:** Zur wirksamen Umsetzung eines klimaneutralen und ressourceneffizienten Wirtschaftsverkehrs etabliert die Stadt Wien eine zentrale Logistikkoordination. Diese steuert die Umsetzung der Maßnahmen im *Masterplan Urbane Logistik*.
7. **Digitalisierung und Automatisierung als Innovationschancen vorantreiben:** die Stadt Wien nutzt digitale Technologien und Automatisierung, um die urbane Logistik effizienter, stadtverträglicher und klimafit zu gestalten. Intelligente Datenlösungen, digital koordinierte Prozesse sowie innovative, automatisierte Zustellkonzepte

reduzieren Verkehr, konsolidieren Lieferströme und stärken Wien als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort.

8.1.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Nachhaltige Mobilität hat großes Potenzial, auch in anderen Lebensbereichen positive Wirkungen zu entfalten (Co-Benefits). Weniger motorisierter Verkehr verbessert maßgeblich die Luftqualität, reduziert Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen und verringert Lärm und Hitze in dicht bebauten Gebieten. Frei werdende Parkplatzflächen schaffen Raum für Begrünung, sichere Rad- und Fußwege sowie Begegnungsorte und stärken die Biodiversität und die Resilienz grüner und blauer Infrastruktur. Das alles bietet eine enorme Steigerung der Aufenthaltsqualität und gewährleistet besonders für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Kinder und ältere Menschen eine sichere und selbstständige Nutzung des öffentlichen Raums. Neben der Verlagerung der Alltagsmobilität auf den Umweltverbund, erhöht auch der Umstieg auf E-Mobilität die Unabhängigkeit gegenüber Preiserhöhungen von fossilen Treibstoffen aufgrund geopolitischer Rahmenbedingungen. Zudem schon eine verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Sharing-Angebote Ressourcen, da höhere Besetzungsgrade und Auslastungen erzielt werden. Zusammen führen diese Effekte zu mehr Gesundheit und Sicherheit für alle Menschen in Wien, zu mehr sozialer Teilhabe, klimaresilienterer Stadtstruktur, verbesserter Energieeffizienz und allem voran zu einer auch in Zukunft lebenswerten Stadt.

8.2 Gebäude

Die Stadt Wien bekennt sich zu leistbarem Wohnen, das hohe Lebensqualität bietet und das Klima sowie natürliche Ressourcen schützt. Gebäude prägen Stadtbild und Stadtklima, beeinflussen Gesundheit und Wohlbefinden der Bewohner*innen und spielen eine zentrale Rolle auf dem Weg zu Klimaneutralität und Ressourcenschonung. Wien setzt auf die Reduktion des Energie- und Ressourcenbedarfs durch wirtschaftlich tragbare Gebäudesanierung, Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sowie klimaresilientes und kreislauffähiges Planen und Bauen. So werden bestehende Qualitäten bewahrt und zukunftsfähige Gebäude geschaffen, die auch unter den Bedingungen der Klimakrise ein gutes Leben für alle Menschen in Wien ermöglichen.

8.2.1 Einleitung

Wien ist von einem dichten und historischen Wohn- und Nichtwohnungsbestand (unter anderem Büro- oder Hotelbauten, Kliniken, Bildungsbauten) mit vielen älteren Gebäuden und einem hohen Anteil an Geschoßwohnbauten geprägt. Insgesamt gibt es in Wien rund 178.000 Gebäude, rund ein Zehntel davon befindet sich im Eigentum der Stadt Wien. Etwa 60 Prozent der Wiener Bevölkerung wohnt in Gemeindebauten oder im geförderten Wohnbau.⁶⁰

Insgesamt ist der Gebäudesektor für 19 Prozent der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen Wiens verantwortlich. Dies entspricht 1,1 Millionen Tonnen territorialer Emissionen. Diese entstehen im Gebäudebetrieb durch den Verbrauch von Energie, zum Beispiel zum Heizen. Vor allem die Verbrennung fossiler Energieträger wie Gas für die Wärmebereitstellung hat daran einen großen Anteil. Dazu kommen weitere 1,6 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme (Scope 2) im Gebäudesektor.^a

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

Treibhausgasemissionen der Gebäude in Wien im Jahr 2024

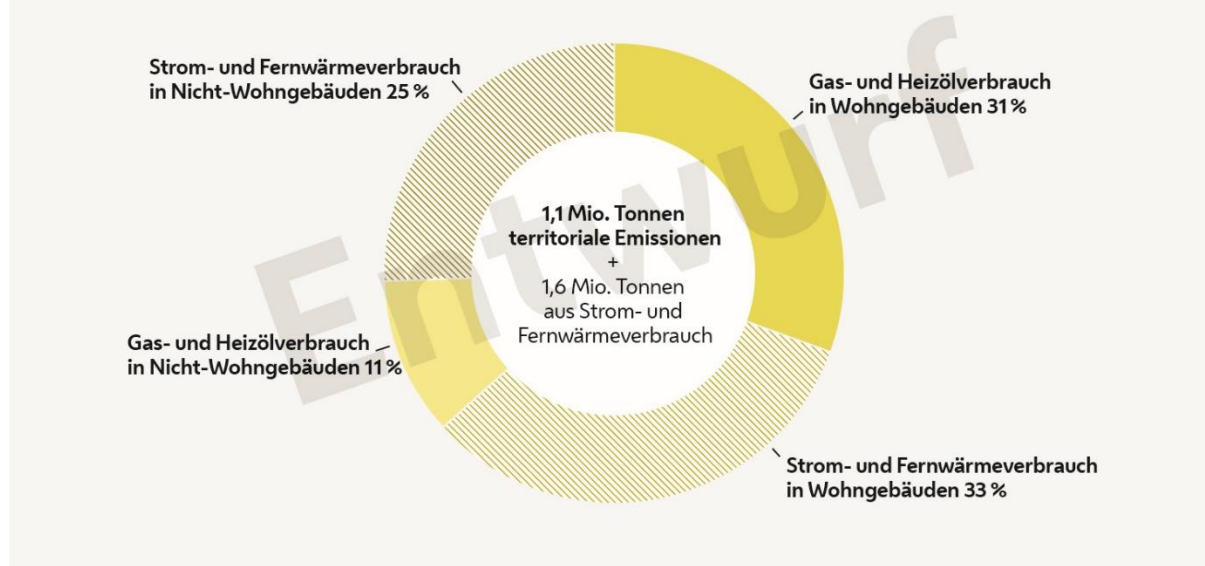


Abbildung 18: Aufteilung der Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor in Wien im Jahr 2024, inklusive Emissionen aus Strom- und Fernwärmeverbrauch im Gebäudesektor (Scope 1 und 2) (Quelle: Energiebilanz 2025)

Abbildung 18 zeigt, wie sich die Treibhausgasemissionen des Gebäudesektors in Wien zusammensetzen. Rund zwei Drittel dieser Emissionen entstehen durch den Betrieb von Wohngebäuden, während knapp ein Drittel dem Betrieb von Nichtwohngebäuden zuzurechnen ist.

Rund die Hälfte der Wiener Gebäude wird bereits mit Fernwärme oder Strom (zum Beispiel mittels Wärmepumpen) beheizt. Daher machen die Treibhausgasemissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme (Scope 2) mehr als die Hälfte der Emissionen des Gebäudesektors aus. Insgesamt entfallen 33 Prozent der durch den Betrieb von Gebäuden verursachten Emissionen auf den Strom- und Fernwärmeverbrauch in Wohngebäuden, sowie 25 Prozent in Nichtwohngebäuden. Diese Emissionen werden in den nächsten Jahren im Zuge der Dekarbonisierung der Energieaufbringung schrittweise reduziert.^a

Gleichzeitig wird nach wie vor ein großer Teil der Gebäude in Wien mit Erdgas beheizt, wodurch territoriale (Scope 1) Treibhausgasemissionen entstehen. Die Beheizung mit Erdgas erfolgt zum Großteil durch rund eine halbe Million Gasthermen in einzelnen Wohnungen und zum kleineren Teil durch Gaszentralheizungen.⁶¹ Insgesamt entstehen 31 Prozent der Gebäudeemissionen durch Gas und Heizöl in Wohngebäuden. Weitere 11 Prozent entfallen auf Gas und Heizöl in Nichtwohngebäuden.

Wien weist im Bundesländervergleich den geringsten Endenergieverbrauch pro Kopf für Raumwärme und Warmwasser auf. Das liegt neben der geringeren Pro-Kopf-Wohnfläche auch am geringeren Heizenergieverbrauch pro Quadratmeter – ein Resultat der kompakten Bauweise und vorausschauenden Politik in Wien. Dementsprechend sind sowohl die Treibhausgasemissionen pro Kopf als auch der Ressourcenverbrauch pro Kopf im Gebäudesektor deutlich geringer als in anderen Bundesländern.

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz sowie Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

Jedoch beeinflussen nicht nur der Betrieb von Gebäuden, sondern auch die bei der Errichtung verwendeten Baumaterialien und Bauweisen die Umwelt- und Klimawirkung von Gebäuden, die sich unter anderem in deren Materialfußabdruck und globalen Treibhausgasemissionen widerspiegelt. Treibhausgasemissionen, die durch Gewinnung, Verarbeitung und Transport von Baumaterialien verursacht werden, bei Abriss und Entsorgung anfallen oder beim Bau durch den Einsatz von Maschinen entstehen, werden demnach auch durch den Gebäudesektor verursacht. Diese globalen Emissionen (Scope 3) sind nicht in Abbildung 18 enthalten, stellen allerdings mit XX Tonnen pro Jahr einen erheblichen Teil der in Wien ausgelösten Emissionen dar.^a Bei einem Neubau machen diese Emissionen rund die Hälfte der gesamten Emissionen über einen 50-jährigen Lebenszyklus aus.⁶²

Die Umstellung auf eine ressourcenschonende und kreislauforientierte Bauwirtschaft ist daher essenziell für die Reduktion des Materialfußabdrucks und der damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Sie stellt einen tiefgreifenden Transformationsprozess dar, der Kooperationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erfordert.

Um trotz steigender Temperaturen eine gute Lebensqualität in der Stadt zu gewährleisten, müssen die Erwärmung der Stadt in Hitzeperioden abgemildert und das Aufheizen von Gebäuden minimiert werden. Nach dem Prinzip von Efficiency First setzt die Stadt prioritär auf passive Maßnahmen zur Kühlung von Gebäuden. Ergänzende Maßnahmen zur aktiven Temperierung von Innenräumen sollen, wenn möglich, mithilfe von erneuerbaren Energieträgern gesetzt werden. Gleichzeitig spielen Maßnahmen im Umfeld der Gebäude zur Vermeidung von Hitzeinseln beziehungsweise zur Kühlung der Umgebung eine wichtige Rolle, um die steigenden Temperaturen im Stadtgebiet abzumildern.^b

8.2.2 Herausforderungen

Die Veränderung von Strukturen und Vorgängen, die bisher stark auf den Verbrauch von fossiler Energie und Primärrohstoffen ausgerichtet waren, hin zu Klimaschutz, Ressourcenschonung und Klimaanpassung birgt für den Gebäudesektor enorme Herausforderungen, aber ebenso große Potenziale:

- Es fehlen Gesetzesänderungen für die Energie- und Ressourcenwende auf Bundesebene, die Anreize und die erforderliche Planungs- und Investitionssicherheit für die Gebäudeeigentümer*innen bieten und gleichermaßen die Leistbarkeit für Mieter*innen gewährleisten.
- Die Zeit ist knapp: Sanierungs- beziehungsweise Austauschzyklen von relevanten Gebäudeteilen und Heizungen benötigen Jahrzehnte. Deshalb ist es essenziell, so früh wie möglich zu beginnen und Rahmenbedingungen und behördliche Auflagen (unter anderem für die Zentralisierung von Heizsystemen in Gebäuden oder lokale Anergienetze) zu vereinfachen sowie eine bauliche Umsetzung in Etappen zu ermöglichen.
- Die nötigen Umbaumaßnahmen bedeuten Eingriffe in zigtausende Wohnungen und Gebäude, die für viele Menschen spürbar sein werden und die Entscheidungsfindung speziell im Miteigentum und Wohnungseigentum erschweren.
- Leistbarkeit und wirtschaftliche Umsetzbarkeit: Die Transformation des Gebäudebestands erfordert erhebliche Investitionen in Sanierung, Heizungsumstellung und klimafreundliche

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Bauweisen. Besonders im geförderten Wohnbau ist sicherzustellen, dass diese Maßnahmen mit dem Ziel leistbaren Wohnens vereinbar bleiben. Klimaschutzmaßnahmen sollen so gestaltet werden, dass sie über den Lebenszyklus wirtschaftlich tragfähig sind und nicht zu übermäßigen Belastungen für Mieter*innen, Eigentümer*innen und Bauträger*innen führen.

- Die sommerliche Überhitzung von Gebäuden wird zunehmend zu einem Risiko, insbesondere in Wohnungen, Pflege- und Bildungseinrichtungen.^a
- Bei Fenstertausch und der Dämmung von straßenseitigen Fassaden, bei der Kühlung sowie bei der Produktion erneuerbarer Energie, zum Beispiel Photovoltaik an Fassaden, müssen die unterschiedlichen Zielsetzungen von Klima und Stadtbild unter Maßgabe der budgetären Rahmenbedingungen aufeinander abgestimmt und entsprechend priorisiert werden, um die erforderliche Geschwindigkeit bei der Umsetzung sicherzustellen.
- Der Tausch von Heizsystemen (möglicherweise noch vor dem Ende ihrer Lebensdauer) und die thermische Sanierung bedeuten einen hohen Materialeinsatz und müssen möglichst ressourcenschonend durchgeführt werden, was die Komplexität und den finanziellen Aufwand erhöht. Dabei müssen die fachgerechte Aufbereitung für die stoffliche Verwertung von entsorgten Geräten sichergestellt und erneuerbare Alternativen geboten werden. Übergangslösungen können die Anschaffung neuer Heizgeräte für fossile Energieträger verhindern.
- Die Strukturen des bestehenden linearen Wirtschaftssystems sind für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Gebäudebereich ungünstig: So sind derzeit konventionelle Materialien kostengünstiger als regenerative, Bauweisen und normative Grundlagen sind auf konventionelle Materialien ausgerichtet, der Sekundärmaterialienmarkt ist erst im Aufbau. Um Wiederverwendung und langlebige Systeme wettbewerbsfähig zu machen, braucht es unter anderem einheitliche Rahmenbedingungen zur Stärkung des EU-Binnenmarkts für Sekundärrohstoffe, die ebenso dazu führen, die Bau- und Wohnkosten nicht zu erhöhen.
- Es braucht mehr und gut ausgebildete Schlüsselkräfte: Die notwendige Steigerung der thermischen Gebäudesanierungsrate, der Installationsrate von klimafreundlichen Heizsystemen und des zirkulären Bauens erfordert qualifizierte Fachkräfte. Die wichtigsten Berufe sind Installateur*innen für den Heizungstausch und Fachkräfte im Fassaden- und Fensterbau.⁶³
- Trotz des steigenden Bedarfs an Wohnraum aufgrund von Bevölkerungswachstum muss die Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs im Gebäudesektor leistbar erreicht werden. Mit geringerem und kreislaforientiertem Ressourceneinsatz – nach den Prinzipien des zirkulären Bauens⁶⁴ – kann ausreichend leistbarer und qualitätsvoller Wohnraum entstehen.
- In Wien dominieren Mehrfamilien- und Geschoßwohnbauten, deren Dekarbonisierung^b auf rechtlicher und technischer Ebene herausfordernd ist. Beim Abbruch älterer Gebäude führen zudem schwer trennbare Verbundmaterialien dazu, dass Wiederverwendung kaum möglich ist und eine minderwertige Verwendung beziehungsweise Entsorgung gängige Praxis ist.
- Derzeit fehlen umfassende Datenangaben (zum Beispiel zu verbauten Materialien), transparente Produktinformationen und standardisierte Bewertungsmethoden für den gesamten Lebenszyklus von Bauwerken. Die Stadt arbeitet am Aufbau dieser Grundlagen.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^b Das Mietrechtsgesetz bestimmt derzeit, dass den nützlichen Verbesserungen innerhalb des Mietgegenstandes (der Wohnung) sowohl Hauptmieter*innen als auch Eigentümer*innen zustimmen müssen. Daraus ergeben sich Situationen, dass Eigentümer*innen die Mieter*innen nicht zwingen können, auf ein ökologisches Energiesystem umzusteigen und umgekehrt (§ 4 Abs. 4 MRG).

8.2.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Seit der Novelle der Bauordnung für Wien 2023 ist der Einbau fossiler Heizsysteme im Neubau und bei bestimmten größeren Renovierungen verboten. Das im Jahr 2024 in Kraft getretene *Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG)* brachte zwar das bundesweite Verbot des Einbaus fossiler Heizsysteme im Neubau,^a jedoch keine weiteren Verpflichtungen zum Ausstieg aus Öl und Gas im Gebäudebestand. Vor diesem Hintergrund gewinnt die in Aussicht stehende Gasnetzstilllegungsplanung (gemäß *Gasbinnenmarktrichtlinie (EU) 2024/1788*) für die Stadt an Bedeutung. Erforderlich sind insbesondere das Ende der Anschlusspflicht, ein klarer Rechtsrahmen für die Gasnetzstilllegungsplanung sowie klare Regeln für eine Stilllegung, Fristen und Folgekosten.

Die *Gebäuderichtlinie (EU) 2024/1275 (EPBD)* über die *Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik zu Energieeinsparung und Wärmeschutz (OIB-Richtlinie 6)* sowie zur *nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen (OIB-Richtlinie 7)* widmet sich der Wärme- wie auch der Ressourcenwende und verlangt eine integrierte Herangehensweise von Dekarbonisierung und ressourcenschonendem Bauen. Sie fordert unter anderem die Senkung des durchschnittlichen Primärenergieverbrauchs des gesamten Wohnungsbestands bis 2035 um 20 bis 22 Prozent im Vergleich zu 2020. Des Weiteren sind ab 2028 im Neubau über 1.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus des Gebäudes offenzulegen. Ab dem 1. Jänner 2030 müssen alle neu errichteten Gebäude den Standard eines Null-Emissionsgebäudes erfüllen. Für öffentliche Gebäude gilt das bereits ab 2028. Auch bei umfassenden Renovierungen ist ab 2030 dieser Null-Emissionsstandard anzustreben, sofern dies technisch, funktionell und ökonomisch machbar ist.

Im Zusammenhang mit der EPBD führt die *Energieeffizienzrichtlinie (EU) 2023/1791 (EED III)* ein Gebäudeinventar und eine Sanierungspflicht für öffentliche Gebäude ein.^b Die legislative Umsetzung der EPBD und EED III auf Ebene des Landes Wien sind seit Juli 2026 in Kraft.

Die Umsetzung der *Bauprodukteverordnung (EU) 2024/3110* bringt ökologische Anforderungen an Bauprodukte, zum Beispiel CO₂-Fußabdruck, Recyclingfähigkeit oder digitaler Produktpass, und stellt somit eine zentrale EU-Vorgabe für das ressourcenschonende Bauen dar.

Des Weiteren setzt sich die Stadt Wien auf unterschiedlichen Ebenen für die folgenden Punkte ein:

- *Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG)*: Das EWG des Bundes braucht über das Neubauverbot hinaus ein verbindliches bundesweites Ausstiegsdatum für fossile Heizungen im Bestand, klare Etappen für den Gas-Ausstieg und planbare Übergangsregeln. Weiters ist es notwendig, die Norm für die Heizlastberechnung zur Vermeidung überdimensionierter Anlagenauslegung anzupassen.
- Anpassungen im *Mietrechtsgesetz*, im *Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz* und im *Wohnungseigentumsgesetz 2002*: Diese sind nötig, um Sanierungs- und Dekarbonisierungsmaßnahmen im Gebäudebereich leichter umsetzen zu können. Dabei muss auch der Kochgas-Ausstieg mitberücksichtigt werden. Vor allem wird ein Regelungsmechanismus benötigt, durch den die Durchführung solcher Sanierungs- und

^a Der Einbau fossiler Heizsysteme, unter anderem im Neubau und auch bei größeren Renovierungen, wurde in Wien bereits durch die Bauordnungsnovelle 2023, die am 14.12.2023 in Kraft getreten ist, verboten.

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

Dekarbonisierungsmaßnahmen wirtschaftlich attraktiver wird als deren Unterlassung und gleichzeitig leistbares Wohnen für Mieter*innen sichergestellt wird.

- Faire Kostenverteilung für thermische Sanierung und Heizungstausch: Das Bundesrecht muss eine sozial ausgewogene und investitionsfähige Kostenverteilung sicherstellen. Dazu zählen unter anderem Präzisierungen im *Heiz- und Kältekostenabrechnungsgesetz* für Rechtssicherheit bei der Umsetzung von Dekarbonisierungsprojekten im Geschoßwohnungsbau.
- Langfristig stabile Finanzierung: Ergänzend zu einem notwendigen verlässlichen, mehrjährigen, an sozialen Bedürfnissen ausgerichteten Förderrahmen braucht es steuerrechtliche Anreize für Sanierung statt Neubau, Heizungstausch, Elektrifizierung, lokale Wärme-/Kälteinfrastruktur und zirkuläre Bauweisen.
- Sanierungsverpflichtung für Nichtwohngebäude: In Ergänzung zur *OIB-Richtlinie 6* sind für die Umsetzung der *Gebäuderichtlinie (EU) 2024/1275 (EPBD)* zivilrechtliche Instrumente für Nichtwohngebäude auf Bundesebene erforderlich. Dazu zählen insbesondere klare Duldungs- und Erhaltungspflichten bei Bestandsmietverhältnissen von Nichtwohngebäuden.
- Bestandssanierung und klimafitte Nachrüstung: Da ein Großteil der Gebäude bereits besteht, sollte die klimafitte Sanierung, zum Beispiel sommerlicher Wärmeschutz, Entsiegelung, Begrünung und Kühlung ohne zusätzliche Emissionen, durch den Bund rechtlich und finanziell erleichtert werden.
- Klimaanpassung im Bau- und Gebäuderecht: Maßnahmen zur Klimaanpassung, zum Beispiel Hitzeschutz, Regenwassermanagement, Verschattung und Begrünung, sollten in baurechtliche Rahmenwerke integriert werden – etwa über *OIB-Richtlinien*.
- Standards für Lebenszyklusbewertung und zirkuläres Bauen: Im Einklang mit EU-Vorgaben sollte der Bund gemeinsam mit den Ländern, dem Österreichischen Institut für Bautechnik und der Bauwirtschaft einheitliche Methoden, Datengrundlagen und Werkzeuge für das kreislauffähige Planen und Bauen bereitstellen.
- Reform des Abfallrechts (basierend auf dem *Abfallwirtschaftsgesetz 2002*) und Regelungen zum Abfallende für Baumaterialien: Ein wesentliches Hindernis für Kreislaufwirtschaft im Bauwesen ist die Einstufung von Materialien als „Abfall“. Dabei geht es um klare und praxisnahe Abfallende-Kriterien für Bau- und Abbruchmaterialien, zum Beispiel für Bodenaushub, Beton, Bauteile.
- Rechtssichere Rahmenbedingungen für Wiederverwendung (Re-Use) von Bauteilen: Dafür braucht es bundesweit klare Regelungen zu Produkthaftung, Normen und Qualitätsnachweisen für gebrauchte Bauteile.
- Bauprodukte- und Materialrecht: Rechtliche Anpassungen aufgrund der *Bauprodukteverordnung (EU) 2024/3110* sollten auch vom Bund aktiv genutzt werden, um die Kreislaufwirtschaft und ökologische Anforderungen an Bauprodukte zu unterstützen, ohne die Bau- und Wohnkosten weiter zu steigern.
- *Recycling-Baustoffverordnung*: Die bestehenden bundesrechtlichen Vorgaben zum Rückbau sollten stärker auf selektiven Rückbau und Bauteilsicherung statt auf Abbruch und Recycling ausgerichtet werden.

8.2.4 Unsere Ziele

Die Stadt Wien bekennt sich ausdrücklich zu leistbarem und nachhaltigem Wohnraum, der möglichst hohe Lebensqualität bietet. Zu Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung im

Gebäudesektor hat sich die Stadt Wien in der *Smart Klima City Strategie Wien* unter anderem folgende Ziele gesetzt:

- Der Endenergieverbrauch für Heizen, Kühlen und Warmwasser in Gebäuden sinkt pro Kopf bis 2030 um 20 Prozent und bis 2040 um 30 Prozent (gegenüber dem Durchschnittswert der Jahre 2005 bis 2010).
- Die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor sinken pro Kopf bis 2030 um 60 Prozent^a und bis 2040 auf null (im Vergleich zu 2005). Dieses Ziel bezieht sich auf die Betriebsemissionen von Gebäuden.
- Gebäude werden zur maximalen solaren Energiegewinnung genutzt.
- Begrünung, Beschattung und passive Kühlung von Gebäuden sind Standard; aktive Kühlung erfolgt durch erneuerbare Energien.
- Kreislauffähiges Planen und Bauen zur maximalen Ressourcenschonung sind ab 2030 Standard bei Neubau und Sanierung. Dieses Ziel greift unter anderem auch der *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* mit Vorgaben zu Umbau vor Abbruch auf.
- 2040 ist die Wiederverwendbarkeit von mindestens 70 Prozent der Bauelemente, -produkte und -materialien von Abrissgebäuden und Großumbauten sichergestellt (im Vergleich zum Basisjahr 2005).

8.2.5 Fahrplan zur Zielerreichung

In den letzten Jahren sind aufgrund attraktiver Fördermodelle für Gebäudesanierung, des Ausbaus der Fernwärme und der Umsetzung rechtlicher Anforderungen beziehungsweise des Niedrigstenergiestandards im Neubau deutliche Rückgänge bei den territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen gelungen. So sind zwischen 2005 und 2024 die territorialen Treibhausgasemissionen des Gebäudesektors um 40 Prozent gesunken (siehe Abbildung 19). Pro Kopf wurden die Emissionen sogar mehr als halbiert.

^a Die ursprüngliche Zielreduktion von 55 Prozent der *Smart Klima City Strategie Wien* basierte auf einem gemittelten Emissionswert der Jahre 2005–2010. Im Zuge der methodischen Vereinheitlichung mit den anderen Handlungsfeldern wurde auf das einheitliche Basisjahr 2005 umgestellt und die Zielreduktion rechnerisch auf 60 Prozent angepasst, um das Zielniveau für 2030 beizubehalten.

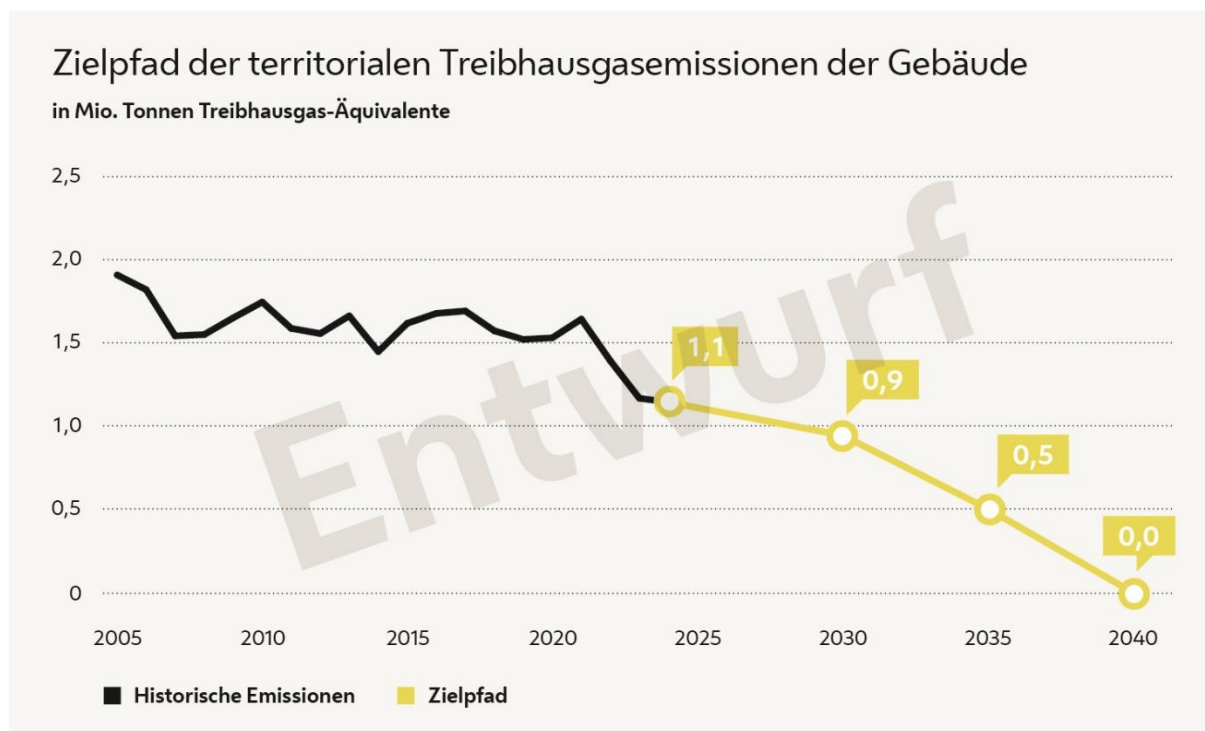


Abbildung 19: Territorialer Treibhausgas-Zielpfad für die Emissionen des Gebäudesektors in Wien bis 2040 (Scope 1) in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent, exklusive Strom- und Fernwärmeverbrauch (Quelle: Energiebilanz 2025)

Der Treibhausgas-Zielpfad zeigt die nötige Treibhausgasreduktion, um den Betrieb von Gebäuden bis 2040 klimaneutral zu bewerkstelligen. Er entspricht einer Treibhausgasreduktion pro Kopf von 60 Prozent bis 2030, 80 Prozent bis 2035 (im Vergleich zu 2005) und einer vollständigen Reduktion auf Netto-Null bis 2040. Um dies zu erreichen, ist neben dem Ausstieg aus Gasheizungen die Reduktion des Endenergieverbrauchs durch Energieeffizienz- und Sanierungsmaßnahmen essenziell.

Emissionen aus Ressourcen- und Energieeinsatz für die Errichtung, Sanierung oder den Abbruch von Gebäuden sind vom Zielpfad nicht umfasst. Sie zählen nicht zu den territorialen Emissionen, sondern zu den globalen Emissionen. Die Stadt strebt jedoch an, auch diese globalen Emissionen maßgeblich zu reduzieren, während der damit einhergehende Materialfußabdruck bis 2050 halbiert werden soll.

Die Geschwindigkeit der Dekarbonisierung und Sanierung der Gebäude in Wien verläuft nicht linear. Bis 2030 wird die Umstellungsrate auf erneuerbare Energieträger noch geringer sein, da noch erforderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Der Emissionsrückgang soll mit Anfang der 2030er-Jahre stärker werden, da die notwendige Vervielfachung sowohl der jährlichen Fernwärmeanschlüsse als auch der jährlichen Wärmepumpeninstallationen dann eine konstant hohe Heizungsumstellungsrate ermöglicht. Der Anteil von Gas am Endenergieverbrauch im Gebäudesektor soll von aktuell über 40 Prozent auf unter 30 Prozent bis 2030 und auf null bis 2040 sinken. Der noch bestehende Heizöleinsatz soll bis 2035 beendet werden.

8.2.6 Hebel und Maßnahmen

Um die ambitionierten Ziele im Gebäudebereich in allen 3 Säulen – Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung – zu erreichen, ist ein koordiniertes und wirtschaftlich tragbares Vorgehen von Planung, Bauwirtschaft und Verwaltung notwendig.

8.2.6.1 Hebel 1: Gebäudesanierung und Ausstieg aus fossilen Heizsystemen forcieren

Der Schlüssel zur Dekarbonisierung des Wiener Wärmesystems sind Energieeinsparung und der Ausstieg aus fossilen Heizanlagen im Bestand. Energetische Sanierung (Heizungsumstellung auf Fernwärme oder andere alternative Energieträger) und thermische Sanierung (Isolierung der Gebäudehülle) sollten stets nach Möglichkeit Hand in Hand mit Augenmerk auf die wirtschaftliche Umsetzbarkeit durchgeführt werden. Darüber hinaus sind die Energieraumplanung und die Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion entscheidend.^a

1. **(Landesrechtliche) Möglichkeiten für die Wärmewende nutzen:** Auf Basis des *Wiener Wärmeplans*⁶⁵ und im Rahmen der im Regierungsabkommen 2025 vorgesehenen Novelle der *Bauordnung für Wien* werden Möglichkeiten geprüft, um den Ausstieg aus Öl und Gas weiter voranzutreiben. Dazu gehört zum Beispiel die Forcierung der Errichtung von gemeinsamen Heizungssystemen (Zentralisierung) in großvolumigen Gebäuden, die derzeit noch ausschließlich mit Gasthermen beheizbar sind.^b
2. **Stadtweite Datengrundlagen für die Wärmewende koordinieren:** Regelmäßig erhobene Daten zum Gebäudebestand werden miteinander verknüpft und zentral zur Verfügung gestellt. Die bestehende Datenbasis über Dekarbonisierungen und thermische Gebäudesanierungen wird verbessert.
3. **Fördermittel für thermisch-energetische Sanierungen sicherstellen:** Ein langfristig stabiler Förderrahmen ermöglicht die Umstellung auf Fern- und Nahwärme, auf Wärmepumpenlösungen sowie Sanierungsmaßnahmen und sorgt dabei für notwendige soziale Abfederung. Wien setzt sich dabei für abgestimmte Förderprogramme zwischen Bund und Ländern ein und sorgt für eine entsprechende Dotierung der städtischen Vorhaben.^c Dabei wird eine soziale Nutzung von Gebäuden und gezielte Wirkung für vulnerable Gruppen angestrebt.
4. **Beratung und Services zur Sanierung und Heizungsumstellung ausbauen:** Die *Hauskunft*⁶⁶ wird als zentrale Anlaufstelle der Stadt Wien zur Gesamtenergieeffizienz in Gebäuden ausgebaut. Bestehende Beratungs- und Informationsangebote wie die der Klima- und Innovationsagentur *Urban Innovation Vienna (UIV)*, der Gebietsbetreuung *GB** und dem Programm *WieNeu+*⁶⁷ werden laufend zielgruppenspezifisch weiterentwickelt und mit neuen Erkenntnissen und Informationen gespeist.^d Prinzipien des ressourcenschonenden Sanierens (zum Beispiel Materialwahl und Ertüchtigung für lange Nutzbarkeit) werden integriert und Möglichkeiten des sommerlichen Wärmeschutzes werden als verstärkende Motivation zur Sanierung und Heizungsumstellung genutzt.
5. **Kooperationen mit privaten Gebäudeeigentümer*innen ausbauen:** Im freifinanzierten Bereich der Bau- und Immobilienwirtschaft setzt die Stadt Wien auf die Aktivierung von

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^c Für die thermisch-energetische Sanierung (Sanierungsbonus) und den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen (Kesseltausch) stellt der Bund ab 2026 jährlich maximal 360 Millionen Euro bereit. Insgesamt somit 1,8 Milliarden Euro laut *Umweltförderungsgesetz* für die Periode 2026 bis 2030. Mit der neuen *Wiener Sanierungs- und Dekarbonisierungsverordnung 2024* werden Dekarbonisierung und Ressourcenschonung zusätzlich gefördert.

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

privatem Vermögen für die Sanierung und Dekarbonisierung. Daher wird auf die Bildung von Kooperationen zwischen der Stadt Wien und privaten Wiener Unternehmen sowie institutionellen Akteur*innen hingearbeitet. Dabei geht es zum Beispiel um Selbstverpflichtungen von Unternehmen bei Bauvorhaben in Abstimmung mit den Zielen der Stadt. Darüber hinaus werden die finanziellen Anreizsysteme geprüft, um die Dekarbonisierung und Heizungsumstellung von Gebäuden zu unterstützen.

6. **Als Vorbild für thermisch-energetische Sanierungen vorangehen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Im Rahmen der budgetären Rahmenbedingungen saniert die Stadt Wien kommunale Gebäude ressourcenschonend und stellt deren Energieversorgung auf klimafreundliche Energieträger um. Dazu werden organisatorische und budgetäre Rahmenbedingungen zentral optimiert und das notwendige technische und prozessuale Wissen bei gebäudeverantwortlichen Stellen der Stadt weiter ausgebaut.
7. **Regeln und Services für lokale Lösungen zur Wärme- und Kälteversorgung weiterentwickeln:** Mit transparenten Regeln für gebäudebezogene Wärmepumpenlösungen und lokale Wärme- und Kältenetze (unter Berücksichtigung des *Wiener Wärmeplans* und einer nachhaltigen Grundwasserbewirtschaftung) schafft die Stadt Wien Planungssicherheit. Sie bündelt niederschwellig zugängliche Services und Informationen sowie Unterstützungsangebote. Dadurch wird die Entwicklung leistbarer und skalierbarer Lösungen für Wohnungseigentumsgemeinschaften und gewerbliche Angebote aus lokalen Wärme- und Kältenetzen erleichtert.
8. **Fachkräfte für Raus aus Gas durch gezielte Qualifizierung sicherstellen:** Die Förderangebote des Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (waff) stärken Aus- und Weiterbildung in Schlüsselbranchen der Wärmewende wie der Installations- und Gebäudetechnik. Sie unterstützen beschäftigte und arbeitssuchende Wiener*innen, relevante Lehrbetriebe sowie gezielt Frauen in Green Jobs. Die Programme werden laufend an die Fachkräftebedarfe angepasst, die für die Erreichung der Ziele im Gebäudesektor erforderlich sind.

8.2.6.2 Hebel 2: Kreislauffähiges Bauen und Sanieren von Gebäuden etablieren

Das Bauwesen zählt zu den ressourcenintensivsten Bereichen der Stadt und verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden. Wien stärkt daher konsequent jene Ansätze, die Materialverbrauch reduzieren, die Lebensdauer der Gebäude verlängern, Wiederverwendung ermöglichen und Emissionen minimieren, ohne die Bau- und Wohnkosten weiter zu steigern. Kreislauffähiges und ressourcenschonendes Bauen wird damit zu einem zentralen Hebel für Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und die effiziente Nutzung urbaner Ressourcen.

1. **Kreislauffähiges Bauen in Förderrichtlinien und rechtlich verankern:** Kennzahlen, Prinzipien und Standards (auf Basis des Zirkularitätsfaktors ZiFa⁶⁸) des kreislauffähigen Bauens werden schrittweise in städtische Förderrichtlinien für Neubau und Sanierung und in rechtliche Vorgaben (zum Beispiel in der *Bauordnung für Wien*) integriert. Die Beurteilung von Materialverbrauch, Emissionen und Kosten über alle Lebenszyklusphasen wird (zum Beispiel bei der Objekt- und Liegenschaftsbewertung) zur Praxis und langfristig verbindlichen Grundlage der Stadt Wien. Erfahrungen aus

Praxis- und Testanwendungen (zum Beispiel aus Bauträgerwettbewerben) fließen in die Entwicklung von Vorgaben ein, um eine verbindliche Grundlage für die schrittweise Etablierung zirkulärer Standards im Wiener Bauwesen zu schaffen.

2. **Building Information Modelling (BIM) und digitale Zwillinge weiterentwickeln:** Zur Verbesserung der Datengrundlagen für die Wiederverwendung von Baumaterialien im Rückbau werden der digitale Zwilling und BIM-Anwendungen im Neubau und Bestand weiterentwickelt. Digitale Tools unterstützen die integrierte Planung, Entscheidungsfindung, Zertifizierung, Abstimmung und Bewirtschaftung von Bauvorhaben der Stadt. Dabei sind einheitliche Datenstandards und Schnittstellen (Interoperabilität), klare Datenverantwortlichkeiten (Data Governance) sowie Anforderungen an Datenschutz, Informationssicherheit und Zugriffsrechte vorzusehen, um eine stadtweite Nutzbarkeit (Planung – Bau – Betrieb) sicherzustellen.
3. **Erhalt, Um- und Weiterbau von Gebäuden erleichtern:** Regelungen und Prozesse zur Abwägung zwischen Umbau und Abriss werden weiterhin zugunsten des Umbaus gestaltet. Zudem erfolgt eine gezielte Unterstützung für Sanierung, Flexibilisierung (zum Beispiel für die Umnutzung von Erdgeschoßflächen), sanfte Nachverdichtung (zum Beispiel Aufstockung, Dachgeschoßausbau) und verwertungsorientierten Rückbau zur Schonung von Ressourcen und Vermeidung von Leerstand.^a Auszeichnungen für erfolgreiche Umbauprojekte fördern die Umbau-Kultur.
4. **Zirkuläre und nachhaltige Standards bei städtischen Neu- und Umbauvorhaben ausrollen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Neu- und Umbauvorhaben im erweiterten Einflussbereich der Stadt wenden konsequent klima- und ressourcenschonende Kriterien an – von der Planung bis zur Beschaffung von Baumaterial. CO₂-Reduktion und mögliche CO₂-Speicherung durch den Einsatz biobasierter, regenerativer Baustoffe, wie zum Beispiel Holz, Hanf, Ton oder Lehm, werden forciert, wenn technisch und budgetär möglich. Flächenbedarfe für die zukünftige Kreislaufwirtschaft in Wien, zum Beispiel Abfalltrennung, Reparatur und Sharing, werden in der gebäudebezogenen Planung berücksichtigt.^b
5. **Kompetenzen für ressourcenschonendes und kreislauffähiges Bauen ausbauen:** Um ressourcenschonendes und kreislauffähiges Bauen zu stärken, werden Qualifizierung und Weiterbildung im Magistrat sowie arbeitsmarktpolitische Programme gezielt ausgebaut. Die praxistauglichen Ergebnisse aus den umgesetzten Pilotprojekten werden dokumentiert und kommuniziert.
6. **Wirkungsanalysen des kreislauffähigen Bauens entwickeln:** Lebenszyklusorientierte Bilanzierungsmodelle zu Material- und Energieflüssen ergänzen die Grundlagen für die strategische Steuerung und Zielorientierung bei der Treibhausgasreduktion. Wirkungsanalysen machen systemische Effekte des kreislauffähigen Bauens sichtbar und zeigen Synergien zwischen Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Baukosten auf.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

8.2.6.3 Hebel 3: Sommertauglichkeit von Gebäuden fördern und fordern

Hitzeintrag in Gebäude stellt ein erhebliches Risiko für die menschliche Gesundheit dar. Ein verantwortungsvolles Risikomanagement erfordert daher auch den Ausbau der Gebäudekühlung in Wien. Wie beim Heizen gilt auch beim Kühlen: Die beste Energie ist jene, die nicht eingesetzt werden muss. Daher setzt die Stadt Wien im Gebäudebereich auf thermische Sanierung sowie passive und aktive Kühlung. Passive Kühlung umfasst die Reduktion des Wärmeeintrags in das Gebäude durch Beschattung, Begrünung, Dämmung oder Erhöhung der Albedo (Rückstrahlvermögen von Oberflächen) sowie die Wärmeabfuhr aus dem Gebäude ohne energieverbrauchende Anlagen, wie beispielsweise natürliche Belüftung, Nacht- und Querlüften. Kommen aktive Kühllösungen zum Einsatz, sollen diese nach Möglichkeit mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden.

1. **Strategie für nachhaltige Gebäudekühlung erarbeiten:** Im Einklang mit geltenden Vorgaben^a wird die *Wiener Strategie zur nachhaltigen Gebäudekühlung* erarbeitet und umgesetzt. Diese beinhaltet unter anderem Vorgaben zum Zielkonflikt zwischen Gebäudekühlung und Stadtbild sowie Lösungen für einen stadtbildverträglichen „Wiener Sonnenschutz“.⁶⁹ Mit „Raus aus der Hitze – Gebäudekühlung in Wien“ werden Informationen zu wirkungsvollen Maßnahmen zur Verfügung gestellt.
2. **Passive Gebäudekühlung forcieren:** Auf Grundlage der *Wiener Strategie zur nachhaltigen Gebäudekühlung* werden erforderliche gesetzliche Regelungen zum sommerlichen Wärmeschutz (zum Beispiel Außenbeschattung, helle Dach- und Fassadenflächen), die Vorgaben bei der Planung von Neu- und Umbauvorhaben der Stadt und ihrer Unternehmungen und Unternehmen (in Kombination mit der thermischen Sanierung) sowie Förderrichtlinien im geförderten Wohnbau evaluiert und gegebenenfalls adaptiert. Spezifische Anforderungen von Bestandsgebäuden werden dabei entsprechend berücksichtigt.
3. **Rahmenbedingungen für die Begrünung von Gebäuden, Umfeld und Innenhöfen optimieren:** Verpflichtende Vorgaben bei Neubau und größeren Renovierungen erleichtern die Begrünungen von Gebäuden (zum Beispiel Prüfung der Begrünung geeigneter Gebäudeoberflächen, Vorbereitung von Pflanzflächen entlang von Gebäuden bei Straßenneugestaltungen unter Einhaltung gegebener Rahmenbedingungen (zum Beispiel Mindestgehsteigbreiten), Erhalt beziehungsweise Realisierung unversiegelter, begrünter Freiräume im Zuge von Bauvorhaben der Stadt, Ermöglichung gemeinschaftlicher Nutzung von Regenwasser).^b Fördermittel der Stadt sowie die fachliche Beratung zu Einreich- und Bewilligungsverfahren unterstützen weiterhin Dach- und Fassadenbegrünungen sowie bauplatzbezogene Entsiegelungen.
4. **Aktive Kühlung mit Fokus auf Effizienz und Dekarbonisierung ermöglichen:** Bei aktiven Kühlungsmaßnahmen im Neubau und Bestand soll auf möglichst effiziente Nutzung von Umgebungskälte gesetzt werden. Die Rolle liegenschaftsübergreifender Wärme-/Kältenetze, die ressourcenschonende Nutzung nur eines Systems für Kühlen und Heizen, die Kombination von Wärmepumpen mit Photovoltaik-Anlagen sowie der Einsatz von Split-Geräten werden in relevanten gesetzlichen Regelungen und Förderrichtlinien berücksichtigt.

^a *Energieeffizienzrichtlinie (EU) 2023/1791 (EED III)*, Risikobild des Magistrats der Stadt Wien, Konzept Wiener Wärme und Kälte 2040

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

5. **Abwärme nutzen und reduzieren:** Die Einführung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für aktive Gebäudekühlung wird geprüft. Diese sollen einerseits die Nutzung großer Abwärmemengen vorantreiben (zum Beispiel Gebäude mit einem hohen Ausmaß an Abwärme wie zum Beispiel Supermärkte, Bürogebäude oder Rechenzentren) und andererseits die Wärmeabgabe an die Umgebung reduzieren.
6. **Daten für standortbezogene Klimarisikoanalysen zentral bereitstellen:** Für die zielgerichtete Planung von Maßnahmen zur Klimaanpassung von Gebäuden ist eine standortbezogene Klimarisikoanalyse gemäß der *Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852* eine wichtige Grundlage. Die notwendigen Daten zu Klimaszenarien werden in gebäudebezogene Planungsgrundlagen der Stadt und ihrer Unternehmungen und Unternehmen sowie in den Webkarten-Anwendungen der Stadt Wien integriert.

8.2.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Durch sozial verträgliche Gebäudesanierung, nachhaltige Heizung und Kühlung sowie Gebäudebegrünung wird die hohe Lebensqualität auch bei den erwartbaren und schon spürbaren Auswirkungen des Klimawandels (zum Beispiel Hitzewellen) gewährleistet. Gleichzeitig kann durch den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und das Wiederverwenden von Baustoffen die Unabhängigkeit von globalen Lieferketten gesteigert und dadurch Versorgungssicherheit – auch in geopolitisch unsicheren Zeiten – aufrechterhalten werden. Durch thermische Sanierung werden Energieeffizienz und Lebensdauer von Gebäuden deutlich erhöht; das schlägt sich in einem reduzierten Energieverbrauch, einem höheren Immobilienwert und in niedrigeren Betriebskosten nieder. Thermisch sanierte und mit erneuerbarer Energie beheizte Gebäude bieten einen erhöhten Wohn- und Heizkomfort, haben einen geringeren Wartungsaufwand (zum Beispiel keine Kosten für Reinigung und Wartung von Feuerungs- und Abgasanlagen) und bieten erhöhte Sicherheit (zum Beispiel durch geringes Risiko von Gasexplosionen und Kohlenmonoxid-Unfällen). Die Stadt Wien setzt auf proaktives Handeln, eine starke Bauwirtschaft und Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen – mit dem Bewusstsein, dass die Folgekosten des Nicht-Handelns deutlich höher wären.

8.3 Strom- und Fernwärmeerzeugung

Eine nachhaltige und resiliente Energieversorgung ist zentral für das Funktionieren der Stadt und für den Weg zur Klimaneutralität. Dabei setzt Wien auf den Ausbau erneuerbarer Energien zur Dekarbonisierung von Strom und Fernwärme sowie auf hohe Effizienz und die Nutzung lokaler und regionaler Potenziale der erneuerbaren Energieerzeugung. So entsteht ein zukunftsfähiges Energiesystem, das auch unter den Bedingungen der Klimakrise eine verlässliche und leistbare Energieversorgung für alle Menschen in Wien gewährleistet.

8.3.1 Einleitung

Strom und Fernwärme sind die zentralen Säulen der künftigen Energieversorgung Wiens. Sie ermöglichen klimafreundliche Lösungen in nahezu allen Lebensbereichen – von Mobilität und Digitalisierung bis hin zum Heizen und Kühlen von Gebäuden.

Mit der zunehmenden Elektrifizierung, insbesondere im Verkehr und im Gebäudesektor, beispielsweise durch den steigenden Kühlbedarf und den Ausbau von Wärmepumpen, gewinnt Strom in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung. Gleichzeitig erhöht Elektrifizierung die Energieeffizienz und trägt dazu bei, den Gesamtenergieverbrauch zu senken. Fernwärme ist bereits heute die wichtigste Heizform in Wien und soll im Zuge der Umstellung vieler Gebäude von Gas auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung weiter ausgebaut werden. Gemeinsam leisten Strom und Fernwärme damit einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Wiener Klimaziele.

Gleichzeitig besteht weiterhin großer Handlungsbedarf: Mit rund 30 Prozent der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen Wiens entfällt der größte Anteil der territorialen Emissionen Wiens auf die Strom- und Fernwärmeerzeugung. Das entspricht 1,8 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen. Um den Energiebedarf Wiens vollständig zu decken, werden zusätzlich zur eigenen Erzeugung Strom und Fernwärme aus dem Wiener Umland importiert. Dadurch entstehen weitere 0,3 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen außerhalb des Wiener Stadtgebiets, die deshalb nicht Teil der territorialen Treibhausgasemissionen Wiens sind. Strom und Fernwärme gehen nach der Erzeugung zum Teil in Netzverlusten verloren, sodass insgesamt 1,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen verbleiben, die in Form von Strom und Fernwärme in jenen Bereichen und Sektoren, in denen sie verbraucht werden, aufscheinen (Scope 2).

Treibhausgasemissionen der Strom- und Fernwärmeaufbringung in Wien im Jahr 2024

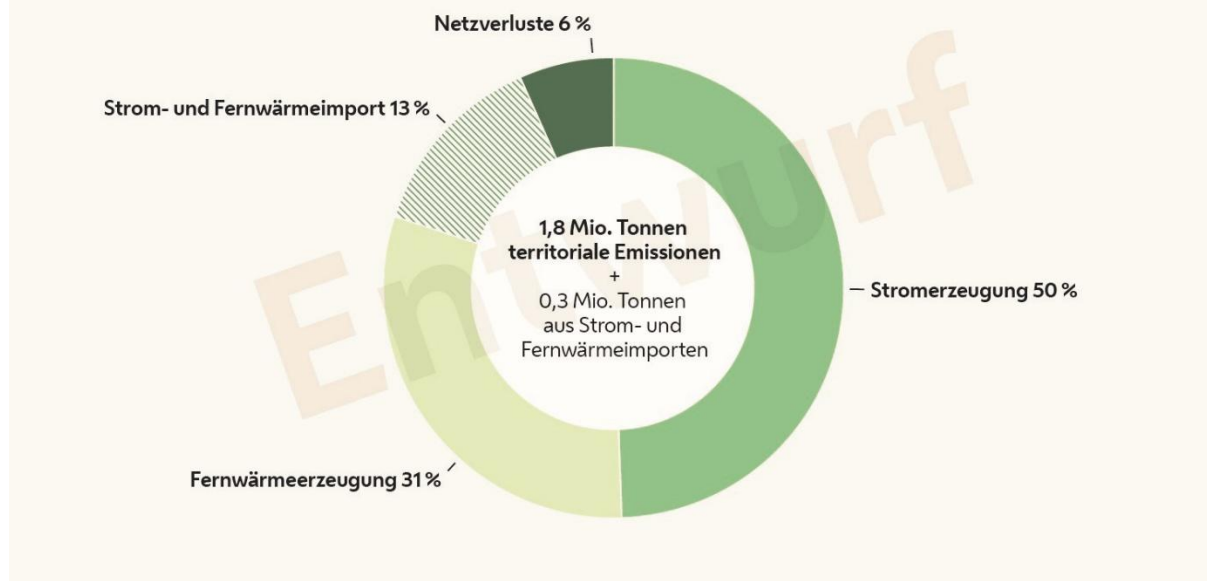


Abbildung 20: Aufteilung der Treibhausgasemissionen im Sektor Strom- und Fernwärmeaufbringung in Wien im Jahr 2024, inklusive Emissionen aus Stromimporten (Quelle: Energiebilanz 2025)

Abbildung 20 zeigt die Zusammensetzung dieser Emissionen im Jahr 2024. Insgesamt entfallen 50 Prozent der Emissionen auf die Strom- sowie 31 Prozent auf die Fernwärmeerzeugung innerhalb des Stadtgebiets. Des Weiteren entfallen rund 13 Prozent der Emissionen auf nach Wien importierte Energie in Form von Strom und Fernwärme, die im Wiener Umland oder im Ausland erzeugt wird. Ein kleiner Teil von etwa 6 Prozent von in Wien erzeugtem Strom und Fernwärme geht in Form von Netzverlusten verloren.^a

Bis 2040 soll die Erzeugung von Strom und Fernwärme im Wiener Stadtgebiet klimaneutral sein, also einerseits aus erneuerbaren Energien wie Sonne, Windkraft, tiefer und oberflächennaher Geothermie, Luft, Gewässer und Grundwasser und andererseits aus der Nutzung von Abwärme, zum Beispiel aus Industrieprozessen, Gewerbe, Rechenzentren und Abwasser, stammen. Dafür ist ein weiterer konsequenter Ausbau der Kapazitäten von Wind- und Solarenergie sowie Geothermie nötig. Zusätzlich gewinnt der Import von Strom an Bedeutung. Dieser soll überwiegend aus erneuerbaren Energien im Wiener Umland stammen.^b

Die Dekarbonisierung der Wiener Strom- und Fernwärmeerzeugung sowie die Sicherstellung erneuerbarer Importe aus dem Wiener Umland sind entscheidende Voraussetzungen für die wirtschaftlich tragfähige Reduktion der Emissionen in den anderen Handlungsfeldern der Stadt, in denen Strom und Fernwärme verbraucht werden (Scope 2).

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Klimaschutz

8.3.2 Herausforderungen

Der steigende Bedarf an Strom und Fernwärme sowie deren Dekarbonisierung stellen die Stadt Wien vor erhebliche Herausforderungen. In kurzer Zeit müssen große Mengen erneuerbarer Energien in das bestehende Energiesystem integriert und fossile Strukturen ersetzt werden. Um den wachsenden Bedarf von Strom und Fernwärme zu decken, werden zusätzliche ober- und unterirdische Flächen benötigt. Diese Flächenressourcen stehen in der Stadt jedoch unter hohem Nutzungsdruck.

- Der notwendige Ausbau von Stromnetzen, Speicher- und Erzeugungsanlagen trifft im öffentlichen Raum auf weitere Nutzungsanforderungen, etwa den Ausbau der Fernwärme oder Maßnahmen zur Klimaanpassung. Diese müssen gemeinsam berücksichtigt und bestmöglich abgestimmt umgesetzt werden. Nicht zuletzt muss der Ausbau von Netzen, Speichersystemen und erneuerbaren Erzeugungsanlagen auch die Ressourcenschonung im Sinne der Reduktion des Wiener Materialfußabdrucks beachten.^a
- Planung und Umsetzung neuer Anlagen, insbesondere von Tiefbauvorhaben, müssen den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft folgen. Dies bedingt zusätzliche Flächen- und Materialbedarfe. Außerdem gilt es, Zielkonflikte in der Nutzung von Flächen über und unter der Erde – etwa zwischen Energieinfrastruktur, Natur, Umwelt, Grünraum, nachhaltiger Mobilität oder Freiraum – sorgfältig abzuwägen und die gesamte Infrastruktur möglichst flächenschonend und vorrangig auf bereits versiegelten Flächen oder innerhalb bestehender, wenig genutzter Strukturen zu errichten.

Um dies zu ermöglichen, müssen Bauvorhaben räumlich koordiniert und möglichst gebündelt umgesetzt werden. Dadurch können Aufwand und Materialeinsatz minimiert und gleichzeitig Synergien genutzt werden. Dies erfordert eine frühzeitige Abstimmung aller Beteiligten. Der höhere Anteil an erneuerbaren, teilweise volatilen Stromquellen verändert die Zusammensetzung der Stromaufbringung.

Die fossilen Kraftwerke Wiens werden zunehmend außer Betrieb genommen oder auf erneuerbare Gase umgestellt, wodurch sich der Anteil der Wiener Erzeugung an der Stromaufbringung im Vergleich zu den Importen aus dem Wiener Umland reduzieren wird. Dies erfordert neue Konzepte zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Stadt. Kraftwerke, die außer Betrieb genommen werden, sind zu ersetzen – entweder durch den Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung oder die Steigerung der erneuerbaren Importe.

8.3.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Folgende EU-Vorgaben sind für die Dekarbonisierung des Strom-, Fernwärme- und Gassektors besonders relevant und müssen vom Bund und den Bundesländern umgesetzt werden:

- Die *Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU) 2023/2413 (RED III)* beschleunigt den Ausbau erneuerbarer Energien in Österreich, indem sie unter anderem die Genehmigungsverfahren vereinfacht, schnellere Genehmigungsfristen für Anlagen festlegt und Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 vorgibt. Vom Bund braucht es dafür rechtliche Instrumente wie eine Novellierung des *Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG)*, während das Land Wien unter

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

anderem die Möglichkeit zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energie in der *Bauordnung für Wien* verankert hat.

- Die *Energieeffizienzrichtlinie (EU) 2023/1791 (EED III)* bringt im Bereich Strom- und Fernwärmeerzeugung neue Effizienzkriterien für Fernwärme und -kälte sowie für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Zusätzlich wird die Vorreiterrolle des öffentlichen Sektors im Thema Energieeffizienz gestärkt und die Sanierung öffentlicher Gebäude vorangetrieben.
- Die *Gasbinnenmarkttrichtlinie (EU) 2024/1788* regelt erstmals ausdrücklich die Möglichkeit der Stilllegung von Teilen der Erdgasverteilernetze, wenn eine Verringerung der Erdgasnachfrage, die die Stilllegung von Erdgasverteilernetzen oder Teilen solcher Netze erfordert, zu erwarten ist. Eine Überführung in nationales Recht in Form des *Gaswirtschaftsgesetzes 2011* ist bislang noch ausständig. Vorgesehen ist jedenfalls, dass es Aufgabe der Netzbetreiber*innen (in Wien: Wiener Netze) sein wird, entsprechende Gasnetzstilllegungspläne zu entwickeln. Insgesamt zielt das EU-Gaspaket darauf ab, Erdgas und Wasserstoff gemeinsam zu regulieren und so den Übergang zu klimafreundlicheren Gasen zu ermöglichen.
- Die *Gebäuderichtlinie (EU) 2024/1275 (EPBD)* verankert eine schrittweise Solarpflicht für Gebäude in allen Mitgliedstaaten, unter anderem auf allen neuen öffentlichen Gebäuden und auf allen neuen Nichtwohngebäuden mit einer Gesamtnutzfläche von mehr als 250 Quadratmetern bis Ende 2026, sofern dies technisch, wirtschaftlich und funktional realisierbar ist.

Des Weiteren sind für die Erreichung der Wiener Klimaziele folgende Maßnahmen seitens des Bundes von besonderer Bedeutung:

- Rascher Beschluss und Novellierung mehrerer Energiegesetze: Dazu zählen vor allem die Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoffpakets, unter anderem mit Regeln für die Gasnetzstilllegung, das *Mineralrohstoffgesetz* und das *Wasserrechtsgesetz 1959* zur Erleichterung von Tiefengeothermiebohrungen, Rahmenbedingungen für Energiespeicher, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Carbon Capture, Utilization and Storage (CCU/CCS).
- Reduktion der Abgabenlast (Steuern und Umlagen) für Strom, der in Großwärmepumpen oder Geothermieanlagen zur Fernwärmeproduktion genutzt wird und damit zur Dekarbonisierung des Wärmesektors beiträgt.
- Ein geeignetes *Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG)* und der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur^a: Diese soll dort Anwendung finden, wo der Einsatz von elektrischem Strom nicht möglich ist.
- Optimierung und Vereinfachung der rechtlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen für bestehende und neu zu errichtende Ökostrom-, Wärmeerzeugungs-, Netz- und Speicheranlagen sowie für Energiegemeinschaften.
- Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, auch mittel- bis längerfristig ausreichend flexible Stromerzeugungskapazitäten zur durchgehenden Sicherung der Stromversorgung zur Verfügung zu stellen, etwa durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, zum Beispiel in Form einer gesamthaften Kraftwerksstrategie, die alle Technologien berücksichtigt.^b

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

8.3.4 Unsere Ziele

Folgende Zielsetzungen gibt die *Smart Klima City Strategie Wien* für den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch der Stadt vor:

- Die erneuerbare beziehungsweise dekarbonisierte Energieerzeugung steigt bis 2030 auf das Dreifache und bis 2040 auf das Sechsfache gegenüber 2005.
- Der Wiener Endenergieverbrauch wird 2030 zur Hälfte und 2040 vollständig aus erneuerbaren beziehungsweise dekarbonisierten Quellen gedeckt (im Vergleich zum Basisjahr 2005).

Da die hier beschriebene Strom- und Fernwärmeerzeugung nur einen Teil der in Wien verbrauchten Strom- und Wärmemengen abdeckt, findet sich eine vertiefende Befassung mit dem Thema Dekarbonisierung des Energieverbrauchs im Kapitel Klimaschutz.

Zusätzlich werden im Wiener Regierungsabkommen 2025 Ziele vorgegeben:

- Wien steigert die Stromerzeugung mittels Photovoltaik (PV) bis 2030 auf 800 Megawatt-Peak.
- Neben dem Photovoltaik-Ausbau sollen auch die Erneuerung und der Ausbau von Windkraftanlagen in Wien geprüft werden.
- Wien prüft neue Beteiligungsmodelle für Energiegemeinschaften, forciert die Vernetzung und Kooperation aller Akteur*innen im Energiebereich und prüft die Rahmenbedingungen von Energiegemeinschaften.

8.3.5 Fahrplan zur Zielerreichung

Seit 2005 sind die Treibhausgasemissionen der Strom- und Fernwärmeerzeugung bereits um 46 Prozent gesunken. Diese Reduktion ist unter anderem auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und verbesserter Energieeffizienz in Wien zurückzuführen. Zugleich beeinflussen weitere Faktoren die Energieerzeugung, wie beispielsweise Verfügbarkeit erneuerbarer Energie, Energiebedarf oder Strompreise.

Bis 2040 sollen die verbleibenden 1,8 Millionen Tonnen territorialer (Scope 1) Treibhausgasemissionen konsequent reduziert werden. Die oben angeführten Erneuerbaren-Ausbauziele entsprechen einer Treibhausgasreduktion pro Kopf von 60 Prozent bis 2030 und 85 Prozent bis 2035 gegenüber 2005 sowie einer Reduktion auf Netto-Null bis 2040 (siehe Abbildung 21).

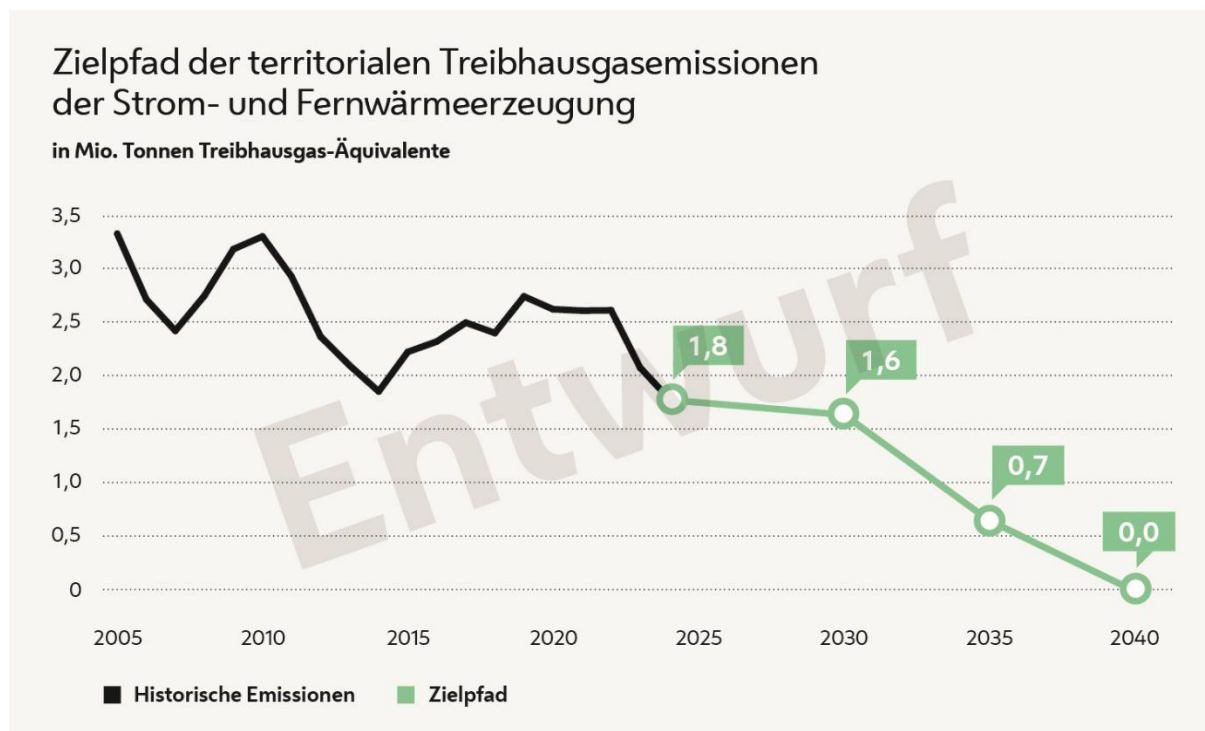


Abbildung 21: Territorialer Treibhausgas-Zielpfad für die Strom- und Fernwärmeerzeugung in Wien bis 2040 (Scope 1) in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent, exklusive Strom- und Fernwärmeimporte (Quelle: Energiebilanz 2025)

Um diese Ziele zu erreichen, muss der Ausbau erneuerbarer Energien rasant fortgesetzt werden. Um gleichzeitig den wachsenden Bedarf für erneuerbaren Strom zu decken, setzt die Stadt Wien verstärkt auf Stromimporte aus dem Wiener Umland. Ab 2030 sollen diese Importe nach Wien bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen kommen.

8.3.6 Hebel und Maßnahmen

8.3.6.1 Hebel 1: Strategische Energieraumplanung weiter ausbauen

- 1. Strategische Energieraumplanung stärken und erweitern:** Im engen Austausch mit der Planung der Gasnetzstilllegung wird die strategische Energieraumplanung weiter ausgebaut, um die Energieinfrastruktur möglichst ressourcen- und kosteneffizient für die Dekarbonisierung umzubauen. Dazu etabliert die Stadt Wien Prozesse und Abstimmungsmechanismen für die frühzeitige Berücksichtigung der räumlichen Ansprüche aller Energieträger und schafft so für alle Beteiligten, einschließlich der produzierenden Industrie, Planungssicherheit.^a
- 2. Gasnetzstilllegung sowie Fernwärme- und Stromnetzausbau vorantreiben:** Die Verteilernetzbetreiber*innen erarbeiten nach Maßgabe der regulatorischen Vorgaben Pläne für die Stilllegung des Gasnetzes und stimmen diese mit dem Ausbau von Wasserstoff-, Strom-, Fernwärme- und Fernkältenetzen ab, um eine wirksame und zielorientierte Integration erneuerbarer Energiesysteme ohne Aufrechterhaltung von Doppelsystemen zu gewährleisten. Die Stadt Wien und die städtischen Unternehmen (Wiener Stadtwerke) koordinieren die notwendigen Um- und Ausbaumaßnahmen,

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

Behördenverfahren, Baumaßnahmen (vor allem Einbauten), und berücksichtigen dabei die Wiederverwendung von Baumaterialien sowie den Schutz des städtischen Großbaumbestands.

3. **Energiespeicheranlagen (Wärme/Kälte und Strom) weiter in das Energiesystem integrieren:** Wien setzt auf ein stärker digitalisiertes Energiesystem sowie auf ausreichend Speicherkapazitäten, vor allem, um die Erzeugungsspitzen von Photovoltaik (und gegebenenfalls Wind) system- und netzdienlich zu verlagern. In der Stromspeicherung müssen dafür kurzfristige Batteriespeicher (zum Beispiel im Verteilernetz oder fahrzeug- und gebäudebezogen) und „Power-to-Gas/Grünes Gas“-Ansätze zur saisonalen Energiespeicherung in und außerhalb Wiens in das Energiesystem integriert werden. Dabei spielt auch eine effiziente Nutzung vorhandener Ressourcen eine Rolle, zum Beispiel durch Second-Life-Projekte mit Fahrzeugakkus. Bei der Wärme-/Kältespeicherung sind Großwärmespeicher, saisonale Wärmespeicher, Geothermiespeicher, zum Beispiel in Form von Erdwärmesondenfeldern, und Eisspeicher relevant.
4. **Beschleunigungsgebiete für Photovoltaik umsetzen:** Die Stadt Wien setzt die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten ausschließlich für Photovoltaik fort und prüft geeignete Freiflächen. Der Fokus liegt insbesondere auf bereits bebauten beziehungsweise versiegelten Flächen. Dabei werden Zielkonflikte vermieden und Synergien mit anderweitiger Flächennutzung ausgeschöpft.

8.3.6.2 Hebel 2: Erneuerbare Strompotenziale erschließen

Erneuerbarer Strom aus Wasser-, Wind-, Biomasse- und Solarkraftwerken deckt aktuell 20 Prozent des Wiener Stromverbrauchs.^a Beim Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung in Wien kommt insbesondere der Photovoltaik eine hohe Bedeutung zu. Auch Windenergie und Biomethan (und andere erneuerbare Gase wie Wasserstoff oder Synthesegase) werden eine größere Rolle spielen.

1. **Ausbauplan für Photovoltaik im Wiener Stadtgebiet erarbeiten:** Für die Zielerreichung bis 2030 wird ein Ausbauplan erarbeitet. Infrage kommende Freiflächen werden nach Widmungs- und Landschaftsschutzkriterien sowie Netzkapazitäten kartografisch aufbereitet und veröffentlicht. Nach 2030 werden weitere Potenziale geprüft.
2. **Photovoltaik auf Objekten und Flächen der Stadt und stadtnaher Einrichtungen prüfen und umsetzen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Dies erfolgt durch die Erfassung geeigneter Objekte und stadt-eigener Flächen, die Mobilisierung der zuständigen Dienststellen und die Ausarbeitung eines Errichtungs- und Betreiber*innenmodells für Photovoltaik durch die Wien Energie. Dabei werden auch Flächen im Eigentum der Stadt oder stadtnaher Einrichtungen, die nicht im Wiener Stadtgebiet liegen, einbezogen.
3. **Unterschiedliche, technisch mögliche Flächenpotenziale und innovative Photovoltaik-Lösungen nutzen:** Neben Dachflächen wird die Nutzung von Flächenpotenzialen im öffentlichen und halböffentlichen Raum für Photovoltaik forciert, etwa Fassaden, Lärmschutzwände, Parkplätze, Zaunanlagen und U-Bahninfrastrukturen. Des Weiteren werden Photovoltaik-Lösungen, die neben der Stromerzeugung einen zusätzlichen

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

Nutzen bieten (multifunktionale PV), wie etwa zur Beschattung von Hallen und Flächen, vorangetrieben. Gleichzeitig wird die Nutzung unversiegelter Freiflächen (unter Berücksichtigung von Nutzungskonflikten und unter Ausschluss von Schutzgebieten) für Photovoltaik geprüft und nach Möglichkeit mit anderen Nutzungen kombiniert. Für die unterschiedlichen Flächenpotenziale stellt die Stadt Wien maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahmen aus einem Mix an Förderungen, Verfahrensvereinfachungen, Beratungen und Anreizen bereit.

4. **Mehrgeschoßige Bestandswohnbauten für den Photovoltaik-Ausbau in den Fokus nehmen:** Gezielte Beratungsmaßnahmen und Förderangebote unterstützen die Errichtung Gemeinschaftlicher Erzeugungsanlagen (GEAs) sowie Photovoltaik-Anlagen im mehrgeschoßigen Bestandswohnbau, insbesondere bei der Sanierung von Gebäuden, um bislang aufwendigere Prozesse der Abstimmung, Genehmigung, Errichtung und Wartung zu vereinfachen.
5. **Fördermittel für Photovoltaik bereitstellen:** Urbane, innovative, sowie netz- und marktdienliche Photovoltaik-Anlagen werden bei der Weiterentwicklung der Photovoltaik-Landesförderung in den Mittelpunkt gestellt. Diese Anlagen, zum Beispiel Fassadenanlagen oder gebäudeintegrierte Anlagen, decken die tages- und jahreszeitlichen Engpässe effizient ab und vermeiden die sogenannte Mittagsspitze.
6. **Second-Life-Photovoltaik-Module zur Förderung der Kreislaufwirtschaft realisieren:** Um die Nutzungsdauer von Photovoltaik-Modulen zu verlängern, einzelne Photovoltaik-Module und enthaltene Rohstoffe sinnvoll zu nutzen und den Markt für Second-Life-Photovoltaik-Module zu unterstützen, prüft Wien Maßnahmen und Instrumente im Einflussbereich der Stadt.
7. **Errichtung von Windkraftanlagen prüfen:** Wien prüft die Erneuerung und den Ausbau von Windkraftanlagen in Wien. Darüber hinaus werden Initiativen des bundesländerübergreifenden Windkraftausbaus unterstützt.

8.3.6.3 Hebel 3: Versorgung mit erneuerbarer Fernwärme sicherstellen

Die Stadt Wien und die städtischen Unternehmen (Wiener Stadtwerke) sind als Eigentümer*innen und Betreiber*innen zentraler Infrastrukturen in der günstigen Position, die Transformation der Energieaufbringung maßgeblich mitgestalten zu können. Gleichzeitig ist klar, dass unternehmerische Entscheidungen auch in diesem Bereich förderliche Rahmenbedingungen von Wien und vom Bund benötigen.

1. **Fernwärmenetz verdichten und erweitern:** Entlang des bestehenden Fernwärmenetzes werden die Anschlüsse der angrenzenden Gebäude an die Fernwärme forciert, gemäß den „Fernwärme Heute“-Gebieten des *Wiener Wärmeplans 2040*⁶⁵. In „Fernwärme Zukunft“-Gebieten soll das Fernwärmenetz entsprechend engmaschig erweitert werden. Dieser Ausbau erfordert auch die Errichtung von weiteren Gebietsumformern, zusätzlichen Primärleitungen sowie energiewirtschaftlich sinnvollen Wärmespeicherkapazitäten. Planung und Umsetzung erfolgen unter Berücksichtigung eines flächensparenden Umgangs mit dem öffentlichen Straßenraum. Der Ausbau und die Verdichtung des Fernwärmenetzes erfolgt in enger Abstimmung mit der Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung. Auf Synergien mit anderen

infrastrukturellen Maßnahmen sowie Prinzipien des zirkulären Bauens⁶⁴ wird ein besonderes Augenmerk gelegt.

2. **Große Tiefengeothermiepoteenziale einbinden und erschließen:** Die großen Tiefengeothermiepoteenziale in Wien werden systematisch erschlossen und ausgebaut. Dies beinhaltet neben der Identifikation geeigneter Standorte auch die Umsetzung von Explorationsprojekten sowie den schrittweisen Ausbau von Anlagen und deren Integration in das Fernwärmenetz.
3. **Umgebungs- und Abwärmepoteenziale einbinden und nutzen:** Lokale Poteenziale für Abwärme und Umweltwärme werden mittels Großwärmepumpen zur Dekarbonisierung der Fernwärme ins Netz eingebunden oder abseits der Fernwärme als Quelle für lokale Wärmenetze genutzt.

8.3.6.4 Hebel 4: Erneuerbare Gase hochwertig verwenden

Um die Dekarbonisierung des Energieverbrauchs zu gewährleisten, werden zukünftig erneuerbare Gase zur Abdeckung der Strom- und Fernwärmespitzenlasten oder für besonders energieintensive Prozesse eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig steht der Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Gase noch am Anfang und Kapazitäten werden zukünftig nur begrenzt zur Verfügung stehen. Deshalb muss heute der Rahmen geschaffen werden, um die Verfügbarkeit von erneuerbaren Gasen dort zu gewährleisten, wo sie am dringendsten benötigt werden.

1. **Mit erneuerbaren Gasen bewusst umgehen:** Die zukünftig aufgrund der eingeschränkten Produktionskapazitäten begrenzt zur Verfügung stehenden erneuerbaren Gase (synthetische Kraftstoffe, Biomethan und Wasserstoff) werden durch die Stadt Wien in ihrem Einsatz priorisiert. Sie werden für jene Anwendungen in produzierenden Bereichen eingesetzt, die technisch oder wirtschaftlich nicht zweckmäßig elektrifizierbar sind. Wo elektrischer Strom eingesetzt werden kann, hat er vor der Verwendung erneuerbarer Gase Vorrang.
2. **Plan für Gebiete mit Versorgung durch erneuerbare Gase erarbeiten:** Zur Vorbereitung des Ausstiegs aus fossilem Gas werden Gebiete identifiziert, die zukünftig mit erneuerbaren Gasen versorgt werden. Parallel dazu werden entsprechende Infrastrukturbedarfe erhoben, um erneuerbare Gase anzuschließen oder Umkehrflüsse in das Fernleitungsnetz zu ermöglichen. Dies wird eng mit der Gasnetzstilllegungsplanung abgestimmt.
3. **Kraft- und Heizwerke für Betrieb mit erneuerbaren Gasen umrüsten:** Zur Stabilisierung des Stromnetzes und zur Spitzenlastabdeckung auch im Bereich Fernwärme werden in Wien Gaskraftwerke beziehungsweise Gas-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie Heizwerke erhalten und bis 2040 für den Betrieb mit erneuerbaren Gasen umgerüstet.

8.3.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Der Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung und die Umstellung auf klimaneutrale Fernwärme leisten einen zentralen Beitrag zur Reduktion von Luftschadstoffen und Treibhausgasemissionen, und das über alle strom- und fernwärmeverbrauchenden Sektoren hinweg. Dadurch verbessern sich

Stadtklima und Umweltqualität spürbar, was sich unmittelbar positiv auf Gesundheit, Wohlbefinden und die Lebensqualität der Menschen in Wien auswirkt.

Gleichzeitig erhöht die Stärkung der regionalen Energieerzeugung die Unabhängigkeit von volatilen globalen Energiemärkten und die Resilienz der Wiener Energieversorgung. Dadurch wird die Versorgungssicherheit mit Strom, Wärme und Kälte auch in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten gewährleistet. Darüber hinaus fördert der Umbau des Energiesystems regionale Wertschöpfung und Innovation und trägt zu einem resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort bei.

ENTWURF

8.4 Industrie und Gewerbe

Die Stadt Wien strebt eine nachhaltige und prosperierende Wirtschaftsentwicklung an, die die Grundlagen eines guten Lebens auch für die nächsten Generationen sichert. Das Prinzip: Wirtschaftlicher Erfolg ist nicht automatisch mit hohem Energie- und Ressourcenverbrauch oder Umweltbelastungen verbunden, sondern steht im Einklang mit sozialen und ökologischen Grundsätzen. Ziel ist die standortverträgliche und planungssichere Dekarbonisierung der Wiener Industrie- und Produktionsstrukturen, mit klarer Priorität auf Energie- und Ressourceneffizienz sowie erneuerbarer Energieversorgung.

Gleichzeitig versteht die Stadt Wien Klimaschutz, Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft als Chance für die Wirtschaft. Sie schafft Raum für Innovationen, neue Geschäftsmodelle und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wien soll sich im Bereich klimafreundlicher Technologien, Kreislaufwirtschaft und Lösungen für eine hitzeresiliente Stadt zur Vorreiterin entwickeln. Dafür werden die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und bürokratische Hürden abgebaut.

8.4.1 Einleitung

Die Wiener Wirtschaft ist überwiegend vom **Dienstleistungssektor** geprägt, dessen Emissionen überwiegend in den Handlungsfeldern Gebäude^a und Mobilität^b abgebildet sind. Er erwirtschaftet rund 85 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Wien. Mit 15 Prozent leisten aber auch **Industrie und produzierendes Gewerbe** einen beachtlichen Beitrag zur Wiener Bruttowertschöpfung.

Insgesamt entfallen 7 Prozent der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen auf die Industrie. Das entspricht 0,4 Millionen Tonnen Emissionen. Dazu kommen weitere 0,2 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme (Scope 2).^c

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

Treibhausgasemissionen der Industrie in Wien im Jahr 2024

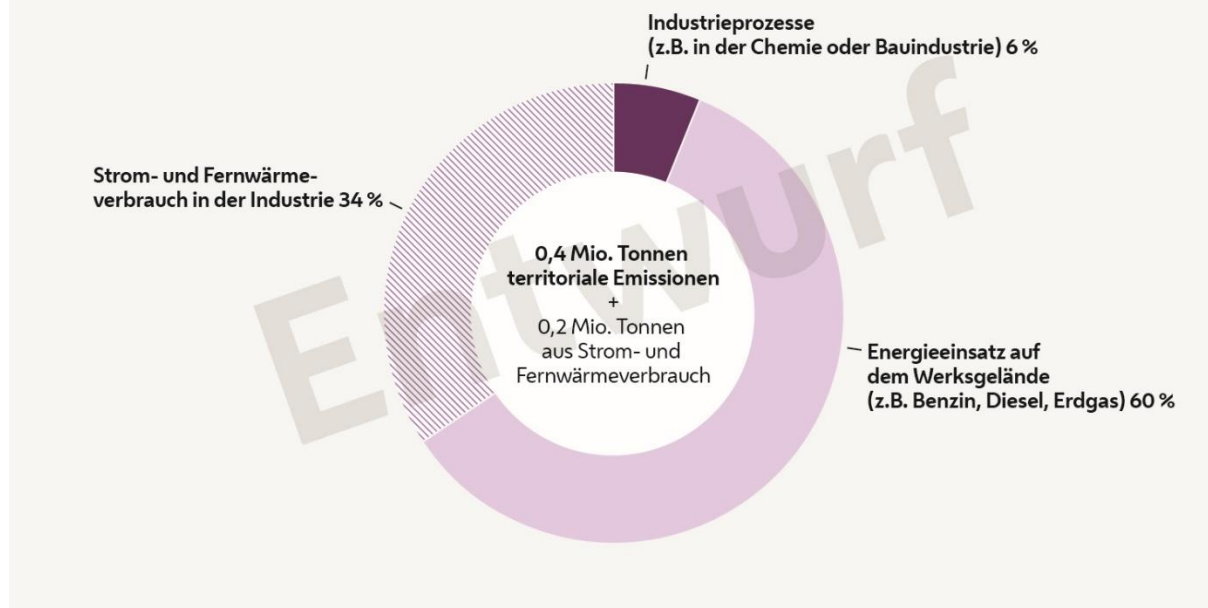


Abbildung 22: Aufteilung der Treibhausgasemissionen der Industrie in Wien im Jahr 2024, inklusive Emissionen aus Strom- und Fernwärmeverbrauch in der Industrie (Scope 1 und 2) (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Abbildung 22 zeigt, wie sich die Treibhausgasemissionen der Industrie in Wien zusammensetzen. Der größte Teil der Emissionen entfällt mit 60 Prozent auf den Einsatz fossiler Energien als Treibstoff für Maschinen und Werksverkehr beziehungsweise zur Beheizung von Betriebshallen. Danach folgen mit 34 Prozent die Emissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme in Industrieprozessen beziehungsweise in Produktionsgebäuden (Scope 2). Ein kleinerer, aber schwer zu reduzierender Anteil entsteht durch chemische Prozesse, durch die Treibhausgasemissionen freigesetzt werden, zum Beispiel in der Chemie oder Baustoffindustrie (6 Prozent).

Neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen verfolgt die Stadt Wien das Ziel, die **wirtschaftliche Entwicklung** schrittweise vom **Ressourcenverbrauch**, sei es in Form von Energie oder Materialien, zu **entkoppeln**, also die **Materialeffizienz zu steigern**. Die Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette hängen direkt mit dem Wiener Materialfußabdruck zusammen, den es stark zu reduzieren und mit einem starken Wirtschaftsstandort zu verbinden gilt.^a

Aktuelle Untersuchungen⁷⁰ zeigen, dass eine Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverbrauch bislang nur in Ansätzen gelungen ist: Zwar verbesserte sich zuletzt die Ressourcenproduktivität – das heißt, es wird mehr wirtschaftliche Leistung mit weniger Ressourcen pro Einheit erzielt. Insgesamt nahm der Ressourcenverbrauch allerdings weiter zu. Im Hinblick auf die globalen CO₂-Emissionen ergibt sich das gleiche Bild: Bisher liegt nur eine relative Entkopplung vor – die Emissionen steigen also weiterhin, wenn auch langsamer als die Wirtschaftsleistung.

Rund drei Viertel der durch die Nachfrage in Wien verursachten Emissionen entstehen außerhalb der Stadt.^b Deshalb ist es erforderlich, **Verantwortung für die globalen Auswirkungen des Wiener Konsums** zu übernehmen. Hier spielt der Dienstleistungssektor eine wichtige Rolle, in dem mit neuen

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^b Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

Geschäftsmodellen (wie „Product as a Service“, Reparatur und Instandhaltung, Beratung, Digitalisierung von Ressourcenströmen, Inwertsetzung von Abfallströmen) enormes Potenzial für eine schrittweise Umstellung zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft besteht. Die Transformation in Richtung Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft ist nicht nur das Gebot der Stunde und in der Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* festgelegt, sondern eine Chance für die erfolgreiche internationale Positionierung des Standorts Wien und der hier tätigen Unternehmen.

8.4.2 Herausforderungen

Von besonderer Bedeutung für die Dekarbonisierung von Produktions- und Industrieprozessen ist Transparenz über die künftigen Energieversorgungsoptionen und die entsprechende Energieinfrastruktur, die unternehmerische Planungssicherheit gewährleistet. Verschiedene öffentliche Instrumente wirken hier zusammen, etwa die Energieraumpläne der Stadt Wien oder die rechtliche Umsetzung der *Gasbinnenmarktrichtlinie (EU) 2024/1788*.

- Derzeit gibt es dazu noch keine verbindlichen Zeitpläne, die für Investitionsplanungen von Unternehmen aber essenziell sind. Der *Wiener Wärmeplan 2040* bietet zwar eine wichtige Orientierung, ist aber rechtlich nicht bindend. Dadurch fehlt es an Planungssicherheit für Gebäudeeigentümer*innen.
- Um die Dekarbonisierung der von Unternehmen benötigten Prozesswärme voranzutreiben, sind Maßnahmen auf technischer, rechtlicher und kommunikativer Ebene zu setzen. Für die rechtliche Ebene fehlt aktuell die notwendige Grundlage auf Bundesebene. Zudem fehlen für die oft sehr spezifischen Produktionsprozesse mit hoher Prozesswärme teilweise noch klimaneutrale Alternativen, die ausfallsicher und an den jeweiligen Produktionsstandorten verfügbar sind. Für Unternehmen ist es für ihre Planungssicherheit jedoch wichtig, frühzeitig zu wissen, mit welchen öffentlichen Investitionen und Unterstützungsleistungen (Netzausbau, Investitionszuschüsse, Contracting-Modelle und so weiter) sie rechnen können.
- Zukünftig wird nach aktuellen Prognosen der Energiebedarf durch Rechenzentren stark ansteigen. Um diese neuen Energiebedarfe in Wien frühzeitig in der Energieplanung berücksichtigen zu können und die klima- und standortgerechte Integration von Rechenzentren in Wien zu gewährleisten, sollen die Rechenzentren so entwickelt werden, dass diese im Einklang mit den Zielen und beschriebenen Maßnahmen des Wiener Klimafahrplans entstehen können.

Im Hinblick auf die Etablierung der Kreislaufwirtschaft in Produktions- und Industrieprozessen bestehen derzeit noch erhebliche ökonomische Hemmnisse.

- Der Markt funktioniert nach wie vor überwiegend linear: Sekundärrohstoffe können aufgrund höherer Preise, unsicherer Qualitätsbewertung oder fehlender Marktsicherheit häufig nicht mit Primärrohstoffen konkurrieren. Demnach sind rechtliche Instrumente zur Beseitigung bestehender Wettbewerbsverzerrungen oder zur Schaffung wirtschaftlicher Anreize erforderlich.
- Mit den Omnibus-Paketen versucht die EU-Kommission seit 2025, Unternehmen zu entlasten, indem einige Regeln entschärft oder zeitlich zurückgestellt wurden. Gleichzeitig erzeugen solche Änderungen der Rahmenbedingungen Unsicherheit und erschweren

strategische Planungs- und Investitionsentscheidungen, für die ein stabiler Rechtsrahmen unabdingbar ist.

8.4.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Folgende Regulierungen auf EU- und Bundesebene setzen den strategischen Rahmen für die lokale Umsetzung der Klimaziele in diesem Handlungsfeld:

- Die *Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852* in Verbindung mit den Verpflichtungen zur *Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (EU) 2022/2464 (CSRD)* beziehungsweise mit der *Lieferkettenrichtlinie (EU) 2024/1760 (CSDDD)* definieren, unter welchen Umständen wirtschaftliche Tätigkeiten als nachhaltig einzustufen sind – und regeln damit den Zugang zu nachhaltigkeitsorientierter Finanzierung von Investitionen.
- Das EU-Emissionshandelssystem (kurz EU-ETS) (basierend auf *Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG*) setzt insbesondere für energieintensive Industriebetriebe Anreize, Emissionen zu senken und die Energieeffizienz ihrer Prozesse und Anlagen zu verbessern. Es wird schrittweise auf kleinere Unternehmen (gewerbliche Produktion und kleinere Industrieanlagen) ausgeweitet. Zur Vermeidung von „Carbon Leakage“ (also der Verlagerung von Produktion und damit Emissionen in Länder mit schwächerer Klimapolitik) existiert ein CO₂-Grenzausgleichssystem (*Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM*).
- Der *Deal für eine saubere Industrie COM(2025) 85 (CID)* ist Nachfolger des Green Deals und zielt unter anderem darauf ab, saubere Technologien und Produktionsverfahren zu fördern, neue Finanzierungs- und Investitionsinstrumente, wie Innovationsfonds oder eine Industrie-Dekarbonisierungsbank, zu schaffen und Leitmärkte für CO₂-arme beziehungsweise grüne Produkte zu etablieren (etwa durch öffentliche Beschaffung).
- Die *Gasbinnenmarktrichtlinie (EU) 2024/1788* regelt erstmals Stilllegungspläne der Verteilernetzbetreiber*innen für die Gasnetzinfrastruktur, wenn eine Verringerung der Erdgasnachfrage, die die Stilllegung von Erdgasverteilernetzen oder Teilen solcher Netze erfordert, zu erwarten ist.^a Die Ausgestaltung der rechtlichen Umsetzung hat durch den Bund zu erfolgen.
- Die Ausweitung der erweiterten Herstellerverantwortung (*Extended Producer Responsibility – EPR*) verlagert die Verantwortung vom Ende des Lebenszyklus zurück an den Anfang – also zu jenen Akteur*innen, die Produkte entwerfen und in Verkehr bringen. Das ist vor allem für jene Produktgruppen relevant, die eine verursacher*innengerechte Kostentragung erfordern, um eine umweltgerechte Verwertung zu ermöglichen. Die Ausweitung findet für verschiedene Produktgruppen zeitlich gestaffelt statt und ist in verschiedenen Gesetzen geregelt. Produzierende Unternehmen müssen so Anforderungen an Haltbarkeit, Materialeffizienz und Recyclingfähigkeit für ihre Produkte erfüllen.
- Zudem setzt sich Wien auf Bundesebene dafür ein, dass ganzheitliche Energieversorgungsoptionen im Rahmen einer Kraftwerksstrategie erarbeitet werden und für prioritäre Anwendungen erneuerbarer Gase eine Wasserstoff-Startinfrastruktur bereitgestellt und finanziert wird.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

8.4.4 Unsere Ziele

Es ist ein strategisches Ziel der Wiener Stadtregierung, industrielle Produktion und gewerbliche Wirtschaft in der Stadt zu halten und sie nachhaltig und ressourcenschonend zu gestalten. Kreislaufwirtschaft und intelligente Energiesysteme stärken die regionale Wertschöpfung und sichern Arbeitsplätze. Darüber hinaus soll die Attraktivität von Gewerbestandorten auch im Fall von Anpassungsbedarfen an den Klimawandel, die durch die Wiener Stadtklimaanalyse aufgezeigt werden, erhalten werden.^a

In der *Smart Klima City Strategie Wien* werden dazu folgende Ziele festgelegt:

- Die Materialeffizienz der Wiener Wirtschaft steigt bis 2030 um 30 Prozent und bis 2040 um weitere 10 Prozent (im Vergleich zum Jahr 2019).
- Die in Wien hergestellten Produkte sind langlebig, einfach reparierbar, wiederverwend- und -verwertbar und werden weitgehend abfall- und schadstofffrei produziert.
- Wien ist 2030 als Standort für kreislaforientierte und ressourceneffiziente Wirtschaft global bekannt und zieht Investitionen und Talente in diesem Bereich an.
- Wien fördert eine nachhaltige Stadtwirtschaft durch rechtliche Rahmensetzungen, gezielte Förderprogramme, die Schaffung von Experimentierräumen und als öffentliche Nachfragerin.
- Die Stadt Wien und die Wiener Unternehmen etablieren eine Klima-Allianz zur gemeinsamen Entwicklung einer nachhaltigen Stadtwirtschaft.

8.4.5 Fahrplan zur Zielerreichung

Seit 2005 konnten die territorialen Treibhausgasemissionen in diesem Sektor bereits um etwa 26 Prozent reduziert werden. Abbildung 23 stellt den Zielpfad für die Reduktion der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen der Industrie dar. Dieser sieht im Vergleich zu 2005 eine ambitionierte Pro-Kopf-Reduktion von 75 Prozent bis 2030 und von 85 Prozent bis 2035 vor, wobei eine ähnlich starke Reduktion bereits in den 2010er-Jahren gelungen ist. Bis 2040 werden fossile Energieträger beinahe vollständig durch klimafreundliche ersetzt. Es verbleiben 5 Prozent prozessbedingte Restemissionen (im Vergleich zu 2005), die schwer oder nicht zu vermeiden sind. Diese schwer beziehungsweise nicht vermeidbaren Emissionen sind insbesondere auf Prozesse zurückzuführen, die bestimmte chemische Reaktionen oder sehr hohe Temperaturen benötigen, und müssen für das Erreichen von Netto-Null-Emissionen an anderer Stelle kompensiert werden.^b

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Klimaschutz

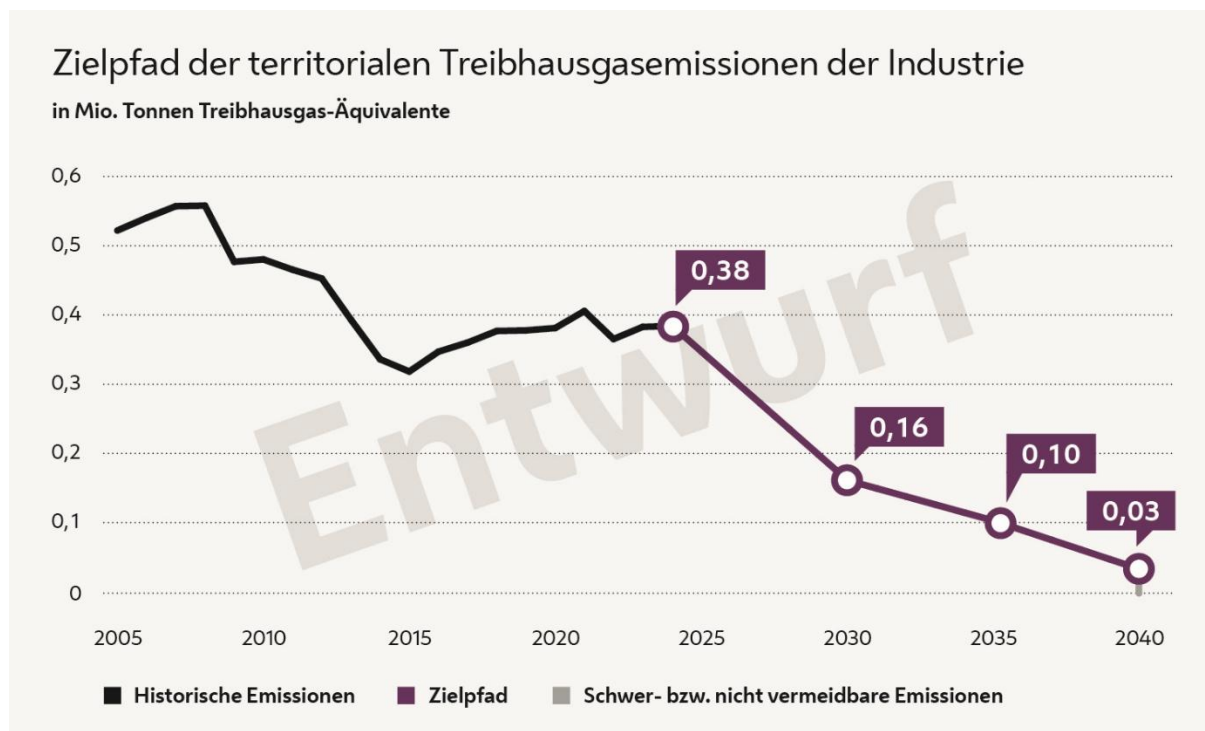


Abbildung 23: Territorialer Treibhausgas-Zielpfad der Industrie in Wien bis 2040 (Scope 1) in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent, exklusive Strom- und Fernwärmeverbrauch (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Die bisherige Reduktion geht im Wesentlichen – ergänzend zu den für die Industrie relevanten Maßnahmen in den Kapiteln Gebäude^a und Mobilität^b – auf den **verringerten Einsatz fossiler Energieträger und höhere Energieeffizienz** zurück. Gleichzeitig machen fossile Energieträger nach wie vor den überwiegenden Teil des Energieverbrauchs in der Wiener Industrie aus. Sie zu ersetzen ist demnach die größte Herausforderung in diesem Sektor. Das bedeutet:

- Dekarbonisierung der Produktionsprozesse durch Elektrifizierung sowie Umstellung auf Fernwärme für Niedertemperaturprozesse, zum Beispiel in der Lebensmittelproduktion.
- Bereitstellung von hochwertigen erneuerbaren Energieträgern (Gase) für die Deckung des verbleibenden Energiebedarfs, insbesondere für Hochtemperaturprozesse.
- Nutzung von Abwärme aus Hochtemperaturprozessen und aus der Kühlung, insbesondere von Rechenzentren für Fern- oder Nahwärme.
- Ausbau der Fernkälte als effiziente Infrastruktur für die Kühlung.
- Etablierung von gemeinschaftlichen Energienutzungsmodellen.
- Umstellung mobiler Arbeitsgeräte, zum Beispiel Fahrzeuge in der Produktion, auf solche mit klimafreundlichen Energieträgern.
- Anpassung der für die Dekarbonisierung notwendigen Leitungsinfrastruktur, zum Beispiel die Verstärkung des Stromnetzes oder die Adaptierung des Gasnetzes.^c

Die Wirtschafts- und Innovationsstrategie der Stadt Wien *WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation*⁷¹ positioniert die Entwicklung von „Lösungen für die klimaneutrale Stadt“ als wirtschaftliches Spitzenthema für den Standort Wien. Wiener Unternehmen, denen der Übergang zu einem

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

nachhaltigen Wirtschaften gelungen ist, sollen daraus Wettbewerbsvorteile ziehen und damit den Standort stärken. Dabei will sich Wien insbesondere als Vorreiterin in der Kreislaufwirtschaft positionieren und durch hohe Planungssicherheit den Weg in Richtung klimaneutrale Produktion ermöglichen.

8.4.6 Hebel und Maßnahmen

8.4.6.1 Hebel 1: Fossile Produktionsprozesse auf erneuerbare Energieversorgung umstellen

Wesentliche Voraussetzung für die Dekarbonisierung von Produktionsprozessen ist eine ganzheitliche Energieplanung, die sowohl den Wärme- als auch den Elektrizitätsbedarf in Industrie und Gewerbe systematisch berücksichtigt.

1. **Energieversorgungsoptionen für den produzierenden Sektor entwickeln:** In der Analyse *Dekarbonisierung der betrieblichen Prozesswärme*⁷² wurden für unterschiedliche Herstellungsprozesse Optionen für einen Umstieg auf erneuerbare Energien identifiziert. Dazu zählt unter anderem die Identifikation und Erschließung betrieblicher Abwärmepotenziale, die eine direkte Nutzung innerhalb der Produktionsprozesse ermöglichen, bevor auf externe Energieträger wie Strom oder Fernwärme zurückgegriffen wird. Im nächsten Schritt führt die Stadt für einzelne Branchen Bedarfsanalysen durch. Ziel ist die Entwicklung langfristiger Energieversorgungsoptionen – unter Berücksichtigung einer allfälligen österreichischen Kraftwerksstrategie –, die alle Energieträger abdecken und für Unternehmen, insbesondere auch für betriebliche Neuansiedelungen, ein hohes Maß an Planungs- und Ausfallssicherheit schaffen.
2. **Erneuerbare Gase effizient einsetzen:** Aufbauend auf dem Prinzip der Technologieklarheit werden in Wien erneuerbare Gase nur gezielt, räumlich verortet und als Folge ausführlicher Analysen und Planungen eingesetzt. Denn erneuerbare Gase wie Wasserstoff als energetisch hochwertiger Energieträger sind aufgrund begrenzter Verfügbarkeiten und im Sinne der Energieeffizienz und Technologieklarheit nur für jene Anwendungen vorzusehen, die technisch oder wirtschaftlich nicht sinnvoll elektrifizierbar sind.

8.4.6.2 Hebel 2: Wiener Unternehmen bei der Dekarbonisierung und bei der Implementierung zirkulärer Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle unterstützen

Wien unterstützt Unternehmen am Standort, insbesondere Schlüsselbranchen wie die Pharma-, Lebensmittel- oder chemische Industrie, auf ihrem Weg in Richtung Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. Die Unterstützungsangebote stellen die gemeinsame Bewältigung der genannten Herausforderungen wie die Dekarbonisierung der Prozesswärme, die Steigerung der Energieeffizienz, die Etablierung zirkulärer Geschäftsmodelle entlang der gesamten Lieferkette oder die Umsetzung nachhaltiger Logistik- und Mobilitätskonzepte in den Fokus und nützen dabei verschiedene Instrumente:

1. **Informations-, Beratungs- und Förderangebote weiterentwickeln:** Die städtischen Förder- und Beratungsangebote der Wirtschaftsagentur Wien, der *Hauskunft* des wohnfonds Wien, des Beratungsservices Erneuerbare Energien der Wiener Klima- und Innovationsagentur oder im Rahmen des Programms *OekoBusiness Wien*⁷³ beziehungsweise der *Wiener Klima-Allianz*⁷⁴ werden laufend weiterentwickelt und Nachhaltigkeit in Förderkriterien verankert. Informations-, Beratungs- und Förderangebote werden künftig enger aufeinander abgestimmt und noch besser sichtbar gemacht, etwa durch Dialogformate für KMUs (kleine und mittlere Unternehmen). Europäische Fördermittel werden konsequent genutzt.
2. **Innovation fördern:** Zur Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen für Unternehmen bietet die Wirtschaftsagentur Wien Formate zur Vernetzung mit Energieversorgern, Pilotkund*innen, Forschungseinrichtungen und Technologieanbietern (zum Beispiel Co-Creation Workshops und Innovationsdialoge) sowie mit Finanzpartner*innen (Venture Capital) an.
3. **Strategische Allianzen etablieren:** Die Stadt etabliert Plattformen für Unternehmen (wie etwa die *Wiener Klima-Allianz*), die Bedarfe und Informationen bündeln und die Zusammenarbeit zwischen Wiener Betrieben und Einrichtungen sowie Unternehmen der Stadt unterstützen. Des Weiteren arbeitet die Stadt mit Akteur*innen aus Hochschulen und Unternehmen an der Erprobung von Pilotanwendungen der Kreislaufwirtschaft im Rahmen von Reallaboren (Living Labs). Etwaige Barrieren oder mögliche Anreize für nachhaltige Produktionsprozesse, Produkte oder Geschäftsmodelle, wie etwa die Vereinfachung der Wieder- und Weiterverwendung von Materialien und Produkten, werden identifiziert, um nachhaltige Innovationen und deren Skalierbarkeit voranzutreiben.
4. **Marktanreize durch nachhaltige öffentliche Beschaffung setzen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Bei der Beschaffung werden verstärkt Kriterien des Klimaschutzes und der Kreislaufwirtschaft berücksichtigt. Denn die Stadt Wien hat als öffentliche Auftraggeberin einen gewichtigen Hebel, um den Produktions- und Dienstleistungssektor zu stimulieren und Innovationen anzustoßen, etwa indem emissionsarme beziehungsweise kreislauffähige Produkte und Geschäftsmodelle gezielt nachgefragt werden.^a

8.4.6.3 Hebel 3: Wien als Standort für nachhaltige und kreislaforientierte Produktion und Dienstleistungen stärken und positionieren

Die Stadt Wien unterstützt Unternehmensgründungen im Bereich Klimalösungen und die Schaffung zusätzlicher Jobs. Angesprochen werden Unternehmen, die Green-Tech-Lösungen suchen, und solche, die sie anbieten. Das schafft Resilienz für den Wirtschaftsstandort und sichert Arbeitsplätze.

1. **Standortmarketing bündeln:** Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung als wirtschaftliche Spitzenthemen für den Standort Wien werden im Standortmarketing verstärkt kommuniziert und die Ausstattung von Wiener Betriebsstandorten mit leistungsfähiger, grüner Energieinfrastruktur hervorgehoben. Einrichtungen der Stadt Wien, allen voran die Wirtschaftsagentur, die Wirtschaftskammer Wien und

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Industriellenvereinigung arbeiten gemeinsam an einer aktiven Positionierung von Green Tech als Standortvorteil für Wien, zum Beispiel im Rahmen von Standortabkommen. Dafür werden die Erfahrungen erfolgreicher Wiener Unternehmen gezielt genutzt. Die Etablierung und weitere Stärkung internationaler Leitevents wie der *Vienna Up* oder dem *Start-Up Festival* der Wirtschaftsagentur Wien trägt dazu bei.

2. **Qualifizierung von Fach- und Hilfskräften für smarte Klimalösungen und Green Jobs unterstützen:** Die Stadt Wien richtet die Rahmenbedingungen für den Arbeitskräftebedarf vorausschauend an Marktanalysen und Potenzialstudien aus. Dafür wird ein Fokus auf relevante Bereiche wie Sortierung, Aufbereitung und Weiternutzung von Recyclingmaterialien oder die nachhaltige Heizungs- und Sanierungstechnik gelegt. Weiters wird der Bedarf einer eigenen Gewerbeberechtigung für Reparaturtätigkeiten geprüft. Der Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (waff) setzt im Klimaschutzbereich Impulse über praxisnahe Ausbildungsprogramme, finanzielle Unterstützung (Ausbildungsgeld, Bildungskonto), spezielle Programme für junge Menschen (zum Beispiel *Öko Booster*) sowie Frauen (zum Beispiel *FRECH*) im Klimaschutzbereich sowie durch Beratung und Vernetzung mit Betrieben. Die Stadt unterstützt zudem Kooperationen mit sozialwirtschaftlichen Betrieben (zum Beispiel *Re-Use Austria*) im Bereich der Erst- und Höherqualifizierung bei Handwerk und Reparatur für am Arbeitsmarkt benachteiligte Zielgruppen.
3. **Marktplätze für Ressourcenaustausch schaffen:** Die Stadt unterstützt den Aufbau kreislauforientierter Marktplätze sowie der damit verbundenen Logistik. Dies geschieht zum Beispiel mithilfe von Pilotprojekten sowie Beteiligungen, etwa zum Handel mit und zur Lagerung von Wertstoffen. Dazu werden gezielt Marktpotenziale ausgewählter Sekundärrohstoffe sowie deren Kosteneffekte analysiert. Ebenso wird im Rahmen der Stadtentwicklung der damit einhergehende physische Flächenbedarf aufgezeigt.^a
4. **Kooperationen für eine bessere (kreislauf-)wirtschaftliche Integration und Unabhängigkeit der Metropolregion eingehen:** Es werden strategische Leitlinien für die Wirtschaftskooperation in der Metropolregion Wien erarbeitet und gezielte Vernetzungsformate zur Kreislaufwirtschaft sowie konkrete Projekte dazu realisiert. Analog zum stadtgrenzenübergreifenden Programm *Logistik 2030+ Niederösterreich – Wien*⁷⁵ kooperieren Akteur*innen der Metropolregion, wie Wirtschaftsagenturen und Wirtschaftskammern, um Bedürfnisse von Unternehmen – etwa im Hinblick auf Flächenbedarf für die Kreislaufwirtschaft – strukturiert zu erheben.
5. **Materialströme analysieren:** Datenbasierte Stoffstromanalysen für prioritäre Materialgruppen geben Aufschluss über relevante Stoffströme und zirkuläre Wertschöpfungspotenziale in der Metropolregion. Dazu werden bestehende Abfall- und Berichtsdaten, zum Beispiel aus dem Elektronischen Datenmanagement – Umwelt (EDM-U), aus Abfallwirtschaftskonzepten und Nachhaltigkeitsberichtsformaten (CSRD-Meldungen), herangezogen sowie sektorale Analysen und Kooperationen mit Unternehmen genutzt.
6. **Grundlagenwissen schaffen und teilen:** Die Stadt unterstützt die Bildung von Forschungsk Kooperationen, etwa im Rahmen des Forschungskatalogs *Wiener Forschungsfragen*⁷⁶, und Green-Tech-Ökosystemen rund um die Wiener Hochschulen.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Erkenntnisse werden mit Stakeholder*innen der Wiener Wirtschaft in anwendungsorientierten Formaten, etwa im Rahmen der *Wiener Klima-Allianz*⁷⁴, geteilt.

8.4.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Die Transformation hin zu nachhaltiger Industrie und nachhaltigem Gewerbe am Standort Wien hat auch positive Auswirkungen auf andere Bereiche: Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien und regionaler Ressourcen sowie die verstärkte Zusammenarbeit in der Metropolregion erhöhen die Resilienz der Wiener Wirtschaft und stärken die regionale Versorgungssicherheit in einer zunehmend volatiler werdenden Welt. Emissionsarme Produktionsprozesse führen zu sauberer Luft und geringerer Schadstoffbelastung im urbanen Raum – ein unmittelbarer Gewinn für Gesundheit und Lebensqualität. Durch nachhaltige Beschaffung kann die Stadt Wien ihre starke Nachfrage gezielt einsetzen, um klimafreundliche, ressourcenschonende Produkte und Produktionsweisen zu beschleunigen, innovative Lösungen zur Marktreife zu bringen und neue Standards zu setzen. Gleichzeitig fördert die konsequente Ausrichtung auf Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft die regionale Wertschöpfung, sichert Arbeitsplätze und macht Wien zu einem attraktiven Innovationsstandort. Wettbewerbsfähige Betriebe und bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote eröffnen neue Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft stärken außerdem die Innovationskraft, Produktivität und langfristige Wohlstandsentwicklung des Wirtschaftsstandorts Wien.

8.5 Konsum und Abfall

Unter dem Motto „Zero Waste“ strebt die Stadt Wien an, die in der Stadt anfallenden Abfallmengen schrittweise auf ein Minimum zu reduzieren. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* setzt Wien dabei auf ressourcenschonenden Konsum und die Wiederverwendung gebrauchter Produkte – denn für Klima, Umwelt und Budget ist der beste Müll der, der erst gar nicht entsteht. Nicht vermeidbare Abfälle werden getrennt gesammelt, in hoher Qualität aufbereitet und damit zu gefragten Sekundärrohstoffen; nicht stofflich verwertbare und brennbare Abfälle dienen der Energieerzeugung.

8.5.1 Einleitung

Ein ressourcenschonender Konsum reduziert den Wiener Materialfußabdruck und führt durch das Schließen von Materialkreisläufen zu weniger Abfällen. In Wien fielen im Jahr 2023 rund 9,3 Millionen Tonnen Abfälle an, die sich aus unterschiedlichen Fraktionen zusammensetzen (siehe Abbildung 24). Mengenmäßig den größten Anteil haben Abfälle, die im Hoch- und Tiefbau anfallen: Bodenaushub (rund 50 Prozent der 9,3 Millionen Tonnen, nicht in Abbildung 24 verortet), Baurestmassen (bestehend aus „Mineralische Abfälle Bau“ und Recycling-Baustoffen) sowie Baustellenabfälle. Einen weiteren großen Teil macht immer noch der vor allem in Haushalten anfallende Restmüll aus.

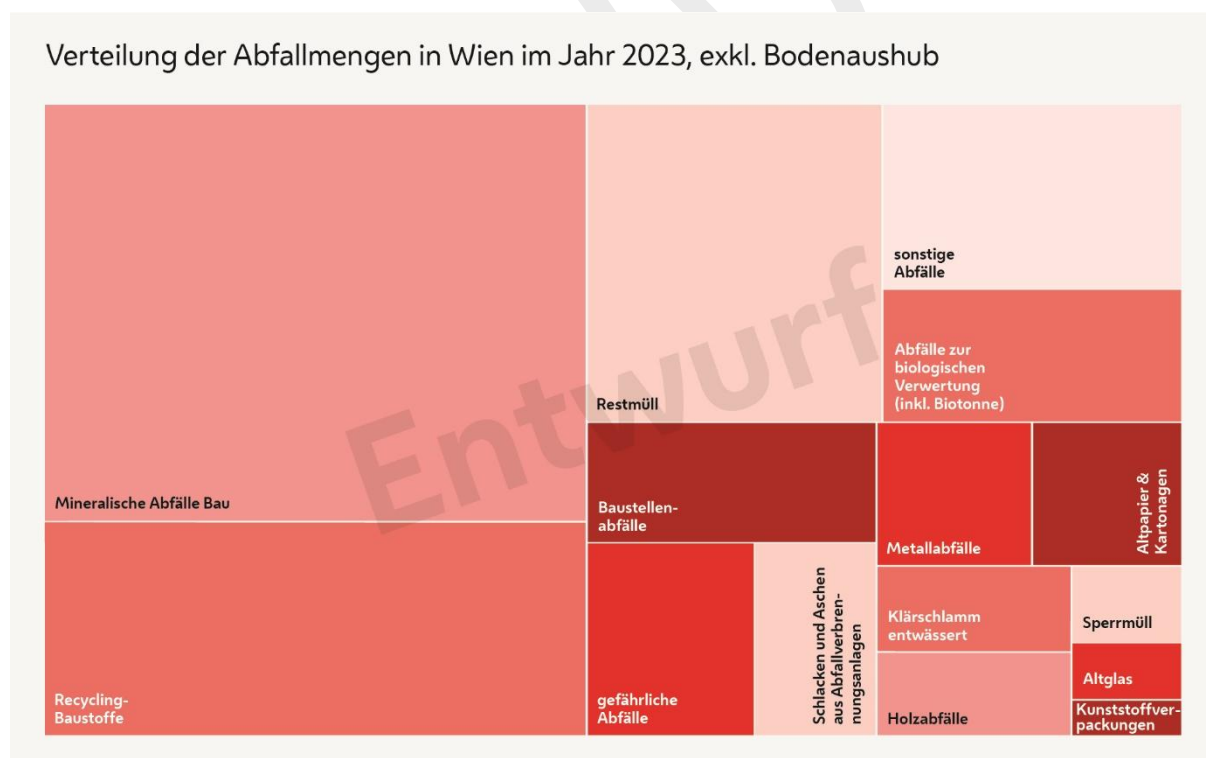


Abbildung 24: Verteilung der Abfallmengen in Wien im Jahr 2023, exklusive Bodenaushub (Quelle: MA 22)

Der Fokus dieses Handlungsfelds liegt auf Abfällen aus Wiener Haushalten; diese betragen rund eine Million Tonnen pro Jahr.^a Bei diesen Abfällen liegt die Entsorgungskette von der Abfallsammlung bis zur Behandlung weitgehend in öffentlicher Hand.

Die Vermeidung von Baurestmassen, zum Beispiel durch die Sanierung, Anpassung und Weiternutzung bestehender Gebäude, wird unter anderem in den Kapiteln Gebäude sowie Stadtstrukturen und öffentlicher Raum behandelt. Dort wird auch der Flächenbedarf für Zwischenlagerung, Aufbereitung und Logistik thematisiert, der sich aus einer Wiederverwendung von Bodenaushub und Gebäudeteilen ergibt.^b Gewerbe- und Industrieabfälle werden zum Teil außerhalb Wiens aufbereitet beziehungsweise entsorgt; diese Materialströme sind Gegenstand der Kooperation mit Unternehmen und werden daher im Kapitel Industrie und Gewerbe behandelt.^c

Aus der Wiener Abfallwirtschaft stammen 0,5 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen. Dies entspricht rund 9 Prozent der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen.



Abbildung 25: Aufteilung der Treibhausgasemissionen im Sektor Abfall in Wien im Jahr 2024 (Scope 1) (Quelle: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI) inklusive Emissionen aus der Direktmessung bei Abfallverbrennungsanlagen)

Abbildung 25 zeigt die Zusammensetzung der Treibhausgasemissionen aus der Abfallwirtschaft. Dabei handelt es sich mit einem Anteil von über 76 Prozent hauptsächlich um die CO₂-Emissionen aus den Abfallverbrennungsanlagen in Wien, also der energetischen Verwertung mineralölbasierter Reststoffe. Das bei der Verbrennung biogener Reststoffe entstehende CO₂ gilt als treibhausgasneutral und wird nicht bilanziert.

Deponiegase machen rund 17 Prozent der Emissionen aus der Abfallwirtschaft aus. Es handelt sich dabei um Methanemissionen aus Deponien und aus Altlasten. Seit 2009 gilt ein Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle in Wien; seither werden nur mehr Verbrennungsrückstände

^a Neben privaten Haushalten sind auch ähnliche Einrichtungen wie Pflege- und Sozialeinrichtungen sowie Kleingewerbe umfasst. Siehe auch Anhang 1 des *Wiener Abfallwirtschaftsplans 2025–2030*.

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

deponiert.^a Das aus den Altablagerungen entstehende Deponiegas nimmt seither stetig ab. Auf die Abwasserbehandlung entfallen etwa 7 Prozent der Emissionen des Sektors Abfallwirtschaft, die in der Wiener Kläranlage und der Kanalisation anfallen.

Durch die Wiener Abfallwirtschaft ergeben sich auch positive Effekte, die sowohl in Wien als auch über die Wiener Stadtgrenzen hinaus wirksam werden. In den energetischen Abfallverwertungsanlagen Pfaffenau, Spittelau, Flötzersteig und Simmeringer Haide sowie in der Wiener Kläranlage werden – als Nebenprodukte der ordnungsgemäßen Verwertung von Abfällen und Abwasser – jährlich rund 1.700 Gigawattstunden Fernwärme und 150 Gigawattstunden Strom produziert. Die Wiener Biogasanlage (Biogas Wien) in Simmering produziert zudem aus Küchenabfällen und anderen biogenen Abfällen grünes Gas, das zukünftig vorrangig dort genutzt werden soll, wo Gas nur schwer durch andere Energieträger ersetzt werden kann, zum Beispiel in der Industrie.^b Diese Energiegewinnung sowie das Recycling und der Einsatz von Kompost anstelle von mineralölbasierten Düngern sparen relevante Mengen an Treibhausgasemissionen ein. Stellt man diese Einsparungen den Emissionen gegenüber, die durch die Abfallsammlung und -verwertung vor allem in den Wiener Müllverbrennungsanlagen entstehen, ergibt sich bei der Klimabilanz der Wiener Abfallwirtschaft ein positiver Saldo.^{77, c}

8.5.2 Herausforderungen

Die Dekarbonisierung der Abfallwirtschaft trifft auf folgende Herausforderungen:

- Die anfallenden Abfallmengen sind stark vom Konsumverhalten privater Haushalte und deren Bereitschaft abhängig, statt neuer Produkte auch gebrauchte Produkte zu kaufen, zu reparieren oder auszuleihen. Daher verbessert die Stadt Wien einerseits die strukturellen Voraussetzungen für ein ressourcenschonendes Leben und schafft andererseits verstärktes Bewusstsein dafür.
- Das Trennverhalten und die Bereitschaft zur sortenreinen Trennung von Abfall für die Reduktion der Restmüllmengen ist in Städten wie Wien aufgrund soziokultureller Faktoren begrenzt. Dafür setzt die Stadt gezielte Maßnahmen bei der Infrastruktur und Information.
- Die rechtlichen, technischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Abscheidung von CO₂ aus den Abgasen bei der energetischen Verwertung von Abfall (Carbon Capture) stellen aktuell eine Herausforderung dar.⁷⁸
- Sollte eine Umsetzung der Abscheidung von CO₂ möglich werden, ist vorab der weitere Verbleib des abgeschiedenen CO₂ zu klären. Mit einem Abtransport per Pipelines kann in mittlerer Zukunft nicht gerechnet werden.
- Darüber hinaus gibt es etwa im Gesundheitswesen oder in der gemeinschaftlichen Lebensmittelversorgung hohe hygienische Anforderungen, die bei Maßnahmen zur Abfallvermeidung zu beachten sind.

^a In Wien gibt es auch die Deponie „Langes Feld“, auf der neben Schlacken auch sonstige Abfälle mit geringem Kohlenstoffanteil (TOC-Wert kleiner als 5 Prozent) abgelagert werden.

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

^c Im Gegensatz zur territorialen Emissionsbilanz werden in das Klimabilanzmodell der MA 48 auch weitere Emissionen miteinbezogen.

- Wien ist bei der Transformation der Waren- und Ressourcenströme in Richtung Kreislaufwirtschaft und biobasierter Produkte stark von Entwicklungen am internationalen Markt abhängig.
- Durch die zunehmend spürbaren Auswirkungen der Klimakrise entstehen auch für die Abfallwirtschaft neue Risiken. So können Starkregenereignisse zu lokalen Überschwemmungen und damit temporär zu extrem hohen Abfallmengen, wie Sperrmüll aus überschwemmten Kellern, führen. Dies wird bei der Risiko- und Kapazitätsplanung der Stadt berücksichtigt.

8.5.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Eine Reihe von Regelungen auf europäischer Ebene haben signifikanten Einfluss auf die Umsetzung der Wiener Klimaziele im Bereich des Konsumverhaltens und der Abfallwirtschaft:

- *Revision der Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG*: Die EU-Kommission prüft, ob Abfallverbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle ab 2028 in den EU-Emissionshandel (EU-ETS) einzubeziehen sind. Dabei setzt sich Wien dafür ein, dass im Emissionshandel die wesentlich schädlicheren Methanemissionen aus Deponien berücksichtigt werden, die in vielen EU-Staaten noch immer entstehen, weil Siedlungsabfälle noch direkt deponiert und nicht energetisch verwertet werden.
- *Verpackungsverordnung (EU) 2025/40*: Seit Anfang 2025 gilt erstmals ein EU-weit einheitlicher Rechtsrahmen für Verpackungen und Verpackungsabfälle. Ziele sind die Vermeidung von Abfall, die Förderung wiederverwendbarer Verpackungen sowie verbindliche Anforderungen an die Recyclingfähigkeit von Verpackungen. Einwegverpackungen in bestimmten Bereichen (zum Beispiel Portionsverpackungen in Restaurants) werden ab 2030 verboten. Zur konkreten Umsetzung der Verordnung werden mehrere delegierte Rechtsakte erwartet.
- *Ökodesign-Verordnung (EU) 2024/1781*: Die seit Mitte 2024 geltende Verordnung erweitert Ökodesign-, Leistungs- und Informationsanforderungen auf insgesamt 12 Produktgruppen mit Fokus auf Textilien und Elektrogeräten. Ein „Digitaler Produktpass“ und ein teilweises Vernichtungsverbot für unverkaufte Produkte werden eingeführt.
- *Revision der Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG*: Die 2025 kundgemachte Revision beinhaltet 2 grundlegende Änderungen. Im Bereich der Lebensmittelabfälle sollen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um vermeidbare Lebensmittelabfälle bis Ende 2030 deutlich zu reduzieren. Im Bereich der Textilbewirtschaftung soll eine erweiterte Herstellerverantwortung in den Mitgliedstaaten bis April 2028 implementiert werden. Dafür sollen jegliche Kosten für die Sammlung, Sortierung, Wiederverwendung (Re-Use) und Verwertung von Alttextilien von den Herstellern getragen werden.
- Das 2026 novellierte *Bundesvergabegesetz 2018* setzt wichtige Impulse für die Wiener Kreislaufwirtschaft. Wien setzt sich in diesem Rahmen dafür ein, dass durch die öffentliche Beschaffung Anreize für zirkuläre Lösungen geschaffen beziehungsweise ausgebaut werden.

Die Stadt Wien setzt sich darüber hinaus für EU-weit verbindliche Vorgaben bei Vermeidung, Trennung und Behandlung von Abfällen auf folgenden Ebenen ein:

- Konsequente Durchsetzung eines Deponierungsverbots von unbehandelten Siedlungsabfällen in allen EU-Ländern und eine europaweite Deponiesteuern vor Einbeziehung der Abfallverbrennungsanlagen in den Emissionshandel.

- EU-weit einheitliche Regeln zur Stärkung des Binnenmarkts für Sekundärrohstoffe, vor allem durch Umsetzung des geplanten EU-Rechtsakts zur Kreislaufwirtschaft (*EU Circular Economy Act*).
- Weitere Förderung von Mehrweggetränkeverpackungen (zum Beispiel ökonomische Anreize, Kennzeichnungspflicht).
- Einführung EU-weit einheitlicher Pfandsysteme, insbesondere für Lithium-Batterien.
- Möglichkeit, alle im Kreislauf geführten Wertstoffe (inklusive Verbrennungsrückstände) den Recyclingquoten für Siedlungsabfälle anrechnen zu können.
- EU-Förderprogramme zur Einhaltung der Abfallhierarchie sowie Maßnahmen zur Abfallvermeidung, wie das Recht auf Reparatur, und Förderung von kreislaforientierten Geschäftsmodellen.
- Prüfung eines Verbots des Gratis-Rückversands online bestellter Waren, die keine Mängel aufweisen.

Auf Bundesebene setzt sich die Stadt Wien zum Beispiel im Zuge der Novellierung des *Abfallwirtschaftsgesetzes 2002* für folgende rechtliche Detailregelungen beziehungsweise unterstützende Maßnahmen ein:

- Praxistaugliche Umsetzung und Stärkung der Kreislaufwirtschaft durch die geplante Überarbeitung des *Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG 2002)*.
- Erleichterungen bei der (Vorbereitung zur) Wiederverwendung und bei der Reparatur, zum Beispiel durch die Etablierung einheitlicher Prozesse und Qualitätskriterien für die Vorbereitung zur Wiederverwendung.
- Finanzielle Unterstützung von Re-Use-Betrieben durch Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung.
- Unterstützung bei der Schaffung technischer, rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen für eine etwaige CO₂-Abscheidung aus dem Abgas von Müllverbrennungsanlagen.
- Der konsequente Ausbau der flächendeckenden getrennten Sammlung von Alt- und Wertstoffen, Trennpflichten, praxistaugliche Rücknahmesysteme sowie der Aufbau von Sortierkapazitäten durch hochwertige Aufbereitungs- und Sortieranlagen bilden die Basis für die Bereitstellung qualitätsgesicherter Sekundärrohstoffe am EU-Binnenmarkt und damit auch in Wien.
- Geeignete rechtliche Rahmenbedingungen und Anreize für den Einsatz von Recycling-Phosphor, etwa durch Mindestquoten in Düngemitteln oder eine Finanzierung über EU-Agrarsubventionen.

8.5.4 Unsere Ziele

Neben der Zielsetzung der Reduktion des Materialfußabdrucks^a formuliert die *Smart Klima City Strategie Wien* für das Handlungsfeld Konsum und Abfall folgende Ziele:

- Die Abfallmengen werden durch vielfältige Maßnahmen zur Abfallvermeidung reduziert. Dies dient zudem als Indikator für den privaten Konsum.⁷⁹

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

- Wien übertrifft bis 2030 das EU-Ziel von 60 Prozent Recyclingquote für Siedlungsabfälle.^a
- Bis 2050 werden 100 Prozent der nicht vermeidbaren Abfälle verwertet.
- Die Wiener Abfallwirtschaft ist 2040 klimaneutral. Dies betrifft insbesondere die Emissionen der thermischen Abfallverwertung.

8.5.5 Fahrplan zur Zielerreichung

Seit 2005 sind die territorialen Treibhausgasemissionen (Scope 1) der Abfallwirtschaft trotz des Bevölkerungswachstums und der daraus erhöhten Abfallmengen relativ konstant geblieben (siehe Abbildung 26), was auf eine Verringerung der Pro-Kopf-Abfallemissionen zurückzuführen ist. Bis 2030 beziehungsweise 2035 sollen die verbleibenden Treibhausgasemissionen der Abfallwirtschaft schrittweise so reduziert werden, dass bei einer weiterwachsenden Stadtbevölkerung eine Pro-Kopf-Reduktion von 20 beziehungsweise 30 Prozent erzielt wird. Bis 2040 sollen die Pro-Kopf-Emissionen der Abfallwirtschaft um 75 Prozent im Vergleich zu 2005 reduziert werden.

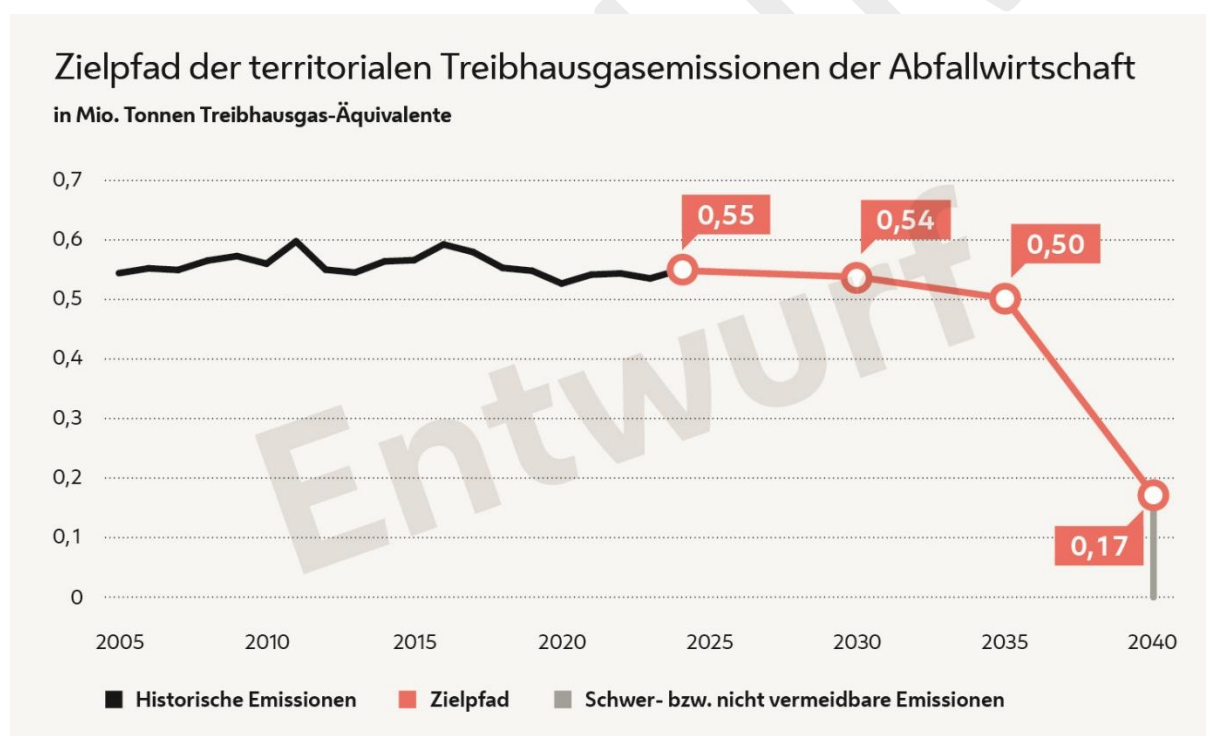


Abbildung 26: Territorialer Treibhausgas-Zielpfad für den Sektor Abfall in Wien bis 2040 (Scope 1) in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI) und eigens erhobenen Daten)

Es ist davon auszugehen, dass 2040 immer noch über 25 Prozent der Emissionen aus der Abfallwirtschaft als nicht vermeidbare Emissionen verbleiben (im Vergleich zu 2005). Diese sind auf verbleibende (aber deutlich rückläufige) Emissionen aus Deponien und Altlasten, auf geringe Emissionen aus dem Abwassersystem sowie insbesondere auf Restemissionen aus der energetischen Abfallverwertung zurückzuführen. Der Großteil der Emissionen aus der energetischen

^a Die EU-Recyclingziele umfassen jene Wertstoffe, die nach der Sammlung, Sortierung bzw. Aufbereitung tatsächlich dem Recycling zugeführt werden. Die Quote ist vom jeweiligen Mitgliedstaat zu erfüllen und wird seitens des österreichischen Umweltbundesamts durch eine Bestandsaufnahme zur Abfallwirtschaft (Statusberichte zum Bundes-Abfallwirtschaftsplan) jährlich berechnet und publiziert. Gemäß Statusbericht 2025 wird für Österreich im Jahr 2023 eine Recyclingquote für Siedlungsabfälle von 62,8 Prozent angegeben, womit die Recyclingquote für 2030 von Österreich bereits erfüllt wird.

Abfallverwertung soll durch die Abscheidung von Kohlenstoff aus den Rauchgasströmen (Carbon Capture) reduziert werden. Diese Technologie birgt noch große rechtliche, technische und finanzielle Herausforderungen, die die Planungssicherheit erschweren.

Auch wenn Abscheidungsmaßnahmen wie Carbon Capture in diesem Handlungsfeld das größte Potenzial zur Treibhausgasreduktion aufweisen, spielt die Verringerung der Restmüllmengen eine wesentliche Rolle, um die Treibhausgasemissionen im Abfallsektor pro Kopf zu reduzieren. Die Menge des Restmülls aus Wiener Haushalten hat sich im Zeitraum 2005 bis 2024 pro Kopf um 16 Prozent verringert, während die Gesamtmenge in etwa konstant geblieben ist. Alt- und Wertstoffe werden bereits jetzt in hohem Ausmaß getrennt gesammelt.

Die Abtrennung von Wertstoffen soll in den nächsten Jahren weiter gesteigert werden. Das verringert die Menge an zu verbrennendem Restmüll beziehungsweise der darin enthaltenen fossilen Kunststoffe und die daraus entstehenden Treibhausgasemissionen. Des Weiteren werden dadurch weniger Primärrohstoffe benötigt und genügend Recyclingmaterial für die Produktion von Gütern in den Kreislauf gebracht. Trotz der stetigen Reduktion der Restmüllmengen ist dessen Beitrag zur Fernwärme allerdings auch in Zukunft gesichert.

Maßnahmen, die zur Verlängerung der Lebensdauer von Produkten, zur Steigerung ihrer Reparaturfähigkeit oder Wiederverwendbarkeit beitragen, reduzieren ebenfalls die Restmüllmengen.^a Alleine durch die Forcierung von Reparaturen im Rahmen des Wiener Reparaturnetzwerks konnten im Jahr 2024 rund 15.000 Tonnen an Treibhausgasemissionen eingespart werden.

8.5.6 Hebel und Maßnahmen

8.5.6.1 Hebel 1: Ressourcenschonend konsumieren und Abfall vermeiden

1. **Städtische Services für Leihen, Tauschen und Wiederverwenden ausbauen:** Der kommunale Re-Use-Verkauf (Annahme auf Mistplätzen, Prüfung durch sozialwirtschaftliche Betriebe und Wiederverkauf an Standorten des 48er-Tandlers) sowie Repair-Cafés werden weitergeführt. Wien unterstützt zudem den Ausbau von Einrichtungen für Verleih und Tausch. Einrichtungen, Initiativen, Orte und Akteur*innen zu den Themen Leihen, Tauschen, Wiederverwendung und Reparatur sowie (Floh-)Märkte und verpackungsarme Läden werden im bestehenden Stadtplan der Stadt Wien (stadtplan.wien.gv.at) integriert (*Re-Use-Map*).
2. **Wiener Reparaturnetzwerk fortführen und ausbauen:** Um eine möglichst flächendeckende Dichte und Erreichbarkeit von Annahmestellen und Reparaturmöglichkeiten – insbesondere für Elektro- und Elektronikgeräte sowie für Kleidung – anzubieten, wird das Reparaturnetzwerk ausgebaut. Es soll die zentrale Anlaufstelle für Information, Koordination und Förderung von zirkulären Dienstleistungen und Veranstaltungen, wie Repair-Cafés, werden. Es bietet neben der Beratung und Unterstützung bei der Organisation auch die Koordination von Freiwilligen, Bewerbung, Logistik, Haftung und Versicherung an.

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

3. **Private Initiativen und sozialwirtschaftliche Betriebe zur Förderung der Ressourcenschonung unterstützen:** Die Stadt fördert Betriebe, private Initiativen und Vereine, die zum Beispiel durch Reparatur, Second Hand oder Sharing zur Ressourcenschonung beitragen, durch Beratung und Bewerbung sowie strukturell beziehungsweise finanziell. Das erfolgreiche Förderprogramm *Wien repariert's – Der Wiener Reparaturbon*⁸⁰ wird weitergeführt. Darüber hinaus forciert die Stadt Wien Services für Unternehmen (Programm *OekoBusiness Wien*⁷³) und Veranstalter*innen (*ÖkoEvent*⁸¹).^a
4. **Nachhaltige Beschaffung in der Stadt Wien stärken (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Das seit vielen Jahren etablierte ökologische Beschaffungsprogramm *ÖkoKauf Wien*⁸² verankert Prinzipien der Kreislaufwirtschaft verstärkt und verbindlich in Beschaffungsvorgängen der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen und Unternehmen. Die Zusammenarbeit städtischer Einrichtungen für die gemeinsame Vergabe wird, wo möglich, verstärkt. Unternehmen und Einrichtungen der Stadt setzen auf nachhaltigen und zirkulären Einkauf und agieren so als Vorreiter*innen und Auftraggeber*innen für die zirkuläre Transformation. Ressourcenschonende Beschaffung wie Re-Use, Product-as-a-Service, Gebrauchtkauf beziehungsweise Reparatur werden, wo möglich, Standard und Neukauf muss begründet werden. Das Monitoring zur Wirkungsorientierung und die Kommunikation von erfolgreichen Kriterien werden ausgebaut.
5. **Öffentliche Einrichtungen als Vorbild etablieren (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Die Stadt Wien und ihre Unternehmungen und Unternehmen reduzieren im direkten Einflussbereich ihren Ressourcenverbrauch und damit ihre Abfälle.^b Dies betrifft auch Pflege-, Gesundheits-, und Bildungseinrichtungen^c sowie die Bewusstseinsbildung bei Mitarbeiter*innen der Stadt Wien.^d Das *Programm Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)*⁸³ setzt Maßnahmen im Sinne der Kreislaufwirtschaft, wie Bedarfsplanung, Reparatur und Recycling, um und entwickelt sie laufend weiter.

8.5.6.2 Hebel 2: Abfall getrennt sammeln und als Ressource zur Verfügung stellen

Viele Abfälle können als Sekundärrohstoffe wieder in Wert gesetzt werden. Voraussetzung ist die laufende Optimierung der getrennten Sammlung durch die Wiener Haushalte und Betriebe.

1. **Getrennte Sammlung von Altstoffen verbessern:** Die Stadt Wien passt weiterhin Mistplätze, Sammelinseln und Behälterstandplätze an die Anforderungen einer zirkulären Stadt an. Dazu zählen die Attraktivität von Sammelinseln, moderne Mistplätze und Angebote zur getrennten Abfallsammlung bei Neu- und Umbauprojekten.
2. **Sammlung und Sortierung von Alttextilien forcieren:** Angestrebt wird eine einheitliche und für die Bevölkerung leicht zugängliche Sammelstruktur. Die Stadt Wien setzt sich zudem für den Aufbau von Sortierkapazitäten für Textilabfälle in Österreich ein, für regionale Wertschöpfung, lokales Re-Use, transparente Verwertungswege und kurze

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Industrie und Gewerbe

^b Siehe auch Kapitel Klimaneutrale Verwaltung

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

Transportwege. Sozialwirtschaftliche Betriebe werden in die Alttextiliensammlung und -sortierung eingebunden.

3. **Sammlung biogener Abfälle verbessern:** Die Bioabfallsammlung^a wird künftig auf Basis der Erhebung des Sammelpotenzials weiter optimiert. Dies erfolgt durch getrennte Sammlung von pflanzlichen Küchenabfällen aus Haushalten über die Biotonne, vor allem aber von Küchenabfällen aus Handel, Gastronomie und Tourismusbetrieben über die Küchentonne, um diese der Kompostierung beziehungsweise Vergärung zuzuführen.
4. **Sammlung sperriger Abfälle und Altstoffe verbessern:** Verwertungsmöglichkeiten für sperrige Altstoffe, wie Matratzen, sowie die Möglichkeiten zur Wieder- und Weiterverwendung, zum Beispiel von Möbelstücken, werden laufend evaluiert und, wo möglich, verbessert.

8.5.6.3 Hebel 3: Abfall behandeln

Abfälle, die nicht vermieden oder recycelt werden können, werden energetisch verwertet. Dafür arbeitet die Stadt Wien an optimierten und möglichst klimaschonenden Prozessen.

1. **Wertstoffgewinnung aus Restmüll forcieren und Entsorgungssicherheit wahren:** Als Ergänzung zur getrennten Sammlung werden Wertstoffe (zum Beispiel Kunststoffe und Metalle, aber auch Papier, Pappe und Karton), die im Restmüll verbleiben, künftig vor der energetischen Verwertung maschinell aussortiert und der stofflichen Verwertung zugeführt. Der hierfür geplante Bau einer modernen Behandlungsanlage im Norden von Wien wirkt sich zudem positiv auf die Abfalllogistik der nördlichen Bezirke aus.
2. **Anlage zur Rückgewinnung von Phosphor errichten:** Phosphor ist ein essenzieller Nährstoff, der für das Pflanzenwachstum unverzichtbar ist und als Düngemittel eingesetzt wird. Die Stadt Wien errichtet dafür eine Anlage zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlammasche. Im Endausbau könnte durch die Rückgewinnung künftig der gesamte Phosphorbedarf der Landwirtschaft in Wien und Niederösterreich abgedeckt werden.
3. **Stoffliche Verwertung von Verbrennungsrückständen optimieren:** Durch die Rückgewinnung von Ressourcen aus den Rückständen nach der Müllverbrennung, zum Beispiel von Metallen und Glas, können diese im Kreislauf geführt werden. Beispiele dazu sind die Bereitstellung von Eisen- und Buntmetallen für die metallverarbeitende Industrie sowie die Herstellung von Schaumglas als Dämmstoff oder der Einsatz einer Gesteinskörnung als Betonzuschlag in der Bauwirtschaft. Die Stadt Wien beteiligt sich dafür an Forschungsvorhaben.
4. **Möglichkeiten für Carbon Capture prüfen:** Wien prüft Möglichkeiten zur CO₂-Abscheidung aus dem Abgas einer bestehenden Abfallverbrennungsanlage im Hinblick auf geeignete Technologien, Kosten und Gesamtklimabilanz, Flächenbedarf, Energiebedarf und Rechtsrahmen. Die Stadt plant beziehungsweise errichtet gegebenenfalls eine Pilotanlage, sofern dies regulatorisch möglich, ökologisch sinnvoll, finanzierbar und wirtschaftlich vertretbar ist.

^a Biogene Abfälle machen mit rund 40 Prozent einen großen Teil des in Wien anfallenden Restmülls aus. Davon besteht derzeit etwa die Hälfte aus vermeidbaren Abfällen wie Lebensmitteln. Nicht vermeidbare Bioabfälle, wie Gartenabfälle, werden im Kompostwerk der Stadt zu hochwertigem Kompost verarbeitet.

8.5.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Eine funktionierende Abfallwirtschaft ist von grundlegender Notwendigkeit für eine lebenswerte Stadt. Sie hält den öffentlichen Raum sauber und trägt dazu bei, die Verbreitung von Krankheitserregern und Parasiten zu verhindern. Um die Abfallwirtschaft möglichst zu entlasten, steht die Vermeidung von Abfällen an erster Stelle.

Rohstoffen gebührenden Wert beimessen, bewusst konsumieren und Dinge teilen statt besitzen, ist auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Langlebige Produkte, eine Reparaturkultur und flexible Nutzungsmodelle erweitern die Möglichkeiten. Eine solche Haltung kann das soziale Miteinander stärken, (Konsum-)Stress verringern und Bewusstsein für die Auswirkungen des eigenen Handelns erhöhen. Diese Herangehensweise spart Kosten für Primärrohstoffe, verringert Abhängigkeiten von globalen Unsicherheiten und stärkt damit Leistbarkeit und Resilienz. Ein ressourcenschonender Konsum hat zudem positive Effekte auf die Wiener Wirtschaft: Unternehmen können neue Märkte erschließen und zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen.

8.6 Lebensmittel und Landwirtschaft

Ernährung und Landwirtschaft sind weit mehr als reine Versorgung – sie sind Ausdruck von Lebensqualität, Resilienz, kultureller Vielfalt und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Die Stadt Wien stärkt ein Ernährungssystem, das regional, biologisch, sozial gerecht und krisenfest ist. Gleichzeitig sichert sie landwirtschaftliche Flächen, fördert Biodiversität und unterstützt eine ressourcenschonende Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln.

8.6.1 Einleitung

Welche Lebensmittel wir konsumieren, wie wir uns ernähren und unsere Lebensmittel produzieren und verarbeiten, hat entscheidende Auswirkungen auf den Klimaschutz, den Erhalt natürlicher Ressourcen, die biologische Vielfalt, die Gesundheit von Mensch und Natur sowie auf die Versorgungssicherheit und soziale Gerechtigkeit in der Stadt.

Global gesehen ist das Ernährungssystem für etwa 30 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.⁸⁴ Ein Großteil der in Wien konsumierten Lebensmittel wird außerhalb der Stadtgrenzen produziert. Vor allem die nach Wien importierten tierischen Produkte wie Fleisch, Eier und Milch verursachen hohe Emissionen⁸⁵ – insbesondere durch die dafür notwendige Futtermittelproduktion sowie durch Verarbeitung und Transport. **Pflanzliche Lebensmittel** wie Getreide, Obst und Gemüse sind deutlich weniger emissionsintensiv. Damit verringert ein bewusster, stärker pflanzenbasierter und regionaler Konsum die durch Ernährung verursachte Klimawirkung deutlich. Von großer Bedeutung ist auch der achtsame Umgang mit Lebensmitteln: In Wien werden pro Person jährlich rund 40 Kilogramm genießbare Lebensmittel entsorgt.⁸⁶ Die **Vermeidung von Lebensmittelverschwendung** ist demnach ein wirksamer Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz. Nicht vermeidbare Lebensmittelabfälle wie Schalen, Stängel und dergleichen können so verwertet werden, dass enthaltene Ressourcen nicht verloren gehen und daraus Energie gewonnen werden kann.^a

Gleichermaßen bedeutsam ist die Erhöhung des Anteils **biologischer Landwirtschaft**, da unser gegenwärtiges Ernährungssystem und die damit verbundene Landnutzung wesentliche Treiber für den Verlust biologischer Vielfalt und die Freisetzung von Treibhausgasen sind.⁸⁷ Innerhalb der Stadtgrenzen werden über 6.336 Hektar landwirtschaftlich genutzt.⁸⁸ Rund 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Wiens werden biologisch bewirtschaftet,⁸⁹ wobei eine weitere Zunahme durch die Umsetzung des *Wiener Bio-Aktionsprogramms 2022+*⁹⁰ erwartet wird. Wien verfügt über eine vielfältige landwirtschaftliche Struktur und einen hohen Anteil an Grünflächen. Besonders im Gemüseanbau – etwa bei Gurken, Salat oder Paradeisern – kann die Wiener Landwirtschaft die Bevölkerung in beachtlichem Ausmaß selbst versorgen.^{88, 91, 92}

Die Wiener Landwirtschaft ist verantwortlich für etwa 1 Prozent der territorialen (Scope 1) Treibhausgasemissionen Wiens. Dies entspricht 0,04 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen. Dazu kommen weitere 0,01 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen, die aus dem Strom- und Fernwärmeverbrauch in landwirtschaftlichen Gebäuden oder Anlagen stammen (Scope 2) (siehe Abbildung 27).^b

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft in Wien im Jahr 2024

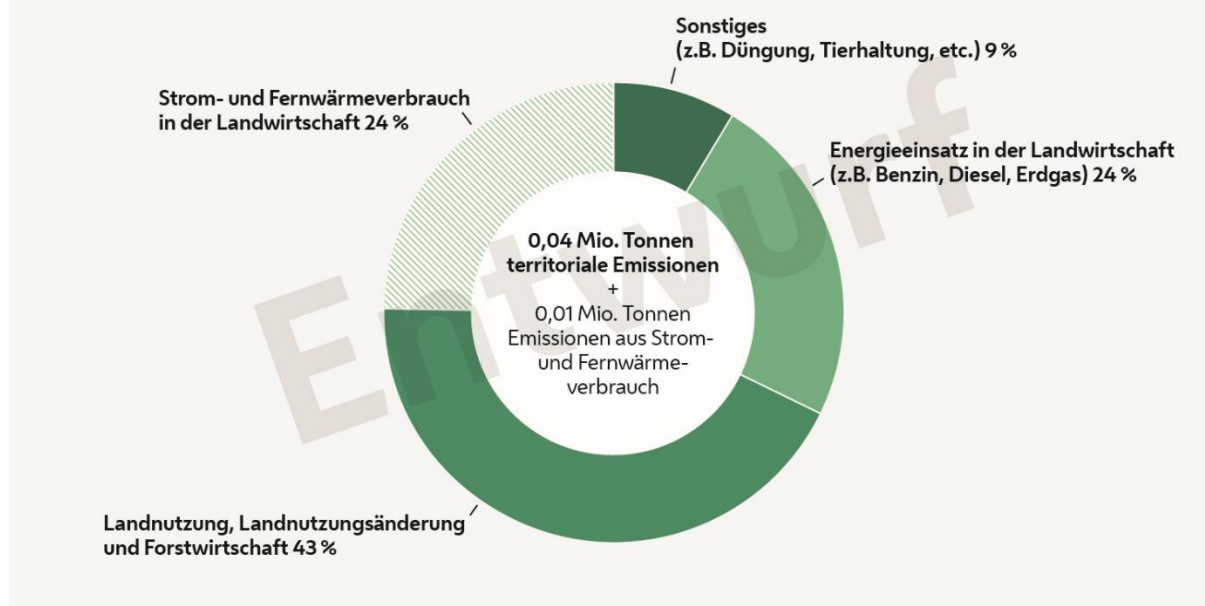


Abbildung 27: Aufteilung der Treibhausgasemissionen aus dem Sektor Landwirtschaft in Wien im Jahr 2024, inklusive Emissionen aus Strom- und Fernwärmeverbrauch (Scope 1 und 2) (Quellen: Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 2026 (BLI), Energiebilanz 2025)

Den größten Anteil der landwirtschaftlichen Emissionen in Wien machen mit 43 Prozent die Emissionen aus der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft aus. Je nach Art der Landnutzung, Bodenart und Bodenparameter wie Feuchtigkeit und Temperatur können Böden unterschiedlich viel Kohlenstoff speichern oder freisetzen. Eine Veränderung der Landnutzung führt daher auch zu Veränderungen bei den Emissionen. Wenn Grünräume gesichert werden, bleiben Emissionen in natürlichen Senken gespeichert.^a Wenn aber zum Beispiel Bäume verloren gehen, werden Emissionen freigesetzt.

Rund 24 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen auf Emissionen aus dem Einsatz fossiler Energien zurück (zum Beispiel in landwirtschaftlichen Fuhrparks und Gasheizungen in Gewächshäusern) und rund 24 Prozent entfallen auf Emissionen aus dem Verbrauch von Strom und Fernwärme in landwirtschaftlichen Betrieben (Scope 2). Weitere 9 Prozent werden durch Bodenbewirtschaftung und Düngung in der konventionellen Landwirtschaft verursacht, etwa durch Stickstoffeintrag oder Kalkung. Methanemissionen aus der Tierhaltung innerhalb der Wiener Stadtgrenzen haben einen geringen Stellenwert.

Jedoch verursacht insbesondere der Konsum von Lebensmitteln einen großen **Materialfußabdruck** und damit verbundene hohe Emissionen, die zum Beispiel bei der Produktion sowie in der vorgelagerten Lieferkette von Nahrungsmitteln, wie zum Beispiel Fleisch, außerhalb Wiens (Scope 3) entstehen.^b Diese **globalen Emissionen** sind nicht in Abbildung 27 enthalten, deren Reduktion ist jedoch ein wichtiger Hebel für den Klimaschutz und die Stärkung regionaler Versorgungssicherheit.^c

^a Siehe auch Kapitel Klimaschutz

^b Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

^c Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

Neben der Nahrungsmittelproduktion leistet die Landwirtschaft wichtige Beiträge zur **Landschaftspflege** und dem **Natur- und Artenschutz**. Die Ausgestaltung landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsformen hat großes Potenzial für die Förderung der Biodiversität und ökologischen Qualität. Dafür können beispielsweise extensiv genutzte Wiesen und Weiden, das Anlegen von Biodiversitätsflächen, die Förderung und Erhaltung von Landschaftselementen und Habitatstrukturen oder Mischkulturen, Fruchtfolgen und Humusaufbau umgesetzt werden.

Längerfristig bietet sich durch einen vorteilhaften Humusaufbau auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Böden auch die Chance, Kohlenstoff zu speichern und damit der Atmosphäre zu entziehen und gleichzeitig die Fruchtbarkeit und Wasserspeicherkapazitäten des Bodens zu erhöhen.

8.6.2 Herausforderungen

Die Lebensmittelversorgung in Wien steht vor wachsenden Herausforderungen: Steigende Temperaturen, längere Trockenperioden und häufigere Extremwetterereignisse wirken sich stark auf die landwirtschaftliche Produktion aus. Der Verlust von Biodiversität schwächt Resilienz und Stabilität landwirtschaftlicher Systeme. Ernteausfälle sind die Folge. Weiters verdeutlichen globale Krisen – etwa Pandemien, Kriege oder Energieengpässe – die Wichtigkeit beziehungsweise Notwendigkeit einer resilienten, regionalen Lebensmittelversorgung.

Hinzu kommen strukturelle, rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die großen Einfluss auf die Maßnahmenumsetzung haben:

- Ein Großteil der in Wien konsumierten Lebensmittel wird nicht in Wien produziert. Die Stadt hat daher nur begrenzten Einfluss auf Produktions- und Lieferketten.
- Ernährung ist ein emotional, kulturell und durch Genderaspekte geprägtes Thema. Essgewohnheiten, Konsumententscheidungen und Einstellungen zu Lebensmitteln sind teils tief verankert. Da die Planung von Einkauf, Zubereitung und Verpflegung im Alltag häufig als Teil der Care-Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, ist eine soziale und gendersensible Herangehensweise wichtig. Wirksame Veränderungen erfordern langfristige Bewusstseinsbildung, Information und Beteiligung sowie das Aufzeigen attraktiver, gesunder, vorteilhafter Alternativen.
- Einfluss auf Bewirtschaftungsformen kann vor allem auf stadteigenen Flächen ausgeübt werden, während landwirtschaftliche Flächen in privatem Eigentum über Anreizsysteme, Förderungen, Beratung, Information und Kooperationen erreicht werden können. Dies betrifft gleichermaßen die Ausweitung des biologischen Landbaus, biodiversitätsfördernde Maßnahmen sowie die Einführung innovativer Anbau- und Bewirtschaftungsformen.
- Steigende Bodenpreise und begrenzte städtische Budgets erschweren den Ankauf, die Sicherung und langfristige Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen. Eine vorausschauende Flächenpolitik und der effiziente Einsatz bestehender Instrumente sind daher entscheidend, um Ernährungssicherheit, Biodiversität und Klimaziele dauerhaft miteinander zu verbinden.
- Hinzu kommen rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich der Lebensmittelweitergabe und -verwertung, die teils bundesrechtlich geregelt sind und die Umsetzung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung oder Umverteilung genießbarer Lebensmittel erschweren (können). Eine enge Abstimmung mit der Bundesebene ist daher erforderlich, um bestehende Spielräume bestmöglich zu nutzen.

- Auch im Bereich der Gastronomie sind die direkten Einflussmöglichkeiten der Stadt Wien begrenzt. Die Transformation hin zu einer stärker regionalen, saisonalen und klimafreundlichen Lebensmittelversorgung kann hier vor allem über freiwillige Vereinbarungen, Beratung, Vorbildwirkung öffentlicher Einrichtungen und Bewusstseinsbildung unterstützt werden.

8.6.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Ernährung und Landwirtschaft sind in hohem Maß durch nationale und europäische Rahmenbedingungen geprägt, nicht zuletzt aufgrund der international verflochtenen Nahrungsmittelmärkte und der hohen Import- und Exportquoten.

- Auf EU-Ebene bildet insbesondere die *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* den zentralen Rahmen für landwirtschaftliche Produktion, Förderstrukturen und Bewirtschaftungsformen. Die nationale Ausgestaltung dieser Instrumente erfolgt im Rahmen des österreichischen *GAP-Strategieplans*.⁹³ Auf nationaler Ebene ist das *Agrarumweltprogramm (ÖPUL)*⁹⁴ ein zentrales Instrument zur Umsetzung der GAP und damit der Agrarpolitik und der regionalen Entwicklung in Österreich.
- Die EU will mit der Strategie „*Vom Hof auf den Tisch*“ (*Farm to Fork Strategy*)⁹⁵ die Lebensmittel für Europa gesünder und nachhaltiger machen. Dafür sollen unter anderem ein nachhaltigeres Lebensmittelkonsumverhalten und eine gesündere Ernährung gefördert sowie Lebensmittelverluste und -verschwendung verringert werden. Mit dem *EU-Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft* soll der Anteil der biologischen landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 2030 auf 25 Prozent angehoben werden.
- Die EU verhandelte von 1999 bis 2026 ein *Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten*, um den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Das Abkommen besteht aus 2 Instrumenten: Das *EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen* verbindet politischen Dialog, Zusammenarbeit und Handel und das *Interimsabkommen über den Handel* enthält Handels- und Investitionsverpflichtungen. Seit dem 1. Mai 2026 wird das Interimsabkommen über den Handel vorläufig angewendet.
- Der *Bundes-Abfallwirtschaftsplan (B-AWP)* gibt einen detaillierten Einblick in die österreichische Abfallwirtschaft und leitet daraus Maßnahmen, Strategien und Programme ab. Das Bundes-Abfallvermeidungsprogramm nennt als Leitziel die Halbierung des Pro-Kopf-Aufkommens an vermeidbaren Lebensmittelabfällen auf Einzelhandel- und Verbraucher*innen-Ebene bis 2030.
- Durch die *Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG* sind die EU-Mitgliedstaaten angehalten, Lebensmittelabfälle bis 2030 zu verringern. Die Mitgliedstaaten sollen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um vermeidbare Lebensmittelabfälle bis Ende 2030 deutlich zu reduzieren. Dies beinhaltet eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung um 10 Prozent bei der Verarbeitung und Herstellung und um 30 Prozent pro Kopf in Einzelhandel, Restaurants und Haushalten, jeweils im Vergleich zum Durchschnitt 2021–2023.
- Zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen wurde 2021 die österreichische *Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen*⁹⁶ veröffentlicht. Die Bundesländer und Kommunen sind für die Bewirtschaftung der Abfälle aus Haushalten verantwortlich und deshalb unverzichtbare Partner*innen bei der Umsetzung.
- Der Bund hat mit dem *Gesundheitsziel 7* festgelegt, „[g]esunde und nachhaltige Ernährung für alle zugänglich [zu] machen“.⁹⁷ Die Gesundheitsziele bilden bis zum Jahr 2032 den Handlungsrahmen für eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik.

- Die *Österreichischen Ernährungsempfehlungen*⁹⁸ basieren auf der optimalen Zusammenstellung von Lebensmittelgruppen für eine gesunde Ernährung. Sie berücksichtigen dabei nicht nur gesundheitliche, sondern ausdrücklich auch Klima- und Nachhaltigkeitskriterien.
- Die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von bestimmten verpackten Lebensmitteln (zum Beispiel Rindfleisch) im Einzelhandel wurde zur Transparenz für Konsument*innen bundesweit geregelt. Durch die *Verordnung über Angaben der Herkunft von Zutaten in Speisen, die in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung abgegeben werden* wurde weiters eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung für Rind-, Schweine-, Schaf-, Ziegen-, Geflügel- und Wildfleisch, Milch und Ei in Speisen in Gemeinschafts- und Großküchen festgelegt.

8.6.4 Unsere Ziele

Wien reagiert auf die Herausforderungen mit klaren Zielen: Ein regionales, biologisches, sozial gerechtes und krisenfestes Ernährungssystem, das sich von einer ressourcenschonenden und ökologischen Landwirtschaft über den leistbaren Zugang zu Biolebensmitteln bis zur Reduktion von Lebensmittelabfällen erstreckt.

In der *Smart Klima City Strategie Wien* werden dazu folgende Ziele festgelegt:

- Die Lebensmittelversorgung in Wien erfolgt in hohem Maß aus der Stadt und der Region, bevorzugt durch Biobetriebe und verstärkt durch Stadtlandwirtschaft.
- Die Lebensmittelverschwendung wird bis 2030 um 50 Prozent und bis 2050 laufend auf ein Mindestmaß reduziert (im Vergleich zum Basisjahr 2005).
- Wien fördert die biologische Vielfalt.

8.6.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Mit der Unterzeichnung des *Milan Urban Food Policy Pact*⁹⁹ im Jahr 2015 hat sich Wien dazu bekannt, ein nachhaltiges Ernährungssystem zu fördern, das ökologische, soziale und ökonomische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Das Engagement erstreckt sich dabei auf öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen ebenso wie auf landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen.

Der *Wiener Lebensmittelaktionsplan (Wien isst G.U.T. – Gesund, Umwelt- und klimafreundlich, Tierfair)*¹⁰⁰ hat zum Ziel, Verhaltensweisen zu fördern, die geringstmögliche negative Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Mensch und Tier haben – und zugleich sozial verträglich sowie wirtschaftlich tragfähig sind. Aufbauend auf langjährigen Erfahrungen und bestehenden Programmen wurden Maßnahmen in den Bereichen öffentlicher Beschaffung, Kooperation mit Betrieben, Abfallvermeidung und Bewusstseinsbildung strukturell verankert.

Ein zentrales Instrument zur Zielerreichung ist die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen durch den *Agrarstrukturellen Entwicklungsplan (AgSTEP 2024)*¹⁰¹. Dieses bewährte Raumordnungsinstrument dient zur Sicherung und Erhaltung der Wiener Landwirtschaftsgebiete. Als übergeordnetes, langfristig wirksames Leitbild für die urbane Landwirtschaft wird es jeweils im aktuellen Stadtentwicklungsplan verankert.

Einfluss auf die globalen Treibhausgasemissionen haben jedoch nicht nur die in Wien produzierten, sondern vor allem die nach Wien importierten Lebensmittel, die den Großteil der in Wien

konsumierten Lebensmittel ausmachen. Nicht zuletzt deshalb ist bei der Gestaltung der Maßnahmen insbesondere auf die bestmögliche Vermeidung von Treibhausgasemissionen entlang der Lieferkette zu achten. Dies kann nur durch den Konsum von regionalen und überwiegend pflanzenbasierten Produkten in Kombination mit weniger Lebensmittelverschwendung geschehen.

8.6.6 Hebel und Maßnahmen

8.6.6.1 Hebel 1: Ernährungssysteme regional, nachhaltig und resilient gestalten

1. **Lebensmittelaktionsplan *Wien isst G.U.T.* weiterentwickeln:** Im Rahmen der Weiterentwicklung des Lebensmittelaktionsplans¹⁰⁰ erarbeitet die Stadt im Sinne einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie auch Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung, insbesondere zur Umsetzung der österreichischen Ernährungsempfehlungen (*Ernährungspyramide*⁹⁷, *Gesunder Teller*¹⁰²) sowie des *Gesundheitsziels 7* des Bundes. Die Maßnahmen erarbeitet die Stadt gemeinsam mit relevanten Akteur*innen (zum Beispiel Landwirtschaft, Wissenschaft und NGOs) unter Einbeziehung von Pilotierungen auf Bezirksebene.
2. **Regionale, klimaschonende Versorgungsstrukturen ausbauen:** Um biologische und regionale Lebensmittel für die Bevölkerung erreichbar und leistbar zu machen, unterstützt die Stadt ein vielseitiges und niederschwelliges Angebot an Bauernmärkten, FoodCoops, solidarischen Landwirtschaften und weiteren Direktvermarktungsformen sowie lokale Selbstversorgung in Form von Gemeinschaftsgärten und mehr Pflanzungen von Fruchtgehölzen und Nutzpflanzen im öffentlichen Raum. Dafür werden bestehende Programme und Initiativen, auch mit Partner*innen in der Metropolregion, stärker vernetzt.
3. **Urbane Lebensmittelverarbeitung stärken:** Insbesondere Betriebe, die Lebensmittel vor Ort im Stadtgebiet verarbeiten, werden bei der Entwicklung innovativer Produkte und Geschäftsmodelle unterstützt. Dafür werden Kooperationen und institutionelle Zusammenarbeit mit Stakeholder*innen wie der Landwirtschaftskammer Wien, der Wirtschaftsagentur Wien (Bereich Food Innovation) oder *OekoBusiness Wien* verstärkt.

8.6.6.2 Hebel 2: Nachhaltige, gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, bei Veranstaltungen und in der Gastronomie stärken

Zur Gemeinschaftsverpflegung zählt die Verpflegung in öffentlichen sowie privaten Einrichtungen wie Spitälern, Kindergärten, Schulen, Alters- oder Pflegeheimen. In ihrem Wirkungsbereich verfügt die Stadt Wien über die Gestaltung des Einkaufs und der Menüpläne über einen wichtigen Hebel zur Umsetzung der österreichischen Ernährungsempfehlungen sowie zur Reduktion ernährungsbedingter Treibhausgasemissionen.

1. **Nachhaltige, biologische und faire Lebensmittel in öffentlichen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung) und privaten Einrichtungen verankern:** Der Anteil an biologischen und pflanzlichen Produkten wird sukzessive gesteigert – mit dem Ziel einer Bio-Quote von mindestens 55 Prozent bis 2030 in allen öffentlichen Einrichtungen.

Ergänzend werden klimaschonende Ernährungspläne und fleischfreie Tage eingeführt, deren gesundheitliche und finanzielle Vorteile evaluiert werden. Bio-Quoten, verbindliche Standards für Tierwohl und lückenlose Transparenz bei Herkunft, Haltung und Qualität werden im Rahmen des Programms *ÖkoKauf Wien* geregelt. Die Kriterien werden laufend adaptiert und sind von den Einrichtungen der städtischen Gemeinschaftsverpflegung verpflichtend einzuhalten. Der Erhalt von Frischküchen wird ebenso unterstützt. Für private Einrichtungen werden Pilotprojekte und gezielte Anreize für eine Beteiligung an den Maßnahmen gesetzt.

2. **Nachhaltige Gastronomiebetriebe stärken:** Das Beratungsangebot sowie das Gütesiegel *Natürlich gut essen*¹⁰³ für die Wiener Gastronomie werden weiterentwickelt. Schulungs- und Unterstützungsangebote für Gastronom*innen werden praxisnah erweitert und niederschwellig zugänglich gemacht.
3. **Nachhaltige Ernährung bei Veranstaltungen stärken:** In Wien werden Veranstalter*innen durch Beratungsleistungen verstärkt dabei unterstützt, alle Veranstaltungen der Stadt Wien möglichst nach *ÖkoEvent (PLUS)*-Kriterien auszurichten.^a Das bedeutet unter anderem, dass Speisen vermehrt biologisch hergestellt werden sollen, so oft wie möglich Fleischangebote reduziert und Lebensmittelabfälle vermieden werden.
4. **Mehrwegverpackungen fördern:** Wien stärkt die Nutzung von Mehrwegverpackungen in der Gastronomie durch Informations- und Anreizsysteme, etwa durch Beratung, mediale Kampagnen, die Umsetzung entsprechender Infrastrukturen oder durch Sichtbarkeit der Nutzung durch entsprechende Betriebe im Stadtplan der Stadt Wien (stadtplan.wien.gv.at). Im eigenen Wirkungsbereich setzt die Stadt entsprechend den *ÖkoKauf Wien*-Kriterien konsequent auf Mehrwegsysteme.
5. **Bewerbung des Projekts *Wiener Lebensmitteldrehscheibe*:** Es werden Möglichkeiten zur Weitergabe überschüssiger, genießbarer Lebensmittel aus der Gemeinschafts- und Eventverpflegung an soziale Einrichtungen in Wien geprüft.

8.6.6.3 Hebel 3: Ernährungskompetenz fördern und Bewusstsein stärken

1. **Ernährungskompetenz in der Bevölkerung und Verwaltung stärken:** Dies wird erreicht durch innovative, partizipative Bildungsformate (wie etwa *SchoolFood4Change*¹⁰⁴, *FoodTrailer*, *WeltTellerFeld*¹⁰⁵, *Wiener Schulfruchtprogramm*, *Schule am Bauernhof* und dergleichen). Bestehende Initiativen werden gezielt vernetzt und weiterentwickelt. Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung der Stadt werden um Angebote zur Ernährung ergänzt. An Wiener Bildungseinrichtungen wird eine natürliche, ganzheitliche Ernährungskultur gefördert. Themen wie urbane Landwirtschaft, nachhaltige Lebensmittel und eine zeitgemäße Wiener Genussküche werden etabliert.
2. **Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeiter*innen hinsichtlich Nachhaltigkeit ausbauen:** Besonderer Fokus liegt auf der Beschaffung, Zubereitung und Ausgabe von Lebensmitteln und Speisen für eine gesunde und nachhaltige Küche mit wenig Lebensmittelabfällen. Speziell für Küchenpersonal werden Weiterbildungsangebote wie

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

das Programm *Natürlich gut kochen* ausgebaut, um Fachkompetenz und klimafreundliche Praxis zu verbinden.

3. **Wissen austauschen und Kompetenzen ausbauen:** Wien schafft Angebote für lokalen und partizipativen Austausch von Wissen in den Bereichen urbane Landwirtschaft, Ernährungskompetenz und nachhaltige Lebensmittel. Ziel ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse gemeinsam mit Akteur*innen aus der Praxis für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in anwendbare Lösungen überzuführen – etwa durch Pilotprojekte, Lernräume und Kooperationen mit Forschungseinrichtungen.
4. **Bewusstsein für die Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der Bevölkerung stärken:** Wien leistet Informations- und Aufklärungsarbeit in Schulen und Haushalten (DIE UMWELTBERATUNG, Infobroschüren, Unterrichtsmaterialien). Wien setzt sich zudem beim Bund für die Durchführung einer österreichweiten Kampagne zur Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums ein.
5. **Beratung und Unterstützung von Betrieben:** Zur Reduzierung von vermeidbaren Lebensmittelabfällen werden soziale Einrichtungen beim Ausbau der Lagerungs- und Kühlinfrastruktur für den Transport von Lebensmittelspenden zur effizienteren Umverteilung weiterhin unterstützt (zum Beispiel durch Beratung, Förderung). Auch werden Großküchen (Spitäler, Kindergärten, Kantinen) im Rahmen der bundesweiten Initiative *United Against Waste*¹⁰⁶ beraten, und zugleich werden Initiativen wie die *GenussBox*¹⁰⁷ erhalten und ausgebaut. Beratungen zum Thema Verwertung von Lebensmitteln oder Kooperationen mit Unternehmen werden weiter vorangetrieben, mit dem Ziel, Lebensmittelreste energie- und ressourceneffizient zu verwerten.

8.6.6.4 Hebel 4: Städtische Landwirtschaft stärken und Flächen sichern

1. **Landwirtschaftliche Flächen im Stadtgebiet und Umland erhalten:** Ziel ist es, agrarische Nutzflächen vor Versiegelung und Nutzungsdruck zu schützen und landwirtschaftlich genutzte Böden in größtmöglichem Ausmaß zu erhalten. Dies erfolgt durch vorausschauende Flächenwidmung, langfristige Pachtverträge sowie gezielte Ankäufe. In Stadtentwicklungsgebieten, in denen gemäß *AgSTEP 2024* landwirtschaftliche Flächen vorgesehen sind, soll die Lebensmittelproduktion als moderne Form der städtischen Landwirtschaft mit lokalen Akteur*innen verstärkt umgesetzt werden.
2. **Biologische, ressourcenschonende Landwirtschaft forcieren:** Die Stadt vertreibt ihre biologischen Produkte unter anderem mit der eigenen Marke *Wiener Gusto*¹⁰⁸ (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung). Weiters unterstützt die Stadt private Agrarbetriebe in Kooperation mit der Wiener Landwirtschaftskammer und durch Weiterentwicklung der Bioförderung (beispielsweise *Wiener Bio-Aktionsprogramm 2022+⁹⁰*) sowie gezielte Unterstützungs- und Weiterbildungsprogramme bei der betrieblichen Umstellung auf biologische Landwirtschaft.
3. **Innovative Formen der urbanen Landwirtschaft verankern:** Innovation bezieht sich dabei auf Anbaumethoden und Nahrungsmittelproduktion. Dafür unterstützt die Stadt urbane Landwirtschaft mit Planung, Bewilligung und Pilotprojekten, prüft die Gestaltung notwendiger regulatorischer Rahmenbedingungen und fördert die Kombination mit Bildungs-, Sozial- oder Nachbarschaftsinitiativen. Gleichmaßen zählen auch

Bewirtschaftungsformen mit Mehrfachnutzen dazu – etwa Projekte, die (extensive) landwirtschaftliche Nutzung mit Naturschutz, Biodiversitätsförderung, Erholung oder Landschaftspflege verbinden.

8.6.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Ernährung ist Lebensgrundlage und Voraussetzung für ein gesundes Leben. Eine stärker pflanzenbasierte, biologische, regionale und saisonale Ernährung reduziert negative Klima- und Umweltwirkungen deutlich und bringt gleichzeitig erhebliche gesundheitliche Vorteile mit sich. Ein breiter Einsatz von biologischer Landwirtschaft und die Unterstützung von regionalen, klimaschonenden Versorgungsstrukturen machen diese Produkte leistbarer, womit gesunde Lebensmittel für die gesamte Bevölkerung zugänglicher werden. Zudem werden dadurch die Versorgungssicherheit erhöht und durch regionale Strukturen lokale Wertschöpfungen unterstützt.

Die Landwirtschaft und das Ernährungssystem tragen über die reine Versorgungsleistung hinaus wesentlich zu einem guten Leben in Wien bei. Eine vielfältig und nachhaltig bewirtschaftete Landwirtschaft kann strukturreiche Kulturlandschaften mit hohem ökologischem Wert schaffen, Lebensräume und Artenvielfalt unterstützen und Ökosystemleistungen fördern. In der Verbindung von Landwirtschaft, Naturschutz und Erholung entstehen Mehrfachnutzen, die den Naturraum erlebbar machen, das Landschaftsbild prägen und zur ökologischen Resilienz der Stadt beitragen.

8.7 Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Strategien, Prozesse und Vorgaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung entscheiden langfristig über die Gestaltung von Stadtstrukturen, insbesondere öffentlichen Räumen und Lebensumfeldern und legen einen entscheidenden Grundstein für den Weg zur Klimaneutralität. Sie prägen das Verhalten der Bevölkerung und den daraus resultierenden Ressourcenbedarf über Jahrzehnte. Im Fokus stehen die Transformation des Bestands, klimaresiliente Quartiere mit kurzen Wegen, hochwertige Grün- und Freiräume sowie die Integration der Prinzipien der Kreislaufwirtschaft.

8.7.1 Einleitung

Wie unterschiedliche Bedarfe einer wachsenden Stadt erfüllt und miteinander verknüpft werden, hat langfristige und vielfältige Auswirkungen. Es entscheidet über die Widerstandsfähigkeit gegenüber Hitze, Starkregen und Trockenperioden, den Umgang mit Wasser, Boden und anderen Ressourcen, die Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und damit über die Lebensqualität kommender Generationen.

Wien baut dabei auf erfolgreichen Entwicklungen der Vergangenheit auf. Über Jahrzehnte wurden wirkungsvolle Prinzipien und Strategien in der Stadtplanung verankert: die Stadt der kurzen Wege, gute Erreichbarkeit durch den öffentlichen Verkehr, gendersensible Planung, qualitativ hochwertige Grünräume und öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität, die gesellschaftliche Teilhabe und Mitwirkung begünstigen. Der im Frühjahr 2025 beschlossene *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* greift diese Prinzipien auf und behandelt sie mit einem besonderen Fokus auf Klimaschutz, Ressourcenschonung und Klimaanpassung.

Wien weist österreichweit weiterhin die geringste Flächeninanspruchnahme im Bundesländervergleich auf: Im Jahr 2025 waren es 121,6 Quadratmeter pro Einwohner*in, während der österreichische Durchschnitt bei 617,7 Quadratmetern lag. Zwischen 2022 und 2025 wuchs die Bevölkerung in Wien um 5 Prozent. Die Flächeninanspruchnahme nahm lediglich um 0,3 Prozent zu.¹⁰⁹ Darüber hinaus tragen der hohe Grünanteil, der Erhalt von Luftleit- und Kaltluft-Abflussbahnen sowie der gute Zugang zu Wasserflächen wesentlich zur Klimaanpassung und Lebensqualität bei. Die sanfte Stadterneuerung stärkt seit Jahrzehnten den Gebäudebestand und reduziert den Bedarf an ressourcenintensiven Neubauten.

Die Struktur der Stadt und die Gestaltung des öffentlichen Raums wirken sich darauf aus, wie hoch ihr Materialfußabdruck ist. Werden bei Bauprojekten zirkuläre Bauweisen und die dafür nötigen Flächen für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft berücksichtigt, reduziert das den Materialeinsatz, es entstehen weniger Emissionen und Ressourcen werden geschont.^a

8.7.2 Herausforderungen

Die Stadt Wien steht vor einem anspruchsvollen Balanceakt zwischen Klimakrise und weiterem Bevölkerungswachstum, der sich mit zunehmenden Temperaturen verschärft:

^a Siehe auch Kapitel Kreislaufwirtschaft

- Die Stadtbevölkerung wächst. Wien forciert deswegen die Erneuerung und Ergänzung der Bestandsstadt und eine flächenschonende Stadterweiterung. Für die Stadterweiterung werden jene Gebiete berücksichtigt, die im Leitbild Siedlungsentwicklung im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* verortet sind, insbesondere die prioritären Stadterweiterungsgebiete sowie große Einzelprojekte.
- Neue Nutzungsansprüche führen zu Flächenkonkurrenzen und erhöhen den Nutzungsdruck auf Grün- und Freiräume. Erhalt und Ausbau dieser Räume bleiben prioritäre Zielsetzungen der Stadt Wien. Die Stadt koordiniert daher Planungsprozesse zeitlich und räumlich frühzeitig, um Ausgewogenheit und Synergien bei Flächenbedarfen herzustellen.
- Häufigere Hitzeperioden beeinträchtigen die Lebensqualität und belasten die Gesundheit. Zielkonflikte, etwa zwischen Mobilität, Begrünung, Energie-, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastrukturen wie auch Wohnen, müssen in Planungsprozessen systematisch abgewogen werden. Die Stadt Wien setzt kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Milderung der Folgen.
- Extremwetterereignisse bringen technische Infrastrukturen und Entwässerungssysteme an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb stärkt die Stadt Wien die ressortübergreifende Zusammenarbeit für einen klimaresilienten öffentlichen Raum und einen bewussten, schonenden Umgang mit Wasser.^a

Diesen Herausforderungen begegnet die Stadt Wien mit der Schaffung und Stärkung klimaangepasster und gleichzeitig ressourcenschonender Stadtstrukturen, Gebäude, technischer Infrastrukturen und öffentlicher Räume durch klimasensible Planung.

8.7.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Die Entwicklung der Wiener Stadtstrukturen und des öffentlichen Raums orientieren sich an folgenden europäischen Strategien und Verordnungen:

- Der *European Green Deal* hat zum Ziel, bis 2050 die Klimaneutralität in der EU zu erreichen. Daraus ergeben sich Anforderungen an Klimaschutz, Ressourcenschonung und die Energiewende.
- Die *EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel COM(2021) 82* sieht vor, dass Städte widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels werden, etwa durch Begrünung, Hitzeschutz und Wassermanagement.
- Die *EU-Bodenstrategie für 2030 COM(2021) 669* verfolgt das Ziel, die Ressource Boden langfristig zu schützen und eine flächensparende Entwicklung zu fördern. Sie bildet damit eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung sowie für die Erreichung von Klima-, Umwelt- und Biodiversitätszielen.
- Die *EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (EU) 2024/1991* zielt auf die Stärkung der Biodiversität und die Klimaanpassung in Städten ab, etwa mittels Ausweitung und qualitativer Verbesserung von Grünräumen sowie Erhöhung des Baumüberschirmungsgrads.
- Des Weiteren formuliert die *Neue Leipzig-Charta* das Leitbild einer gerechten, grünen und produktiven Stadt und betont integrierte Stadtentwicklung sowie Beteiligung.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

- Zudem liefert die *Neues Europäisches Bauhaus (NEB) Initiative*¹¹⁰ wichtige Gestaltungsprinzipien, Förderformate und Bewertungskriterien als Impulse für Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion in der Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Auf Bundesebene geben rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen wie überregionale Infrastrukturplanungen die Handlungsspielräume vor. Zugleich beeinflussen Pendelbewegungen, Siedlungsentwicklung und Infrastrukturbedarf in der dynamisch wachsenden Metropolregion die räumliche Entwicklung Wiens. Um neue Flächeninanspruchnahme möglichst gering zu halten, klimafreundliche Mobilität zu stärken und Versorgungssysteme resilient zu gestalten, setzt die Stadt Wien auf enge Kooperation mit der Ostregion, dem Bund (etwa im Rahmen des *Österreichischen Raumentwicklungskonzepts ÖREK 2030*) und der EU.

8.7.4 Unsere Ziele

Vor diesem Hintergrund hat sich die Stadt Wien in der *Smart Klima City Strategie Wien* insbesondere folgende Ziele gesetzt:

- Alle Bau- und Stadtentwicklungsvorhaben in Wien werden hinsichtlich ihres Beitrags zur Anpassung an den Klimawandel geprüft und optimiert.
- Wien realisiert und fördert die Stadt der kurzen Wege mit kurzen Wegstrecken, lebendigen, gemischt genutzten Stadtteilen und einer Neuverteilung des öffentlichen Straßenraums zugunsten von aktiver Mobilität, Öffis und attraktiven Verweilmöglichkeiten.
- Alle Menschen in Wien haben innerhalb von 250 Metern Zugang zu qualitativem Grünraum.
- Zum Schutz gegen die sommerliche Überhitzung werden stadtklimatisch wirksame Grün- und Freiflächen ausgebaut, neu geschaffen und strukturell verbessert.
- Bei der Errichtung neuer Stadtteile werden hochwertige, öffentlich zugängliche Grünräume frühzeitig gesichert und gestaltet.
- Begrünungen, Beschattungen und weitere Maßnahmen im öffentlichen Raum reduzieren die (gefühlte) Temperatur im Sommer maßgeblich und ermöglichen lebendige klimafitte Grätzl.
- In Wien wird möglichst viel Regenwasser lokal in den natürlichen oder naturnahen Wasserkreislauf zurückgeführt.
- Die natürlichen Bodenfunktionen sind durch die Erhaltung und Schaffung von unversiegelten Flächen gesichert.

Des Weiteren sind die im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan STEP 2035* verankerten Zielsetzungen handlungsanleitend. Im Mittelpunkt stehen Klimaschutz, Klimaanpassung und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen, umgesetzt durch eine kompakte Stadtentwicklung, den Erhalt und Ausbau von Grünräumen, nachhaltige Mobilität, leistbares Wohnen, eine starke Wirtschaft sowie eine soziale und gerechte Stadt und hohe Lebensqualität. Ziel ist es, Wien klimafit, lebenswert und zukunftssicher zu gestalten.

8.7.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Der *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* baut auf bestehende Qualitäten der Stadtplanung und Stadtentwicklung auf und reagiert zugleich auf zukünftige Herausforderungen. Er verankert klimarelevante und ressourcenschonende Zielsetzungen und Vorgaben in allen Planungsphasen. Dazu zählen kompakte Siedlungsstrukturen, qualitätsvolle Dichten, sparsamer Umgang mit Boden, hochwertige Grünräume und eine klimaorientierte Gestaltung des öffentlichen Raums. Die Stadt der kurzen Wege wird durch kompakte, gemischt genutzte Quartiere und die Neuverteilung des Straßenraums zugunsten der aktiven Mobilität gestärkt. Die Förderung der aktiven Mobilität, Steigerung der Aufenthaltsqualität, Multifunktionalität und Nutzungsoffenheit ergänzen die Planungsprinzipien, die es für ein klimaneutrales, ressourcenschonendes und klimafittes Wien braucht. Entsiegelung wird vorangetrieben, wodurch Hitzeinseln reduziert werden, Regenwasser lokal versickern kann und die ressourcenschonende Flächennutzung immer mehr forciert wird. Mikroklimatische Untersuchungen unterstützen Planungsprozesse, insbesondere bei größeren Vorhaben im Bestand und neuen Stadtentwicklungsgebieten. Im Bestand gewinnen Transformationsprozesse durch Sanierung, Umbau vor Abriss, Richtwerte für den öffentlichen Raum (Begrünungs- und Überschirmungsgrade), Nachverdichtung, effiziente Nutzung von Flächen und Räumen und Aktivierung von Leerstand an Dynamik. Damit diese Transformation effizient und qualitativ gelingt, braucht es eine frühzeitige und kontinuierliche Abstimmung zwischen Stadt, Bezirken, Eigentümer*innen, Unternehmen und weiteren lokalen Akteur*innen. Das *Wiener Freiraumnetz* wird laufend weiterentwickelt, neue Grün- und Freiräume entstehen, bestehende Anlagen werden vergrößert und klimafit gemacht, die Anzahl der Straßenbäume steigt. Damit schafft der *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* langfristige Vorgaben und Regeln für die sozial und gendergerechte, resiliente und klimaverträgliche Weiterentwicklung Wiens – sowohl für die ganze Stadt als auch für ihre Teilräume.

8.7.6 Hebel und Maßnahmen

Nachfolgend werden zentrale Maßnahmen des *Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035* angeführt sowie aufbauend auf dessen Strategien, Vorgaben und Regelungen weitere Maßnahmen formuliert. Diese richten sowohl die Transformation der Bestandsstadt und des öffentlichen Raums als auch die Entwicklung neuer Stadtteilgebiete bestmöglich an den Zielen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung aus.

8.7.6.1 Hebel 1: Bestandsstadt weiterentwickeln und klimafit gestalten

1. **Steuerung klimaneutraler, ressourcenschonender und klimafitter Quartiersentwicklung in der Bestandsstadt stärken:** Für die Weiterentwicklung von Bestandsquartieren werden vermehrt Prioritäten für die Transformation festgelegt. Dadurch werden lokale Potenziale, Bedarfe und Entwicklungsanforderungen sichtbar und Programme, Projekte und Investitionen städtischer Akteur*innen können besser aufeinander abgestimmt werden.

2. **Stadtteilentwicklungskonzept als Instrument bei der Transformation der Bestandsstadt einsetzen:**^{a, b, c} Das Instrument *Stadtteilentwicklungskonzept (SEK)* wird auch mit dem Ziel der Weiterentwicklung von Bestandsgebieten eingesetzt. Der Fokus liegt dabei auf Gebieten, in denen potenziell große Transformationspotenziale zu erwarten sind (zum Beispiel Gebiete mit eingeschossiger Bebauung, großflächige Parkplätze, mittelfristig nicht mehr benötigte überdimensionierte Straßeninfrastruktur, Grundstücke mit geringem Bebauungsgrad) und eine hohe Erschließungsqualität für den öffentlichen Verkehr vorhanden oder herstellbar ist. Synergien mit Stadterneuerungsgebieten (unter anderem *WieNeu+*) werden sichergestellt.
3. **Liegenschaftsübergreifende Transformation fördern:** Maßnahmen, die über einzelne Gebäude und Bauplätze hinausgehen, wie liegenschaftsübergreifende Nahwärmenetze oder gemeinsame Nutzung und Aktivierung von Räumen (vor allem im Erdgeschoß), Freiflächen (vor allem mit hohem Versiegelungsgrad) und Stellplätzen werden weiterentwickelt und forciert. Dabei werden auch Vernetzungs- und Kooperationsmodelle für lokale Akteur*innen etabliert, um Potenziale vor Ort frühzeitig zu identifizieren (etwa private Flächen mit Aktivierungspotenzial für Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen), Synergien zusammenzuführen und praxisorientierte Lösungen zu initiieren (unter anderem *WieNeu+*).
4. **Koordinationsstrukturen für die nachhaltige Transformation von Bestandsquartieren ausbauen:** Der Fokus liegt auf der Koordination von Aktivitäten und Aufgaben der planenden und umsetzenden städtischen Organisationseinheiten. Wo sinnvoll, werden Austausch- und Koordinationsplattformen etabliert, die an bestehende Strukturen anknüpfen, zeitliche, räumliche und finanzielle Mehrwerte ermöglichen und die Einbindung und Teilhabe lokaler Akteur*innen wie Eigentümer*innen, Geschäftstreibenden und Bewohner*innen erleichtert. Insbesondere der Austausch und die Abstimmung mit den Bezirksvertretungen werden sichergestellt, um komplexe Transformationsprozesse optimal in die lokale Entwicklung und Stakeholder*innen-Landschaft einzubetten.
5. **Schaffung von leistbarem, klimafitem Wohnraum bei baulichen Weiterentwicklungen unterstützen:** Der Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten, wie der *Hauskunft* oder *WieNeu+*, und die Notwendigkeit für legislative Anpassungen zur Erleichterung baulicher Weiterentwicklung und sanfter Nachverdichtung werden geprüft.^d Gemeinnützige Bauvereinigungen und der kommunale Wohnbau stellen für Letzteres besondere Potenziale dar. Räumlich werden Bestandsgebiete mit Schwerpunkt auf Weiterentwicklung gemäß Leitbild Siedlungsentwicklung des *Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035* forciert.
6. **Grundlagen zur Aktivierung von Leerstand schaffen:** Differenzierte Datengrundlagen zu un- oder untergenutzten Wohn- und Nichtwohnflächen werden erstellt. Besonders im Fokus liegen hochfrequentierte Straßenzüge, etwa Einkaufsstraßen oder urbane Zentren. Ergänzend werden regulatorische Instrumente zur verbindlichen Meldung von gewerblichem Leerstand wie auch weitere finanzielle Anreize im Bereich von

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

Geschäftsflächen geprüft. Begleitende Beratungsangebote, etwa mit dem Ziel des Zusammenführens von Raumsuchenden und Raumverfügenden, werden ausgebaut.

7. **Stadteigene Flächen und Liegenschaften verstärkt für nicht-kommerzielle und gemeinwohlorientierte Nutzungen öffnen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Die Raumverfügbarkeit für gemeinwohlorientierte, nicht-kommerzielle, partizipative und kreislaufwirtschaftliche Initiativen, soziale Infrastrukturen und kulturelle Einrichtungen wird geprüft. Der Fokus liegt darauf, untergenutzte Liegenschaften sowie Flächen und Objekte, die am Markt nicht ausreichend nachgefragt werden, in Nutzung zu bringen. Dafür werden Modelle für Zwischen- und Nachnutzungen entwickelt, die den Betrieb erleichtern (wie Vertragsmuster, Kostenmodelle, Unterstützungsleistungen, Zuständigkeiten, Aufträge).

8.7.6.2 Hebel 2: Klimaresiliente Umverteilung und Umgestaltung des öffentlichen Raums stärken

1. **Übergreifende Koordination bei der Umverteilung und Umgestaltung des öffentlichen Raums stärken:** Wie im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* festgelegt, wird das übergeordnete Infrastrukturmanagement weiterentwickelt, um stadtinterne, interdisziplinäre Abläufe besser abzustimmen und räumliche, zeitliche, ressourcenbezogene und budgetäre Synergien wirkungsvoll zu nutzen. Dazu werden Vorhaben zur Umverteilung und Umgestaltung des öffentlichen Raums systematisch erfasst, miteinander verknüpft und strategisch weiterentwickelt. Bei Projekten mit leitungsgebundener Infrastruktur wird systematisch geprüft, wie Maßnahmen der Klimaanpassung und aktiven Mobilität gleichzeitig mitgeplant und umgesetzt werden können. Bedarf und Zielkonflikte, etwa zwischen der Attraktivierung des öffentlichen Raums für Nutzer*innen, Mobilität, Energieinfrastruktur, Begrünung, Regenwassermanagement, Abfallwirtschaft und technischen Einbauten (Tiefbau), werden transparent abgewogen, wobei der Umgang mit klimatischen Risiken besonders berücksichtigt wird.
2. **Umgestaltung in besonders hitzebelasteten Gebieten priorisieren:** Ein Fahrplan zur Planung und langfristigen Weiterentwicklung von klimafitten öffentlichen Räumen wird erarbeitet. Im Fokus stehen die im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* definierten prioritären Gebieten für die Transformation des öffentlichen Raums sowie weitere Orte mit hoher Frequenz und hohem Bedarf an gesteigerter Aufenthaltsqualität. Dazu zählen insbesondere urbane Zentren, Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrsnetzes sowie Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Neben Begrünung und Entsiegelung werden dabei auch Möglichkeiten der technischen Beschattung berücksichtigt.
3. **Bestehende Planungsinstrumente für den öffentlichen Raum weiterentwickeln:** Bewährte Modelle, wie Beseirparks XL, und neue Maßnahmen, wie die Wiener Gartenstraßen oder Low Traffic Grätzl, werden umgesetzt. Gemäß *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* sollen mindestens 25 Straßen bis 2035 zu Wiener Gartenstraßen umgestaltet werden. Weiters wird eine Aufwertung und Umgestaltung von Wohnstraßen unter Berücksichtigung sämtlicher verkehrssicherheitsrelevanter Aspekte geprüft. Das mit dem *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* beschlossene Verbesserungsgebot bei Umbauten im öffentlichen Raum findet seine konsequente

Anwendung. Innovative Lösungen für mehr entsiegelte, begrünte oder wassergebundene Oberflächen sowie für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum werden erprobt und in die regulären Planungsprozesse überführt.

4. **Mit Low Traffic Grätzln mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum schaffen:** Low Traffic Grätzl bieten Experimentierräume, in der neue Verkehrslösungen und Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raums erprobt und bei Bedarf weiterentwickelt werden. Flächen im Straßenraum werden mobilisiert und durch kostengünstige und rasch realisierbare Maßnahmen (wie künstlerische Bodenbemalungen als Übergangskonzept) nach dem Tactical Urbanism-Ansatz in attraktive Aufenthaltsbereiche transformiert. Low Traffic Grätzl fördern damit die Aufenthaltsqualität, stärken die aktive Mobilität und schaffen lebenswerte Nachbarschaften. Die Umsetzung erfolgt wienweit in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken.
5. **Finanzielle Beteiligung und Kooperationsmodelle bei der Umgestaltung des öffentlichen Raums vorantreiben:** Die finanzielle oder materielle Beteiligung von Projektentwickler*innen im Projektumfeld von Neu- und Umbauvorhaben oder Sanierungen mit Widmungsbedarf wird forciert, zum Beispiel mittels städtebaulicher Verträge (nach § 1a *Bauordnung für Wien*). Die Entscheidungshoheit über den Einsatz der Mittel verbleibt vollständig bei der Stadt Wien. Beiträge können die Mitfinanzierung oder Umsetzung von Wiener Gartenstraßen und weiteren Klimaanpassungsmaßnahmen umfassen.
6. **Blaue Infrastruktur und nachhaltiges Regenwassermanagement stärken:** Bei Neu- und Umgestaltungen im öffentlichen Raum wird die blaue Infrastruktur gezielt verbessert, um Regenwasser möglichst vor Ort nutzen zu können. Bei Einbauten und Bautätigkeiten werden die Methoden des Regenwassermanagements (wie die Wirkungsprinzipien der Schwammstadt)¹¹¹ verstärkt angewendet.^a Niederschlagswasser wird dabei, wo möglich, gespeichert, versickert oder verdunstet. So werden Kanal und Mischwassersystem entlastet, Stadtbäume, Grünflächen und Böden besser versorgt und die Klimaanpassung im öffentlichen Raum gestärkt. Zusätzlich werden weitere Elemente blauer Infrastruktur berücksichtigt, etwa Wasserelemente und Trinkbrunnen, ebenso wie öffentlich zugängliche Sanitäranlagen.
7. **Gute Erreichbarkeit der öffentlichen Grün- und Freiräume sicherstellen:** Die Grün- und Freiraumkennwerte gemäß *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* sichern das Ausmaß an Grün- und Freiräumen bei Neuplanungen ab. Zugleich wird das *Wiener Freiraumnetz* sukzessive umgesetzt, das für alle Menschen in 250 Metern Entfernung erreichbar sein soll. Ergänzend wird ein regelmäßiges Monitoring des *Wiener Freiraumnetzes* aufgebaut.^b
8. **Baumbestand im öffentlichen Raum schützen und erweitern:** Bis 2030 werden von den Wiener Stadtgärten 20.000 neue Bäume gepflanzt. Für mehr Überschilderung und Beschattung werden möglichst großkronige Baumarten eingesetzt. Zur Sicherstellung des Baumbestands sowie neuer Baumstandorte werden Maßnahmen zur Optimierung der Wasserzufuhr im Wurzelbereich umgesetzt. Die Methoden des Regenwassermanagements (wie die Wirkungsprinzipien der Schwammstadt) werden,

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

wo möglich, Standard bei Neu- und größeren Umbauten, um Baumwachstum, Baumgesundheit und Standfestigkeit und folglich die Kühlleistung bei Hitzeperioden sowie die Retention bei lokalen Überflutungen zu erhöhen.^a Das Baumsortiment, die Substrate und bestehende Pflegekonzepte werden laufend weiterentwickelt, um Vitalität, Artenvielfalt und stadtklimatische Wirksamkeit der Bäume langfristig zu sichern. Zudem wird die Koordination zwischen Bauträger*innen und Dienststellen der Stadt Wien zur Sicherung des Baumbestands im Zuge von Baustellen weitergeführt.

9. **Tactical Urbanism als Impuls für eine langfristige Umgestaltung des öffentlichen Raums fördern:** Verbesserte rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, ein Abbau regulatorischer Hürden sowie die Erarbeitung fachlicher Grundlagen etablieren Tactical Urbanism als Planungsansatz in Wien. Öffentliche Räume werden, wo möglich, schnell, kostengünstig, partizipativ und inklusiv umgestaltet. Klare Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen, etwa für Instandhaltung, Wartung und Haftungsfragen sowie Vor-Ort-Kooperationsstrukturen und Unterstützungsangebote erleichtern die Umsetzung.
10. **Partizipative und bewusstseinsbildende Gestaltung fortführen:** Beteiligungsformate, die zur Attraktivierung des öffentlichen Raums im Sinne der Förderung des Umweltverbunds, des Klimaschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Klimaanpassung beitragen, werden erweitert und strukturell verankert. Ziel ist es, lokales Wissen einzuholen, in ko-kreativen Formaten weiterzuentwickeln und die Akzeptanz von Umgestaltungen im öffentlichen Raum zu erhöhen. Dazu werden bestehende Formate wie das *Wiener Klimateam*¹¹² fortgeführt und durch weitere, neue Beteiligungs- und Aneignungsformen (etwa Placemaking) ergänzt.^{b, c}

8.7.6.3 Hebel 3: Stadtentwicklung weiterhin auf Klimaschutz, Ressourcenschonung und Klimaanpassung ausrichten

Der Schutz von Boden ist einer der wichtigsten Beiträge der Stadtentwicklung zur Ressourcenschonung. Kompakte, qualitätsvolle und gut erschlossene Stadtstrukturen helfen, Flächenverbrauch und Versiegelung gering zu halten und vorhandene Infrastrukturen effizient zu nutzen. Der Wiener Klimafahrplan knüpft damit an den *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* an, der Stadtentwicklung konsequent auf Klimaschutz, Bodenschutz, Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft ausrichtet.

1. **Konzept des „Frühen Grüns“ vermehrt einsetzen und weiter professionalisieren:** Bei der Planung neuer Stadtteile erfolgt die Planung, Sicherung und Gestaltung öffentlicher Freiräume frühzeitig. Geeignete Absicherungsinstrumente, etwa in städtebaulichen Verträgen mit Projektentwickler*innen, stellen sicher, dass Grünflächen nach der Bauphase ohne Bodenverdichtung und langfristige Funktionsverluste wiederhergestellt an die Stadt übergeben werden. Bestehende vertragliche Regelungen zur Sicherung und zum Umgang mit zukünftigen Grünräumen und zur Baustellenlogistik werden evaluiert und weiterentwickelt.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

2. **Verbindliche Vorgehensweise zur frühzeitigen Berücksichtigung stadt- und mikroklimatologischer Auswirkungen festlegen und evaluieren:** Stadt- und mikroklimatologische Auswirkungen von Projekten werden in der Planungsphase möglichst frühzeitig betrachtet und in Überlegungen und Festlegungen einbezogen. Dazu wird eine verbindliche Vorgehensweise festgelegt und evaluiert. Dies stellt sicher, dass Flächenwidmungen, Bebauungsstrukturen und Gebäudetypologien so gestaltet werden, dass Durchlüftung, Beschattung sowie Frisch- und Kaltluftentstehung langfristig gewährleistet bleiben.
3. **Klimakriterien in öffentlichen Ausschreibungen und Wettbewerben stärker verankern:** Bestehende Herangehensweisen bei Bauvorhaben bilden eine wichtige Grundlage und werden hinsichtlich ihres Beitrags zu den Wiener Zielsetzungen in den Bereichen Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung sowie hinsichtlich Anwendbarkeit, Wirksamkeit und Verbindlichkeit in der Umsetzung weiterentwickelt.
4. **Zukunftsfitte und ressourcenschonende Oberflächenmaterialien einsetzen:** Versickerungsfähige und reflektierende Materialien werden, insbesondere auf stadteigenen Flächen, wo möglich, eingesetzt. Ergänzend werden bewusstseinsbildende Maßnahmen gesetzt, die Bürger*innen, Nutzer*innen und Mitarbeiter*innen der Stadt Wien die daraus resultierenden Vorteile für Klimaanpassung und Ressourcenschonung vermitteln.
5. **Retentions- und Versickerungsflächen in den öffentlichen und privaten Raum integrieren:** Durch intelligente Mehrfachnutzung können Flächen für die Stadtentwicklung effizient genutzt und gleichzeitig wasserwirtschaftliche, klimatische und gestalterische Funktionen erfüllt werden. Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, die einer verstärkten Nutzung von Regenwasser entgegenstehen, werden überprüft.

8.7.6.4 Hebel 4: Infrastrukturen für urbane Kreislaufwirtschaft etablieren

Basierend auf der Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* tragen folgende Maßnahmen zur Etablierung von Infrastrukturen für urbane Kreislaufwirtschaft bei:

1. **Nutzungstypologien und deren Standortanforderungen für eine lokale und regionale Kreislaufführung von Ressourcen identifizieren:** Diese reichen von großen Flächenbedarfen in Randgebieten der Stadt zur temporären Lagerung über dezentrale Räume in Grätzln hin zu zentralen Ressourcen-Umschlagplätzen und werden im Zuge von Planungsprozessen berücksichtigt. Ergänzend rückt die Stärkung regionaler Kreislaufführung auch im Rahmen der *Wiener Klima-Allianz*⁷⁴ stärker in den Fokus.
2. **Räume für zirkuläre Aktivitäten im Grätzl erweitern:** Im Sinne der Stadt der kurzen Wege wird für jedes Grätzl ein Basisangebot an zirkulärer Nahversorgung, wie etwa Reparieren, Leihen oder Second-Hand, angestrebt.^a In Stadtplanungsprozessen werden räumlich geeignete Standorte und Flächen für die Kreislaufwirtschaft berücksichtigt. Weiters werden Maßnahmen gesetzt, um organisatorische und finanzielle Hürden zu reduzieren sowie die Vermittlung und Zugänglichkeit zu geeigneten Räumlichkeiten zu verbessern.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

3. **Flächen für urbane Kreislaufwirtschaft zur Verfügung stellen:** Wien sichert Flächen für Sortier-, Upcycling- und Recyclinganlagen, Anlagen für Abfallbehandlung, Wasserwiederverwendung und Nährstoffrückgewinnung sowie Lagerflächen für weiterverwendbare Baumaterialien und Bodenaushub je nach Möglichkeiten und Bedarfen ab. Gemäß *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* werden Potenzialräume, Flächenbedarfe und Infrastrukturen für urbane Kreislaufwirtschaft abgeleitet.
4. **Kriterien und Vorgaben für die Wiederverwendung und Aufwertung von Bodenaushub entwickeln:** Bodenaushub wird als Ressource betrachtet und im größtmöglichen Umfang in Stadtentwicklungsprozessen für die Wiederverwendung vor Ort vorgesehen, um Deponievolumina zu reduzieren und natürliche Ressourcen zu schonen.
5. **Bestehende Betriebs- und Gewerbegebiete ressourcenschonend und effizient nutzen:** Wie im *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035* festgelegt, wird auf Betriebs- und Gewerbegebieten der Bodenverbrauch durch hohe Flächeneffizienz minimiert und der Flächenbedarf reduziert. Verstärkt werden vertikale Lösungen, Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen umgesetzt. Dazu zählen kompakte und mehrstöckige Bauformen, Vermeidung von großflächigen Oberflächenparkplätzen mit hohem Versiegelungsgrad, Versickerungsmöglichkeiten für Regenwasser wie der Erhalt bestehender Vegetation.

8.7.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Klimasensible Stadtentwicklung und Stadtplanung leisten einen maßgeblichen Beitrag für positive Effekte auch in anderen Handlungsfeldern: Gesunde Böden speichern CO₂ und reduzieren Überflutungsrisiken. Grünräume und Bäume wirken kühlend, verbessern die Luftqualität und steigern die Aufenthaltsqualität. Öffentliche, verkehrsberuhigte Räume mit hoher Aufenthaltsqualität und Schutz vor Hitze durch viel Grün erleichtern aktive Mobilität für alle und reduzieren gesundheitliche Belastungen. Kompakte, nutzungsgemischte Stadtstrukturen ermöglichen kurze Wege und klimafreundliche Mobilität, sowohl im gesamtstädtischen als auch im stadtreionalen Kontext. Derartige Strukturen fördern auch starke Nachbarschaften, die gesellschaftliche Teilhabe, Engagement und Beteiligung unterstützen. Lebendige und hitzeresiliente Quartiere dienen als Impulse für einen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort, weil lokaler Konsum nachgefragt wird. Kompakte und klimagerechte Gebäudestrukturen senken Heiz- und Kühlbedarf und sorgen somit langfristig für eine Reduktion von Treibhausgasemissionen. Damit tragen die Aktivitäten einer klimasensiblen Stadtentwicklung und Stadtplanung maßgeblich dazu bei, Wiens hohe Lebensqualität mitzuverantworten.

8.8 Gesundheit und Wohlbefinden

Klimapolitik ist immer auch Gesundheits- und Sozialpolitik: Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Extremwetterereignisse, zur Reduktion von Emissionen sowie zur Schonung von Ressourcen schützen die Gesundheit der Menschen, reduzieren Gesundheitskosten und verbessern die Lebensqualität. Wien verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der Vorsorge, Gesundheitskompetenz, soziale Teilhabe und resiliente Lebensumfelder in den Mittelpunkt stellt.

8.8.1 Einleitung

Extremwetter- und Katastrophenereignisse führen uns die Bedrohung und Vulnerabilität durch die fortschreitende Klimakrise immer häufiger vor Augen. In Wien geht die größte und zugleich am meisten unterschätzte Gefahr für die Gesundheit von **zunehmenden Hitzeperioden** aus. Studien zeigen, dass Hitze heute bereits die meisten klimabedingten Gesundheitsprobleme und Todesfälle in Europa verursacht – mehr als andere Extremereignisse wie Stürme oder Hochwasser.¹¹³ Hitzeschutz ist daher auch ein wichtiger Teil des Zivilschutzes.

Anhaltende Hitzephasen und mangelnde nächtliche Abkühlung bringen unseren Körper schnell an seine Grenzen. Wird die körpereigene Temperaturregulation durch Schwitzen überfordert, kann das zu Unruhe, Erschöpfung, Schlafstörungen, Dehydrierung, Hitzekrämpfen und im Extremfall zum lebensbedrohlichen Hitzschlag führen. Darüber hinaus verschärft Hitze bestehende und vor allem chronische Erkrankungen, beeinträchtigt die psychische Gesundheit, senkt die Reaktionsgeschwindigkeit, Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit und erhöht das Unfallrisiko.¹¹⁴ Zudem werden Alltagswege und das Zusammenleben auf dichtem Raum beschwerlicher. Auch steigende Aggressivität und reduzierte Toleranz zählen zu den Auswirkungen von Hitzebelastung, vor allem in Städten.¹¹⁵

Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen wie auch Sozialeinrichtungen übernehmen dabei eine Schlüsselrolle. Das Ausmaß gesundheitlicher Auswirkungen infolge der Klimakrise hängt unter anderem davon ab, wie gut auch die Gesundheit der dort betreuten und tätigen Personen gefördert und geschützt wird. Das Personal dieser Einrichtungen ist wichtiger Multiplikator für Information, Vorsorge und Bewusstseinsbildung. Außerdem stellt der hohe Bedarf an Gütern und Materialien in Gesundheits-, Betreuungs-, Sozial- und Bildungseinrichtungen ein großes Potenzial für die Ressourcenschonung und somit für die Reduktion des Wiener Materialfußabdrucks dar.

8.8.2 Herausforderungen

Die Folgen des Klimawandels betreffen alle Menschen – jedoch keineswegs in gleichem Ausmaß. Besonders gefährdet sind **Bevölkerungsgruppen mit erhöhter Vulnerabilität** und zugleich eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten.^a Vulnerabilität ergibt sich aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren wie Alter, Einkommen, Wohnverhältnisse, Gesundheitszustand, Gender und Ethnizität. Deren Überlagerung kann zu Mehrfachbelastung und weiterer Gefährdung führen.³²

^a Siehe auch Kapitel Klimaanpassung

Vulnerable Gruppen und zu berücksichtigende Faktoren sind:

- Kinder und ältere Menschen haben eine noch nicht ausgereifte oder wieder abnehmende Fähigkeit zur Wärmeregulierung und können sich altersbedingt nur eingeschränkt vor Hitze schützen.
- Erhöhte Vulnerabilität weisen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen (zum Beispiel Bluthochdruck, Herz-, Lungen- oder Nierenerkrankungen wie auch Erkrankungen des Bewegungsapparats), neurologischen und psychiatrischen Erkrankungen sowie Übergewicht, Mangelernährung oder Drogenmissbrauch und Alkoholismus auf. Die Einnahme von bestimmten Medikamenten reduziert die Fähigkeit des Körpers, die Körpertemperatur konstant zu halten. Menschen mit Behinderung sind aufgrund von Vorerkrankungen und eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten stärker von Hitze betroffen.
- Hitzebelastung im öffentlichen Raum, in den Wohnungen und im Wohnumfeld verstärkt soziale Isolation zusätzlich und vor allem dort, wo soziale Hilfsangebote und Bezugspersonen fehlen.
- Armutsbetroffene und Menschen mit geringem Haushaltseinkommen haben eingeschränkte Möglichkeiten, ihre Wohnverhältnisse an Hitze anzupassen. Oftmals fehlen öffentliche Grün- und Wasserflächen im direkten Wohnumfeld.
- Bei obdach- und wohnungslosen Menschen wirken mehrere individuelle und strukturelle Faktoren (Erkrankungen, Sucht, Armut, eingeschränkter Zugang zu Sanitäranlagen oder Gesundheitsdiensten und so weiter) zusammen; zudem sind auch Kälte, starke Regen- und Schneefälle besonders herausfordernd.
- Schwangere weisen eine höhere Hitzeempfindlichkeit auf.
- Menschen, die im Freien arbeiten, sind direkt der Sonnenenergie und UV-Strahlung ausgesetzt und von Schutzmaßnahmen der Arbeitgeber*innen abhängig.
- Genderspezifische Unterschiede erhöhen die Belastungen für Frauen zusätzlich, da Frauen in der hochaltrigen Bevölkerung, in Pflegeberufen sowie in der Care-Arbeit überrepräsentiert sind.

Luftschadstoffe, unter anderem Ozon, Feinstaub und Stickoxide, sowie Lärm, zum Beispiel durch motorisierten Verkehr, können gesundheitliche Belastungen zusätzlich verstärken. Hier eröffnen sich wichtige **Synergien mit Maßnahmen etwa im Mobilitäts- und Gebäudesektor**, die zur Verbesserung der Luftqualität beitragen und somit einen direkten Einfluss auf die Gesundheit der Menschen in Wien haben.

Der Klimawandel begünstigt die **Verbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten**, die Allergien und Infektionskrankheiten auslösen beziehungsweise übertragen können, wie die invasive Ambrosia (Ragweed). Höhere Temperaturen verlängern die Vegetationsperiode und verstärken die Belastung durch Pollen und andere Allergene. Höhere Temperaturen und veränderte Feuchte, etwa nach Starkregen- und Hochwasserereignissen, begünstigen Wachstum und Überlebensdauer von Krankheitserregern und -überträgern wie Stechmücken in Wasser, Boden oder Nahrungsmitteln.¹¹⁴ Außerdem ermöglicht auch die Globalisierung von Handel und Tourismus die Einschleppung und das Vordringen neuer und invasiver Arten und Krankheiten (zum Beispiel West-Nil-Virus und Tigermücken).

Klimabedingte Gesundheitsfolgen zeigen sich häufig erst zeitverzögert, daher sind auch Maßnahmen und deren Wirkung nicht sofort sichtbar. Die Herausforderung liegt darin, Frühwarnsysteme, Monitoring, Entscheidungsprozesse und Umsetzungen so zu verknüpfen, dass rechtzeitig gehandelt werden kann und dramatische negative Gesundheitseffekte abgefedert

werden können. Frühzeitiges und entschlossenes Handeln zur **Verbesserung der gesundheitsrelevanten Einflüsse** für die Menschen in Wien sowie **Präventivmaßnahmen** wie die Anpassung von Arbeitsprozessen, Hitzeschutzpläne und die Stärkung der Klima- und Gesundheitskompetenz sind außerdem wesentlich kostengünstiger als die finanziellen und gesellschaftlichen Kosten infolge des Nicht-Handelns (wie Krankenstände, Spitalaufenthalte und hitzeinduzierte Krankheits- und Todesfälle).¹¹⁶

8.8.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Auf Bundesebene bildet die österreichweite Strategie *Klimaneutrales Gesundheitswesen*¹¹⁷ einen zentralen Orientierungsrahmen für die Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen im Gesundheitssektor. Ergänzend schafft die *Hitzeschutzverordnung des Bundes* neue verbindliche Standards zum Schutz von Arbeitnehmer*innen, die im Freien tätig sind, gegenüber zunehmender Hitzebelastung.^a Arbeitgeber*innen müssen für Arbeiten im Freien einen Hitzeschutzplan bereitstellen und bei einer Hitzewarnung der GeoSphere Austria ab Stufe 2 („Vorsicht (gelb)“, 30–34 Grad Celsius) die darin festgelegten Maßnahmen verpflichtend umsetzen. Der *Nationale Hitzeschutzplan*¹¹⁸ des Bundes definiert darüber hinaus ein abgestuftes Vorgehen bei Hitzeereignissen und schafft einen Handlungsrahmen für Bund, Länder, Gemeinden sowie Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, um besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen vor den gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze zu schützen. Weiters gelten die *Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881* beziehungsweise das *Immissionsschutzgesetz – Luft* mit verschärften Grenzwerten ab 2030 als Bezugsrahmen für eine gesunde Stadt.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen sind bundesweit geregelt, die Erstellung von Ausbildungscurricula und Lehrplänen liegt im Kompetenzbereich des Bundes. Die Stadt Wien kann jedoch durch gezielte Maßnahmen der Klimabildung, den systematischen Aufbau von Klimakompetenzen in eigenen Gesundheits- und Sozialorganisationseinheiten sowie durch Vernetzungsarbeit Impulse setzen und zur Weiterentwicklung bundesweiter Standards beitragen. Um Parallelstrukturen zu vermeiden und eine einheitliche Qualität zu sichern, ist eine enge Koordination mit der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) wichtig.

8.8.4 Unsere Ziele

In der *Smart Klima City Strategie Wien* werden dazu folgende Ziele festgelegt:

- 2030 haben alle Menschen in Wien 2 gesunde Lebensjahre mehr.
- Die Gesundheitskompetenz wird auf individueller und organisatorischer Ebene gestärkt; Wien setzt auf Gesundheitsförderung und Prävention.
- Wien bietet hohe Lebensqualität in allen Stadtteilen durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Klimaschutz und Klimaanpassung, durch die Stärkung des Gemeinwesens und durch vielfältige partizipative Mitgestaltungsmöglichkeiten.

^a Mit differenzierter Anwendung für die Dienststellen der Stadt Wien und die Wiener Bediensteten nach *Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998*.

- Alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere vulnerable, sind vor den gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise geschützt.
- Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, werden die Schadstoffbelastung von Luft, Gewässern und Boden, die Lärmbelastung und die Lichtverschmutzung möglichst gering gehalten.
- Die Dekarbonisierung des Wiener Gesundheitssektors wird durch forcierte Maßnahmen zur Energieeffizienz und Ressourcenschonung vorangetrieben.

Weiters bilden die *Wiener Gesundheitsziele 2030*¹¹⁹ einen wichtigen Rahmen, wie die Sicherung und Weiterentwicklung fachlicher Expertise des Gesundheitspersonals, der nachhaltige und wirtschaftliche Umgang mit Ressourcen im Gesundheitswesen und die Sicherung und Weiterentwicklung der Versorgungsqualität im Gesundheitswesen.

8.8.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Für die Zielerreichung ist eine **vorausschauende Vorbereitung** auf ausgeprägte Hitzewellen und andere klimabedingte Gesundheitsrisiken wichtig: Dazu zählen klare Steuerungs- und Zuständigkeitsstrukturen, langfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit für Einrichtungen, die vulnerable Gruppen betreuen, temporäre Schutzmaßnahmen wie kühle, konsumfreie Räume sowie Information und Sensibilisierung der Bevölkerung zu Risiken und individuellen Anpassungsmaßnahmen.

Viele der Maßnahmen werden im *Hitzeaktionsplan der Stadt Wien*¹²⁰ konkretisiert, der **kurzfristige Maßnahmen während Hitzewellen** definiert und klare Zuständigkeiten für deren Umsetzung festlegt.

Infrastrukturelle Anpassungen hinsichtlich Hitzeschutz im Bereich der Stadt- und Grünraumplanung, des öffentlichen Raums, der Wohngebäude oder der Energieversorgung (insbesondere für die Kühlung) werden in den entsprechenden Handlungsfeldern behandelt. Dieses querschnittsorientierte Verständnis von Hitze- und Gesundheitsschutz entspricht dem „Health in All Policies (HiAP)“-Ansatz, der sich auch in den österreichischen Bundesgesundheitszielen wiederfindet: Gesundheitsüberlegungen werden in alle politischen Sektoren integriert, mit dem Ziel, gesundheitliche Risiken von Anfang an mitzudenken und so bessere gesundheitliche, soziale und ökonomische Ergebnisse zu erreichen.

Außerdem tragen weiterhin die Umsetzungen der bestehenden Gesundheitsförderungslandschaft maßgeblich zur Erreichung der gesundheitsspezifischen *Smart Kima City Strategie Wien*-Ziele bei.

8.8.6 Hebel und Maßnahmen

8.8.6.1 Hebel 1: Hitze-Governance weiterentwickeln

Hitze-Governance ist das systematische Zusammenspiel städtischer Institutionen, Prozesse und Instrumente zur Vermeidung, Minderung und Bewältigung hitzebedingter Risiken für Gesundheit und Wohlbefinden sowie zur Anpassung städtischer Infrastruktur. Sie versteht Hitze als querschnittsrelevantes Thema und schafft den Rahmen, um Ressorts, Verwaltungsebenen und

Fachbereiche miteinander zu verzahnen sowie die Zusammenarbeit mit privaten Akteur*innen, sozialen Einrichtungen und Multiplikator*innen zu stärken.

1. **Ressortübergreifende Hitze-Governance institutionell verankern:** Durch die systematische Verankerung und strategische Koordination fließen Hitzeaspekte in alle relevanten Maßnahmenprogramme der Stadt ein. Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten, insbesondere die Schnittstellen der Bereiche Gesundheit und Klima, werden klar definiert und koordiniert. Fördertöpfe und Förderprogramme werden im Kontext sozialer Ungleichheiten in der Klimakrise evaluiert.
2. **Instrumente der Hitze-Governance weiterentwickeln:** Monitoring- und Evaluierungsprozesse werden unter Berücksichtigung gesundheits- und klimarelevanter sowie stadträumlicher Daten und Analysen fortgeführt und weiterentwickelt.^a Bei Bedarf werden neue Instrumente der Hitze-Governance entwickelt und die Beteiligung vulnerabler Gruppen, derer Interessenvertretungen und Multiplikator*innen gestärkt. Regelmäßige Austauschformate mit Fachexpert*innen aus dem Gesundheitsbereich, mit Einrichtungen, die vulnerable Gruppen betreuen, und mit städtischen Institutionen (insbesondere für Hitzeschutz zuständige Personen) sichern die kontinuierliche Weiterentwicklung von Instrumenten und Maßnahmen.
3. **Kühle Orte bereitstellen:** Kühle Orte werden in den warmen Monaten als Rückzugsorte für die Bevölkerung, insbesondere für vulnerable Gruppen, konsumfrei zugänglich gemacht und das Angebot der *Coolen Zonen* der Stadt Wien ausgebaut. Dabei wird vor allem auf geeignete bestehende und temporär verfügbare öffentliche und halböffentliche^b Räumlichkeiten und Infrastrukturen, wie Amtsgebäude, Vereinslokale, Museen, Einkaufszentren und Kirchen, zurückgegriffen. Kooperationen mit städtischen und nicht-städtischen Partner*innen werden für Hitzeschutzangebote genutzt. Der räumliche Fokus liegt in einer guten wienweiten Versorgung wie auch auf den prioritären Gebieten für die Transformation des öffentlichen Raums gemäß *Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035*. Die organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für einen verlässlichen Betrieb werden abgesichert, insbesondere bei Hitzewellenwarnungen.
4. **Bei Hitzewellen zielgerichtet warnen:** Frühwarnsysteme werden für die breite Kommunikation von Hitzewellen weitergeführt und laufend angepasst. Der bestehende Hitzewellenwarndienst (Landessanitätsdirektion in Kooperation mit der GeoSphere Austria) wird für die Bevölkerung und insbesondere für medizinische Einrichtungen sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen weiter betrieben und bedarfsorientiert und zielgruppenspezifisch weiterentwickelt. Auch der Ozon-Warndienst wird für hitzebezogene Folgeempfehlungen weiter eingesetzt.
5. **Über Hitze-Auswirkungen und -Risiken informieren:** Die Stadt Wien nimmt sich verstärkt der Verantwortung an, Rahmenbedingungen für ein angenehmes Leben auch bei starker Hitzebelastung zu schaffen. Zugleich unterstützt Wien Wiener*innen dabei, Selbstschutz zu betreiben und Eigenverantwortung zu tragen. Hitze-Kommunikation erfolgt transparent, wenn möglich und erforderlich mehrsprachig, und in leicht verständlicher Sprache. Wien kommuniziert dabei über geeignete analoge und digitale

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Halböffentliche Räume können von allen betreten und benutzt werden. Die Regeln der Nutzung und des Zugangs werden aber überwiegend durch die privaten Eigentümer*innen bestimmt.

Kanäle und Multiplikator*innen, wie etwa mithilfe der Implementierung eines digitalen Wiener Gesundheitsportals *Wien gesund* (wie im Regierungsabkommen 2025 festgehalten), welches alle Informationen zum Thema Hitzeschutz und Gesundheit enthält. Nachbarschaftliche und ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen werden aktiviert und unterstützt, sodass besonders vulnerable und sozial isolierte Gruppen erreicht werden.^a

6. **Hitze-Gesundheitsmonitoring weiterentwickeln:** Das bestehende Hitze-Gesundheitsmonitoring, inklusive Veröffentlichung der jährlichen Berichte, wird weitergeführt und laufend angepasst. Zudem wird der Ausbau digitaler Anwendungen forciert. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen systematisch wie auch gender- und diversitätsgerecht in qualitätssichernde Prozesse der Gesundheitsvorsorge und in die Instrumente der Hitze-Governance ein.

8.8.6.2 Hebel 2: Gesundheits-, Betreuungs-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen klimafit und ressourcenschonend betreiben

Der Fokus liegt auf folgenden öffentlichen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung) und privaten Einrichtungen:

- Gesundheitseinrichtungen für die medizinische Versorgung (Krankenhäuser, Ambulanzen, Gesundheitszentren, niedergelassene Ärzt*innen).
- Betreuungseinrichtungen mit Angeboten zur täglichen Pflege und Begleitung (Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Tageszentren, Wohnformen für Menschen mit Behinderung, mobile Pflege- und Betreuungsleistungen).
- Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen.
- Sozialeinrichtungen für die soziale Unterstützung und Fürsorge (Sozialberatung, Obdach- und Wohnungslosenhilfe, Integrations- und Familiendienste, Sozialzentren).

Nachfolgend wird der Sammelbegriff „Einrichtungen“ verwendet, wobei auf Bautätigkeiten in diesen Einrichtungen im Handlungsfeld Gebäude eingegangen wird.^b

1. **Klimakompetenz in Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Bildungsberufen stärken:** Informations- und Schulungsangebote zum Erkennen, Vorbeugen, Lindern und Behandeln klima- und hitzebedingter Gesundheitsprobleme werden ausgebaut, auch unter Berücksichtigung genderspezifischer Klimafolgenbelastungen. Die Kompetenzvermittlung erfolgt in Aus-, Fort- und Weiterbildungsformaten, die in bestehende Bildungsprogramme der städtischen Institutionen integriert werden. Ergänzend werden Kooperationen mit der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) und mit Bundesbehörden forciert, um gesundheitsrelevante Aspekte der Klimakrise in Lehrplänen und Bildungsprogrammen systematisch zu verankern. Des Weiteren werden pflegende An- und Zugehörige mit gezielten Bildungsformaten unterstützt.^c
2. **Hitzemaßnahmenpläne umsetzen und evaluieren:** Die Einrichtungen setzen bei Hitzewellen eigenständig Akutmaßnahmen um. Angepasste Arbeitsabläufe werden

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

durch Schulungen und regelmäßige Briefings des Personals verstetigt. Der Leitfaden für Hitzemaßnahmenpläne der Landessanitätsdirektion wird an die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Einrichtungen angepasst. Ergänzend werden integrierte und datengestützte Konzepte entwickelt, die Mehrfachbelastungen, etwa personelle und finanzielle Engpässe, berücksichtigen und eine verlässliche Versorgung sicherstellen. Nach Einsatzfällen werden Evaluierungen als Beitrag für ein verbessertes, integriertes Notfall- und Krisenmanagement durchgeführt.

3. **Prinzipien der Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft im Betrieb von Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen der Stadt umsetzen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Wie die Strategie *Zirkuläres Wien: Eine runde Sache* festlegt, wird der Verbrauch von Arzneimitteln, medizinischen Gasen und weiteren Medizinprodukten reduziert. Dies erfolgt durch optimierte Prozesse und digitalisierte Abläufe – auch abteilungs- und organisationsübergreifend – im Einklang mit Qualitäts- und Sicherheitsstandards. Des Weiteren wird der Einsatz von Reinigungs- und Desinfektionsmitteln im Sinne von Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft optimiert. Mietsysteme, etwa für Textilien, werden ausgebaut und wo möglich wird auf Mehrwegprodukte umgestellt. Zugleich werden Lebensmittelabfälle weiter reduziert.^a In der Beschaffung werden Kriterien zu Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung verbindlich verankert.^b Kreislauffähiges Abfallmanagement (zum Beispiel durch neue Verwertungs- und Entsorgungsstrategien) wird weiter ausgebaut und Umweltmanagementsysteme werden in allen Einrichtungen etabliert und weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang können durch die Vorreiter*innenrolle der städtischen Einrichtungen wienweit Kreislaufwirtschaftsprogramme und Kooperationen angestoßen werden.
4. **Arbeitnehmer*innenschutz stärken (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Der verstärkte Schutz von Arbeitnehmer*innen der Stadt Wien vor hitze- und UV-bedingten Gesundheitsrisiken umfasst besonders Tätigkeiten im Freien, aber auch Tätigkeiten in stark wärmebelasteten Innenräumen. Die im magistratsinternen Leitfaden *Cool Down* empfohlenen technischen, organisatorischen und persönlichen Maßnahmen zum Hitzeschutz am Arbeitsplatz werden von den Dienststellen des Magistrats bestmöglich umgesetzt. Bestehende Hitzeschutzprogramme werden fortgeführt und evaluiert. Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) in der Stadt Wien und in stadtnahen Organisationen werden durch hitzeschutzrelevante Informationen, Tipps und Gesundheitsempfehlungen ergänzt.

8.8.6.3 Hebel 3: Ausbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten sowie Krankheitserreger bekämpfen und Wissen aufbauen

1. **Monitoring und Maßnahmenpläne ausbauen:** Monitoring-Systeme und Maßnahmenpläne werden fortgesetzt und stetig für ein verbessertes, gesundheitsbezogenes Risikomanagement angepasst. Digitalisierte Arbeitsprozesse und Instrumente unterstützen beim Erfassen von Sichtungen und der dienststellenübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Ziel einer besseren

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Lebensmittel und Landwirtschaft

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

Präventionsarbeit. Dazu zählen die *Wiener Stechmücken-Surveillance im Rahmen des West-Nil-Virus-Maßnahmenplans*¹²¹, die *Wiener Neobiota Strategie und Managementplan*¹²² und das epidemiologische Abwassermonitoring-Programm *CSI Abwasser*¹²³. Im Fokus stehen invasive Arten und Krankheitserreger, deren Ausbreitung klimabedingt begünstigt wird und durch die eine erhöhte Gesundheitsgefährdung zu erwarten ist.

2. **Integrierte Berücksichtigung von Gesundheits- und Biodiversitätsaspekten im Grünraummanagement stärken:** Bei Pflege und Management von Grünräumen wie auch beim Ausbau grüner und blauer Infrastruktur werden gesundheitliche und ökologische Aspekte frühzeitig berücksichtigt und angepasst. Dazu zählen die Vermeidung potenzieller Brutstätten für Stechmücken, die Auswahl wenig allergener und nicht invasiver Pflanzen, sowie der Schutz und die Anpassung von Strategien und Pflegemaßnahmen für besonders vom Klimawandel betroffene Arten und Ökosysteme.^a
3. **Informations-, Aufklärungs- und Beratungsangebote ausbauen:** Im Fokus stehen Selbstschutz, Prävention und die Stärkung der Eigenverantwortung der Bevölkerung zur frühzeitigen Eindämmung der Ausbreitung und Minimierung gesundheitlicher Risiken. Dazu wird weiterhin über vorübergehend auftretende Tier- und Pflanzenarten im öffentlichen Raum informiert, die gesundheitlich gefährlich sein können.
4. **Citizen Science-Formate und -Programme ausbauen:** Über Citizen Science-Projekte werden Bürger*innen systematisch in die Erfassung und Meldung von Tier- und Pflanzenarten eingebunden. Die Daten werden in Monitoring-Systeme integriert, fließen in Maßnahmenpläne ein und kommen auch besonders in Stadtentwicklungsprojekten zum Einsatz. Dabei werden Datenqualität und Datenbetreuung (etwa durch Feedback an Meldende) sowie deren Validierung verbessert. Die Formate stärken das Bewusstsein für Biodiversität und richten sich als mögliche Zielgruppe auch an Bildungseinrichtungen.^b

8.8.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Maßnahmen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen in Wien bringen vielfältige Co-Benefits, die weit über den reinen Hitzeschutz hinausgehen: Aktivitäten in der Stadt- und Verkehrsplanung und bei Energie- und Gebäudestrategien, wie die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, die Dekarbonisierung der Energieerzeugung oder der Einsatz von Begrünung und Wasser im direkten Gebäudeumfeld, treiben unter anderem Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion an und führen zu einer verbesserten Luft- und damit Lebensqualität.

Kühle, öffentlich zugängliche Orte beleben Quartiere, stärken soziale Begegnung und reduzieren Vereinsamung vor allem bei älteren Menschen. Klimaanpassungsmaßnahmen im direkten Umfeld sozialer Einrichtungen sind besonders wichtig,^c da sie die Hitzebelastung für vulnerable Gruppen gezielt reduzieren.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Eine bessere Identifikation und Kontrolle von Krankheitserregern kann ein frühzeitiges Handeln und Sichern der Erholungsqualität von Natur- und Freiräumen ermöglichen. Effektive Hitzevorsorge entlastet weiters das Gesundheitssystem und sichert so eine wichtige Leistung des täglichen Lebens. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Resilienz, wirtschaftliche Stabilität und die Fähigkeit, präventiv in Klimaanpassung und öffentliche Gesundheit zu investieren. Gleichzeitig stellen Klima- und Ressourcenschutz im Gesundheitssektor einen großen Hebel dar, da dieser ein emissions- und ressourcenintensiver Dienstleistungsbereich ist, der in Österreich für knapp 7 Prozent des Treibhausgas-Fußabdrucks verantwortlich ist.¹²⁴

Somit zeigt sich: Vorausschauende Investitionen im Gesundheits- und Sozialbereich leisten große Beiträge für ein gesundes und gutes Leben in Wien und vermeiden hohe Folgekosten.

8.9 Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

Der Naturraum in und um Wien leistet einen essenziellen Beitrag zur hohen Lebensqualität der Stadt. Die Stadt Wien betrachtet ihre Natur- und Grünräume als Teil der Daseinsvorsorge, die allen Menschen in hoher Qualität zur Verfügung gestellt, langfristig gesichert und laufend gepflegt und verbessert werden. Ökologische Funktionen werden gestärkt und wertvolle Lebensräume für eine hohe Artenvielfalt erhalten und geschaffen. Gleichzeitig steht der Raum den Menschen zur Erholung zur Verfügung.

8.9.1 Einleitung

Die Natur- und Erholungsräume sind gerade in Zeiten der fortschreitenden Klimakrise und des Verlusts biologischer Vielfalt von besonderer Bedeutung für Wien. Die Stadt baut auf gewachsenen Strukturen auf: ein historisch entwickeltes sowie planerisch und naturschutzrechtlich verankertes **Grünraumsystem, großflächige Schutzgebiete, stadteigene Wald-, Wiesen- und Gewässerflächen** und viel Erfahrung in deren qualitätsvoller Ausgestaltung und naturnaher Bewirtschaftung. Bereits 1905 wurden die ersten Teile des Wiener Grüngürtels geschützt, seither wurden die Schutzgebiete stetig erweitert.

Menschliche Aktivitäten wie Landnutzungsänderungen, Übernutzung natürlicher Ressourcen oder Ausbreitung invasiver Arten belasten die Biosphäre – also den gesamten Bereich auf der Erde, in dem Leben möglich ist – und tragen ebenso zu einer Verschlechterung der planetaren Grenzen bei. Die planetare Grenze der **Integrität der Biosphäre** ist seit Jahren stark überschritten.^a Damit sind Ökosysteme und deren Fähigkeit, die Stabilität einer gesunden Biosphäre zu bewahren, in Gefahr.¹²⁵

Neben der Sicherung ist die **hochwertige Entwicklung unserer Natur- und Erholungsräume** essenziell für die Resilienz der Ökosysteme. Der Erhalt der Biodiversität sichert Lebensgrundlagen – für funktionierende Ökosysteme ebenso wie für Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen.

Intakte Grünräume und die Reduktion von Umweltbelastungen tragen wesentlich zur Stabilisierung von Natur und Klima bei und leisten Beiträge zu Klimaschutz und Klimaanpassung (sogenannte Ökosystemleistungen):

- Wälder, Stadtbäume, Wiesen und Extensivweiden wirken kühlend, speichern Kohlenstoff und sind wichtige Lebensräume für Artenvielfalt. Außerdem speichern sie Regenwasser und vermindern Erosion, wodurch bei Starkregenereignissen Bodenabtrag und Hangrutschungen reduziert werden.
- Gewässer und angrenzende Grünbereiche wirken kühlend auf die Stadt. Fließende Gewässer wie Donau, Neue Donau, Wienfluss und Liesingbach sind zudem wichtige Luftleitbahnen oder Kaltluft-Abflussbahnen und ermöglichen die Durchlüftung und nächtliche Abkühlung des Stadtraums sowie den natürlichen Abtransport von Luftschadstoffen. Wo im urbanen Raum möglich, werden Gewässer renaturiert, mit dem Ziel, den ökologischen Zustand zu verbessern, Belastungen zu reduzieren, vielfältige Strukturen und Lebensräume zu schaffen und so die Biodiversität zu fördern.

^a Siehe auch Kapitel Einleitung

- Hochwertige und schattenspendende Grünräume haben, insbesondere in überwärmten Stadtteilen, eine wachsende soziale Funktion als Erholungsgebiete für die Bevölkerung.
- Wiesen dienen als Rückzugsort, Nahrungsquelle und Brutstätte für eine Vielzahl von Kleintieren, Vögeln und Kleinsäugetern. Sie erhalten und fördern die Biodiversität und prägen als offene Kulturlandschaft die Landschaftsgestalt.
- Auch Wälder sind wertvolle Biodiversität-Hotspots, insbesondere wenn ausreichend Totholz vorhanden ist. Ein naturnaher und artenreicher Wald besitzt die notwendige Resilienz, um diese Ökosystemleistungen zu erbringen und den Belastungen der Klimakrise besser standzuhalten.
- Schutzgebiete spielen eine Schlüsselrolle als Rückzugsräume für bedrohte Arten, stehen jedoch selbst zunehmend unter Klimastress und Nutzungsdruck. Die Wiederherstellung degradierter Lebensräume, die ökologische Vernetzung sowie eine nachhaltige Landnutzung sind zentrale Ziele im Schutzgebietsmanagement.

8.9.2 Herausforderungen

Biodiversität, Natur- und Erholungsräume sind aufgrund der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise auf vielfältige Art und Weise herausgefordert:

- Zunehmender Klimastress für Ökosysteme: Hitzeperioden, Trockenheit, Starkregen, Stürme und die Ausbreitung invasiver Arten beeinträchtigen die Wälder und erfordern angepasste Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen. Die Anfälligkeit ist umso höher, je geringer die Vielfalt ist, etwa im Hinblick auf Pflanzenarten oder Alter der Bäume. Durch wärmere Winter nehmen Probleme mit Schädlingen zu. Auch Gewässer reagieren sensibel auf die Klimaerwärmung, sodass Bewirtschaftungsmaßnahmen, wie das Mähen der Unterwasserpflanzen in der Alten Donau, laufend angepasst werden müssen.
- Zunehmender Nutzungs- und Flächendruck: Unversiegelte Flächen geraten durch Bevölkerungswachstum und vielfältige Nutzungsansprüche verstärkt unter Druck. Landwirtschaft, Biodiversität, Stadtentwicklung, Wohnbau und Energieinfrastruktur konkurrieren um dieselben Flächen. Daraus ergeben sich Zielkonflikte, etwa zwischen der Erschließung neuer Flächen für den Wohnbau und Biodiversitätsschutz oder bei der Bereitstellung geeigneter Ausgleichsflächen. Die städtische Entwicklung entlang der Ziele des *Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035* fokussiert deshalb auf abgestimmte Raumentwicklung mit Mehrfachnutzung und Multifunktionalität. Ebenso kann die innerstädtische Nachverdichtung eine mögliche Lösung sein. Übernutzung, Trittschäden und Störungen können Artenschutz und Erholungsfunktion gleichermaßen beeinträchtigen und erfordern vorausschauende Steuerung und Besucher*innenlenkung.
- Begrenzte Flächenverfügbarkeit und wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Steigende Bodenpreise, knappe öffentliche Budgets und die begrenzte Verfügbarkeit geeigneter Flächen erschweren Flächensicherung, Flächenankauf und vorausschauende Bevorratung für Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen. Langfristige bodenpolitische Instrumente und gezieltes Liegenschafts- und Ausgleichsmanagement müssen entwickelt werden und sollen der Herausforderung entgegenwirken.
- Komplexe Eigentumsverhältnisse und Pflegequalität: Unterschiedliche Eigentümer*innenstrukturen – etwa bei Wald- und Grünflächen – führen zu variierenden Bewirtschaftungs- und Pflegequalitäten. Eine einheitlich hohe ökologische Qualität erfordert verstärkte Abstimmung, Kooperation, langfristige Vereinbarungen und finanzielle Ressourcen.

8.9.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Klimakrise und Biodiversitätsverlust sind globale Herausforderungen – (inter-)nationale Kooperationen sind daher notwendig. Nur durch integrierte und ganzheitliche Ansätze können die Ziele des Klima- und Naturschutzes erfolgreich umgesetzt werden.

Ausgehend von internationalen und europäischen Regelungen gilt es, entsprechende Maßnahmen auf lokaler Ebene umzusetzen:

- Das *Global Biodiversity Framework* wurde im Rahmen der 15. UN-Biodiversitätskonferenz 2022 beschlossen und zielt darauf ab, dass mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen bis 2030 unter Schutz gestellt und zusätzlich 30 Prozent der geschädigten Ökosysteme wiederhergestellt werden.¹²⁶ Auch Österreich hat sich dieser wegweisenden Abschlusserklärung angeschlossen und muss zur Erreichung der Ziele beitragen.
- Die *EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 COM(2020) 380* ist zentraler Bestandteil des EU Green Deal und hat zum Ziel, die Biodiversität Europas bis 2030 zum Wohl der Natur, der Menschen und des Klimas auf den Weg der Erholung zu bringen. Das bedeutet, dass die Hauptursachen für den Biodiversitätsverlust, wie Land- und Meeresnutzungsänderungen, Übernutzung biologischer Ressourcen, Klimawandel oder Umweltbelastung, mit verpflichtenden Maßnahmen bekämpft werden sollen. Dazu zählen ein kohärentes Netzwerk an Schutzgebieten und ein Plan zur Wiederherstellung der Natur.¹²⁷
- Die *Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (EU) 2024/1991* hat zum Ziel, beeinträchtigte Lebensräume und Habitate von Arten wiederherzustellen beziehungsweise zu verbessern. Auf mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen bis 2030 Wiederherstellungsmaßnahmen eingeleitet werden. Mit nationalen Wiederherstellungsplänen sollen konkrete Maßnahmen festgelegt werden, die die Artenvielfalt schützen und die Ökosystemleistungen, wie Wasserqualität, Klimaregulation oder Bodenfruchtbarkeit, sichern. Zahlreiche Projekte und Programme leisten bereits heute einen großen Beitrag zur qualitativen und quantitativen Verbesserung von Grünflächen und Biodiversität. Gesetzte Klima- und Naturschutzmaßnahmen werden fortgesetzt und erweitert. Die Erfordernisse werden auch bei der Novellierung des *Wiener Naturschutzgesetzes* berücksichtigt.
- Die *Österreichische Biodiversitätsstrategie 2030+ (2022)*¹²⁸ beabsichtigt, mit einem 10-Punkte-Programm die internationalen und europäischen Ziele umzusetzen und zielt darauf ab, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um in relevanten Sektoren Gefährdungen einzudämmen und weitere Verluste zu verhindern.

8.9.4 Unsere Ziele

Folgende Ziele werden in der *Smart Klima City Strategie Wien* und im Wiener Regierungsabkommen im Hinblick auf Biodiversität, Natur- und Erholungsräume festgelegt:

- Der Grünraumanteil in Wien von mehr als 50 Prozent ist langfristig gesichert.
- Wien schafft zusätzliche Waldflächen und Grünräume zur Erholung für die wachsende Bevölkerung und zur Verbesserung des Stadtklimas.

- Die natürlichen Bodenfunktionen sind durch die Erhaltung und Schaffung von unversiegelten Flächen gesichert.
- Wien fördert die biologische Vielfalt.

8.9.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Der **Wald- und Wiesengürtel**, ausgewiesene Schutzgebiete nach dem *Wiener Naturschutzgesetz*, die Festlegungen des *Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035* (Leitbild *Grünräume*) und entsprechende Widmungskategorien nach der *Bauordnung für Wien* bilden die zentralen Instrumente zur langfristigen Sicherung des Grünraums.

Die *Wiener Wald- und Wiesen-Charta*¹²⁹ bildet die Grundlage für ein umfassendes Maßnahmenprogramm zur **Sicherung und qualitativen Weiterentwicklung der Wiener Naturräume**. Sie stärkt Biodiversität, ökologische Qualität und Erholungsfunktionen durch klare Leitsätze und Aktionsbereiche. Ergänzend setzt Wien die Vorgaben der *Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (EU) 2024/1991* um und entwickelt – in Abstimmung mit den Prozessen auf Bundesebene – einen stadtweiten Plan zur Wiederherstellung beeinträchtigter Lebensräume. Die großen Hebel liegen in der langfristigen Sicherung und Vernetzung von Grünräumen, der Stärkung der Resilienz der Ökosysteme, der Renaturierung von Gewässern und terrestrischen Lebensräumen, im Erhalt natürlicher Bodenfunktionen und in einer klimawirksamen, vorausschauenden Freiraumplanung.

Wien schützt und entwickelt vielfältige Lebensräume daher gezielt, sowohl in großräumigen Landschaften wie dem Wienerwald als auch in kleinräumigen urbanen Biotopstrukturen. Die Stadt stärkt außerdem die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung, um Biodiversität erlebbar, verständlich und begreifbar zu machen.

8.9.6 Hebel und Maßnahmen

8.9.6.1 Hebel 1: Großflächige Naturräume schützen, ausweiten und pflegen

1. **Rechtliche Grundlagen vereinheitlichen:** Um den Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität dauerhaft zu sichern, werden das *Wiener Naturschutzgesetz* novelliert und bestehende *Schutzgebietsverordnungen* überprüft. Dafür werden die Regelwerke homogener Naturräume vereinheitlicht und im Hinblick auf das Vorliegen naturschutzfachlicher Konflikte analysiert. Es werden Handlungsansätze entwickelt, um die Verordnungen an aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Klima, Landwirtschaft und Naherholung anzupassen.
2. **Wiener Biodiversitätsstrategie entwickeln:** Wien entwickelt eine gesamtstädtische Biodiversitätsstrategie und erstellt ein Biodiversitätsmonitoring, um die Vielfalt der Arten, die genetische Vielfalt und die Vielfalt der Ökosysteme zu sichern oder wiederherzustellen. Eine abteilungsübergreifende Renaturierungsgruppe wird eingesetzt. Damit werden personelle, finanzielle und räumliche Ressourcen zur Erreichung der Zielsetzungen im Naturschutz gesichert und gebündelt.

3. **Großflächige Naturräume in und um Wien quantitativ und qualitativ sichern:** Die Stadt Wien sichert den Schutz und die Ausweitung ihrer großflächigen Naturräume langfristig (vergleiche Leitbild *Grünräume im Wien Plan – Stadtentwicklungsplan 2035*). Die Weiterentwicklung des Grüngürtels erfolgt in Kooperation mit den Akteur*innen der Metropolregion, insbesondere den Umlandgemeinden. Die ökologische Qualität und Biodiversität stadteigener Flächen wird durch naturnahe, klimaangepasste Pflege- und gezielte Aufwertungsmaßnahmen gefördert. Bewirtschaftungs- und Pflegepläne für stadteigene Flächen mit Fokus auf Klimaresilienz – zum Beispiel ein Wiesenmähplan zur Stärkung der Biodiversität – werden ausgearbeitet, umgesetzt und die finanziellen und personellen Ressourcen dafür sichergestellt. Die Kooperation mit anderen Eigentümer*innen bei der Einhaltung eines hohen Niveaus der qualitativen Ausgestaltung wird gestärkt. Im Rahmen von Anpassungen im Management von Schutzgebieten wird auf veränderte Rahmenbedingungen Rücksicht genommen, um diese Schutzfunktion nachhaltig zu gewährleisten.
4. **Aquatische Lebensräume quantitativ und qualitativ sichern:** Die Sicherstellung der guten Qualität aquatischer Lebensräume erfolgt durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen. Beispielsweise erfolgen an der Alten Donau ein komplexes Mähmanagement, die Ausweisung von Schonzonen und die Förderung des Grundwasserzustroms im Frühjahr. In der vom Donaustrom abgetrennten Oberen Lobau profitieren verschiedene Gewässerlebensräume durch eine gezielte Einleitung von Wasser aus der Neuen und fallweise Alten Donau.
5. **Liegenschafts- und Ausgleichsflächenmanagement vorantreiben:** Als Strategie zur Flächensicherung und -entwicklung und um dem Biodiversitätsverlust gegenzusteuern werden zusätzliche Naturräume, soweit möglich und erforderlich, anhand einheitlicher und vorhersehbarer Standards durch Flächenankauf, Flächenwidmung oder vertragliche Vereinbarungen, wie Pacht und rotierende Flächenbewirtschaftung, im Stadtgebiet und im Umland gesichert sowie als wichtige Lebensräume ausgestaltet. Die Weiterentwicklung bodenpolitischer Instrumente für den Ausbau des Grüngürtels und Freiraumnetzes wird geprüft.
6. **Vielseitige Angebote in gut erreichbaren Wiener Erholungsgebieten sicherstellen:** Die ausgewogene Differenzierung von inklusiven und naturnahen Freizeitangeboten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in den Erholungsgebieten sowie der freie Zugang zu Oberflächengewässern werden weiter ausgebaut.^a
7. **Integrative Waldbewirtschaftung stärken (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Auf mindestens 10 Prozent der Wiener Waldfläche soll sich der Wald ohne forstliche Eingriffe natürlich entwickeln können. In den gemanagten übrigen Waldflächen erfolgen kleinflächige Pflegemaßnahmen. Die Wald- und Wiesenflächen werden möglichst naturnah bewirtschaftet.
8. **Ökosysteme sichern und wiederherstellen:** Wien forciert die Wiederherstellung von standortgerechten Offenlandlebensräumen, wie im Naturschutzareal Breitenlee. Dies trägt zum Ziel bei, die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu steigern. Dadurch wird nicht nur die heimische Flora und Fauna gefördert, sondern es wird auch verstärkt Kohlenstoff im Boden gespeichert.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

8.9.6.2 Hebel 2: Kleinflächige Naturräume und Biotope als Biodiversitätsflächen und Erholungsräume sichern, vernetzen und gestalten

1. **Biodiversitäts- und Artenschutzflächen entwickeln:** Die Stadt fördert die ökologische Vernetzung von Naturräumen, um der Reduktion der Lebensräume von Tieren und Pflanzen entgegenzuwirken. Dafür werden zum Beispiel naturschutzfachlich hochwertige Grünverbindungen durch Trittsteinbiotope, Gebäude- und Innenhofbegrünung oder Wiener Gartenstraßen geschaffen.
2. **Potenzialflächen für Naturschutz im Stadtgebiet identifizieren:** Die Stadt setzt sich dafür ein, dass auf urbanen Flächen neben klimawirksamen auch biodiversitätsfördernde Maßnahmen entwickelt werden – wie etwa in Parks, weiteren Wiener Wäldchen oder auf anderen kleinflächigen Grünräumen und vertikalen Strukturen.
3. **Unterstützungs- und Fördermaßnahmen erarbeiten:** Private Partnerschaften zu Klima- und Biodiversitätsschutz werden in Abstimmung mit bestehenden Förderprogrammen erarbeitet.
4. **Vertragsnaturschutz etablieren:** Das Instrument des Vertragsnaturschutzes, also die vertragliche Regelung von Naturschutzmaßnahmen, wird für biodiversitätsfördernde Maßnahmen auf Privatflächen genutzt sowie partnerschaftlich auf öffentlichen Flächen der Wiener Bäder, Wiener Friedhöfe und von Wiener Wohnen (Gemeindebauten) umgesetzt. Der Erhalt der Ökosystemleistungen und im Speziellen der Schutz der Biodiversität und des Bodens werden unterstützt und gefördert.

8.9.6.3 Hebel 3: Biodiversität verstehen und begreifen

1. **Grundlagen zur Biodiversität vermitteln:** Ein neuer Biodiversität-Bildungsschwerpunkt wird durch Formate wie die Wiener Kinderkonferenz zur Biodiversität oder durch Ausbildungsinitiativen wie dem Lehrberuf „Klimagärtner*in“ verankert. Weitergehende Information wird direkt an den Grünflächen und bei Umsetzungsprojekten vor Ort wie dem Liesingbach angeboten. Nachbarschaftliche Initiativen werden stärker eingebunden. Bewusstseinsbildende Angebote für Mitarbeitende der Stadt Wien und deren Unternehmen zur Vermittlung naturschutzfachlich relevanter Themen werden ausgebaut.
2. **Beteiligung ermöglichen:** Partizipation wird auf verschiedenen Ebenen – informieren, konsultieren, mitgestalten und mitentscheiden – zur Stärkung der Akzeptanz von Klimaanpassungsstrategien und biodiversitätsfördernden Maßnahmen im Grünraum geboten, unter anderem durch die Neuaufforstung im *Wald der jungen Wiener*innen*¹³⁰. Citizen Science-Projekte werden zur aktiven Beteiligung der Bevölkerung umgesetzt, etwa im Stadtentwicklungsgebiet Heidjöchl.^a

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

8.9.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Intakte Natur- und Erholungsräume sind essenzielle Lebensgrundlage für die Bevölkerung. Sie sichern zentrale Ökosystemleistungen wie saubere Luft, Wasserhaushalt, Klimaregulation, Bodenfruchtbarkeit und Bestäubung und stehen damit in direktem Zusammenhang mit Leistungen des täglichen Lebens – von Gesundheit über Ernährungssicherheit bis zum Schutz vor Klimafolgen. Mehr Biodiversität stärkt die Resilienz der Stadt gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Biodiverse, naturnahe Flächen sorgen nicht nur für eine gestärkte Klimaresilienz der Umwelt, sondern spielen auch eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden der Menschen und damit der Lebensqualität in der Stadt. Gut erreichbare und zugängliche Erholungsgebiete kommen der gesamten Bevölkerung und insbesondere vulnerablen Gruppen zugute. Im Sinne des One-Health-Ansatzes sind die Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und Ökosystemen untrennbar miteinander verbunden und sollen nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht werden.¹³¹

8.10 Wasser

Die langfristige und hochwertige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die Stadt Wien sichert diese hohe Qualität und baut die klimaresiliente Regenwasserbewirtschaftung aus. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Ressourceneffizienz, naturnahen Lösungen und gerechter Versorgung mit der Ressource Wasser, um für langfristige Entwicklungshorizonte und Risiken durch klimabedingte Extremwetterereignisse Vorsorge zu leisten.

8.10.1 Einleitung

Die Wiener Kommunalpolitik setzt seit mehr als 150 Jahren auf die langfristige Sicherstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge und eine vorausschauende Planung zentraler Infrastrukturen. Dadurch verfügt Wien über eine der höchsten Wasserqualitäten weltweit. Mit Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen der Klimakrise kommen dem hochwertigen Erhalt, der Wartung und dem Ausbau der Wiener Wasserversorgung und des Kanalnetzes große Bedeutung zu.

Die **Wasserversorgung** basiert nach wie vor auf den 1873 beziehungsweise 1910 in Betrieb genommenen Hochquellwasserleitungen. 85 Prozent des Trinkwassers für die Stadt Wien kommt aus den Quellengebieten von Rax, Schneeberg, Schneealpe und Hochschwab. Die restliche Wasserversorgung wird mit 29 Brunnen über das Grundwasser gesichert. Die Einzugsgebiete der Quellen und Brunnen werden konsequent geschützt und als wasserrechtliche Schutz- und Schongebiete ausgewiesen. Insbesondere in diesen Gebieten wird die Entwicklung strukturreicher, klimabeständiger Mischwälder und einer starken Humusschicht gefördert, um die wesentlichen Funktionen der Wälder als Wasserspeicher und -filter zu erhalten.

Das gesamte **Speichervolumen der Wiener Wasserbehälter** entspricht im Jahr 2026 einer maximalen Menge von 1,6 Milliarden Liter Wasser – das ist das Vierfache des durchschnittlichen Wasserbedarfs im Jahr 2025. In der Stadt wird das Wasser durch das 3.100 Kilometer lange Wiener Wasserrohrnetz transportiert, das zum Qualitätserhalt kontinuierlich gewartet und ausgebaut wird.

Das **Wiener Kanalnetz zur Abwasserentsorgung** ist mit einer Netzlänge von 2.500 Kilometern das längste in Österreich. Die Hauptkläranlage in Simmering reinigt täglich 500 Millionen Liter Abwasser auf höchstem Niveau. Die dadurch entstehenden Treibhausgasemissionen sind im Kapitel Konsum und Abfall abgebildet. Die umweltgerechte und energieeffiziente Abwasserentsorgung wird durch Investitionen in die Infrastrukturen und die Entwicklung innovativer Lösungen gesichert. Laufende Sanierung und Kapazitätsanpassungen im Kanalsystem sind vorausgeplant und werden möglichst ressourcenschonend umgesetzt.

Nachhaltiges Regenwassermanagement ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. Die Herstellung eines resilienten Wasserkreislaufs wird durch die Auswirkungen der Klimakrise immer wichtiger. Der **sorgsame Umgang mit der Ressource Wasser** bedeutet nach den Wirkungsprinzipien einer Schwammstadt, dass das Regenwasser in einem möglichst naturnahen Wasserkreislauf mit Verdunstung, Versickerung und Speicherung gehalten wird. Der Boden wird mit Wasser versorgt, wodurch Pflanzen wachsen können, das Grundwasser sich regenerieren und die Umgebung, insbesondere in Hitzeperioden, von der Verdunstungskälte profitieren kann.

Damit die Infrastruktur auf Starkregen und Trockenheit vorbereitet ist, muss die Stadt nachhaltiges Regenwassermanagement in Wien verstärkt einsetzen. Mit einem ganzheitlichen Ansatz kann eine Entlastung des städtischen Abwassersystems erreicht werden, während der Bewässerungsbedarf von Grünflächen reduziert, Grundwasser erhalten und langfristig Kosten gespart werden. Aufgrund des hohen Materialfußabdrucks von Tiefbauvorhaben wird beim Ausbau der grün-blauen Infrastruktur zudem auf ressourcenschonende Bauweisen geachtet.

Die Gewässer in Wien werden ebenfalls bestmöglich auf **Hochwasserereignisse** vorbereitet. Die Donauregulierungen (1870 bis 1875, 1972 bis 1988) bieten vorbildlichen Schutz vor Hochwasser und haben mit der Donauinsel gleichzeitig ein 21 Kilometer langes Naherholungsgebiet in der Stadt geschaffen, das bis zum heutigen Tag einen wichtigen Beitrag zum Biodiversitätserhalt leistet. Allerdings verändern sich aufgrund des Klimawandels die Menge, Häufigkeit und Intensität von Niederschlägen. Das beeinflusst das Abflussverhalten von Flüssen direkt und erhöht damit auch das punktuelle Hochwasserrisiko insbesondere an kleineren Gewässern. Die quantitative und qualitative Sicherung von Oberflächengewässern wird im Kapitel Biodiversität, Natur- und Erholungsräume aufgegriffen.

8.10.2 Herausforderungen

Die Errichtung notwendiger städtischer Infrastruktur wie Gebäude oder Straßen hat zur Folge, dass vermehrt Flächen versiegelt sind und kein Wasser mehr aufnehmen können. Eine sensible Planung der Flächennutzung ist daher essenziell, um mit unversiegelten Oberflächen die natürliche Speicher- und Pufferfunktion des Bodens bei Niederschlag nutzen zu können.

Die Auswirkungen der Klimakrise bringen Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Druck:

- **Bedarf an Trink- und Brauchwasser steigt:** Hitze und Trockenheit werden neue Anforderungen an die Wasserversorgung stellen, etwa durch hohe Tagesverbrauchsspitzen für die Bewässerung von Grünflächen, Gebäudebegrünungen und in der städtischen Landwirtschaft, während gleichzeitig auch der Trinkwasserbedarf zunimmt. Jahreszeitliche Verschiebungen der Niederschläge in den Quellschutzgebieten und deren Form, wie Schnee oder Regen, verändern den jahreszeitlichen Verlauf der aus den Quellen austretenden Wassermengen. Um die hohe Qualität und Versorgungssicherheit auch zukünftig zu gewährleisten, bereitet sich die Stadt auf eine weiterhin wachsende Bevölkerung und einen damit einhergehenden Anstieg des Gesamtwasserverbrauchs sowie geänderte Tagesverbrauchsspitzen während Hitzeperioden vor. Bewusstseinsbildende Maßnahmen sollen hier unterstützen, um die Umsetzung von wassersparenden Maßnahmen verständlicher zu machen. So können Spitzenbelastungen der Trinkwasserversorgung abgeschwächt werden.
- **Spitzenbelastungen für das Kanalsystem:** Gleichzeitig bedeuten Extremwetterereignisse wie Starkregenfälle starke punktuelle Belastungen für das Kanalsystem. Lokale Überflutungen, zum Beispiel von Unterführungen oder Unterflurstationen, sind die Folge. Langfristige Planung ermöglicht vorausschauende Kapazitätsanpassungen, doch ein kompletter Ausbau der Kapazitäten im Hinblick auf die zunehmende Intensität von Starkregenereignissen ist technisch und wirtschaftlich nicht möglich. Die Entlastung des Kanalnetzes durch Maßnahmen des lokalen Regenwassermanagements ist daher dringend notwendig. Ergänzend zur klassischen Kanalinfrastruktur werden verstärkt grün-blaue Maßnahmen, wie Versickerungsflächen oder Begrünungen, benötigt, um Wasser zurückzuhalten und das System bei Starkregenereignissen

zu entlasten. Genauso ist Eigenverantwortung gefragt, um die Entlastung durch regenwassersensible Maßnahmen auf Privatflächen zu unterstützen.

8.10.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Der natürliche Wasserkreislauf umfasst nicht nur das Wiener Stadtgebiet. Neben europäischen und bundesrechtlichen Vorgaben ist die Kooperation im Rahmen der wasserrechtlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern maßgeblich. Zudem ist eine übergreifende Zusammenarbeit mit angrenzenden Staaten notwendig.

- Die *Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG* der EU hat zum Ziel, den Zustand aller Gewässer systematisch zu verbessern, einen „guten Zustand“ zu erreichen und keine weitere Verschlechterung zuzulassen. Alle 6 Jahre müssen wasserwirtschaftliche Planungen in einem *Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP)* erstellt werden, um die Maßnahmen zur Zielerreichung festzulegen. Dies erfolgt in Österreich über das *Wasserrechtsgesetz 1959* in Zusammenarbeit mit den Bundesländern.
- Die *Europäische Wasserresilienzstrategie COM(2025) 280* wurde beschlossen, um die Wiederherstellung und den Schutz des Wasserkreislaufs, eine Wirtschaft, die ihr Wasser intelligent nutzt sowie sauberes und bezahlbares Wasser für alle zu schaffen.
- Die *Trinkwasserrichtlinie (EU) 2020/2184* hat das Ziel, die weltweit höchsten Standards für schadstofffreies Trinkwasser sicherzustellen und durch sichere Versorgung mit Leitungswasser das Abfallaufkommen durch Kunststoffflaschen zu verringern. Die Informationspflichten, die sich aus dieser Richtlinie ergeben, hat die Stadt Wien im § 5a des *Wasserversorgungsgesetzes* umgesetzt. Relevante Kennwerte zu Qualität, Leistung und Verbrauch werden regelmäßig veröffentlicht.
- Die *Kommunale Abwasserrichtlinie (EU) 2024/3019* gibt vor, dass bis 2033 integrierte Bewirtschaftungspläne erarbeitet werden, die sowohl Abwasser als auch Regenwasser umfassen. Blau-grüne Infrastrukturlösungen sollen darin vorrangig berücksichtigt werden.

8.10.4 Unsere Ziele

Aus der *Smart Klima City Strategie Wien* lassen sich folgende Ziele ableiten:

- Die Wasserver- und -entsorgung wird auf hohem Niveau und ressourceneffizient instandgehalten und betrieben.
- In Wien wird möglichst viel Regenwasser lokal in den natürlichen oder naturnahen Wasserkreislauf zurückgeführt.

Die Wiener Stadtregierung bekennt sich in ihrem Regierungsabkommen 2025 außerdem zu „einer Versorgung der Bevölkerung mit erstklassigem Trinkwasser, einer Entsorgung der Abwässer sowie zum Schutz vor Hochwasser und negativen Umwelteinflüssen [...]“

8.10.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Mit der Strategie *Wiener Wasser 2050*¹³² werden Wege aufgezeigt, das Lebensmittel Nummer 1 (Wasser) langfristig für die Millionenmetropole Wien zu sichern. Die wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sind daher, die zur Verfügung stehende Wassermenge zu erhöhen, während ein schonender Umgang den Wasserverbrauch reduziert und die uneingeschränkte Nutzbarkeit der bestehenden Wasserwerke gesichert ist. Langfristig ist die laufende Sanierung der Leitungssysteme sicherzustellen und das Leitungsnetz auf die künftige räumliche Verteilung der wachsenden Bevölkerung abzustimmen. Durch die laufende Erweiterung der Wasserbehälter und deren Speicherkapazitäten können die Schwankungen im Wasserverbrauch, etwa während Hitzewellen, noch besser ausgeglichen werden.

Um einen resilienten Wasserkreislauf aufzubauen, werden Maßnahmen von großflächigen, infrastrukturellen Ausbauprojekten bis zur Forcierung von Lösungen für Versickerung, Speicherung und Nutzung auf kleinen Bauplätzen umgesetzt. Konkrete Projekte zur Sicherstellung der Abwasserentsorgung und zur Anpassung des Hochwasserschutzes werden laufend stadtweit umgesetzt. Maßnahmen zum Schutz und zur Nutzung der Wiener Gewässer sind im Kapitel Biodiversität, Natur- und Erholungsräume angeführt.

8.10.6 Hebel und Maßnahmen

8.10.6.1 Hebel 1: Resiliente Versorgung mit Trinkwasser garantieren

1. **Wasser schonend gewinnen und aktiven Quellschutz betreiben:** Durch gezieltes Management sichert die Stadt Wien die Qualität des Trinkwassers und erhöht die Resilienz in den Quellschutzgebieten und -wäldern in den Bereichen Rax, Schneeberg, Schneealpe und Hochschwab sowie im Bereich der Grundwasserbrunnen. Um den zunehmenden Wasserbedarf zu decken, wird die verfügbare Wassermenge durch die Errichtung eines Wasserwerks auf der Donauinsel und durch zusätzliche Rohrstränge bei einigen Quellen gesteigert.
2. **Trinkwasserbehälter langfristig instand halten, ressourcenschonend erneuern und erweitern:** Die Wasserversorgung wird sichergestellt und etwaige Schwankungen im Wasserverbrauch (etwa während Hitzewellen) werden ausgeglichen. Bestehende Wasserbehälter werden unter Berücksichtigung der Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und technischer Vorgaben laufend saniert und zum Teil deutlich erweitert.
3. **Wasserrohrnetz langfristig instand halten, ressourcenschonend sanieren und erweitern:** Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, wird auf vorausschauende Planung und Abstimmung auf die künftige räumliche Verteilung der wachsenden Bevölkerung gesetzt. Die Stadt Wien fördert die Abstimmung zwischen Einbautenträger*innen sowie der Straßenverwaltung, um vorhandene Synergien zu nutzen und Ressourcen zu schonen. Aktives Wasserverlustmanagement trägt zur zustandsorientierten Rohrnetzenerneuerung bei.
4. **Sorgsamen Umgang mit Trinkwasser unterstützen:** Die Stadt Wien setzt weiterhin auf Information und Wissensvermittlung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen (zum Beispiel durch die *Wiener Wasserschule*¹³³). Mögliche wassersparende Alternativen, wie

die Nutzung von Brauchwasser, werden geprüft. Zudem werden automatische Bewässerungssysteme für eine effizientere Bewässerung der städtischen Grünflächen eingesetzt.

8.10.6.2 Hebel 2: Resiliente Entsorgung von Abwasser sicherstellen

1. **Kanalsystem laufend sanieren und Kapazitäten anpassen:** Die Stadt errichtet neue Rückhaltebecken und Retentionsvolumina (zum Beispiel auf der Donauinsel), um die kritische Infrastruktur zu stärken und die Mischwasserentlastung zu reduzieren. Dies geschieht unter Berücksichtigung ressourcenschonender Bauweisen und klimaschonender Bautätigkeiten. Abwasserreduktion wird durch die gezielte Entkopplung des Regenwassers vom Kanalnetz erreicht.
2. **Bewusstsein für nachhaltige Abwasserentsorgung stärken:** Programme für Kindergärten und Schulen sowie Informationsformate für Erwachsene werden weiterentwickelt.

8.10.6.3 Hebel 3: Regenwasser im natürlichen Wasserkreislauf halten

1. **Aktives Regenwassermanagement gesamtstädtisch strategisch verankern:** Die Stadt Wien forciert eine abgestimmte Koordinierung innerhalb der Verwaltung, um Regenwasser bestmöglich im natürlichen oder naturnahen Wasserkreislauf zu halten. Der Wissenstransfer wird gefördert und gesetzliche Rahmenbedingungen werden geprüft.^a
2. **Strukturen für eine resiliente Regenwasserbewirtschaftung schaffen:** Nicht versiegelte Versickerungsflächen werden im privaten wie im öffentlichen Raum, bei Neubau und Sanierungsarbeiten sichergestellt. Die verpflichtende Regenwasserbewirtschaftung auf Bauplätzen (laut *Bauordnung für Wien*) wird konsequent angewendet und der *Grünflächen- und Regenwassermanagementfaktor Wien (GRFWien)*¹³⁴ wird bereits in frühen Planungsphasen angewendet. Die Sommer- und Wintertrennung für Niederschlagswässer im Straßenbereich wird unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Winterdienstes vorangetrieben und der sparsame Einsatz von Auftaumitteln fortgeführt, um Regenwasser möglichst im Wasserkreislauf zu halten. Konzepte zur Wartung und Nutzung innovativer Regenwasserbewirtschaftungssysteme werden erarbeitet und evaluiert, damit deren dauerhafter Betrieb gewährleistet werden kann.^b Durch Schaffung von Retentionsbereichen mit Mehrfachnutzung, zum Beispiel auf Sport- und Spielplätzen, entstehen Notwasserwege im Fall von Starkregenereignissen.
3. **Effektive Starkregenprävention sicherstellen:** Die Stadt Wien setzt sich dafür ein, dass der Wasserrückhalt über den gesamten Wasserverlauf passiert. Dafür erstellt die Stadt langfristige, strategische Planungsgrundlagen und optimiert die Speicherkapazitäten. In den unverbauten Einzugsgebieten erhöhen strukturierte, vielfältige Wälder und Wiesen, der Verbleib von Totholz und möglichst bodenschonende Bewirtschaftung der Gebiete die Wasserrückhalte- und Speicherkapazität in der Vegetation und im Boden. Im

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

verbauten Gebiet wird grün-blaue und Kanalinfrastruktur verstärkt kombiniert umgesetzt, damit Maßnahmen kleinteilig vernetzt werden.

4. **Wissen und Bewusstsein zum Wasserkreislauf fördern:** Die Stadt Wien setzt auf bewusstseinsbildende Aktivitäten für unterschiedliche Zielgruppen und die Sichtbarmachung der Potenziale des natürlichen Wasserkreislaufs in der Stadt für die Stadtbewohner*innen. Die Stadt stärkt in der interdisziplinären Zusammenarbeit bei Baumaßnahmen den Wissenstransfer und das Bewusstsein für notwendigen Überflutungsschutz. Die Öffentlichkeit soll zum Selbstschutz motiviert werden, indem das Verständnis für extreme Wetterbedingungen wie Starkniederschläge, Dürren und starke Stürme oder die erhöhte Gefahr von Vereisung bei häufigerem Tauwetter an der Nullgrad-Grenze geschaffen wird.

8.10.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Die Ressource Wasser ist ein wertvolles Gut und wird als solches in Wien sehr hoch geschätzt. Die Sicherung der hohen Qualität und Leistbarkeit des Trinkwassers kommt dabei der gesamten Bevölkerung zugute. Die Verbreitung von Krankheitserregern wird vermieden und die Gesundheit der Menschen dadurch geschützt. Naturbasierte Lösungen zur Verdunstung, Versickerung und Wasserspeicherung tragen wesentlich zur Kühlung des Straßenraums sowie zur Verbesserung des Mikroklimas bei und entlasten gleichzeitig das Kanalsystem. Ein resilienter Wasserkreislauf ist weniger vulnerabel gegenüber zunehmenden Starkregenereignissen oder länger andauernden Hitzeperioden und leistet zusätzlich einen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit.

Die hohe Anzahl an öffentlich zugänglichen Trinkwasserbrunnen (2026: über 1.800 Trinkbrunnen) leistet einen hohen Beitrag zum ressourcenschonenden und leistbaren Leben für die Bevölkerung in Hitzeperioden und trägt zur Bewusstseinsbildung bei, da sie die Sichtbarkeit der Ressource Wasser erhöht.

Die Wiener Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz und erfolgen möglichst ressourcenschonend. Generell wird die Stadt Wien zu etwa 85 Prozent über das natürliche Gefälle (gravitativ) mit Quellwasser versorgt. Das bedeutet, dass die Stadt überwiegend ohne Pumpenenergie versorgt werden kann – was nicht nur im Fall eines Stromausfalls die Wasserversorgung sichert, sondern auch energie- und ressourcensparend ist. Ökostrom entsteht durch Wasserkraftwerke entlang der Hochquellenleitungen und innerhalb des Wiener Stadtgebiets, mit Photovoltaikanlagen auf Betriebsgebäuden und auf Wasserbehältern sowie durch das bei der Abwasserreinigung gewonnene Klärgas. Abwasser wird zusätzlich über Wärmetauscher zum Wärmen und Kühlen genutzt.

8.11 Bewusstseinsbildung

Wir Menschen sind es, die den Weg in eine klimaneutrale, ressourcenschonende und klimaresiliente Zukunft ebnen. Dafür benötigen wir Wissen rund um die Klimakrise und vor allem Begeisterung für positive Veränderungen in unserer Stadt.

Unter Bewusstseinsbildung versteht die Stadt Wien Bildung und Kommunikation als zentrale Hebel des Wandels. Es sind eigenständige Aufgabenbereiche und gleichzeitig Querschnittsthemen, die in allen Handlungsfeldern des *Wiener Klimafahrplans* wirksam sind.

Die Stadt Wien stärkt das Klimabewusstsein der Menschen in Wien, indem sie Bewusstsein schafft, Betroffenheit spürbar macht, Handlungsmöglichkeiten aufzeigt und kollektives Handeln anstößt, um die Akzeptanz politischer Maßnahmen zu unterstützen. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft, die dem Klima, der Umwelt und uns Menschen guttut.

8.11.1 Einleitung

Viele Menschen stehen ambitionierten Klimamaßnahmen grundsätzlich positiv gegenüber. Eine Umfrage aus dem Jahr 2024 in Österreich zeigt, dass für rund 3 von 4 Befragten Klimaschutz ein wichtiges Anliegen ist. 65 Prozent der Bevölkerung sind besorgt über die Auswirkungen der Klimakrise.¹³⁵ In einer Befragung von 2025 sieht mit fast 90 Prozent die überwältigende Mehrheit den Klimaschutz als Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.¹³⁶

Für eine große Mehrheit sind also Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung wichtige Anliegen. Die Sorge über die Folgen der Klimakrise ist weit verbreitet. Gleichzeitig unterschätzen viele Menschen, wie dramatisch die Folgen der Klimakrise für uns alle werden können¹³⁷ und wie hoch die Bereitschaft anderer ist, Veränderungen mitzutragen. Das schwächt die gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, aktiv zu werden.¹³⁸ Darüber hinaus fühlen sich viele Menschen mit ihren Anliegen nicht ausreichend gehört oder erleben politische Prozesse als wenig zugänglich. Dadurch sinkt das Vertrauen in politische Institutionen in Österreich.¹³⁹ So ergibt sich eine Kluft: Einerseits gibt es breite Zustimmung zu Klimaschutz über soziale Gruppen hinweg. Andererseits bleiben diese Anliegen gesellschaftlich wenig sichtbar und viele Menschen zweifeln daran, dass sie wirksam aufgegriffen und umgesetzt werden.

Es kommt also darauf an, die stille Mehrheit für Klimaschutz sichtbar zu machen, Klimaauswirkungen konkret und alltagsnah greifbar zu machen und Menschen aktiv einzubinden.

Dafür braucht es Zugänge, die Orientierung geben, Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Kompetenzen aufbauen. Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung werden dann wirksam, wenn sie im Alltag verständlich, greifbar und anschlussfähig sind.

8.11.2 Herausforderungen

Bei der Umsetzung von Klimamaßnahmen und den damit einhergehenden Herausforderungen kann Bewusstseinsbildung eine wichtige unterstützende Rolle spielen:

- Viele Menschen nehmen die Klimakrise als etwas weit Entferntes wahr. Sie gehen davon aus, dass andere Regionen stärker betroffen sind als Wien und sind sich unsicher, wann und wie sie selbst betroffen sein werden. Überdies sind viele Menschen von multiplen Krisen – von Kriegen bis hin zu hoher Inflation sowie der medialen Informationsflut – erschöpft und haben wenig Interesse und Kraft, sich mit Klimathemen auseinanderzusetzen. Bewusstseinsbildung muss deshalb Alltagsnähe, persönliche Betroffenheit durch die Folgen der Klimakrise, aber auch Handlungsmöglichkeiten vermitteln, damit die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen steigt.¹⁴⁰
- Es ist allerdings irreführend, zu erwarten, dass individuelles Verhalten und bewusste Konsumententscheidungen vieler Einzelpersonen genügen, um die Auswirkungen unserer Lebensweise und unseres ressourcenintensiven Wirtschaftssystems umfassend zu verändern. Besonders emissionsintensive Strukturen, Akteur*innen und Gestalter*innen von Rahmenbedingungen haben die größten Hebel für die Klimawende. Verantwortung darf deshalb nicht primär auf individuelle Lebensstilentscheidungen verlagert werden. Stattdessen machen gelungene Bewusstseinsbildung die unterschiedlichen Ebenen von Verantwortung und Gestaltungsmacht sichtbar. **Individuelle Konsumententscheidungen sind untrennbar in die bestehenden Strukturen der Wirtschaft, der Arbeitswelt, des Wohnungs- und Verkehrsangebots und so weiter eingebettet und davon abhängig.**¹⁴¹ Solange sich diese Strukturen nicht ändern, bleibt die Wirkung individueller Verhaltensänderungen begrenzt. **Bewusstseinsbildung kann die notwendigen strukturellen Transformationen, die in allen Handlungsfeldern des Wiener Klimafahrplans angeführt werden, unterstützen, aber nicht ersetzen.**
- Ambitionierte Klimamaßnahmen brauchen entschlossenes politisches Handeln. In den letzten Jahren vertrauen immer weniger Menschen politischen Entscheidungsträger*innen und Institutionen. Nur jede*r Fünfte in Österreich fühlt sich in politischen Fragen gehört. Nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung ist der Meinung, dass die eigenen Interessen vertreten werden. Bei Personen mit niedriger formaler Bildung oder niedrigem Einkommen ist das Vertrauen noch schwächer ausgeprägt.¹³⁹ Dieser Vertrauensverlust betrifft auch die Stadt Wien. In der Kommunikation der Stadt Wien sind daher Transparenz und Glaubwürdigkeit von zentraler Bedeutung, um das Vertrauen der Bürger*innen zurückzugewinnen. In unserer komplexen Informationslandschaft ist es eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand, verlässliche Informationsgrundlagen sicherzustellen und gezielt gegen Desinformation vorzugehen. Neben Stimmen der Verwaltung und Politik sollten zudem auch Botschafter*innen wie Meinungsmacher*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen die politischen Maßnahmen unterstützen.

8.11.3 Zusammenspiel mit Bund und EU

Abgestimmte Rahmenbedingungen auf EU-Ebene sowie mit Bund und Ländern können die Maßnahmen Wiens zur Klimabewusstseinsbildung und Klimakommunikation deutlich verstärken. Dazu zählen insbesondere mehrjährige, planbare Förder- und Unterstützungsinitiativen und geeignete rechtliche und finanzielle Rahmensetzungen, die Informations-, Beratungs- und Beteiligungsangebote zur Klimabewusstseinsbildung und Klimakommunikation systematisch mittragen.

- Der *European Climate Pact COM(2020) 788*¹⁴² auf europäischer Ebene bietet eine europaweite Mitmach- und Partnerplattform, über die Städte, Organisationen und Bürger*innen lokale Aktionen, Vernetzung und Sichtbarkeit für Klimaschutzinitiativen einbringen können.
- Im Bildungsbereich liefern die EU-Schwerpunkte zur Green Education und die Ratsempfehlung *Learning for the green transition and sustainable development*¹⁴³ Orientierung für den systematischen Ausbau von Klimabildung und Nachhaltigkeitskompetenzen.
- Verbraucher*innenrechte stärkt die *Empowering Consumers for the Green Transition (EmpCo)-Richtlinie (EU) 2024/825*. Sie behandelt Greenwashing und verbietet unter anderem allgemeine Umweltaussagen wie „umweltfreundlich“, „grün“ oder „ökologisch“, wenn diese hervorragende Umweltleistung nicht belegbar ist.
- Für städtische Kommunikations- und Beteiligungsprozesse stehen insbesondere von der EU-Mission *Climate-Neutral and Smart Cities* mit ihrem Unterstützungsumfeld, etwa über *NetZeroCities*¹⁴⁴, konkrete Instrumente und Leitfäden zur Verfügung.
- Wien knüpft gezielt an nationale und internationale Städtenetzwerke wie die österreichische *Pionierstadt-Partnerschaft (Mission „Klimaneutrale Stadt“)*¹⁴⁵ und *Eurocities*¹⁴⁶ an und nutzt sie für Klimabildung, Beteiligung und Bewusstseinsarbeit.

Besonders in den Bereichen Bildung, Kompetenzaufbau und öffentliche Information bestehen auf **Bundesebene** klare Ansatzpunkte für Kooperation und Unterstützung:

- **Lehrpläne und Bildungsstandards:** Lehrpläne sind Bundeskompetenz. Wien unterstützt die stärkere und verbindlichere Verankerung von Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung sowie politischer Bildung und demokratischer Teilhabe in Lehrplänen, ergänzt durch bundesweite Qualitätsstandards und aktualisierte Unterrichtsmaterialien, über alle Schulstufen hinweg.
- **Aus- und Weiterbildung von Multiplikator*innen:** Bundes- beziehungsweise länderübergreifende Programme zur Fortbildung von Pädagog*innen, Verwaltungspersonal und anderen Multiplikator*innen stärken die Klimakompetenz systematisch. Die erfolgreiche Multiplikator*innenarbeit des *Wiener Klimateams* kann dabei als Vorbild dienen.^a
- **Gemeinsame Kommunikations- und Informationsinitiativen:** Gemeinsame Leitlinien und bundesweit abgestimmte Kampagnen zu Themen wie Energiesparen, nachhaltiger Konsum oder Mobilität erhöhen mit regionalen Bezügen und lokaler Adaptierung Verständlichkeit, Reichweite und Vertrauen.

Wien setzt sich auch künftig aktiv für eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern und der EU ein. Denn nur durch ein koordiniertes Vorgehen kann eine breite gesellschaftliche Mobilisierung für den Wandel gelingen.

8.11.4 Unsere Ziele

Wien setzt sich auf Basis des aktuellen Forschungsstands und der bestehenden Herausforderungen folgende Ziele für die Klimabewusstseinsbildung:

1. Bewusstseinsbildung soll **Alltagsnähe vermitteln**, um Klimafolgen und Handlungsmöglichkeiten deutlicher erfahrbar zu machen.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

2. Bewusstseinsbildung soll **Verhaltensänderungen anstoßen** und die Menschen in der Stadt zu Multiplikator*innen machen, um eine selbstverstärkende Dynamik zu erreichen.
3. Bewusstseinsbildung soll die **Akzeptanz städtischer Klimamaßnahmen stärken** und das Vertrauen in deren Wirkung fördern.

Im Wiener Regierungsabkommen 2025 bekennt sich die Wiener Stadtregierung zur Intensivierung der Klima- und Umweltbildung. In der *Smart Klima City Strategie Wien* hat sich Wien zudem folgende Ziele gesetzt, die zu einem größeren Klimabewusstsein der Bevölkerung beitragen können:

- Die Bewusstseinsbildung für nachhaltige und ressourcenschonende Entwicklung ist in den Bildungszielen aller Bildungseinrichtungen verankert.
- Die Stadt Wien entwickelt ihre Standards der Partizipation laufend gemeinsam mit den Bewohner*innen weiter und Beteiligung und Teilhabe nehmen insgesamt zu.
- Alle sozialen Gruppen haben die Möglichkeit, sich an der Mitgestaltung der Stadt Wien aktiv zu beteiligen. Beteiligungsangebote der Stadt Wien sind für alle sichtbar und zugänglich.
- Für Innovationsprozesse werden Experimentierräume auf Stadtteilebene geschaffen, um neue Verfahren und Prozesse zu testen und lokale Akteur*innen zu vernetzen.
- Die Stadt Wien fördert Projekte, die die kulturelle Teilhabe aktiv unterstützen – von der Vermittlung in einfacher [leicht verständlicher] Sprache, über Mehrsprachigkeit bis hin zu einem breiten, kostenfreien Angebot.
- Wien ist Vorreiter für digitale Partizipation und nutzt digitale Werkzeuge, um Transparenz zu schaffen und aktive Mitgestaltung und Mitentscheidung zu ermöglichen.

Die *Wiener Demokratiestrategie*¹⁴⁷ vertieft die Zielsetzungen der *Smart Klima City Strategie Wien* und weiterer städtischer Rahmenstrategien im Kontext der Beteiligung. Maßnahmen in ihren 7 Handlungsfeldern können das Klimabewusstsein der Bevölkerung direkt stärken:

1. Zielgruppen aktivieren
2. Zusammenleben und Miteinander stärken
3. Gesprächs- und Streitkultur fördern
4. Information ausbauen und Barrieren abbauen
5. Demokratie- und Meinungsbildung fördern
6. Beteiligung institutionalisieren
7. Politik und Verwaltung öffnen

Viele Impulse aus weiteren strategischen Arbeiten der Stadt unterstützen die von Wien formulierten Ziele für die Klimabewusstseinsbildung maßgeblich. Dazu zählen unter anderem Inhalte der *Wiener Kulturstrategie 2030*¹⁴⁸, des Programms *Inklusives Wien 2030*¹⁴⁹ und der *Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2025 bis 2030*¹⁵⁰.

Die angeführten Ziele für die Klimabewusstseinsbildung sind eingebettet in die Rahmenstrategien der Stadt.

8.11.5 Rahmenbedingungen für die Zielerreichung

Um die Klimaziele der Stadt zu erreichen, sind unter anderem folgende Rahmenbedingungen im Bereich der Bewusstseinsbildung notwendig und damit Erfolgsfaktoren für städtische Kommunikator*innen und Gestalter*innen von Bildungsangeboten:

- **Kontinuierliche, langfristige Klimakommunikations- und Klimabildungsstrategien**, die sich mit Klimaschutz, Ressourcenschonung und Klimaanpassung beschäftigen, um zu verhindern, dass Menschen in klimaschädliche Denkmuster und Gewohnheiten zurückfallen, und um Desinformation proaktiv entgegenzuwirken.¹⁵¹
- **Bewusstseinsbildung in allen Bevölkerungsgruppen** und Bereitstellung zielgruppenorientierter niederschwelliger Formate für schwer erreichbare Zielgruppen. Bedienstete der Stadt Wien bilden eine eigene Zielgruppe, da sie sowohl nach innen in Verwaltungsprozessen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung) als auch nach außen als Multiplikator*innen wirken.
- **Leicht verständliche Sprache und Mehrsprachigkeit**, um Informationen und Angebote für alle zugänglich zu machen.
- **Konkrete, realistische und erreichbare Handlungsmöglichkeiten, um Selbstwirksamkeit zu erleben und Lösungen attraktiv zu gestalten**. Bewusstseinsbildung baut Hemmschwellen zu den erforderlichen Lösungen ab, stärkt Zuversicht und gibt das Gefühl von Kontrolle (zurück).
- **Innovative Formate** wie ko-kreative Beteiligungsprozesse, Stadtpaziergänge, Klima-Mosaik und Ansätze in Kunst und Kultur, die Neugier wecken, Lösungsspielräume zeigen und positive Zukunftsbilder vermitteln.
- **Kooperationen** mit Wissenschaft, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und weiteren Stakeholder*innen.

Die Stadt Wien ist eine Organisation, sie ist Arbeitgeberin und sie ist Gestalterin von Rahmenbedingungen.^a Sie prägt, wie Klimathemen wahrgenommen und umgesetzt werden. Das macht sie über ihre Dienststellen, Unternehmungen und Unternehmen sowie durch politische Steuerung, stadtweite Kommunikation und interne Qualifizierung. Doch sie wirkt nicht allein: Klimabewusstseinsbildung basiert auf einem **breiten Zusammenspiel unterschiedlicher Akteur*innen**, die unterschiedliche Perspektiven und Interessen einbringen (siehe Abbildung 28).

^a Siehe dazu auch Kapitel Wien geht's ganzheitlich an

Zentrale Akteur*innen im Überblick

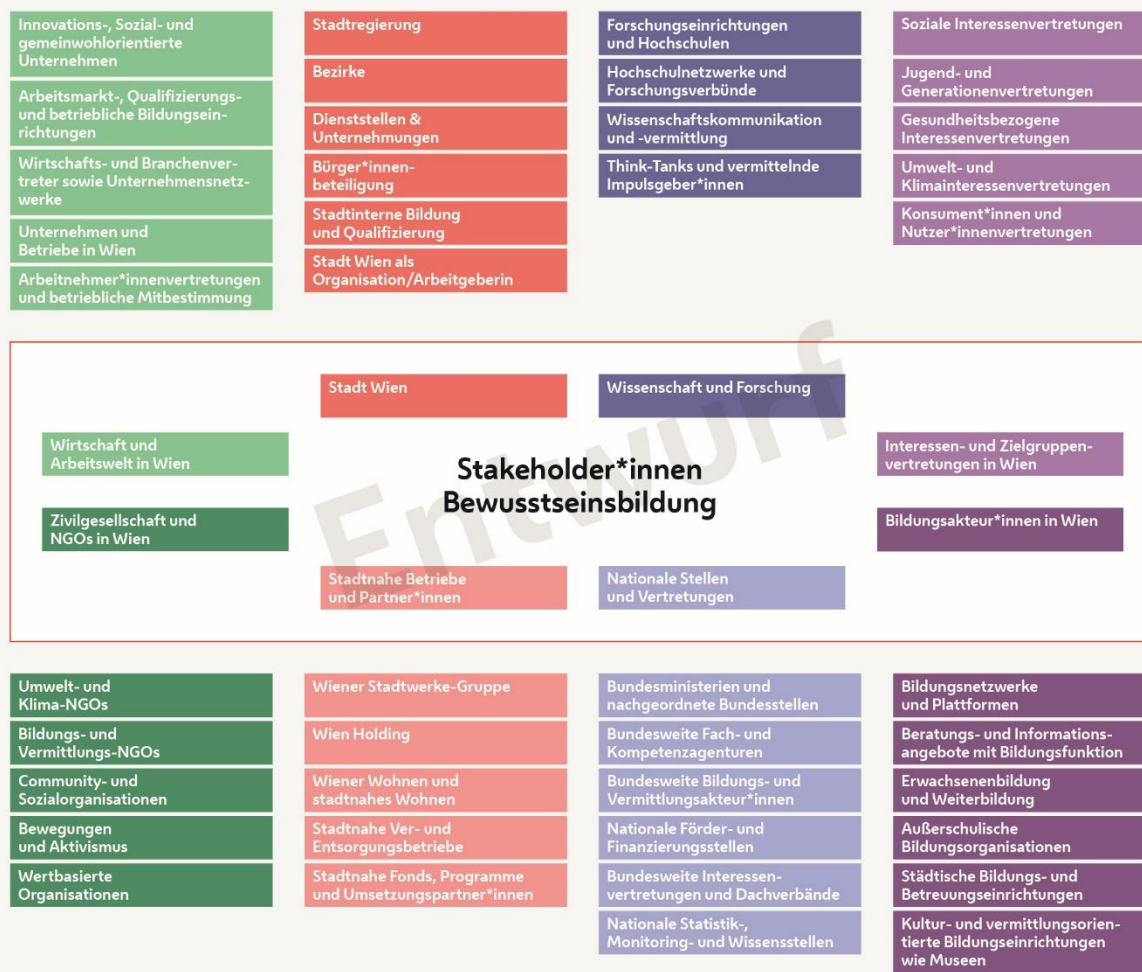


Abbildung 28: Zentrale Akteur*innen für die Klimabewusstseinsbildung im Überblick

8.11.6 Hebel und Maßnahmen

Die Stadt Wien verfügt über zahlreiche Hebel, um das Bewusstsein für Klimathemen in Wien zu fördern. Einige Maßnahmen wirken gleichzeitig auf mehrere Hebel, verstärken sich gegenseitig oder entfalten ihre Wirkung im Zusammenspiel.

8.11.6.1 Hebel 1: Betroffenheit im Alltag sichtbar machen

Persönliche Betroffenheit und Alltagsnähe machen Klimathemen wahrnehmbar und erlebbar. Positive Emotionen wie Hoffnung, Zuversicht oder Stolz wirken dabei stärker als rein rationale Argumente.

1. **Klimathemen im Alltag aufzeigen:** Durch Hinweise im öffentlichen Raum, unter anderem bei Haltestellen, in Parks, auf Straßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Amtshäusern und auf Info-Monitoren, weist die Stadt Wien gezielt auf gelungene Veränderungen, wie neue Begrünungen, hin und greift vermehrt Alltagssituationen auf.

Sie zeigt praktikable Alternativen dort auf, wo klimaschädliches Verhalten ersetzt werden soll. Online- und Vor-Ort-Servicestellen der Stadt machen Bezüge zu Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung besser sichtbar.

2. **Wertebasierte Kommunikation sicherstellen:** Wien bekräftigt einen klima- und ressourcenschonenden Lebensstil als lebenswerten Standard. Kommunikation, die alltägliche Entscheidungen rund um die Themen Wohnen, Mobilität und Ressourcenverbrauch aufgreift und in einen größeren Zusammenhang stellt (Erhalt der Natur, Sicherheit und Unabhängigkeit), findet zielgruppenspezifisch wertebasiert, in freundlicher, lebensnaher Sprache mit einfachen, wiedererkennbaren Beispielen statt.
3. **Authentische Vorbilder nutzen:** Sichtbare und authentische Personen aus Kultur, Sport, Verwaltung oder dem öffentlichen Leben werden als Vorbilder gewonnen, die durch ihr eigenes Handeln klima- und ressourcenfreundliche Alltagspraktiken zeigen. Die Stadt identifiziert potenzielle Botschafter*innen mit hohem Vertrauen in der Bevölkerung, wie zum Beispiel Feuerwehrleute und Rettungskräfte, Pflege- und Gesundheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen oder Betriebsrät*innen und kann sie mit Angeboten und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützen.
4. **Zeit- und handlungsnah kommunizieren:** Bei akuten Anlässen wie Hitzeperioden oder wetterbedingten Belastungen veröffentlicht die Stadt Wien Warnungen und Tipps zum Verhalten rasch, zuverlässig und verständlich.^a Für kommende klimabedingte Krisenereignisse bereitet die Stadt vorausschauend begleitende Kommunikationsformate zur Aufklärung vor. Sie zeigt niederschwellig Möglichkeiten zur privaten Eigenvorsorge auf und stellt leicht verständlich den Zusammenhang zwischen unmittelbarem Krisenereignis und langfristiger Klimakrise dar.

8.11.6.2 **Hebel 2: Handlungsmöglichkeiten vermitteln und Selbstwirksamkeit stärken**

Wissen ist eine notwendige, aber keinesfalls ausreichende Voraussetzung für Verhaltensänderung. Erst wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen bestehen und die Menschen die notwendigen Kapazitäten haben und sich auch in der Lage sehen, selbst wirksam zu werden, entsteht Motivation zum Handeln.¹⁵² Menschen sind eher bereit, sich mit Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung auseinanderzusetzen und Veränderungen mitzutragen, wenn sie spüren, dass sie tatsächlich etwas beitragen und durch ihr Handeln Wirkung entfalten können.

1. **Zu klima- und ressourcenfreundlichem Verhalten anregen:** In Bildungsangeboten für die Menschen in Wien und die Bediensteten der Stadt vermittelt Wien, wo sinnvoll, konsequent das Konzept des Handabdrucks: Nicht nur der eigene CO₂-Ausstoß zählt, sondern auch, wie man durch gemeinschaftliches Engagement, das Verändern von Rahmenbedingungen und aktive politische Mitgestaltung eine größere und strukturelle Wirkung erzielt. Wien setzt dabei vermehrt Anreize, wie Vergünstigungen oder kleine Anerkennungen, um den Einstieg in langfristig klimafreundliches Verhalten im Alltag zu erleichtern.
2. **Mit Klima- und Ressourcenfokus beraten und fördern:** Die Stadt entwickelt niederschwellige Beratungen zu Wohnen, Wirtschaft, Mobilität, Energie, Begrünungen

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

und zum klima- und ressourcenschonenden Handeln im Alltag in allen Lebensbereichen telefonisch, online und vor Ort weiter. Wien prüft, wie es Beratungen verstärkt an Menschen während biografischer Umbrüche, wie einem Umzug, herantragen kann. Dann sind diese nämlich empfänglicher für neue Alltagsroutinen. Zusätzlich zu bestehenden Förderungen für Klima und Umwelt überprüft Wien Kultur-, Sport-, Unternehmens- und andere Förderungen hinsichtlich Klimawirkung und Nachhaltigkeitskriterien und passt sie bei Bedarf an.

3. **Praktische Erfahrungen ermöglichen:** Die Stadt Wien baut Mitmachformate im öffentlichen Raum aus,^a wie das Begrünen von Baumscheiben – *Garteln ums Eck* – oder den *Wald der jungen Wiener*innen*.^b Sie schafft zusätzliche Möglichkeiten, klima- und ressourcenfreundlichen Konsum,^c zum Beispiel in GB*Leihläden, und Mobilitätsformen^d wie das *WienMobil Rad* auszuprobieren, sowohl kurzfristig als auch über längere Zeiträume. Erlebnis- und Erprobungsformate, wie neue Angebote und Workshops im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, vermitteln Handlungsoptionen.
4. **Klimakompetenzen vermitteln:** Die Stadt Wien stärkt neben einer allgemeinen Demokratie- und Medienkompetenz auch Wissen und praktische Fertigkeiten hinsichtlich der Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise für die Bevölkerung und Multiplikator*innen. Das erfolgt in schulischen und außerschulischen Kontexten, zum Beispiel durch das Lehrer*innen-Netzwerk der Klimabeauftragten, *ÖKOLOG-Schulen*, den *Wiener Klima-Campus*¹⁵³ und die *Wiener Klimatour*.¹⁵⁴ Beim *Future Fit Festival* können zukünftige Jobs und Skills im Bereich Klima und Nachhaltigkeit kennengelernt und ausprobiert werden. Diese Programme und Angebote entwickelt Wien kontinuierlich weiter, um Klimakompetenzen breit zu verankern.
5. **Klima- und ressourcenfreundliches Handeln der Bediensteten der Stadt Wien fördern (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Die Stadt stärkt Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung weiter als Bestandteil der Organisationskultur und des täglichen Handelns in der Verwaltung. Dies erfolgt unter anderem mit dem *Programm Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)* *ÖkoKauf Wien*, *ÖkoEvent*, dem Betrieblichen Vorschlagswesen des Magistrats und dem Jobticket. Klima-Arbeitsgruppen in den Dienststellen werden als interne Beteiligungsformate gestärkt. Den klimafreundlichen Arbeitsalltag unterstützen interne Informations-, Kommunikations- und Vernetzungsformate.
6. **Klimakompetenz der Bediensteten der Stadt Wien ausbauen (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Führungskräfte werden gezielt geschult und leben eine verantwortungsvolle Verwaltungspraxis vor. Das organisationsweite Teilen von erfolgreichen Integrationen klimarelevanter Inhalte in bestehende Arbeitsprozesse ermöglicht ein kontinuierliches Lernen innerhalb der Verwaltung. Die Stadt befähigt Mitarbeitende mittels Schulungen, eigeninitiativ zur Umsetzung von Klimazielen beizutragen und als Multiplikator*innen in ihren Dienststellen zu wirken. Die Stadt teilt Inhalte von Klimabildungsangeboten mit Unternehmungen und Unternehmen sowie

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Abfall und Konsum

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

dem Fonds der Stadt Wien und nutzt ihre Beschaffungs- und Steuerungswirkung, um klimafreundliche Standards über die Verwaltung hinaus zu stärken.

8.11.6.3 Hebel 3: Kollektives Handeln anstoßen

Miteinander geht es leichter: Menschen orientieren sich stark am Verhalten ihres Umfelds. Langfristig kann gemeinsames Handeln einen Schneeballeffekt auslösen, der auch noch weniger aufgeschlossene Bevölkerungskreise für umfassende nachhaltige Veränderung mobilisiert.

1. **Gemeinschaftliche Praktiken fördern:** Wien fördert Initiativen und Veranstaltungen und unterstützt bei der Suche nach geeigneten Räumen,^a um neue Verhaltensweisen auszuprobieren und sich über Lernerfahrungen auszutauschen. Die Stadt Wien entwickelt interaktive Workshops, zum Beispiel in den *Wiener Wald- und Wasserschulen*, weiter. Auch institutionenübergreifende Veranstaltungen und Projekte in Wiener Bildungsgrätzln, Bezirks-Klimafeste, schulübergreifende Veranstaltungen mit ko-kreativen Beteiligungsprozessen, oder Cleanup-Aktionen ermöglichen gemeinsames Tun, Ausprobieren und Begegnung.
2. **Spielerische Elemente und experimentelle Ansätze nutzen:** Wien entwickelt und erweitert niederschwellige, kreative, experimentelle und partizipative Formate, um Klimathemen alltagsnah zu vermitteln und neue Zielgruppen anzusprechen. Die Stadt baut spielerische Wettbewerbe und einfache Gamification-Elemente, wie die *Wien radelt-* oder die *Wien zu Fuß*-App, weiter aus. Wer zu Fuß unterwegs ist, Rad fährt, Öffis nutzt, klimafreundlich anreist oder bei Mitmach-Aktionen hilft, sammelt Punkte für kleine Belohnungen oder kann Preise gewinnen.
3. **Kooperationen aufbauen:** Neben Kooperationen mit Forschungs-, Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen, um die Transformation voranzutreiben, begründet und erweitert Wien Kooperationen mit Unternehmen sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft. Aktivitäten auf Bezirks- oder Grätzlebene wie die *Grätzlmarie*¹⁵⁵ oder Grätzllabore vertiefen lokale Kooperationen, nutzen Synergien und holen verstärkt örtliche Klimaakteur*innen vor den Vorhang.
4. **Ko-kreativ werden:** Wien entwickelt ko-kreative Ansätze mit Partner*innen aus Bildung, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die Räume für eine verbesserte Gesprächskultur und Beteiligung öffnen. Ausstellungs- und Vermittlungsaktivitäten der Wiener Museen erweitern beispielsweise den Zugang zu Klimathemen. Neue Formate zum gemeinsamen Entwickeln von Lösungen, wie die *Klima Biennale Wien*, machen die Klimakrise greif- und erfahrbar.
5. **Nachhaltige Events mit Vorbildfunktion veranstalten (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Wien setzt bestehende Veranstaltungsformate mit Klimaschwerpunkten fort und entwickelt Mitmach-Aktivitäten zu Klimathemen, die bei Konzerten oder Festen angeboten werden können. Zudem veranstaltet Wien einen „Tag des Klimaschutzes“. Bei sämtlichen Veranstaltungen strebt die Stadt klimaschonende Umsetzungen an; bei Großveranstaltungen wird die Möglichkeit von Nachhaltigkeitsberichtslegungen für den Wirkungsbereich der Stadt Wien geprüft und, wenn möglich, angewendet.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

6. **Nachhaltige Standards breit etablieren (Beitrag zur Klimaneutralen Verwaltung):** Der Ausbau von *ÖkoEvent*-Veranstaltungen trägt in hohem Ausmaß zur Erreichung der Ziele der Stadt Wien bei und fördert insbesondere das Bewusstsein von Veranstalter*innen. Das Programm *ÖkoEvent PLUS* wird weiterentwickelt und qualitätsgesichert. Darüber hinaus stärkt die Stadt ihre Überzeugungs- und Netzwerkarbeit mit externen Veranstalter*innen, um nachhaltige Standards auch bei nicht-städtischen Veranstaltungen breit umzusetzen, etwa durch Beratung, Leitfäden wie dem *Green Club Guide* und Kooperationen.

8.11.6.4 Hebel 4: Akzeptanz politischer Maßnahmen fördern

Manche klimapolitischen Maßnahmen greifen in den individuellen Entscheidungsspielraum ein und stoßen daher auf Vorbehalte. Vertrauen entsteht, neben einer sozial gerechten Umsetzung, durch Nachvollziehbarkeit, klare Begründungen, verbindliche Rückmeldungen bei Beteiligung und transparente Kommunikation, indem Ziele, weitere Schritte, Notwendigkeiten und Auswirkungen offengelegt werden. Dadurch wird Bewusstseinsbildung ermöglicht, die Mitverantwortung, Identifikation und Vertrauen in gesellschaftliche Teilhabe schafft.

1. **Transparent über Maßnahmen berichten:** Wien nutzt Kennzahlen nach Standards auf EU-Ebene, um Fortschritte besser vergleichen und Maßnahmen gezielter weiterentwickeln zu können, und macht klimarelevante Berichte und statistische Daten auf der Stadt Wien-Website zentral und leicht auffindbar. Faktenchecks und Hintergrundgespräche mit Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Interessenvertretungen unterstützen eine wissenschaftlich fundierte Berichterstattung und verhindern Fehlinformationen.
2. **Klima breit in der strategischen Arbeit verankern:** Alle Wiener Strategien thematisieren künftig, welche Beiträge sie zu Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung leisten. Ein Best-Practice-Beispiel dafür ist die *Wiener Kulturstrategie 2030* mit dem Handlungsfeld „Klimaverträglichkeit in Kunst und Kultur“.
3. **Mehrwert von Maßnahmen darstellen:** Wien kommuniziert nach Fertigstellung lokaler Maßnahmen die tatsächlich erzielte Wirkung auf die Lebensqualität im Alltag öffentlich verständlich und greifbar, wie die Senkung der Temperatur im Straßenraum durch eine Begrünungsmaßnahme. Schnell, kostengünstig und partizipativ umsetzbare Verkehrsprojekte oder Bezirk-Straßenfeste werden vermehrt genutzt, um weitere Möglichkeiten für die nachbarschaftliche Nutzung des Straßenraums erlebbar zu machen.
4. **Stakeholder*innen-Perspektiven einbinden:** Wien bezieht auch weiterhin zentrale Akteur*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft bei Klimafragen mit ein und stellt sicher, dass neben fachlichen Beiträgen auch alltags- und lebensnahe Perspektiven vertreten sind. Ein Best-Practice-Beispiel dazu ist der *Wiener Klimarat*¹⁵⁶, der die Stadtregierung in Klimafragen berät.^a Die Ergebnisse der Sitzungen kommuniziert Wien auf der Stadt Wien-Website.
5. **Beteiligung bei der Planung und Umsetzung stärken:** Zur Vertiefung der frühzeitigen Beteiligung von Bürger*innen an städtischen Planungsprozessen zu Klimamaßnahmen

^a Siehe auch Kapitel Wiener Klimagovernance

baut Wien die umfangreichen bestehenden Formate und Anlaufstellen aus. Unter anderem gibt es das Büro für Mitwirkung als Anlaufstelle für die aktive Mitgestaltung der Stadt mit dem *Wiener Klimateam*, die Gebietsbetreuung Stadterneuerung, die Grätzlabore der Lokalen Agenda 21, die Stabsstelle für Bürger*innen-Beteiligung in der Flächenwidmung, die Wiener Beteiligungsplattform und lokale Beteiligungen an Radwege- und Infrastrukturprojekten. Sie ermöglichen es den Bürger*innen, noch vor Beginn eines städtischen Planungsprozesses Anliegen zu äußern und aktiv mitzugestalten. Wie Wien die Beteiligung weiter stärken will, beschreibt die *Wiener Demokratiestrategie*.

8.11.7 Beitrag des Handlungsfelds zum guten Leben

Bewusstseinsbildung vermittelt konkrete, realistische Handlungsmöglichkeiten und stärkt Selbstwirksamkeit, indem sie attraktive Lösungen sichtbar macht – für alle, in leicht verständlicher Sprache und mit inklusiven Zugängen. Gemeinsames Handeln, Vorbilder und gegenseitige Ermutigung machen klimafreundliches Verhalten zur Normalität. Gleichzeitig hilft Bewusstseinsbildung dabei, Maßnahmen der Stadt besser einzuordnen, ihre Ziele und Wirkungen nachvollziehbar zu machen und auch konkurrierende Zielsetzungen offen zu benennen. Ein gestärktes Problembewusstsein und ein vertieftes Verständnis der Zusammenhänge zwischen Klima- und Umweltthemen und persönlicher Lebenssituation können dazu führen, dass transformative Maßnahmen nicht nur akzeptiert, sondern von der Bevölkerung auch stärker eingefordert werden. Wo Menschen Entscheidungen als Teil eines größeren Ganzen verstehen, die dahinterliegenden Abwägungen nachvollziehen können und ihren Nutzen, für sich selbst und andere, für Lebensqualität, Gesundheit oder Sicherheit erkennen, wächst die Bereitschaft, Veränderungen mitzutragen. Das ermöglicht eine soziale, inklusive und demokratische Klimapolitik.

Bewusstseinsbildung ist ein wichtiger Baustein, um die Erreichung der Wiener Klimaziele zu unterstützen. Gleichzeitig ist es essenziell, dass Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein klimafreundliches Leben und Handeln für alle ermöglichen und so einfach wie möglich machen. Klimafreundliche Politik entlastet das Individuum und erzeugt eine selbstverstärkende Dynamik. Nur so kann die Stadt Wien als Metropolregion ihre Verantwortung auf lokaler, europäischer und globaler Ebene wahrnehmen.

9 Klimaneutrale Verwaltung

9.1 Die Wiener Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran

Die Stadt Wien hat sich vorgenommen, ihre **Verwaltung bis 2040 klimaneutral** zu organisieren. Zusätzlich wirkt die Stadt Wien bei städtischen Unternehmen und weiteren städtischen Organisationseinheiten wie Fonds und Beteiligungen darauf hin, dass diese ebenfalls bis 2040 klimaneutral werden.

Mit dem *Wiener Klimagesetz* hat Wien die Klimaneutrale Verwaltung bis 2040 auch gesetzlich verankert. Damit setzt die Wiener Verwaltung ein wichtiges Signal und nimmt auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2040 eine Vorbildrolle für die gesamte Stadt ein.

Im Sinne der 3 Säulen der Wiener Klimagovernance setzt die Klimaneutrale Verwaltung zudem auf Maßnahmen zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft und der Klimaanpassung.

9.2 Treibhausgasbilanz der Klimaneutralen Verwaltung

Die Klimaneutrale Verwaltung umfasst die Aktivitäten der Magistratsdirektion, der Magistratsabteilungen und der Magistratischen Bezirksämter, der Unternehmungen der Stadt (Wiener Wohnen, Wien Kanal und Wiener Gesundheitsverbund) sowie weisungsfreier Organisationseinheiten wie zum Beispiel der Wiener Umweltschutz und der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft. Innerhalb dieser Grenzen erfasst die Treibhausgasbilanz die Emissionen, die durch Verwaltungsaktivitäten entstehen, zum Beispiel durch den Energieverbrauch in Verwaltungs- oder Betriebsgebäuden der Stadt oder durch den städtischen Fuhrpark (wie Müllabfuhr, Rettungswagen, Feuerwehrautos) (siehe Abbildung 29). Dadurch können emissionsintensive Aktivitäten identifiziert und entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Treibhausgasemissionen der Klimaneutralen Verwaltung im Jahr 2024

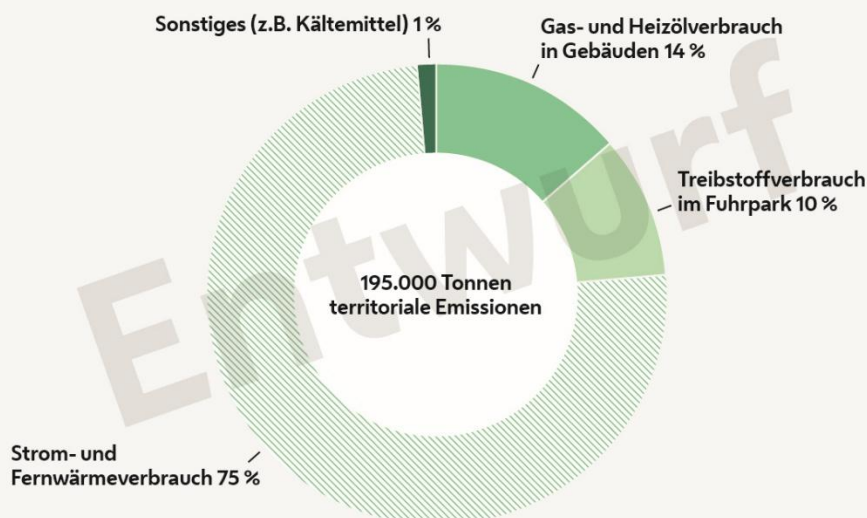


Abbildung 29: Treibhausgasemissionen der Klimaneutralen Verwaltung (Scope 1 und Scope 2) (2024) in Prozent (Quellen: Eigene Aktivitätsdaten)

Insgesamt entfallen **195.000 Tonnen Treibhausgasemissionen** auf die Wiener Stadtverwaltung. Dies entspricht **3,4 Prozent der gesamtstädtischen Emissionen**. Davon entstehen rund 49.000 Tonnen als Treibhausgasemissionen durch das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Scope 1). Der Großteil stammt aus der stationären Verbrennung von Gas- und Heizöl in städtischen Gebäuden, gefolgt vom Treibstoffverbrauch des städtischen Fuhrparks. Dazu kommen weitere 146.000 Tonnen Treibhausgasemissionen, die durch den Verbrauch von Strom und Fernwärme in der Verwaltung entstehen (Scope 2).

Darüber hinaus verursacht die Verwaltung **weitere Emissionen**, die zum Beispiel in vor- und nachgelagerten Lieferketten von Produkten und Gütern entstehen (Scope 3). Das betrifft unter anderem Baumaterialien, die bei der Errichtung oder Sanierungen von Gebäuden, Straßen oder unterirdischen Infrastrukturen eingesetzt werden. Durch die Herstellung und den Transport dieser Güter oder Materialien entstehen entlang der Lieferketten erhebliche Emissionen, die durch die Nachfrage aus der öffentlichen Verwaltung entstehen. Diese Emissionen sind derzeit jedoch nicht in der Treibhausgasbilanz der Wiener Verwaltung enthalten. Im Rahmen des Programms *ÖkoKauf Wien* sollen diese aber auch angegangen und reduziert werden.^a Zukünftig wird eine Erweiterung der Treibhausgasbilanz der Klimaneutralen Verwaltung um gewisse Scope-3-Emissionskategorien geprüft.

9.3 Fahrplan zur Zielerreichung

Um die Ziele der Klimaneutralen Verwaltung zu erreichen, wird die Stadt Wien ihre eigenen Betriebs- und Verwaltungsemissionen konsequent senken. Ausgehend von rund 195.000 Tonnen CO₂-

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

Äquivalent im Jahr 2024 werden bis 2040 im Einklang mit den gesamtstädtischen Zielsetzungen die Emissionen auf Netto-Null reduziert (siehe Abbildung 30).

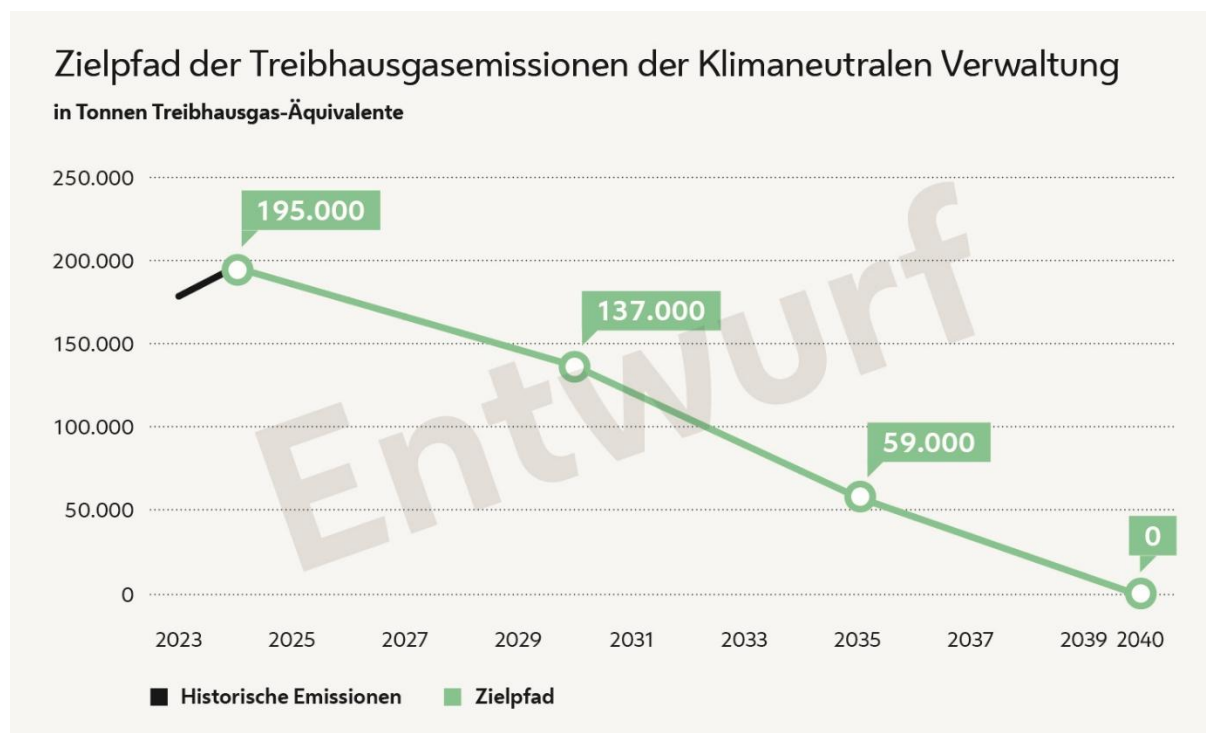


Abbildung 30: Treibhausgas-Zielfad für die Klimaneutrale Verwaltung bis 2040, in Tonnen CO₂-Äquivalent

Diese Emissionsreduktionen werden durch eine Vielzahl an Programmen und Projekten in der Stadt realisiert. Wien baut damit auf einer guten Basis auf, um die Ziele der Klimaneutralen Verwaltung zu erreichen.

9.4 Einflussbereiche der Klimaneutralen Verwaltung

Während die Stadt Wien intensiv daran arbeitet, ihre eigenen Betriebs- und Verwaltungsemissionen zu reduzieren und Maßnahmen für Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft zu setzen, kann die Verwaltung auch durch ihre Vorbildfunktion über den eigenen Verantwortungsbereich hinaus tätig werden. Die Stadt Wien kann in **3 Einflussbereichen** Maßnahmen setzen und Anreize schaffen (siehe Abbildung 31):

1. Der **direkte Einflussbereich** beinhaltet die Aktivitäten der Magistratsdirektion, der Magistratsabteilungen und der Magistratischen Bezirksämter, der Unternehmungen der Stadt (Wiener Wohnen, Wien Kanal und Wiener Gesundheitsverbund) sowie weisungsfreier Organisationseinheiten wie der Wiener Umweltschaff (Systemgrenzen der Klimaneutralen Verwaltung).
2. In den **erweiterten Einflussbereich** fallen die städtischen Unternehmen, Fonds und Beteiligungen (unter anderem die Wiener Stadtwerke GmbH, die Wien Holding GmbH, Fonds Soziales Wien und Wohnfonds Wien).
3. In den **indirekten Einflussbereich** fallen die gesamte Stadt Wien sowie das Konsumverhalten der Menschen in Wien. Der *Wiener Klimafahrplan* geht mit allen Handlungsfeldern, Instrumenten und Steuerungsstrukturen immer auf die gesamte Stadt ein.

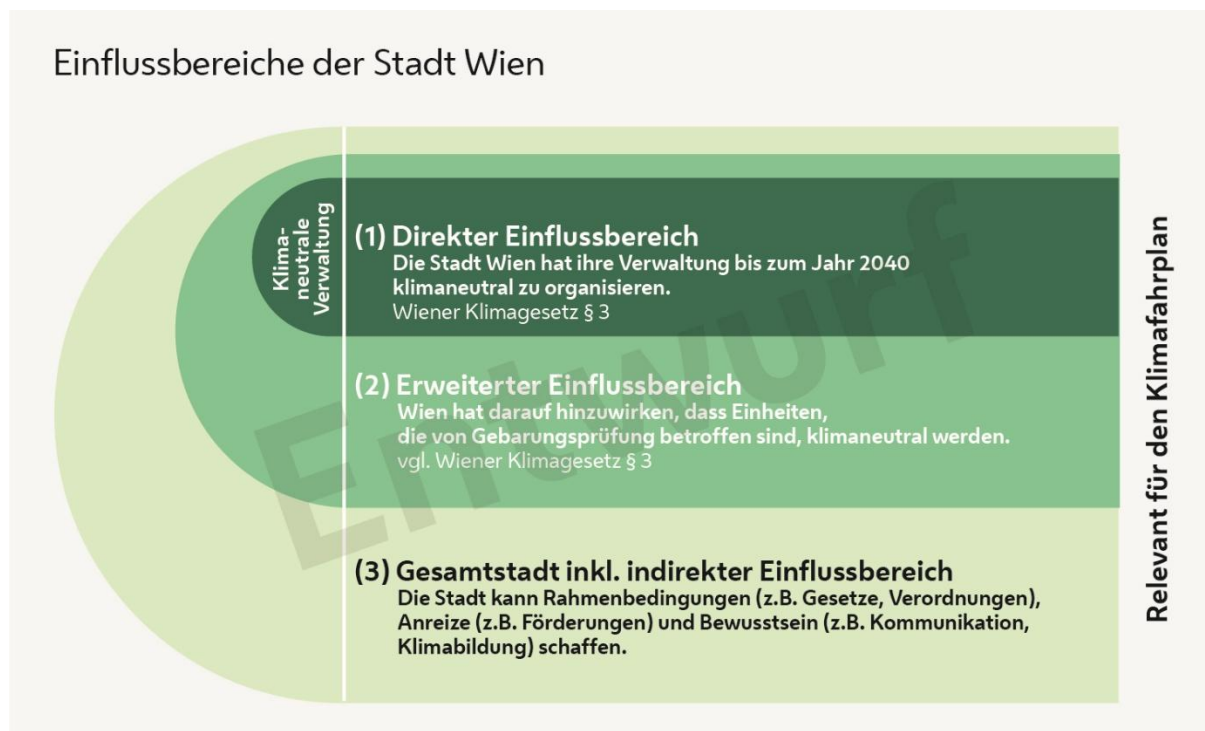


Abbildung 31: Einflussbereiche der Stadt Wien

Im direkten Einflussbereich (1) setzt die Stadt Wien Maßnahmen, um die Ziele der Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung innerhalb der Systemgrenzen der Klimaneutralen Verwaltung zu erreichen. Hier entfalten Maßnahmen unmittelbar und vollständig ihre Wirkung. Diese Maßnahmen werden in diesem Kapitel ausführlich beschrieben.

Im erweiterten Einflussbereich (2) wirkt die Stadt Wien durch Maßnahmen darauf hin, dass alle städtischen Organisationseinheiten (also städtische Unternehmen und ihre Töchter, Fonds und Beteiligungen) die Ziele der Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung erreichen. Die Stadt Wien hat Formate und Aktivitäten etabliert, die den engen Austausch und die Kooperation zwischen der Verwaltung und ihrem erweiterten Einflussbereich im Klimakontext fördern:

- Die Stadt Wien bindet Organisationseinheiten aus dem erweiterten Einflussbereich gezielt in städtische Klimaprozesse, wie die Erstellung des *Wiener Klimabudgets*, ein.^a
- Die Stadtverwaltung spricht im Rahmen der Klimagovernance Empfehlungen für die städtischen Organisationseinheiten aus.
- Die städtischen Organisationseinheiten sind in den Datenerhebungsprozess für die gesamtstädtische Treibhausgasbilanz involviert.
- Im Rahmen unterschiedlicher Formate und Netzwerke findet regelmäßiger Austausch statt.
- Je nach Rechtsform und Beteiligungsstruktur kann die Stadt Wien darüber hinausgehend durch unterschiedliche Vorgaben Rahmenbedingungen für die Organisationseinheiten schaffen.

Im indirekten Einflussbereich (3) schafft die Stadt Wien die Voraussetzungen für die gesamtstädtische Zielerreichung, etwa durch die Vorgabe von Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch Gesetze und Verordnungen, das Setzen von Anreizen wie Förderungen und durch die Stärkung

^a Siehe auch Kapitel Wiener Klimagovernance

von Bewusstsein, zum Beispiel durch Kommunikation und Klimabildung. Alle 3 Einflussbereiche sind wichtig, damit die Stadt Wien ihre Klimaziele erreicht.

9.5 Themen der Klimaneutralen Verwaltung

In den vorangegangenen Handlungsfeldern zeigt der *Wiener Klimafahrplan* die Hebel und Maßnahmen der Stadt Wien auf, um ihre Klimaziele bis 2040 zu erreichen. Viele dieser Maßnahmen wirken sich gleichzeitig positiv auf die Klimaneutrale Verwaltung aus. Im Rahmen der Klimaneutralen Verwaltung etabliert die Stadt weitere Maßnahmen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung mit besonderem Fokus auf ihren direkten Einflussbereich. Die folgenden Themenbereiche zeigen diese Maßnahmen auf:

Themenbereich Mobilität

Die **Umstellung auf emissionsfreie Antriebe im städtischen Fuhrpark** ist ein wichtiger Faktor auf dem Weg zur Klimaneutralen Verwaltung und wird aktiv seit 2023 im Rahmen eines von der Stadt zentral koordinierten Projekts verfolgt.

Darüber hinaus arbeitet die Stadt Wien daran, dass auch die **Mobilität der Mitarbeiter*innen nachhaltig gestaltet** wird, zum Beispiel auf dem Weg zur Arbeit oder zu Terminen, aber auch auf Geschäftsreisen außerhalb Wiens. Zusätzlich erhebt die Stadt im Rahmen des *Programms Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)* regelmäßig aktuelle Daten zum Mobilitätsverhalten der Mitarbeiter*innen. Zudem stellt die Stadt Wien ihren Mitarbeiter*innen ein Jobticket für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung und setzt Vorgaben für Dienstreisen, damit diese möglichst klimafreundlich erfolgen.^a

Themenbereich kommunale Gebäude

Unter dem Begriff kommunale Gebäude werden alle Magistratsobjekte, gemietete Gebäude, städtische Gesundheits-, Pflege- und Sozialeinrichtungen, die Allgemeinflächen der Gemeindebauten (etwa Stiegenhäuser), städtische Bildungseinrichtungen, städtische Sportstätten, Wiener Märkte und die Wiener Bäder zusammengefasst.

Die Stadt setzt auf die zunehmende **Dekarbonisierung kommunaler Gebäude** sowie auf **Energieeffizienz durch ressourcenschonende Sanierung**. Durch die schrittweise Umstellung von Gasthermen auf Wärmepumpen oder Fernwärme sowie durch bauliche Maßnahmen wie Dämmung und Fenstertausch kann der Energie- und Ressourcenverbrauch der Gebäude deutlich gesenkt werden. Zusätzlich werden dabei die Themen Kühlung und Hitzeanpassung berücksichtigt, um kommunale Gebäude so auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten.

Neben der Dekarbonisierung tragen Sanierungsmaßnahmen auch zur Klimaanpassung bei, vor allem zum Hitzeschutz und damit zur Arbeitsqualität in kommunalen Gebäuden. Bauliche Maßnahmen wie Beschattung, Dämmung oder Begrünung wirken sich nicht nur auf den Energieverbrauch, sondern

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Mobilität

auch auf das Innenraumklima aus und tragen so zum Schutz der Mitarbeiter*innen vor hitzebedingten Gesundheitsrisiken bei.

Diese Zielsetzungen werden durch mehrere städtische Aktivitäten unterstützt: So treibt das Programm *Raus aus Gas* die Dekarbonisierung kommunaler Gebäude voran und definiert Vorgaben in Bezug auf Wärme- und Kältebereitstellung in Gebäuden. Zusätzlich setzt die Stadt Wien zentrale Maßnahmen im Rahmen des *Schulsanierungsprogramms (SuSa)*¹⁵⁷ sowie des *Neubautenprogramms für Bildungseinrichtungen (BIENE)*. Ergänzend dazu schaffen das *Städtische Energieeffizienz-Programm 2030 (SEP 2030)* für das Wiener Stadtgebiet und den Magistrat sowie das *Programm Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)* einen systematischen Rahmen für energieeffizientes und klimafreundliches Heizen, Kühlen, Bauen und Sanieren in der Stadtverwaltung. Darüber hinaus gibt es Initiativen der städtischen Unternehmungen, wie die sukzessive Sanierung und Dekarbonisierung bei Wiener Wohnen oder den Kriterienkatalog für regeneratives Bauen und Sanieren des Wiener Gesundheitsverbunds.

Zusätzlich müssen auch die Treibhausgasemissionen berücksichtigt werden, die im Zuge städtischer Bauvorhaben entstehen, wie die Emissionen aus dem Einsatz fossil betriebener Baufahrzeuge und Maschinen sowie die sogenannten „grauen Emissionen“, die entlang der Lieferketten eingesetzter Baumaterialien bei Herstellung und Transport entstehen. Um diese Emissionen systematisch zu reduzieren, verfolgt die Stadt Wien mehrere Ansätze: Bei Bauvorhaben wird bereits in der Planungsphase mittels *Klimacheck für Bauvorhaben*¹⁵⁸ geprüft, inwiefern sie die Vorgaben des *Wiener Klimafahrplans* berücksichtigen und ob sie dahingehend optimiert werden können.^a Zentral dabei ist der **Zirkularitätsfaktor**, der im Rahmen des Programms *DoTank Circular City Wien 2020–2030 (DTCC30)*¹⁵⁹ entwickelt wurde und das kreislauffähige Bauen in Vorgaben verankert. Des Weiteren plant die Stadt, Baufahrzeuge und Maschinen schrittweise zu elektrifizieren, um die städtischen Umwelt- und Klimaziele zu erreichen.^{b, c}

Themenbereich Materialeinsatz und Beschaffung im Magistrat

Der Magistrat der Stadt Wien beschafft Liefer-, Bau- und Dienstleistungen im Wert von mehreren Milliarden Euro im Jahr. Durch diese enorme Kaufkraft beeinflusst die Stadt Wien den Markt wesentlich. Die Palette reicht von Textilien über Lebensmittel, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Büromaterial und Möbel bis zu Maschinen und Baumaterialien im Hoch- und Tiefbau. Dabei achtet die Stadt Wien seit jeher auf einen umweltfreundlichen Einkauf im Sinne des Klima- und Umweltschutzes. Wichtige Unterstützung bei der Beschaffung und Vergabe bietet das Programm *ÖkoKauf Wien* mit **themenspezifischen Kriterienkatalogen**, die unter anderem für Ausschreibungen verwendet werden müssen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die jeweilige Einrichtung der Stadt Wien das Thema Ressourcenschonung noch vor der Vergabe, nämlich bei der Planung von Projekten, Produkten/Materialien und Leistungen, berücksichtigt. Im Rahmen des *Programms Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)* werden weitere abfallvermeidende und kreislaufwirtschaftliche Maßnahmen umgesetzt.

Zusätzlich achtet die Stadt Wien darauf, dass noch funktionsfähige Güter, wie Büromöbel, gemäß dem „Re-Use“-Gedanken einer **Weiternutzung** zugeführt werden. Dadurch agiert die Beschaffung

^a Siehe auch Kapitel Wiener Klimagovernance

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gebäude

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

möglichst effizient und reduziert gleichzeitig den städtischen Abfall. Das Gesundheitswesen der Stadt Wien hat aufgrund strenger Hygienemaßnahmen und spezieller medizinischer Anforderungen besondere Herausforderungen zu bewältigen, wenn es um die ökologische und kreislauffähige Beschaffung von Waren und Dienstleistungen geht. Diesen Herausforderungen widmet sich das Nachhaltigkeitsmanagement des Wiener Gesundheitsverbunds, während gleichzeitig die laufende Versorgung sichergestellt wird.^a

Themenbereich Erneuerbare Energieerzeugung im Magistrat

Mit der *Sonnenstrom-Offensive* auf stadteigenen Flächen nimmt die Stadt ihre Vorbildrolle auf dem Weg zur klimaneutralen Energieversorgung sichtbar wahr. Bis Ende 2025 konnte die Stadt ihr Ziel, auf stadteigenen Flächen 50 Megawatt-Peak Photovoltaik-Leistung zu installieren, übertreffen. Die Bemühungen, weitere Flächenpotenziale auszuschöpfen, gehen in den nächsten Jahren weiter.

Zusätzlich zur **erneuerbaren Stromerzeugung** strebt die Stadt Wien an, auf eigenen Flächen **erneuerbare Wärme** zu gewinnen, zum Beispiel durch Geothermie, Solarthermie und Großwärmepumpen.^b

Themenbereich Abfall des Magistrats

Die Stadt Wien hat im gesamten Magistrat Abfalltrennsysteme etabliert und an allen von der Stadt verwalteten Standorten mit mehr als 20 Mitarbeiter*innen **Abfallwirtschaftskonzepte** mit Maßnahmen zur Abfallvermeidung beziehungsweise -verwertung eingerichtet. Des Weiteren stellen Abfallbeauftragte und Abfallmanager*innen in den Dienststellen sicher, dass die Maßnahmen in der Verwaltung ordnungsgemäß umgesetzt werden. Zusätzlich hat die Stadt Wien eine **Datenbank für Abfallbilanzen** aufgebaut, die sie jährlich aktualisiert, und sie stellt eine Reihe an bewusstseinsbildenden Materialien zur Verfügung. Nähere Informationen zum Thema Abfallwirtschaft im Magistrat und zu den Abfallmengen finden sich im Tätigkeitsbericht des *Programms Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)*.

Neben festen Abfällen zählt auch die **Abwasserentsorgung** zu diesem Themenbereich. Als Unternehmung der Stadt ist Wien Kanal für die klimafreundliche und ressourcenschonende Erhaltung und den Ausbau des öffentlichen Kanalnetzes zuständig. Die Entsorgungsbetriebe Simmering (ebswien Kläranlage und Tierservice) übernehmen die Reinigung der Abwässer, die über das Kanalnetz anfallen, und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Abwasserentsorgung der Stadt.^{c, d}

Themenbereich Bewusstseinsbildung und Klimabildung im Magistrat

In den letzten Jahren wurde der **magistratsinterne Klima-Kompetenzaufbau** durch das Bildungsprogramm der Wien-Akademie stark erweitert. Bereits im Newcomer*innen-Programm und in der für einen Großteil der Bediensteten verpflichtenden Dienstausbildung werden Klimaagenden

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Gesundheit und Wohlbefinden

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Strom- und Fernwärmeerzeugung

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Konsum und Abfall

^d Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Wasser

verankert. Zusätzliche niederschwellige E-Learnings vermitteln Mitarbeitenden Grundlagen rund um die Klimakrise und Möglichkeiten, im eigenen Wirkungsbereich diesbezüglich tätig zu werden. Weiterbildungen zu Transformationsmethoden und -kompetenzen sowie zur persönlichen Entwicklung unterstützen Mitarbeiter*innen im eigenen Verantwortungsbereich. Fachspezifische Schulungen, etwa der Energieführerschein und PUMA-Fachforen, bauen die Kompetenzen von Mitarbeiter*innen der Verwaltung gezielt weiter aus.

Guter Informationsfluss und Erfahrungsaustausch unterstützen dabei, Klimathemen im Arbeitsalltag und in laufende Prozesse der Stadt zu integrieren. Das **Wiener Klimanetzwerk**¹⁶⁰ vernetzt dafür alle Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien und garantiert den Überblick über Klimaziele und -vorhaben. Fachspezifische Austausche ermöglichen Formate wie KlimaBildungKonnekt, das Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen zur Weiterentwicklung und Verbreitung der Klimabildung zusammenführt.^{a, b}

Themenbereich Lebensmittel und Landwirtschaft

Die Stadt Wien setzt aktiv Maßnahmen für **gesunde, klimafreundliche und ressourcenschonende Ernährungsangebote** in städtischen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten sowie städtischen PflEGEGewohnhäusern und Kliniken, die Teil des Wiener Gesundheitsverbunds sind, und in den Kantinen der Unternehmungen und Unternehmen der Stadt. In diesen Einrichtungen bekennt sich die Stadt zu einem hohen Anteil an biologischen Produkten, reduziert tierische Produkte und vermeidet aktiv Lebensmittelverschwendung. Zudem werden im Magistrat viele Veranstaltungen nach *ÖkoEvent*-Kriterien ausgerichtet, entsprechend wird beim Catering auf möglichst biologische, regionale und saisonale Lebensmittel geachtet.

Entscheidend für eine gesunde und ressourcenschonende Ernährung ist auch die nachhaltige und biologische Produktion von Nahrungsmitteln. Als Österreichs größter Bio-Betrieb setzt die Stadt im stadteigenen Landwirtschaftsbetrieb entsprechende Maßnahmen im Acker- und Gartenbau, den Dauerkulturen, wie Weingärten und Obstanlagen, sowie dem Dauergrünland. Zusätzlich bewirtschaftet die Stadt Wien ihre Waldflächen nachhaltig. Diese Waldflächen erfüllen zentrale Klimafunktionen, indem sie Kohlenstoff binden, kühlend auf ihre Umgebung wirken und wesentlich zur Regulierung des Wasserkreislaufs beitragen.^c

Themenbereich Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

Die Stadt Wien hat es sich zum Ziel gesetzt, den **öffentlichen Raum klimafit** zu gestalten. Auf den stadteigenen Flächen werden daher im Rahmen der Klimaanpassung Maßnahmen gesetzt, die gleichzeitig mehr Raum für Aufenthalt, Erholung, Bewegung und aktive Mobilität schaffen. Neu- und Umgestaltungen von Plätzen, Straßen und Parks werden unter Einsatz nachhaltiger und kreislauffähiger Materialien durchgeführt. Dadurch werden diverse **Co-Benefits** mobilisiert, da dies gleichzeitig auch zu Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft beiträgt.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Bewusstseinsbildung

^b Siehe auch Kapitel Wiener Klimagovernance

^c Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Lebensmittel und Landwirtschaft

Wien erhält zudem Natur- und Erholungsräume wie Parks und Wälder, pflanzt neue Bäume sowie Begleitgrün und entsiegelt versiegelte Flächen im Straßenraum, auf Plätzen und in öffentlichen Anlagen.^{a, b}

Übergreifende Programme

Viele laufende Aktivitäten tragen zu den Zielen der Klimaneutralen Verwaltung bei. Zusätzlich gibt es themenübergreifende Programme. Sie haben auf mehrere Bereiche gleichzeitig positive Auswirkungen. Dazu gehören das *Programm Umweltmanagement im Magistrat (PUMA)* – mit über 700 im Magistrat umgesetzten Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen – und die Nachhaltigkeitsprogramme des Wiener Gesundheitsverbunds, von Wiener Wohnen sowie von Wien Kanal. Die Wiener Stadtwerke-Gruppe und die Wien Holding nutzen zudem ihre koordinierende Rolle und entwickeln kooperative und konzernweite Strategien, die mit Dekarbonisierungsplänen und Nachhaltigkeitsberichterstattung verknüpft sind.

^a Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Stadtstrukturen und öffentlicher Raum

^b Siehe auch Kapitel Handlungsfelder der Stadt – Biodiversität, Natur- und Erholungsräume

10 Wiener Klimagovernance

Die Stadt Wien schafft mit einem Bündel an klimaspezifischen Strukturen, Instrumenten sowie integrierten Prozessen einen verlässlichen Rahmen für Verwaltung, Politik und Akteur*innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um den Weg zur klimaneutralen, ressourcenschonenden und klimaresilienten Stadt bis 2040 ambitioniert weiterzugehen, die Zielsetzungen konsequent im Blick zu behalten und die Maßnahmen laufend nachzuschärfen.

Wichtige Grundlagen für die Wiener Klimaziele finden sich unter anderem im *Wiener Klimagesetz* und in der *Smart Klima City Strategie Wien* als Dachstrategie.^a Die *Smart Klima City Strategie Wien* definiert langfristige Zielsetzungen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. Die übergeordnete Rahmenstrategie zielt darauf ab, eine „hohe Lebensqualität für alle Wiener*innen bei größtmöglicher Ressourcenschonung durch soziale und technische Innovationen“ sicherzustellen und zu fördern.

Im Wiener Klimafahrplan werden seit 2022 die wichtigsten Hebel und Maßnahmen zur Erreichung der Wiener Klimaziele definiert *Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden..*

10.1 Instrumente der Klimagovernance

Das im *Wiener Klimagesetz* verankerte **Wiener Klimabudget** ist eine Sammlung laufend priorisierter Maßnahmen, die nach Klimakriterien, insbesondere den Treibhausgasemissionen, bewertet werden. Durch die Veröffentlichung des Klimabudgets im Anhang des Voranschlags (Budget der Stadt Wien) wird sichergestellt, dass für diese jährlich ausgewählten Maßnahmen ein Budget zur Verfügung steht. Ziel ist, für das jeweilige Budgetjahr ausreichend viele wirkungsvolle Maßnahmen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung festzulegen, um die Wiener Klimaziele erreichen zu können. Dafür erarbeiten Expert*innen in der Verwaltung im Vorfeld stadtintern Klima-Schwerpunkte. Diese werden allen amtsführenden Stadträt*innen unter Vorsitz des Bürgermeisters zur Bestätigung vorgelegt. Die gesetzten inhaltlichen Schwerpunkte bieten Organisationseinheiten der Stadt bei der Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen Orientierung und unterstützen so eine möglichst budgetschonende, abgestimmte Zielverfolgung und Priorisierung im Einklang mit den budgetären Rahmenbedingungen.

Abbildung 32 zeigt den Ablauf der Wiener Klimagovernance und wie die wichtigsten Strategien, Instrumente und Prozesse ineinander greifen.

^a Siehe auch Kapitel Einleitung

Verschränkungen der klimarelevanten Strategien Wiens



Abbildung 32: Ablauf der Wiener Klimagovernance von Zielsetzung zur Umsetzung

Mit dem **Klimacheck für Bauvorhaben**¹⁵⁸ werden große Bauvorhaben der Stadt im Zuge ihrer Planung hinsichtlich Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung geprüft und Optimierungspotenziale aufgezeigt. Der **Klimacheck für Gesetze und Verordnungen**¹⁶¹ prüft die Auswirkungen von Gesetzesvorlagen und Verordnungsentwürfen auf klimarelevante Bereiche. Wien verpflichtet sich im **Wiener Klimagesetz**¹³ außerdem zu einer klimagerechten und ressourcenschonenden Beschaffung von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen.

Der **Wiener Klimarat**¹⁵⁶, ein unabhängiges Beratungsgremium, das sich aus Expert*innen und Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt, berät seit 2019 Politik und Verwaltung bei klimapolitischen Vorhaben.

10.2 Steuerungsstrukturen der Klimagovernance

Für die zukunftsorientierte Gesamtsteuerung der Klimaagenden hat Wien im Herbst 2021 eine effektive und ressortübergreifende Klimagovernance eingeführt. Die interdisziplinäre Managementeinheit **Bereichsleitung für Klimaangelegenheiten** entwickelt und kontrolliert strategische Grundlagen, Instrumente, Prozesse und Standards im Magistrat und stadtweit in Zusammenarbeit mit den städtischen Dienststellen, Unternehmungen und Unternehmen. Sie steht unter anderem im direkten Austausch mit der gesamten Stadtverwaltung, mit Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren relevanten Stakeholder*innen und vernetzt alle zentralen Akteur*innen. Außerdem fördert sie den Wissensaustausch innerhalb und außerhalb des Magistrats und stärkt so die Kultur der klimaneutralen, ressourcenschonenden und klimaresilienten Stadt. Dazu tragen auch viele andere wichtige Akteur*innen und Initiativen der Stadt bei: unter anderem die **Wiener Klima-Allianz**⁷⁴, eine langfristige Kooperation zwischen der Stadt Wien, Wiener Unternehmen und weiteren wichtigen Akteur*innen am Standort Wien, der Forschungskatalog **Wiener Forschungsfragen**, der der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Forschung zur Erreichung der Wiener Klimaziele dient, und das **Büro für Mitwirkung** als zentrale Infrastruktur der Stadt für die aktive Mitgestaltung der Stadt, beispielsweise mit der Beteiligungsinitiative **Wiener Klimateam**¹¹².

Das **Wiener Klimanetzwerk**¹⁶⁰ vernetzt alle Dienststellen der Stadtverwaltung und städtische Unternehmen zu Klimathemen. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene soll eine breite Mitwirkung und Verantwortungsübernahme aller Akteur*innen sicherstellen. Wien kooperiert stadtintern, mit den Unternehmen der Stadt Wien, aber auch über die Stadtgrenzen hinaus mit anderen Bundesländern und Städten, dem Bund und auf europäischer Ebene. Die öffentlich-öffentliche Kooperation *Mission „Klimaneutrale Stadt“*¹⁴⁵ mit dem derzeitigen Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) sowie dem Klima- und Energiefonds trägt dazu bei, ausgewählte Pilotquartiere auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2030 zu bringen und vernetzt die teilnehmenden österreichischen Städte miteinander und mit dem Bund.

Für all die angesprochenen Strategien und Instrumente braucht es regelmäßige **Monitoring- und Evaluierungsprozesse**, um feststellen zu können, ob Wien seinen Zielpfad gemäß dem *Wiener Klimafahrplan* einhalten kann. Sollte eine Zielverfehlung drohen, muss die Stadt im eigenen Wirkungsbereich rechtzeitig verstärkte Maßnahmen veranlassen und Bestehendes intensivieren oder Zusätzliches entwickeln. Dabei ist Wien stets auf entsprechende Weichenstellungen auf Bundes- und EU-Ebene angewiesen. Monitorings der städtischen Treibhausgasemissionen und des *Wiener Klimabudgets* sowie die regelmäßige Evaluierung der übergeordneten Ziele der *Smart Klima City Strategie Wien* und der Umsetzungen des *Wiener Klimafahrplans* stellen sicher, dass Wien auf Kurs bleibt und, wenn nötig, rechtzeitig nachsteuern kann.

Zusätzlich muss die Stadt Wien die allgemeinen Rahmenbedingungen so anpassen, dass es auch Privatpersonen und Unternehmen leicht gemacht wird, klimafreundlich zu handeln. Dafür braucht es entsprechende ordnungspolitische Vorgaben, Ausschreibungen, Förderungen, Marktanreize, Subventionen, Abgaben, Gebühren, planerische Instrumente, Kooperationsvereinbarungen, Informationen, Schulungen und bewusstseinsbildende Instrumente von EU, Bund und Wien. Zentrale Hebel sind in den einzelnen Kapiteln des *Wiener Klimafahrplans* dargestellt.

Die Stadt Wien nutzt damit einen integrierten Mix aus legislatischen, planerischen, ökonomischen, partizipativen und kooperativen Stellschrauben. Bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien

und Maßnahmen wahrt Wien außerdem konsequent die Werte einer sozialen Stadt.^a So schafft die Stadt ein robustes und zuverlässiges **Governance-System** – mit dem Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein und die hohe Wiener Lebensqualität für diese und folgende Generationen zu sichern.

^a Siehe auch Kapitel Wien macht gutes Klima: Der Wiener Weg für eine soziale und gerechte Klimapolitik

11 Abkürzungsverzeichnis

AAR	Austrian Assessment Report
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
AWP/B-AWP	Abfallwirtschaftsplan/Bundes-Abfallwirtschaftsplan
BIM	Building Information Modelling (Bauwerksinformationsmodellierung)
BGF	Betriebliche Gesundheitsförderung beziehungsweise Bruttogeschoßfläche
BLI	Bundesländer Luftschadstoff-Inventur
BMIMI	Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism (CO ₂ -Grenzausgleichssystem)
CCS	Carbon Capture and Storage (CO ₂ -Abscheidung und -Speicherung)
CCU	Carbon Capture and Utilization (CO ₂ -Abscheidung und -Nutzung)
CCUS	Carbon Capture, Utilization and Storage
CEA	Circular Economy Act (EU-Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft)
CID	Clean Industrial Deal (Deal für eine saubere Industrie)
CSDDD	Corporate Sustainability Due Diligence Directive (EU-Lieferkettenrichtlinie)
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive (EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen)
DTCC30	DoTank Circular City Wien 2020–2030
EAG	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz
EED	Energy Efficiency Directive (EU-Energieeffizienzrichtlinie)
EGG	Erneuerbares-Gas-Gesetz
EmpCO	Directive on Empowering Consumers for the Green Transition (Richtlinie hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und durch bessere Informationen)
EPBD	Energy Performance of Buildings Directive (EU-Gebäuderichtlinie)
ESR	Effort Sharing Regulation (EU-Lastenteilungsverordnung)
ESRS	European Sustainability Reporting Standards (Europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung)
EU ETS	EU Emissions Trading System (EU-Emissionshandel)
EPR	Extended Producer Responsibility (Erweiterte Herstellerverantwortung)

EU	Europäische Union
EWG	Erneuerbare-Wärme-Gesetz
FWBG	Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
GB*	Gebietsbetreuung Stadterneuerung
GEA	Gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen
GÖG	Gesundheit Österreich GmbH
GPC	Global Protocol for Community-Scale Greenhouse Gas Emission Inventories (Globales Protokoll zur Erstellung von Treibhausgas-Emissionsinventaren auf kommunaler Ebene)
GRF	Grünflächen- und Regenwassermanagementfaktor
HiAP	Health in All Policies (Gesundheit in allen Politikbereichen)
Kfz	Kraftfahrzeug
KliP	Klimaschutzprogramm
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
MIV	Motorisierter Individualverkehr
MRG	Mietrechtsgesetz
MWp	Megawatt-Peak (Megawatt Spitzenleistung)
NEB	New European Bauhaus
NEKP	Nationaler Energie- und Klimaplan
NGP	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan
NGO	Non-governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
OIB	Österreichisches Institut für Bautechnik
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖPUL	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft
Pkw	Personenkraftwagen
PUMA	Programm Umweltmanagement im Magistrat
RED	Renewable Energy Directive (EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie)
SDG	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
SEK	Stadtteilentwicklungskonzept
SEP	Städtisches Energieeffizienz-Programm

SIP	Schieneninfrastrukturpaket
STEP	Stadtentwicklungsplan
StVO	Straßenverkehrsordnung
SuSa	Schulsanierungsprogramm
TWh	Terrawattstunde
UCLG	United Cities and Local Governments (Weltverband der Städte und Kommunalverwaltungen)
UV	Ultraviolett
WiGeV	Wiener Gesundheitsverbund
waff	Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds
ZiFa	Zirkularitätsfaktor

12Glossar

Abwärme	Als Abwärme bezeichnet man Wärme, die bei Prozessen als Nebenprodukt anfällt. Das beinhaltet vor allem die Abwärme aus Müllverbrennungsanlagen, hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, industriellen und gewerblichen Prozessen (wie Supermärkte, Rechenzentren).
Aktive Mobilität	Fortbewegungsarten, bei denen Menschen körperliche Energie einsetzen, insbesondere Zu-Fuß-Gehen und Radfahren.
Anergienetze	Auch „kalte Nahwärmenetze“ genannt. Leitungsgebundene Systeme, die Gebäuden Wärme auf sehr geringem Temperaturniveau (ca. 5 bis 18 °C) bereitstellen. Im Winter wird diese Energie für Heizzwecke genutzt, im Sommer dient das Netz zur Kühlung. Anergienetze ermöglichen eine hocheffiziente, erneuerbare Wärme- und Kälteversorgung im urbanen Raum.
Antriebswende	Umstellung des motorisierten Verkehrs von fossil betriebenen auf elektrisch oder mit erneuerbaren Energieträgern angetriebene Fahrzeuge.
Biogene Reststoffe	Organische Materialien, die als Nebenprodukte oder Rückstände aus Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung oder anderen biologischen Prozessen anfallen.
Bundesländer Luftschadstoff-Inventur (BLI)	Eine Aufschlüsselung der österreichischen Luftschadstoff- und Treibhausgasemissionen auf Ebene der einzelnen Bundesländer, jährlich erstellt durch das Umweltbundesamt.
Carbon Capture	Technologische Verfahren zur Abscheidung von CO ₂ aus Abgasströmen industrieller Anlagen oder direkt aus der Umgebungsluft. Das abgeschiedene CO ₂ kann dauerhaft gespeichert (Carbon Capture and Storage, CCS) oder als Rohstoff weiterverwendet werden (Carbon Capture and Utilization, CCU).
Dekarbonisierung	Der Ersatz von Energiesystemen, die auf fossilen Energieträgern wie Gas oder Öl basieren, durch erneuerbare Energiesysteme, etwa im Heizungstausch von Gas- und Ölheizungen auf Wärmepumpenlösungen.
Elektrifizierung	Umstellung auf elektrische Energieversorgung von Prozessen und Anwendungen, die bislang auf fossilen Brennstoffen basieren.
Emissionen im Lebenszyklus (Ökobilanz- Methode)	Erfassung sämtlicher Treibhausgasemissionen, die von der Rohstoffgewinnung über Herstellung, Nutzung und Wartung bis zum Rückbau und zur Entsorgung eines Produkts, Bauwerks oder Systems entstehen.

Emissionsfrei	Ein Prozess verursacht keine Treibhausgasemissionen.
Emissionshandel	Ein marktbasiertes Instrument der Klimapolitik, bei dem Unternehmen für den Ausstoß von Treibhausgasen (vor allem CO ₂) Zertifikate benötigen, die gehandelt werden können. Die Gesamtmenge an Zertifikaten ist begrenzt und wird schrittweise reduziert, wodurch Emissionsminderungen dort erfolgen, wo sie am kostengünstigsten sind. Das bekannteste Beispiel ist das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS).
Energiesystem	Umfasst alle technischen Komponenten, die zur Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Nutzung von Energie dienen.
Erneuerbare Energie	Energie aus Quellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern oder deren Nutzung nicht gravierend zur Erschöpfung der Quellen beiträgt. Dazu zählen beispielsweise Erdwärme, Sonnenenergie, Wasserkraft, Windenergie und Biomasse.
Fernkälte	Die zentrale Versorgung von Kälteabnehmer*innen über ein weiträumiges Kältenetz zur Bereitstellung von Raumkühlung und/oder Prozesskälte. Die Kälte wird in der Regel zentral erzeugt (zum Beispiel mittels Kompressions- oder Absorptionskältemaschinen, Freikühlung oder Nutzung von Umweltkälte wie Fluss- oder Grundwasser) und über erdverlegte, gedämmte Rohrsysteme mittels eines gekühlten Mediums (meist Wasser) zu den Abnehmer*innen transportiert.
Fernwärme	Die zentrale Versorgung von Wärmeabnehmer*innen über ein weiträumiges Wärmenetz zur Bereitstellung von Heizwärme, Warmwasser und/oder Prozesswärme. Die thermische Energie wird in der Regel in erdverlegten, gedämmten Rohrsystemen mittels eines erhitzten Mediums (meist Wasser oder Dampf) transportiert.
Free Cooling	Kühlung eines Gebäudes ohne mechanische Kältemaschine durch Nutzung natürlicher Kältequellen wie Außenluft, Grundwasser, Erdreich und See- oder Flusswasser.
Frosttag	Beschreibt einen Tag, an dem die Tagestiefsttemperatur unter 0 °C liegt.
Grätzl	Bezeichnet ein Gebiet, das die Bewohner*innen als Teil ihres Umfelds zugehörig wahrnehmen. Meistens umfasst es alles, was sehr gut zu Fuß erreicht werden kann. Die Größe hängt auch von natürlichen beziehungsweise städtebaulichen Grenzen ab.
Grünes Gas	Wird auch erneuerbares Gas genannt. Dazu zählen: Biomethan auf Basis von Biogas, Deponiegas, Klärgas oder Holzgas; Wasserstoff, der mittels Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird;

synthetisches Gas auf Basis erneuerbarer Energieträger sowie andere erneuerbare Gase.

Hard-to-abate-Emissionen (schwer beziehungsweise nicht vermeidbare Emissionen)	Treibhausgasemissionen, die mit aktuell verfügbaren Technologien bis 2040 nicht oder nur schwer vermeidbar sind, beispielsweise in der Zementproduktion, der chemischen Industrie oder der Landwirtschaft.
Heizgradtagzahl	Jährliche Summe der täglichen Temperaturdifferenzen zwischen der Normraumlufttemperatur von (20 °C) und der mittleren Außentemperatur an Tagen mit einer Tagesdurchschnittstemperatur unter 12 °C. Je höher die Heizgradsumme, desto größer war der Heizbedarf in einem Zeitraum.
(Heizungs-)Zentralisierung	Anschluss einer bisher dezentral von einer Gastherme oder einem fossilen Einzelofen beheizten Wohnung an ein zentrales Heizungssystem, das das gesamte Wohngebäude zentral versorgt.
(Heiz-)Wärmebedarf	Menge an Wärmeenergie, die erforderlich ist, um ein Gebäude auf die gewünschte Temperatur zu heizen.
Hitzeperiode	Jährliche Anzahl an Tagen, die innerhalb einer Hitzeperiode liegen, auch Kysely-Tage genannt. Eine Hitzeperiode liegt vor, sobald an mindestens 3 aufeinanderfolgenden Tagen ein Tagesmaximum von über 30 °C erreicht wird und die Temperatur an keinem Tag unter 25 °C sinkt.
Hitzetage	Tage, an denen die maximale Lufttemperatur 30 °C überschreitet.
Just Transition	Gerechter Übergang zur klimafreundlichen Wirtschaft, der soziale Verträglichkeit und wirtschaftliche Teilhabe sicherstellt.
Kaltluft-Abflussbahnen	Natürliche Luftwege, auf denen sich nachts kältere Luft von höher gelegenen, unversiegelten Flächen in Richtung Tal oder stadtauswärts bewegt.
Klimagovernance	Gesamtheit der Strukturen, Prozesse und Akteur*innen, die an der Steuerung und Koordination von Klimapolitik beteiligt sind.
Klimamigration	Wanderungsbewegungen von Menschen, die aufgrund der Folgen der Klimakrise, wie zum Beispiel Extremwetterereignissen, Dürren oder dem Verlust von Lebensgrundlagen, ihr Zuhause verlassen müssen.
Klimaneutralität	Zustand, bei dem nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als durch Senken (zum Beispiel Wälder, Böden) wieder aufgenommen werden können, sodass die Netto-Emissionen in Summe null betragen.

Klimaresilienz	Fähigkeit der Stadt, ihrer Infrastruktur, ihrer Bevölkerung und ihrer Ökosysteme, klimabedingte Belastungen wie Hitze, Extremniederschläge, Starkregen oder Dürren zu verkraften und sich anzupassen.
Kühlgradtagzahl	Jährliche Summe der täglichen Temperaturdifferenzen zwischen der mittleren Außentemperatur und der Normraumlufttemperatur von (20 °C) an Tagen mit einer Tagesdurchschnittstemperatur über 20 °C. Je höher die Kühlgradsumme, desto größer war der Kühlbedarf in einem Zeitraum.
Kühlung	Gezielte Reduzierung der Raumtemperatur in einem Gebäude oder in einer Wohnung, etwa durch Sonnenschutz, Lüftung.
Lieferketten	Gesamtheit der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen bei der Herstellung, dem Transport und dem Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen.
Materialeffizienz (Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverbrauch)	Verhältnis zwischen dem wirtschaftlichen Output (Güter, Dienstleistungen, Wertschöpfung) und dem dafür eingesetzten Rohstoffinput. Eine steigende Materialeffizienz bedeutet, dass mehr Wirtschaftsleistung mit weniger Ressourcenverbrauch erzielt wird – also eine Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Materialfußabdruck.
Materialfußabdruck	Indikator für die Gesamtmenge an Rohstoffen (in Tonnen), die zur Deckung der Wiener Nachfrage nach Gütern, Produkten, Lebensmitteln und Dienstleistungen weltweit benötigt werden.
Metropolregion	Verflochtener Stadt-Umland-Raum, der über die administrativen Grenzen einer Verwaltungseinheit Wiens hinausgeht und angrenzende Regionen in Niederösterreich und dem Burgenland umfasst.
Mineralölbasierte Reststoffe	Rückstände und Nebenprodukte aus der Verarbeitung fossiler Rohstoffe, etwa aus Raffinerieprozessen oder der Schmier- und Hydraulikstoffindustrie. Im Kontext der Kreislaufwirtschaft sind Wege zur Substitution, energetischen Verwertung oder stofflichen Wiederverwertung dieser Materialien von Bedeutung.
Mobilitätswende	Grundlegende Veränderung des Mobilitätsverhaltens hin zu einer stärkeren Nutzung des öffentlichen Verkehrs, aktiver Mobilitätsformen und geteilter Mobilität sowie zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs.
Multifunktionale PV-Anlagen	Photovoltaikanlagen, die neben der Stromerzeugung einen zusätzlichen Nutzen bieten, etwa Beschattung von Parkplätzen oder öffentlichen Flächen, Lärmschutz oder Fassadenintegration.

Omnibus-Pakete der EU-Kommission	Gesetzgebungspakete der Europäischen Kommission, die mehrere bestehende Rechtsakte gleichzeitig vereinfachen oder anpassen. Im Kontext der Klimapolitik bezieht sich der Begriff auf Anpassungen von Berichtspflichten wie der CSRD und der CSDDD, die zeitlich zurückgestellt oder in ihrem Geltungsbereich eingeschränkt wurden.
Ökobilanz	Systematische Analyse der Umweltwirkungen eines Produkts, Gebäudes oder Prozesses über seinen gesamten Lebenszyklus (Life Cycle Assessment, LCA). Ökobilanzen erfassen Material- und Energieverbräuche sowie Treibhausgasemissionen von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung und sind ein zentrales Instrument zur Bewertung des Materialfußabdrucks.
Ökosystemleistungen	Direkte und indirekte Beiträge von Ökosystemen zum menschlichen Wohlbefinden, die essenziell für unsere gesundheitliche und wirtschaftliche Lebensgrundlage sind. Dazu zählen Bestäubung, Wasser, Kohlenstoffspeicherung, Hochwasserschutz durch Wasserspeicherung und Naturräume zur Erholung. Intakte Ökosysteme sind Grundvoraussetzung für Ernährungssicherheit, Gesundheit und Lebensqualität.
Primärrohstoffe	Rohstoffe, die direkt aus der Natur gewonnen werden, etwa durch Bergbau, Förderung oder Ernte.
R-Strategien	Hierarchisches Konzept kreislaufwirtschaftlicher Maßnahmen, das von der Vermeidung über die Wiederverwendung und Reparatur bis zum Recycling reicht (zum Beispiel Refuse, Reduce, Re-use, Repair, Refurbish, Remanufacture, Recycle, Recover). Je höher in der Hierarchie, desto größer der Nutzen für Ressourcenschonung und Klimaschutz.
Renaturierung	Wiederherstellung natürlicher oder naturnaher Zustände degradierter Ökosysteme wie Feuchtgebiete, Gewässer, Auwälder oder Böden.
Re-Use	Wiederverwendung von Produkten, Bauteilen oder Materialien in ihrem ursprünglichen Zustand oder nach geringfügiger Aufbereitung, ohne vollständige Aufarbeitung oder Recycling.
Scope 1/2/3	Klassifizierung von Treibhausgasemissionen nach dem Greenhouse Gas Protocol: Scope 1 umfasst Emissionen innerhalb der Stadtgrenzen; Scope 2 erfasst Emissionen aus dem Verbrauch von erzeugtem Strom und Fernwärme; Scope 3 beinhaltet alle weiteren Emissionen entlang globaler Lieferketten.
Sekundärressourcen/ Sekundärrohstoffe	Materialien und Rohstoffe, die durch Recycling, Aufbereitung oder Wiederverwendung aus bereits genutzten Produkten oder Abfallströmen gewonnen werden. Die verstärkte Nutzung von Sekundärrohstoffen reduziert den Bedarf an Primärrohstoffen,

	senkt Treibhausgasemissionen und stärkt die regionale Versorgungssicherheit.
Stadtentwicklung und Stadtplanung	Stadtentwicklung ist das strategische, interdisziplinäre Gestalten und Prozessbegleiten von Transformationsthemen über mehrere Politikbereiche hinweg. Stadtplanung beschreibt das formale, räumlich-technische Planen unter Anwendung rechtlicher Instrumente wie dem Flächenwidmungsplan.
Territoriale (produktionsbasierte)/ globale (konsumbasierte) Emissionen	Territoriale (produktionsbasierte) Emissionen erfassen alle Treibhausgase, die innerhalb der Wiener Stadtgrenzen freigesetzt werden (Scope 1). Globale (konsumbasierte) Emissionen berücksichtigen alle Emissionen, die durch die Wiener Nachfrage entstehen, inklusive Emissionen aus Strom- und Fernwärmeverbrauch (Scope 2) und entlang globaler Lieferketten außerhalb des Stadtgebiets (Scope 3).
Treibhausgas-Äquivalent (CO₂-Äquivalent)	Maßeinheit zur einheitlichen Darstellung der Klimawirkung verschiedener Treibhausgase (THG) bezogen auf CO ₂ . Das Treibhauspotenzial anderer Gase wie Methan (CH ₄) oder Lachgas (N ₂ O) wird in die äquivalente Menge CO ₂ umgerechnet, um eine vergleichbare Bilanzierung zu ermöglichen. Angabe in Millionen Tonnen CO ₂ -Äquivalent beziehungsweise Millionen Tonnen THG-Äquivalent.
Tropennächte	Nächte, in denen die Lufttemperatur nicht unter 20 °C sinkt. Tropennächte gelten als wichtiger Klimaindikator für die Wärmebelastung in städtischen Gebieten.
Umweltverbund	Zusammenfassung aller Verkehrsarten, die nicht dem motorisierten Individualverkehr zuzurechnen sind: öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußgänger*innenverkehr.
Verkehrswende	Übergeordneter Begriff für den Transformationsprozess hin zu einem nachhaltigen Verkehrssystem, der sowohl die Mobilitätswende (Verlagerung auf den Umweltverbund und Vermeidung des motorisierten Individualverkehrs) als auch die Antriebswende (Umstieg auf emissionsfreie Antriebe) umfasst.
Vulnerabel/Vulnerabilität/ Verwundbarkeit	Die Verwundbarkeit oder Anfälligkeit von Menschen, Tier- und Pflanzenarten, sozialen Gruppen, Infrastrukturen oder Ökosystemen gegenüber den Folgen und Schäden des Klimawandels. Sie wird durch Exposition, Empfindlichkeit und Anpassungskapazität bestimmt. Das Ausmaß der Verwundbarkeit hängt von der Fähigkeit ab, mit den negativen Auswirkungen umzugehen und sich anpassen zu können.

Wärmepumpen	Technische Anlagen, die Energie aus Umgebungsquellen wie Wasser, Erdbreich oder Luft aufnehmen und durch die Nutzung elektrischer Energie auf ein für die Raumheizung und die Warmwasseraufbereitung nutzbares Temperaturniveau bringen.
Zero-Emission-Zonen	Verordnete Zonen, in denen nur lokal emissionsfreie Fahrzeuge, also jene welche keine direkten Abgasemissionen produzieren, verkehren dürfen.
Zero Waste	Leitbild und Zielsetzung, die in der Stadt anfallenden Abfallmengen schrittweise auf ein Minimum zu reduzieren. Durch ressourcenschonenden Konsum, Wiederverwendung und hochwertige Verwertung soll Abfall möglichst gar nicht erst entstehen und auf ein Minimum reduziert werden.
Zufahrtsmanagement	Maßnahmen, die dazu dienen, Fahrzeugen mit bestimmten Eigenschaften Zufahrt zu gewähren oder diese von einer Zufahrt auszuschließen. Können mit Vergebührung einhergehen.

13 Quellenverzeichnis

- ¹ **Steffen, W.; Broadgate, W.; Deutsch, L. et al. (2015):** The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. The Anthropocene Review, 2(1), 81–98. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1177/2053019614564785> (abgerufen am 26.05.2026)
- ² **Copernicus (2025):** The 2025 Annual Climate Summary: Global Climate Highlights. Online verfügbar: <https://climate.copernicus.eu/global-climate-highlights-2025> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³ **Österreichische Akademie der Wissenschaften (2025):** Klimawandel: Österreich wird zu Hitze-Hotspot. Online verfügbar: <https://www.oew.ac.at/news/warum-oesterreich-vom-klimawandel-besonders-stark-betroffen-ist> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴ **WWF (2024):** WWF Living Planet Report 2024. Online verfügbar: <https://www.wwf.at/livingplanetreport/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵ **Europäisches Parlament (2022):** The future of climate migration. At a glance – Thinking about tomorrow. Online verfügbar: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729334/EPRS_ATAG\(2022\)729334_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729334/EPRS_ATAG(2022)729334_EN.pdf) (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶ **Steininger, K.W.; Bednar-Friedl, B.; Knittel, N. et al. (2020):** Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns. Klima- und Energiefonds, Graz.
- ⁷ **Gugele, B.; Krutzler, T.; Maicher, L. et al. (2025):** Treibhausgas-Szenarien für die langfristige Budgetprognose 2025. Rep-1010. Umweltbundesamt, Wien. Online verfügbar: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1010.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸ **Austrian Panel on Climate Change (APCC) (2025):** Zweiter österreichischer Sachstandsbericht zum Klimawandel (AAR2). Austrian Academy of Sciences Press, Wien. Online verfügbar: <https://aar2.ccca.ac.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹ **Stadt Wien (2022):** Smart Klima City Strategie – Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/smartklimacitystrategie/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰ **The Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (2018):** Summary for policy makers. Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Cambridge University Press, Cambridge, UK und New York, NY, USA. Online verfügbar: <https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/summary-for-policy-makers/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹ **United Cities and Local Governments (2026):** New Global Charter-Agenda for Human Rights in The City. Online verfügbar: https://www.uclg-cisd.org/sites/default/files/documents/files/2026-06/new_global_charter_agenda_for_human-rights_in_the-city-1.pdf (abgerufen am 08.07.2026)
- ¹² **Stadt Wien: KliP Wien – Klimaschutzprogramme 1999 bis 2021.** Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/programm-kliip> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³ **Stadt Wien: Wiener Klimagesetz.** Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimagesetz> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴ **Stadt Wien (2025):** Wiener Klimafahrplan – Monitoring. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/klimafahrplan-monitoring/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵ **Planetary Health Check: Planetary Health Check.** Online verfügbar: <https://www.planetaryhealthcheck.org/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁶ **Ortiz-Ospina, E. et al. (2026):** Urbanization. What is urbanization and why does it matter? [Erstveröffentlichung im September 2018; grundlegend überarbeitet im Mai 2026.] Our World in Data. Online verfügbar: <https://ourworldindata.org/urbanization> (abgerufen am 12.08.2026)
- ¹⁷ **Umweltbundesamt [Deutschland] (2023):** Technische Kohlenstoffsinken. Online verfügbar: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/technische-kohlenstoffsinken> (abgerufen am 08.06.2026)
- ¹⁸ **Anderl, M. et al. (2026):** Klimaschutzbericht 2026. Umweltbundesamt, Wien. Online verfügbar: https://www.umweltbundesamt.at/studien-reports/publikationsdetail?pub_id=2670&cHash=949c8fe52c72333ae0cc0c4e0170c715 (abgerufen am 16.09.2026)
- ¹⁹ **Stadt Wien: „Raus aus Gas“ – Umweltfreundliche Wärme für Gebäude.** Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/raus-aus-gas> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁰ **Stadt Wien: Wiener Sonnenstrom-Offensive.** Online verfügbar: <https://sonnenstrom.wien.gv.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²¹ **Stadt Wien: Energieeffizienz-Programm.** Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/energieeffizienz-sep2030/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²² **Statistik Austria (2025):** Energiebilanzen Wien 1988–2024. Online verfügbar: <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energiebilanzen> (abgerufen am 24.09.2026)
- ²³ **Stadt Wien (2025):** Zirkuläres Wien: Eine runde Sache. Der Wiener Weg der Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/kreislaufwirtschaft-strategie> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁴ **Kontext Institut (2026):** Studie: Kritische Rohstoffe – von Abhängigkeit zu Sicherheit. Online verfügbar: <https://www.kontext-institut.at/inhalte/kreislaufwirtschaft-rohstoffe-sicherheit/> (abgerufen am 26.05.2026)

-
- ²⁵ **United Nations Environment Programme:** Global Resources Outlook 2024. Online verfügbar: <https://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook-2024> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁶ **European Environment Agency (2025):** Critical materials in the energy transition. Online verfügbar: <https://www.eea.europa.eu/en/europe-environment-2025/main-report/critical-materials-in-the-energy> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁷ **Langsenlehner, M.; Wiese, K. (2026):** Wellbeing Economy und Beyond GDP. Neue Maßstäbe für ein gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Online verfügbar: <https://www.umweltdachverband.at/assets/Umweltdachverband/Publikationen/20260319-UWD-Broschüre-01-Online.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁸ **Huppmann, D.; Keiler, M.; Riahi, K. et al. (2025):** Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2) of the Austrian Panel on Climate Change (APCC). Austrian Academy of Sciences Press, Wien. 2025. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1553/aar2-spm-de> (abgerufen am 26.05.2026)
- ²⁹ **Steininger, K. et al. (2015):** Die Auswirkungen des Klimawandels in Österreich: eine ökonomische Bewertung für alle Bereiche und deren Interaktion. Hintergrund und Ergebnisse des Forschungsprojekts COIN. 2015.
- ³⁰ **Steininger, K.; Bednar-Friedl, B.; Knittl, N. et al. (2020):** Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns. Wegener Center Research Briefs 1-2020, Wegener Center Verlag, Universität Graz, Juni 2020. Online verfügbar: https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2024/10/COIN_2020.pdf (abgerufen am 07.08.2026)
- ³¹ **Haas, W.; Jacobi, N.; Steininger K. (2017):** Die Auswirkungen des Klimawandels für Wien: Die Auswirkungen des Klimawandels für Wien: eine ökonomische Bewertung. Wien. Online verfügbar: <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/content/titleinfo/3397498> (abgerufen am 07.08.2026)
- ³² **Beier, J.; Hanger-Kopp, S.; Preinfalk, E. (2025):** CCCA-Fact Sheet Nr. 58: Hitzerisiko greifbar machen. Profile der Mehrfachbelastung und Implikationen für sozial gerechte Anpassung. Climate Change Center Austria (CCCA), Wien. Online verfügbar: <https://ccca.ac.at/news/detail/hitzerisiko-greifbar-machen> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³³ **Bundeskanzleramt Österreich (2026):** Das Übereinkommen von Paris. 2026. Online verfügbar: https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/1/Seite.1000325 (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁴ **Bundesministerium für Land- und Fortwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft:** Ergebnisse der COP30 Klimakonferenz in Belém 2025. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/klima-und-umwelt/klima/internationale-klimapolitik/ergebnisse-cop30.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁵ **United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2025):** Belém gender action plan. 2025. Online verfügbar: <https://unfccc.int/documents/655016> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁶ **Europäische Union (2020):** EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 – Mehr Raum für die Natur in unserem Leben (COM(2020) 380 final). Brüssel. Online verfügbar: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/eu-biodiversity-strategy-for-2030.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁷ **Europäische Kommission:** European Climate Resilience and Risk Management – Integrated Framework. Online verfügbar: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/adaptation-and-resilience-climate-change/european-climate-resilience-and-risk-management-integrated-framework_en?etranolive=1 (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁸ **Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2024):** Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Executive Summary. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/service/publikationen/klima-und-umwelt/die-oesterreichische-strategie-zur-anpassung-an-den-klimawandel-executive-summary.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ³⁹ **Stadt Wien (2020):** Stadtklimaanalyse Wien 2020. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/stadtklimaanalyse> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴⁰ **Orlik, A.; Rohrböck, A., Müller, P. et al. (2026):** Klimarückblick Wien 2025. Climate Change Center Austria (CCCA), Wien. Online verfügbar: <https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2026/05/Klimarueckblick-Wien-2025.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴¹ **Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2021):** Annex VII: Glossary. Climate Change 2021 – The Physical Science Basis, Working Group 1 Contribution to the Sixth Assessment Report. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1017/9781009157896.022> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴² **Stadt Wien (2026):** Risikobild des Magistrats der Stadt Wien. Online verfügbar: <https://www.data.gv.at/datasets/4b7a4d03-fcfe-4d4b-b1c2-12bf668ee4bb?locale=de> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴³ **Climate Change Center Austria:** Klimastatusbericht. Online verfügbar: <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/klimastatusbericht> (abgerufen am 18.08.2026)
- ⁴⁴ **Stadt Wien:** Langjährige Klimamittelwerte 1991-2020. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/statistik/klimamittelwerte-1991-2020> (abgerufen am 18.08.2026)
- ⁴⁵ **Stadt Wien:** Klimatologische Kenntage in Wien 1951 bis 2024. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/statistik/eis-hitze-tage> (abgerufen am 18.08.2026)
- ⁴⁶ **European Environment Agency (2025):** European Climate and Health Observatory: Heat. Online verfügbar: <https://climate-adapt.eea.europa.eu/en/observatory/topics/health-impacts/heat-and-health> (abgerufen am 26.05.2026)

- ⁴⁷ **Brugger, K. Durstmüller, F.; Delcour, J.; et al. (2026):** Klimawandel und Gesundheit in Österreich: Daten, Fakten, Trends. Gesundheit Österreich, Wien. Online verfügbar unter: https://jasmin.goeg.at/id/eprint/5462/1/GBE_Bericht_bf.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴⁸ **Moshhammer, H.; Wallner, P. et al. (2025):** CCCA-Fact Sheet Nr. 52: Unterschiede in der Hitze-Übersterblichkeit: Übersicht und Analysen für Österreich. Klimawandel. Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Climate Change Center Austria (CCCA), Wien. Online verfügbar: https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/FactSheets/52_hitze_vulnerabilitaet_202504.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁴⁹ **Haslinger, K. et al. (2023):** Apparent contradiction in the projected climatic water balance for Austria: wetter conditions on average versus higher probability of meteorological droughts. Natural Hazards and Earth System Sciences 23, 2749–2768. Online verfügbar: <https://doi.org/10.5194/nhess-23-2749-2023> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵⁰ **Haslinger, K.; Breinl, K.; Pavlin, L. et al. (2025):** Increasing hourly heavy rainfall in Austria reflected in flood changes. Nature 639, 667–672. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1038/s41586-025-08647-2> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵¹ **Klima- und Energiefonds (2025):** Faktencheck Klimawandel: Die wichtigsten Daten und Fakten. Wien. Online verfügbar: <https://klimaportal.geosphere.at/informationsportal-klimawandel/resources/Faktencheck-Klimawandel-2025.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵² **GeoSphere Austria:** Stürme. Online verfügbar: https://klimaportal.geosphere.at/informationsportal-klimawandel/klimazuk_alp_stuerme.html (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵³ **Umweltbundesamt:** Stürme. Online verfügbar: <https://www.klimawandelanpassung.at/kwa-allgemein/kwa-aenderung/kwa-beobacht-stuerme> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵⁴ **Wegener Center für Klima und globalen Wandel (2025):** Konsumbasierte Emissionsbilanz für die Stadt Wien. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/studien/mds/thgbilanzkonsumbasiert0225.pdf> (abgerufen am 26.06.2026)
- ⁵⁵ **Stadt Wien (2025):** Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/wien-plan> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵⁶ **Mobilitätsagentur:** Masterplan Gehen: Zu-Fuß-Gehen wird gefördert. Online verfügbar: <https://www.wienzufuss.at/masterplan-gehen/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵⁷ **Stadt Wien (2025):** Stadt am Strom(e) – Der Wiener Weg zur E-Mobilität. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimafreundliche-mobilitaet> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁵⁸ **Stadt Wien (2026):** Masterplan urbane Logistik. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/pdf/ma18/masterplan-urbane-logistik.pdf> (abgerufen am 08.06.2026)
- ⁵⁹ **Stadt Wien (2024):** Wegweiser Quartierslogistik in Stadtentwicklungsgebieten. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/pdf/ma21/wegweiser-quartierslogistik-stadtentwicklungsgebiete.pdf> (abgerufen am 08.06.2026)
- ⁶⁰ Daten von **Statistik Austria und Stadt Wien**
- ⁶¹ **Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus:** Wie ist das Heizverhalten in den Bundesländern? Online verfügbar: <https://energie.gv.at/verbrauch/wie-ist-das-heizverhalten-in-den-bundeslaendern> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶² **Röck, M. et al. (2022):** Towards embodied carbon benchmarks for buildings in Europe – #1 Facing the data challenge. Online verfügbar: <https://zenodo.org/records/6120522> (abgerufen am 08.06.2026)
- ⁶³ **Schöberl & Pöll GmbH (2023):** Arbeitsmarktstudie zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands in Wien. Online verfügbar: <https://www.waff.at/fachkraeftezentrum/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/schoeberl-poell-gmbh-ma-23-waff-2023-dekarbonisierung-des-gebaeudebestands.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶⁴ **Stadt Wien:** ZiFa 1.0: Planungsprinzipien zur Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft im Bauwesen. Online verfügbar: <https://viecycle.wien.gv.at/planungsprinzipien-kreislaufwirtschaft-im-bauwesen> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶⁵ **Stadt Wien:** Wiener Wärmeplan 2040. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/waermeplan-2040> (abgerufen am 10.06.2026)
- ⁶⁶ **Wohnfonds Wien:** Hauskunft. Online verfügbar: <https://www.hauskunft-wien.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶⁷ **Stadt Wien:** WieNeu+. Online verfügbar: <https://wieneuplus.wien.gv.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶⁸ **Stadt Wien:** Zirkularitätsfaktor zur Bewertung des Kreislaufpotenzials – Prozess. Online verfügbar: <https://viecycle.wien.gv.at/zirkularitaetsfaktor-zur-bewertung-des-kreislaufpotenzials> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁶⁹ **Stadt Wien:** Sonnenschutz und Stadtbild. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/sonnenschutz-stadtbild/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁰ **Eisenmenger, N.; Kaufmann, L.; Kalt, G. et al. (2022):** CO₂- und Material-Fußabdruck für Wien: Eine Analyse der nachhaltigen Ressourcennutzung in Wien vor dem Hintergrund der Reduktionsziele in der Smart Klima City Strategie Wien. Projekt „MOCAM – Monitoring der CO₂ Emissionen und des Materialfußabdrucks für Wien“. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/wirtschaft/standort/pdf/mocam.pdf> (abgerufen am 17.08.2026)
- ⁷¹ **Stadt Wien:** Strategie WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/wien2030/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷² **Stadt Wien (2024):** Dekarbonisierung der betrieblichen Prozesswärme. Studie der kleinkraft OG im Auftrag der Abteilung Energieplanung der Stadt Wien. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/studien/ma20/dekarbonisierungbetrieblicheprozesswaerme2024.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)

-
- ⁷³ **Stadt Wien:** OekoBusiness Wien – Umweltservice für Unternehmen. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/wirtschaft/oekobusiness> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁴ **Stadt Wien:** Wiener Klima-Allianz. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klima-allianz> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁵ **Logistik 2030+:** Nachhaltige Logistik 2030+ Niederösterreich-Wien. Online verfügbar: <https://www.logistik2030.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁶ **Stadt Wien (2025):** Wiener Forschungsfragen. Wissen für eine klimagerechte Stadt. Forschungskatalog 2025. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/wiener-forschungsfragen-klima/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁷ **Stadt Wien (2025):** Klimabilanzmodell für die Wiener Abfallwirtschaft. Online verfügbar: <https://www.data.gv.at/katalog/datasets/4a167fd7-45b2-462e-adca-591fba691ef8> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁷⁸ **Umweltbundesamt (2026):** Energieverbrauch und volkswirtschaftliche Effekte von CCS in Österreich. Wien. Online verfügbar: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1009.pdf> (abgerufen am 15.07.2026)
- ⁷⁹ **Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2022):** Kreislaufwirtschaftsstrategie: Österreich auf dem Weg zur nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/klima-und-umwelt/abfall-und-kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁰ **Stadt Wien:** Wien repariert's – der Wiener Reparaturbon. Online verfügbar: <https://mein.wien.gv.at/wienerreparaturbon/#/> (abgerufen am 27.05.2026)
- ⁸¹ **Stadt Wien:** ÖkoEvent – umweltfreundliche Veranstaltung. Online verfügbar: <https://www.oekoevent.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸² **Stadt Wien:** ÖkoKauf Wien – Programm für die ökologische Beschaffung der Stadt Wien. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/oekokauf> (abgerufen am 27.05.2026)
- ⁸³ **Stadt Wien:** Programm Umweltmanagement im Magistrat – PUMA. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/puma> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁴ **Crippa, M.; Solazzo, E.; Guizzardi, D. et al. (2021):** Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions. *Nature Food* 2, 198–209. Online verfügbar: <https://www.nature.com/articles/s43016-021-00225-9> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁵ **Lindenthal, T.; Schlatzer, M. (2020):** Ökologische und soziale Auswirkungen der österreichischen Futtermittelimporte aus Übersee. Online verfügbar: <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/3289574?originalFilename=true> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁶ **Stadt Wien:** Lebensmittelabfälle: Zahlen, Daten und Fakten. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/lebensmittel-abfaelle-zahlen-fakten> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁷ **Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) (2019):** Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services. Online verfügbar: <https://doi.org/10.5281/zenodo.3553579> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁸ **Landwirtschaftskammer Wien (2025):** Faktenblatt zur Wiener Landwirtschaft. Online verfügbar: <https://share.google/R5H1r3ISuPwnatv7S> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁸⁹ **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft:** Berechnungen basierend auf INVEKOS (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) Datensätzen. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/landwirtschaft/gemeinsame-agrarpolitik-foerderungen/nationaler-strategieplan/direktzahlungen-ab-2023/invekosinvekosgis.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁰ **Stadt Wien:** Wiener Bio-Aktionsprogramm 2022+. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/bio-aktionsprogramm-2022-plus> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹¹ **Stadt Wien:** Europas beste Bio-Stadt. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/pdf/ma59/bio-stadt.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹² **Stadt Wien:** Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/kontakt/ma49-landwirtschaftsbetrieb> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹³ **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft:** Nationaler Strategieplan 2023–2027. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/landwirtschaft/gemeinsame-agrarpolitik-foerderungen/nationaler-strategieplan.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁴ **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft:** Agrarumweltprogramm (ÖPUL). Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/landwirtschaft/gemeinsame-agrarpolitik-foerderungen/nationaler-strategieplan/oepul-landingpage.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁵ **Europäischer Rat (2025):** Strategie „Vom Hof auf den Tisch“. Online verfügbar: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/from-farm-to-fork/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁶ **Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2021):** Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Online verfügbar: https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:6cca85d3-723f-4ac2-b9fd-6f74d258d278/Strategie_Vermeidung_LMA_UA.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁷ **Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2026):** Gesundheitsziel 7: Gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zugänglich machen. Online verfügbar: <https://gesundheitsziele-oesterreich.at/gesundheitsziele-und-arbeitsgruppen/gesundheitsziel-7/> (abgerufen am 26.05.2026)

-
- ⁹⁸ **Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2026):** Österreichische Ernährungsempfehlungen. Online verfügbar: <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Ern%C3%A4hrung/%C3%96sterreichische-Ern%C3%A4hrungsempfehlungen-NEU.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ⁹⁹ **Milan Urban Food Policy Pact Secretariat:** Milan Urban Food Policy Pact. Online verfügbar: <https://www.milanurbanfoodpolicypact.org/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁰ **Stadt Wien (2022):** Wiener Lebensmittelaktionsplan „Wien isst G.U.T. (Gesund und genussvoll – umwelt- und klimafreundlich – tierfair)“. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umweltschutz/nachhaltigkeit/pdf/wien-isst-gut.pdf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰¹ **Stadt Wien (2024):** Agrarstruktureller Entwicklungsplan für Wien 2024 (AgSTEP 2024). Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/agstep-agrarstruktureller-entwicklungsplan-2024> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰² **Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024):** Der gesunde und nachhaltige Teller. Online verfügbar: <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Ern%C3%A4hrung/Der-gesunde-und-nachhaltige-Teller.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰³ **OekoBusiness Wien (2025):** „Natürlich gut essen“ – Angebot für die Wiener Gastronomie. Online verfügbar: <https://unternehmen.oekobusiness.wien.at/unternehmen/natuerlich-gut-essen/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁴ **Stadt Wien:** Wien isst G.U.T.-Bildungsschwerpunkt SchoolFood4Change. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit-schoolfood4change> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁵ **Verein zur Unterstützung des Ernährungsrates Wien (2020):** WeltTellerFeld. Online verfügbar: <https://welttellerfeld.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁶ **Initiative United Against Waste Österreich (2026):** United Against Waste. Online verfügbar: <https://united-against-waste.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁷ **Bundesministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima:** GenussBox. Online verfügbar: <https://www.bmluk.gv.at/themen/lebensmittel/lebensmittelverschwendung/materialien-angebote/genussbox.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁸ **Stadt Wien:** Wiener Gusto. Online verfügbar: <https://wienergusto.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁰⁹ **Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (2025):** ÖROK-Monitoring Flächeninanspruchnahme und Versiegelung in Österreich, Bericht zu den Ergebnissen 2022 und 2025. Schriftenreihe Nr. 220. Wien. Online verfügbar: <https://www.oerok.gv.at/monitoring-flaecheninanspruchnahme/bericht-2025> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁰ **Europäische Union:** New European Bauhaus: From vision to implementation. Online verfügbar: https://new-european-bauhaus.europa.eu/index_en (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹¹ **Stadt Wien:** Schwammstadt-Prinzip macht Bäume für den Klimawandel fit. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/schwammstadt-baeume> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹² **Stadt Wien:** Wiener Klimateam. Online verfügbar: <https://klimateam.wien.gv.at/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹³ **European Environment Agency (2025):** European Climate and Health Observatory. Heat. Online verfügbar: <https://climate-adapt.eea.europa.eu/en/observatory/topics/health-impacts/heat-and-health> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁴ **Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024):** Klimaresilienz des Gesundheitssystems: Zielkatalog. Online verfügbar: https://broschuerenservice.sozialministerium.gv.at/Home/Download?publicationId=828&attachmentName=Klimaresilienz_des_Gesundheitssystems_Zielkatalog.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁵ **Brugger, K.; Durstmüller, F.; Delcour, J. et al. (2026):** Klimawandel und Gesundheit in Österreich: Daten, Fakten, Trends. Gesundheit Österreich, Wien. Online verfügbar unter: https://jasmin.goeg.at/id/eprint/5462/1/GBE_Bericht_bf.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁶ **Brugger, K.; Durstmüller, F.; Delcour, J. (2025):** Integrierte Gesundheitsberichterstattung zu Klima und Gesundheit: Hitze. Ergebnisbericht. Gesundheit Österreich, Wien. Online verfügbar: https://jasmin.goeg.at/id/eprint/4662/1/Integrierte%20GBE%20zu%20Klima%20und%20Gesundheit_bf.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁷ **Lichtenecker, R.; Schanes, K.; Durstmüller, F. et al. (2024):** Strategie Klimaneutrales Gesundheitswesen. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Wien. Online verfügbar unter: https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3748/1/Strategie%20Klimaneutrales%20Gesundheitswesen_bf.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹¹⁸ **Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2026):** Nationaler Hitzeschutzplan – Österreich. Wien. Online verfügbar unter: <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Hitze/Nationaler-Hitzeschutzplan.html> (abgerufen am 29.07.2026)
- ¹¹⁹ **Stadt Wien:** Gesundheit – Planung und Konzepte. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/gesundheit/planung-konzepte> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁰ **Stadt Wien:** Wiener Hitzeaktionsplan. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/hitzeaktionsplan/> (abgerufen am 26.05.2026)

-
- ¹²¹ **Stadt Wien:** Wiener Stechmücken-Surveillance. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/gesundheitsstechmueckenueberwachung-jahresbericht-gelsenmonitoring> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²² **Stadt Wien:** Invasive gebietsfremde Arten – Strategie und Managementplan für Wien, Juni 2026. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/pdf/ma22/ias-vo-managementplan.pdf> (abgerufen am 16.09.2026)
- ¹²³ **Stadt Wien:** Epidemiologisches Abwasser-Monitoring der Stadt Wien – Aktuelle Daten. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/gesundheitsabwassermonitoring> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁴ **Gesundheit Österreich:** Strategie klimaneutrales Gesundheitswesen. Online verfügbar: https://goeg.at/Strategie_klimaneutrales_Gesundheitswesen_CO2 (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁵ **Planetary Boundaries Science (PBSscience) (2025):** Planetary Health Check 2025. Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK), Potsdam. Online verfügbar: https://publications.pik-potsdam.de/pubman/item/item_32589_6/component/file_33151/PlanetaryHealthCheck2025.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁶ **United Nations Environment Programme (2022):** Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework. Online verfügbar: <https://www.unep.org/resources/kunming-montreal-global-biodiversity-framework> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁷ **Europäische Kommission:** Habitats Directive. Online verfügbar: https://environment.ec.europa.eu/topics/nature-and-biodiversity/habitats-directive_en (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁸ **Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2022):** Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+. Online verfügbar: https://www.bmluk.gv.at/themen/klima-und-umwelt/natur-und-artenschutz-und-biodiversitaet/biologische-vielfalt/biodiversitaetsstrategie/biodiversitaetsstrategie_2030.html (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹²⁹ **Stadt Wien:** Die Wiener Wald- und Wiesen-Charta. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/wald-und-wiesen-charta> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁰ **Stadt Wien:** Wald der jungen Wiener*innen. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/freizeit/baumpflanzaktion-wald-der-jungen-wienerinnen> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³¹ **Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), World Organisation for Animal Health (OIE), World Health Organization (WHO), United Nations Environment Programme (2021):** Joint Tripartite (FAO, OIE, WHO) and UNEP Statement: Tripartite and UNEP support OHHLEP's definition of "One Health". Online verfügbar: <https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/54a0f96f-066e-4a16-a186-1a4bbd9d9303/content> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³² **Stadt Wien (2026):** Strategie „Wiener Wasser 2050“. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/wasser-strategie-2050> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³³ **Stadt Wien:** Wiener Wasserschule. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/wiener-wasserschule> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁴ **Stadt Wien:** GRFWien – Grünflächen- und Regenwassermanagementfaktor Wien. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/gruenflaechen-regenwassermanagement-faktor-grf> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁵ **Kontext Institut (2024):** Klimapolitik in Österreich – Klimathemen im Kontext der Nationalratswahl. Online verfügbar: https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/2024_09-Umfrageregebnisse-KONTEXT.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁶ **Berger, A. (2025):** Zeitgeist Österreich: Meinungen, Werte, Wandel. Edition 1: Umwelt & Klima. Marketagent, Baden. Online verfügbar: https://b2b.marketagent.com/media/xyimrr3l/pressecharts_zeitgeist-oesterreich_umwelt-und-klima_-november-2025.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁷ **Berger, N.; Lindemann, A.-K.; Böll G.-F. (2019):** Wahrnehmung des Klimawandels durch die Bevölkerung und Konsequenzen für die Risikokommunikation. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 2019, 62, 612–619. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1007/s00103-019-02930-0> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁸ **Andre, P.; Boneva, T.; Chopra, F. et al. (2024):** Globally representative evidence on the actual and perceived support for climate action. Nature Climate Change 14, 253–259. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1038/s41558-024-01925-3> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹³⁹ **Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2025):** So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im 2. Quartal 2025. Schwerpunkt: Politische Teilhabe, 35. Online verfügbar: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Soziale_Krisenfolgen_20251002.pdf (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁰ **Spence, A.; Poortinga, W.; Pidgeon, N. (2012):** The psychological distance of climate change. Risk Analysis 32(6), 957–972. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1111/j.1539-6924.2011.01695.x> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴¹ **Austrian Panel on Climate Change (APCC) (2023):** APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Hrsg.: Görg, C. et al. Springer Spektrum, Berlin/Heidelberg. Online verfügbar: <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/apcc/special-reports/srstrukturen> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴² **Europäische Union:** European Climate Pact. Online verfügbar: https://climate-pact.europa.eu/index_en (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴³ **European Commission, Directorate-General for Education, Youth, Sport and Culture (2022):** Learning for the green transition and sustainable development. Staff working document accompanying the proposal for a Council recommendation on learning for environmental sustainability. Online verfügbar: <https://data.europa.eu/doi/10.2766/02392> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁴ **Net Zero Cities Project:** Net Zero Cities – Towards climate neutral European cities by 2030. Online verfügbar: <https://netzerocities.eu/> (abgerufen am 26.05.2026)

-
- ¹⁴⁵ **Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur; Forschungsförderungsgesellschaft (FFG); klima+energie fonds:** Klimaneutrale Stadt – Pionierstädte. Online verfügbar: <https://klimaneutralestadt.at/de/initiativen/pionierstaedte/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁶ **Eurocities:** Eurocities. Online verfügbar: <https://eurocities.eu/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁷ **Stadt Wien (2025):** Die Wiener Demokratie-Strategie: Mehr Mitbestimmung. Mehr Zusammenhalt. Mehr Transparenz. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/demokratie-strategie/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁸ **Stadt Wien (2023):** Wiener Kulturstrategie 2030. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/kulturstrategie2030/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁴⁹ **Fonds Soziales Wien (2022):** Inklusives Wien 2030 – eine Stadt für alle. Online verfügbar: <https://www.inklusives.wien/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁰ **Stadt Wien:** Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie. Online verfügbar: <https://junges.wien.gv.at/kinder-und-jugendstrategie> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵¹ **Verplanken, B.; Whitmarsh, L. (2021):** Habit and climate change. Current Opinion in Behavioral Sciences 42, 42–46. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1016/j.cobeha.2021.02.020> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵² **Yeomans, M.; Herberich, D. (2014):** An experimental test of the effect of negative social norms on energy-efficient investments. Journal of Economic Behavior & Organization, Elsevier, 108(C), 195. Online verfügbar: <https://ideas.repec.org/a/eee/jeborg/v108y2014icp187-197.html> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵³ **Stadt Wien:** Klima-Campus. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klima-campus> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁴ **Stadt Wien:** Wiener Klimatour. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/spezial/klimatour/> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁵ **Stadt Wien:** Grätzlmarie. Online verfügbar: <https://wieneuplus.wien.gv.at/graetzlmarie> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁶ **Stadt Wien:** Wiener Klimarat. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimarat> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁷ **Stadt Wien:** Programm Schulsanierungspakete I + II (SUSA I + II). Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/bildung/schulsanierungspakete> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁸ **Stadt Wien:** Klimacheck für Bauvorhaben. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimacheck-bauvorhaben> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁵⁹ **Stadt Wien:** VIE.CYCLE – zirkuläres Bauen. Das Programm (DTCC30). Online verfügbar: <https://viecycle.wien.gv.at/programmbeschreibung> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁶⁰ **Stadt Wien:** Wiener Klimanetzwerk. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimanetzwerk> (abgerufen am 26.05.2026)
- ¹⁶¹ **Stadt Wien:** Klimacheck für Gesetze und Verordnungen. Online verfügbar: <https://www.wien.gv.at/umwelt/klimacheck-gesetze> (abgerufen am 26.05.2026)